Herausgegeben von Rudolf Morsey



ZEIT GESCHICHTE IN LEBENSBILDERN





Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts

Band 2

ASCHENDORFF
VERLAG

Mit Beiträgen von

Jürgen Aretz
J. Dominica Ballof
Walter Först
Teresia W. Herbstrith
Heinz Hürten
Erich Kosthorst
Franz Kroos
Rudolf Morsey
Anton Rauscher
Hans Rink
Ludwig Volk

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Band 2
Aus dem deutschen Katholizismus
des 20. Jahrhunderts

Herausgegeben
von Rudolf Morsey

ASCHENDORFF MÜNSTER

Umschlag Kroehl/Offenburg

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06119-0
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17577-4



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Inhalt

7 *Vorwort des Herausgebers*

10 *Jürgen Aretz*
Bernhard Letterhaus (1894–1944)

25 *Waltraud Herbstrith (Teresia a Matre Dei OCD)*
Edith Stein (1891–1942)

37 *Rudolf Morsey*
Clemens August Kardinal von Galen (1878–1946)

48 *Franz Kroos*
Friedrich Muckermann (1883–1946)

64 *Hans Rink*
Ildefons Herwegen (1874–1946)

75 *Rudolf Morsey*
Franz von Papen (1879–1969)

88 *Ludwig Volk SJ*
Konrad Kardinal von Preysing (1880–1950)

101 *Ludwig Volk SJ*
Michael Kardinal von Faulhaber (1869–1952)

114 *Heinz Hürten*
Waldemar Gurian (1902–1954)

125 *Walter Först*
Karl Arnold (1901–1958)

143 *Erich Kosthorst*
Jakob Kaiser (1888–1961)

159 *Anton Rauscher*
Gustav Gundlach (1892–1963)

177 *Rudolf Morsey*
Georg Schreiber (1882–1963)

186 *Rudolf Morsey*
Konrad Adenauer (1876–1967)

202 *Sr. J. Dominica Ballof*
Christine Teusch (1888–1968)

Anhang

214 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*
226 *Personenregister*

Vorwort des Herausgebers

Der Sammelband »Zeitgeschichte in Lebensbildern«, 1973 erschienen, hat ein unerwartet starkes und erfreulich positives Echo gefunden. Es hat Verlag und Herausgeber darin bestärkt, die seinerzeit bereits ins Auge gefaßte und auch im Vorwort angedeutete Fortsetzung dieses Werkes mit nur zweijährigem Abstand vorzulegen. Der erste Band enthält 21 Porträts »aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts« – wie der Untertitel lautet – von Politikern, Bischöfen, Parlamentariern, Verbandsvorsitzenden, Publizisten und Wissenschaftlern, die den (oder jedenfalls einen) Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit in der Zeit *vor* 1933 hatten. Dabei bildete die Jahrhundertwende ebensowenig eine strenge Zäsur wie das Jahr 1933. Über die Kriterien der Auswahl und die Zielsetzung des Werkes informierte das Vorwort, auf das ich an dieser Stelle verweisen darf.

In dem vorliegenden Buch sind 15 Kurzbiographien über Persönlichkeiten vereinigt, deren Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit in der Zeit während des »Dritten Reiches« – für die meisten eine Leidenszeit – und in der Epoche nach 1945 liegt, die für die nachgewachsene Generation bereits Geschichte ist. Unter diesen Porträts ist der Anteil von Geistlichen relativ hoch, ebenfalls, um einen anderen und weniger ins Auge springenden Aspekt der Auswahl zu nennen, der Anteil von Persönlichkeiten aus dem west- und süddeutschen Raum. Das Hauptkriterium für die Auswahl war auch hier, wie in dem voraufgegangenen Band, die Überlegung, ob die in Frage kommenden Persönlichkeiten für eine bestimmte politische, kirchenpolitische oder geistige Entwicklung und/oder Zeitströmung auf einer mehr als regional begrenzten Ebene als repräsentativ gelten können und ob ihrer Leistung bzw. ihrem Werk zukunftsweisende Bedeutung zugemessen werden kann.

Auch unter diesem leitenden Gesichtspunkt läßt sich die hier getroffene Auswahl unterschiedlich beurteilen (so wie das in der Rezension und Kritik des ersten Bandes zum Ausdruck gekommen ist). Die Aufnahme einiger Porträts, die mancher Leser vielleicht erwartet hätte – etwa Hans Globke, Theodor Haecker, Andreas Hermes, Maximilian Kaller, Heinrich Lübke, Fritz Schäffer, Helene Weber –, scheiterte zum Teil daran, daß es nicht möglich war, einen geeigneten Bearbeiter zu gewinnen.

Einige Studien sind aus besonders enger persönlicher Nähe und Kenntnis geschrieben worden. Auch wenn auf diese Weise manche Beiträge den sonst eingehaltenen äußeren Rahmen in gewisser Weise sprengen, so wird die damit verbundene Einbuße an »Uniformität« durch den Gewinn an zusätzlicher Information aufgewogen. Daß einer derartigen persönlichen Nähe nicht das allen Autoren selbstverständliche Bemühen um Distanz und kritisch-abwägende Beurteilung zum Opfer gefallen ist, wird der Leser feststellen können. Ein unterschiedlicher Umfang einzelner Beiträge bedeutet selbstverständlich keine entsprechend gestufte Gewichtung der behandelten Persönlichkeiten.

Daß unter ihnen auch Franz von Papen Platz findet, wird manchen Leser überraschen, vielleicht schockieren. Die Älteren kennen ihn als einen politisch bedeutungslosen »Herrenreiter«, der 1932 dadurch zum »Verräter« an der Zentrumspartei wurde, daß er sich dazu bereit fand, die Nachfolge des gestürzten Reichskanzlers Heinrich Brüning anzutreten. Verhängnisvoll wurde Papens Rolle als »Steigbügelhalter« der Hitler-Regierung, als Vizekanzler und späterer Botschafter im »Dritten Reich«. Zwischen ihm und den übrigen in diesem Band behandelten Persönlichkeiten, zumal denen, die sich der NSDAP vor und nach 1933 aktiv widersetzt und dafür sogar mit ihrem Leben bezahlt haben, bestand und besteht eine unüberbrückbare Kluft. Dennoch kann und darf dieser Sachverhalt nicht darüber hinwegtäuschen, daß Papen, der sich zeitlebens seiner Kirche zugehörig fühlte, zumindest bis 1934 einen zwar zahlenmäßig kleinen, aber zeitweilig einflußreichen konservativ-nationalen Flügel innerhalb des (west-)deutschen politischen Katholizismus repräsentierte und damit eine bestimmte Zeitströmung verkörperte.

Die Mehrzahl der in diesem Bande gewürdigten Persönlichkeiten kam »von unten«. Nur wenige standen durch Herkunft und Familie im Sinne der gesellschaftlichen Vorstellungen ihrer Zeit an der Spitze der Sozialpyramide (wie die Familien der verwandtschaftlich verbundenen Grafen Galen und Preysing). Das entspricht der sozialen Schichtung des deutschen Katholizismus seit dem 19. Jahrhundert. Für die meisten läßt sich schwerer als für die im ersten Band gewürdigten Persönlichkeiten ein gemeinsamer Nenner für ihre geistige Prägung finden. So sehr für einige von ihnen (beispielsweise Konrad Adenauer und Clemens August Graf von Galen) die verheerenden Folgen des Bismarckschen Kulturkampfs lebendig gewesen sind, so wenig gilt dies für andere wie Karl Arnold oder etwa die Konvertitin Edith Stein.

Die Erfahrungen des »Kriegserlebnisses« aus der Zeit des Ersten Weltkriegs blieben insbesondere lebendig bei Bernhard Letterhaus, weitaus weniger bei Jakob Kaiser. Durchaus »untypisch« für die Geschichte des deutschen Katholizismus ist der Lebens- und Leidensweg von Edith

Stein, auch der von Waldemar Gurian. Die Mehrzahl der hier behandelten Persönlichkeiten hat, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, die tiefgreifenden Auseinandersetzungen innerhalb des politischen und geistigen Katholizismus der zwanziger Jahre miterlebt (»Verfassungsstreit«; Ringen um die geistige und sittliche Fundierung eines neuen Staatswesens und die Ausgestaltung einer demokratischen Republik; »Rückkehr aus dem Getto«; Flucht aus der Zentrumspartei), zum Teil auch mitgetragen und beeinflußt.

Gemeinsam war allen Vertretern der hier behandelten zwei Generationen, daß sie ungewöhnlich viele und einschneidende politische, soziale und wirtschaftliche Erschütterungen erlebten: im Ersten Weltkrieg, im revolutionären Umbruch von 1918, in der Inflation der frühen zwanziger Jahre (und ihren noch immer zu wenig gewürdigten sozialen Folgen und parteipolitischen Strukturveränderungen zugunsten des Rechts- und Linksradikalismus), in der Staats- und Wirtschaftskrise seit 1930, insbesondere aber im revolutionären Umbruch von 1933. Dessen Konsequenzen haben die hier behandelten Persönlichkeiten – Papen ausgenommen, der dafür 1945 büßen mußte – nachhaltig zu spüren bekommen: durch Entlassung aus ihren Ämtern, Berufsverbot, Verfolgung und Verhaftungen, Zwang zur Emigration oder, wie Bernhard Letterhaus und Edith Stein, durch ihr Martyrium. Andere haben den Zusammenbruch und Neubeginn von 1945 nur um wenige Monate überlebt: Galen, Herwegen und Muckermann sind 1946 gestorben.

Nicht allen war im Übergang von der Monarchie zur Republik und von der Republik zur Diktatur Weitsicht und Einsicht in die künftige politische Entwicklung gegeben; zu schweigen von der frühen Erkenntnis Waldemar Gurians über das Hitler-Reich als totalitäres System (und den Konsequenzen, die er daraus zog). Andererseits verfielen nur wenige der für eine kurze Zeitspanne im Sommer 1933 charakteristischen Euphorie innerhalb des deutschen Katholizismus, insbesondere nach dem Abschluß des Reichskonkordats. Im Verhalten der in diesem Band gewürdigten Persönlichkeiten wird exemplarisch deutlich, daß der deutsche Katholizismus zwar keineswegs einen geschlossenen Block gegen den Nationalsozialismus gebildet hat, noch weniger aber mit fliegenden Fahnen und festem Tritt ins »Dritte Reich« marschierte, wie das in der Diskussion um die Vergangenheits-Bewältigung in den frühen sechziger Jahren eine Zeitlang von interessierter Seite (und nicht ohne Erfolg) suggeriert worden ist.

Ein bemerkenswert unterschiedliches Verhalten entsprang nicht nur der unterschiedlichen Stellung, dem persönlichen Schicksal und dem politischen Einschätzungsvermögen des einzelnen, eingeschlossen seine Leidensbereitschaft, sondern auch dem höchst unterschiedlichen Maß

der Verantwortung für andere, wie es etwa die Bischöfe trugen. Sie konnten übrigens, ebenso wie Abt Ildefons Herwegen und auf andere Weise die in der Emigration lehrenden Wissenschaftler Gustav Gundlach und Waldemar Gurian, ihr Amt und ihre Funktion über den 8. Mai 1945 hinaus, jetzt wieder in äußerer Freiheit – wenn auch zunächst noch durch die Trümmerwüste und Verordnungen der neuen Machthaber gehemmt – fortführen. Andere, wie Konrad Adenauer und Georg Schreiber, wurden in ihre frühere, durch die NS-Zeit zwangsweise unterbrochene berufliche Tätigkeit wieder eingesetzt. Christine Teusch konnte an ihre parlamentarische Arbeit in der Weimarer Republik anknüpfen, während Karl Arnold und Jakob Kaiser erst jetzt von der früheren gewerkschaftlichen und parteipolitischen Tätigkeit in staatspolitische Ämter und Verantwortung hineinwuchsen.

Die historische Größe einiger der hier gewürdigten Persönlichkeiten lag bereits zu ihren Lebzeiten sichtbar zu Tage. Bei anderen, etwa Konrad Kardinal von Preysing, ist sie erst »aus den Akten« deutlich geworden; sie entsprach nicht der zeitgenössischen Einschätzung, die ihrerseits andere Gestalten schon zu Lebzeiten in das Denkmalhafte erhöht hat. »Historische Größe« wird jedoch, von Ausnahmen abgesehen, von jeder Generation neu und mit jeweils anderen Kriterien gemessen und dementsprechend beurteilt. Aber auch von denen, die nicht dieses Prädikat beanspruchen können, gilt, daß sie, wie es Heinz Hürten am Beispiel Waldemar Gurians gezeigt hat, vielen geholfen haben, Richtung und Maßstäbe in den Problemen ihrer Zeit zu finden.

Solche Maßstäbe werden heute vielfach vermißt, die immer noch bestehende Unsicherheit und/oder Resignation im Selbstverständnis des zeitgenössischen Katholizismus beklagt. Die Wissenschaftler und Publizisten, die die Porträts dieses Sammelwerks verfaßt haben, können und wollen keine Rezepte für die »Bewältigung« der Gegenwart vermitteln. Ihr Ziel ist es, dazu beizutragen, die Kenntnis über die Vergangenheit durch zuverlässige Kenntnis derjenigen Persönlichkeiten zu vertiefen, die diese Vergangenheit, unsere jüngste Geschichte, mitgestaltet haben.

Die einzelnen Beiträge sind, nach allgemein einführenden Hinweisen, chronologisch gegliedert. Sie enthalten fast ausnahmslos eine zusammenfassende kritische Würdigung. In einem Anhang findet sich ein Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur. Allen Mitarbeitern habe ich für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an diesem Sammelwerk aufrichtig zu danken.

Speyer, im Juli 1975 Rudolf Morsey

Jürgen Aretz

Bernhard Letterhaus (1894–1944)

Unter den katholischen Verbänden, die in der Endphase der Weimarer Republik und während des Hitler-Reiches besondere Bedeutung erlangten, nimmt der Verband der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands eine hervorragende Stellung ein. Seine Geschichte ist eng mit dem Namen des Verbandssekretärs Bernhard Letterhaus verbunden, den vielseitige Begabungen und persönliche Integrität, die auch von demokratischen Gegnern anerkannt wurden, zu einer führenden Persönlichkeit des deutschen Verbandskatholizismus und einer großen politischen Hoffnung der Deutschen Zentrumspartei machten.
In den Jahren der Hitler-Diktatur mußte sich Letterhaus auf die Tätigkeit in den Arbeitervereinen beschränken, die er als einen Träger der zukünftig erneuerten Demokratie zu erhalten suchte. In der Konsequenz seines Handelns lag die aktive Mitarbeit in der Widerstandsbewegung, die ihn nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 das Leben kostete. Den Tod von Bernhard Letterhaus beurteilte sein Vorbild Heinrich Brüning als einen unersetzbaren Verlust für das vom Nationalsozialismus befreite Deutschland.

I

Bernhard Letterhaus wurde am 10. Juli 1894 als Sohn eines Schuhmachers in Barmen geboren. In einer streng katholischen Familie, deren religiöses Leben durch die charakteristische Diasporasituation der Katholiken des Bergischen Landes bestimmt wurde, wuchs er zusammen mit zwei Brüdern auf. Dennoch widersetzten sich die Eltern dem Wunsch des Sohnes, Priester zu werden; der Weg auf eine weiterführende Schule blieb ihm versperrt. Nach achtjähriger Volksschulzeit begann er eine Lehre als Bandwirker in einem Barmer Textilbetrieb, an die sich der Besuch der Preußischen Höheren Textilfachschule in seiner Heimatstadt anschloß.
Schon in dieser Zeit wurde sein Interesse für politische Fragen geweckt. In einer sozialdemokratischen Versammlung erlebte er den Auftritt Karl Liebknechts, der ihn tief beeindruckte. Gleichwohl war und blieb Letter-

haus davon überzeugt, daß Liebknecht und die klassenkämpferische Sozialdemokratie der deutschen Arbeiterschaft keine zukunftsgewandte Lösung der sie bedrückenden Probleme boten und bieten konnten. In diese Phase erster politischer Orientierung und Standortfindung fiel die Einberufung des Zwanzigjährigen zum Militärdienst; den Ersten Weltkrieg erlebte er als Infanterist an der Westfront. Mehrfach verwundet und mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet, wurde er bei Kriegsende als Unteroffizier entlassen. Das Fronterlebnis ließ Letterhaus jedoch nicht mehr los, wie viele andere Angehörige seiner Generation. Es verstärkte seine kritische, zum Pessimismus tendierende Haltung.

Die Erfahrung des Krieges formte bei ihm die Abneigung gegenüber der politischen Rechten. Als Patriot, aber als entschiedener Gegner des hohlen zeitgenössischen Nationalismus empörte sich Letterhaus angesichts des Schicksals der Frontsoldaten über die Kriegsgewinnler, mehr aber noch über die Konstruktion der Dolchstoßlegende und den Versuch der politischen Verantwortlichen, sich aus der Verantwortung für den deutschen Zusammenbruch zu stehlen.

Nach Kriegsende arbeitete Letterhaus einige Zeit hauptberuflich für die Zentrumspartei in Barmen, wechselte aber im Jahre 1920 zum Zentralverband christlicher Textilarbeiter in Düsseldorf. Die folgenden Jahre standen im Zeichen lohnpolitischer Auseinandersetzungen, so daß er sich nicht in dem gewünschten Maße in den Dienst der Arbeiterbildung stellen konnte, die er für die Grundvoraussetzung zur Lösung der Arbeiterfrage hielt. Der Wechsel zu den katholischen Arbeitervereinen, die darin ihr Hauptziel sahen, lag daher nahe, als ihm Otto Müller, der Präses des Verbandes der Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, 1927 das Angebot machte, als Verbandssekretär an die Zentrale in Mönchengladbach zu kommen.

Mit Letterhaus stieß auch sein späterer Freund Nikolaus Groß zu den Arbeitervereinen, bisher Sekretär der christlichen Bergarbeitergewerkschaft. Groß übernahm die Leitung des Verbandsorgans der Westdeutschen Arbeitervereine, der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« (WAZ), einem Wochenblatt mit einer Auflage von 170000 Exemplaren. Der Versuch des neuen Verbandssekretärs Letterhaus, die Bildungsarbeit seiner Organisation weiter zu verbessern, ging im Gegensatz zu vielen geistlichen Führern nicht von einem akademisch-theoretischen Ansatz aus, sondern von eigenen Erfahrungen. Wie auch Groß hatte sich Letterhaus in der Vergangenheit bemüht, jede Möglichkeit zu nutzen, um Mängel der eigenen Schulbildung zu beheben; er kannte daher die bei den Arbeitern auftretenden Schwierigkeiten. Im besonderen bemühte er sich um plastische Darstellungen, die er durch umfangreiches

Zahlenmaterial zu stützen suchte. Ein Ergebnis dieses Versuches ist das gemeinsam mit dem Freund Dr. Franz Röhr zusammengestellte statistische Handbuch »Größenordnungen in Volk und Wirtschaft« (1928).
Letterhaus entwickelte neue Programme für die Arbeit der Vereine, schulte selbst die Arbeitersekretäre, hielt zahlreiche Vorträge in den Vereinen und schrieb Aufsätze, die vor allem in der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« erschienen. Darin nahm er sowohl zu theoretischen Fragen als auch zu politischen Tagesproblemen Stellung.
Ein Jahr nach der Übersiedlung der Verbandszentrale von Mönchengladbach nach Köln, die 1928 erfolgte, heiratete Bernhard Letterhaus Grete Thiel, eine frühere Mitarbeiterin im Zentralverband christlicher Textilarbeiter. Aus der Ehe ging eine Tochter hervor, die zum Mittelpunkt seines privaten Lebens wurde. Durch eine Vielzahl von Briefen, die er teilweise schon vor ihrer Schulzeit an sie richtete, versuchte er seine beruflich bedingte häufige Abwesenheit zu überbrücken. Sie vermitteln das Bild eines Mannes, der sich nach einem geregelten »bürgerlichen« Familienleben sehnte, diesen Wunsch aber der Verantwortung für die gestellte Aufgabe unterordnete.

II

Bis zur Jahresmitte 1930 stand für Letterhaus, der 1928 für das Zentrum in den Preußischen Landtag und den Rheinischen Provinziallandtag gewählt worden war, die Auseinandersetzung mit der politischen Linken im Vordergrund. Diese Zielsetzung resultierte aus seiner Sorge, die katholischen Arbeiter könnten in noch stärkerem Maße, als das in den letzten Jahrzehnten ohnehin geschehen war, zur SPD abwandern oder gar in das Lager der KPD überwechseln.
Seine Haltung gegenüber der KPD und dem Kommunismus schlechthin war kompromißlos. Die Abwehr des Kommunismus stellte er auch in den Mittelpunkt der Rede, die er im September 1930 als Vizepräsident des Katholikentages in Münster/Westf. hielt. Klassenkampfthesen und der offensive Atheismus der marxistischen Parteien forderten den Widerstand des tief religiösen Katholiken heraus. Dabei stellte er die demokratische Grundhaltung der SPD nicht in Zweifel und erkannte ihre Haltung während der Revolution 1918 ausdrücklich an, zweifelte aber an der Redlichkeit ihres Werbens um katholische Wähler, im besonderen die katholischen Arbeiter. Den kirchenfreundlichen Äußerungen einzelner sozialdemokratischer Politiker hielt er die anderslautenden Aussagen vieler SPD-Politiker und des Zentralorgans »Vorwärts« entgegen.

Letterhaus lehnte marxistische Grundpositionen ebenso ab wie ein ausschließlich an Profitmaximierung orientiertes, den Menschen ignorierendes kapitalistisches Wirtschaftsverhalten. In einer Verknüpfung von ökonomischer und moralischer Kritik griff er Unternehmer wegen der Herstellung für überflüssig gehaltener Produkte und der zum Konsum verführenden Werbung an. Er betrachtete solche Praktiken als eine Gefährdung seines gesellschaftspolitischen Ziels, die Arbeiter auch durch Eigentumsbildung mit der Gesellschaft zu versöhnen und sie endgültig in den republikanischen Staat zu integrieren. Trotz der Ablehnung eines klassisch-kapitalistischen Wirtschaftsverhaltens befürwortete Letterhaus ein marktwirtschaftlich orientiertes System als einzige Wirtschaftsordnung, die dem differenzierten menschlichen Leistungswillen und Leistungsvermögen entspreche. Die entscheidende Voraussetzung jedes wirtschaftlichen Handelns blieb für ihn der unbedingte Vorrang des Menschen vor dem Kapital und des Individuums vor ideologisch begründeter Uniformierung.
Schon 1926 hatte sich Letterhaus gegen den Abbau sozialer Rechte und für eine realistische Analyse der deutschen Wirtschaft, für eine »Durchleuchtung«, eingesetzt, um eine weitere Täuschung der Regierung und der Öffentlichkeit über die tatsächliche Lage der Wirtschaft zu verhindern. Die Frage einer »wirtschaftlichen Durchleuchtung« griff er in der Folge häufig auf. Anläßlich eines Kongresses der Katholischen Arbeiter-Internationale in Köln, der wesentlich auf Initiative von Joseph Joos zustande gekommen war, hielt Letterhaus im Juli 1928 ein vielbeachtetes Grundsatzreferat. Darin setzte er sich mit den Fragen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihres Verhältnisses zur katholischen Soziallehre auseinander und stellte erneut heraus, daß die Wirtschaft im Dienste des Menschen zu stehen habe. Der Arbeiter sei daher nicht allein Hilfsmittel der Produktion, sondern habe das Recht der Mitbestimmung, das durch Mitbesitz abgesichert werden müsse. Eine Sozialisierung hingegen lehnte er als Verstoß gegen das Naturrecht auf Eigentum – auch an Produktionsmitteln – ab und verstand die Mitbestimmung als Korrekturmöglichkeit des Arbeiters für unternehmerisches Entscheiden und Verhalten.
Auch außerhalb des Verbandes fand sein Eintreten für eine gerechtere Sozialordnung Anerkennung. Die katholische Bonner Studentenverbindung K.St.V. Langemarck verlieh dem gelernten Bandwirker 1929 die Ehrenmitgliedschaft, ein durchaus ungewöhnlicher Vorgang.

III

Mit Heinrich Brüning trat am 30. März 1930 ein Mann an die Spitze der Reichsregierung, dem Letterhaus unbedingtes politisches und menschliches Vertrauen entgegenbrachte. Beide Politiker gehörten von 1928–1930 dem Preußischen Landtag an. Beide verband die Tätigkeit im Dienst der Arbeiterbewegung, unbeschadet einer früheren Rivalität zwischen den Katholischen Arbeitervereinen und dem interkonfessionell ausgerichteten »Deutschen Gewerkschaftsbund«, dessen Geschäftsführung Brüning bis zum Januar 1930 ausgeübt hatte.

Letterhaus stellte sich sofort an die Seite des Reichskanzlers, als dieser in den ersten Monaten seiner Regierungszeit Zielscheibe heftiger Polemik auch der SPD wurde, die dem aus den eigenen Reihen stammenden Amtsvorgänger Hermann Müller im entscheidenden Augenblick die Unterstützung verweigert hatte. Die Auflösung des Reichstages im Juli 1930, bei dessen Neuwahl die NSDAP ihren ersten überragenden Wahlerfolg erringen sollte, war für Letterhaus das Ergebnis einer kurzsichtigen Politik der SPD, die »im trauten Verein mit den schärfsten Gegnern des Volksstaates, den Kommunisten, Nationalsozialisten und Hugenberg-Deutschnationalen... zum entscheidenden Stoß« gegen die Reichsregierung angesetzt habe. Sehr genau registrierte und anerkannte er aber auch die spätere Tolerierung der Politik Brünings durch die Sozialdemokraten.

Im Preußischen Landtag galt das Interesse von Letterhaus der Reform des Strafvollzuges und der sozialen Lage der Arbeiterschaft. In der Zeit der beginnenden Weltwirtschaftskrise kämpfte er gegen überzogene Rationalisierungsmaßnahmen und für die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Seine politische Hauptaufgabe sah er aber auch auf dieser Ebene in der Unterstützung und Verteidigung Brünings und der Abwehr des politischen Extremismus. Beide Ziele waren für ihn untrennbar verbunden, das Ende der deutschen Demokratie hielt er für kaum noch abwendbar, wenn Brüning nicht die Bewältigung vor allem der wirtschaftlichen Probleme gelingen sollte. Im Juli 1930 veranlaßte Letterhaus einen Aufruf des Vorstandes des Verbandes des Katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, der zum Ausdruck brachte, daß die Arbeiter des Parteienhaders müde seien und die Beendigung »der ungezügelten Kritik, einer systematischen Zersetzung von Glaube und Vertrauen zu einer unter schwersten Bedingungen ringenden verantwortlichen Reichsregierung« verlangten. Hitler, Hugenberg und Thälmann bezeichnete er als Politiker, die in gleicher Weise auf die Zerstörung des Staates hinzielten, Goebbels und Ulbricht stellte er als »Vertreter des heillosen Demagogentums« heraus.

Der Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen im September 1930, der ihnen 107 statt bisher 12 Mandate einbrachte, war für Letterhaus trotz sorgfältiger vorheriger Analyse der politischen Lage in diesem Ausmaß überraschend. Dennoch glaubte er an ein Verschwinden der »Ritter vom Schlagring und Stuhlbein«, falls Brünings Wirtschafts- und Außenpolitik Erfolg haben sollte. Schon ein Jahr vor diesem Wahlerfolg der NSDAP hatte Letterhaus in einer Rede im Preußischen Landtag vor der Unterschätzung des Rechtsextremismus und im besonderen des Nationalsozialismus gewarnt, ohne die notwendige Beachtung zu finden. Auf dem Münsteraner Katholikentag wies er 1930 auf »das falsche Kreuz« hin, das im Land immer mehr Anhänger finde. Dabei fürchtete er weniger die Anfälligkeit der Arbeiterschaft als die bürgerlicher Kreise für rechtsextreme Parolen.

In der Folgezeit vertrat Letterhaus unermüdlich die Politik der Regierung in zahlreichen Veranstaltungen der Arbeitervereine, in seinem Wahlkreis Düsseldorf-Ost und in Landtagsreden. Er warnte vor der skrupellosen Demagogie des Nationalsozialismus und zeigte die unerfüllbaren Versprechungen und die Widersprüchlichkeiten ihres Programmes auf. Als volkswirtschaftlicher Autodidakt schrieb er über die Unsinnigkeit der Federschen Geldtheorie. Schon im September 1931 stellte er in der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« die Finanzierung der NSDAP durch Banken und Industriekreise und die Struktur der Mitglieder der Partei heraus, um die Haltlosigkeit ihres Anspruchs, »Arbeiterpartei« zu sein, zu beweisen und ihre Abhängigkeit aufzudekken.

Der entscheidende Erfolg seines rastlosen Einsatzes blieb aus. Das galt auch für den im Frühjahr 1932 unternommenen Versuch, eine »Volksfront« aus christlichen Gewerkschaften, katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen zu bilden, die sich gegen die SA richtete. Zwar wurde Letterhaus im April 1932 wieder in den Landtag und den Fraktionsvorstand des Zentrums gewählt, aber wenige Wochen später trat Brüning zurück. Wie sein Vorbild Brüning glaubte Letterhaus an ein Scheitern der Regierung »hundert Meter vor dem Ziel«. Im Preußischen Landtag sprach er seine Befürchtungen aus: »Niemand weiß von uns, wie lange noch Gelegenheit geboten ist, frei vor der Nation zu reden . . .«

IV

Der Sturz Brünings traf Letterhaus um so schwerer, als Hindenburg, dessen Wiederwahl als Reichspräsident er wie die gesamte Zentrumspartei unterstützt hatte, mit Franz von Papen einen Nachfolger ernannte,

dessen Berufung auf Letterhaus und seine Freunde in den Arbeitervereinen als Provokation wirkte. Die Annahme des Reichskanzleramts erschien ihnen als Verrat am Zentrum, die politische Bindung an Kreise der Schwerindustrie und Großlandwirtschaft unerträglich, weil sie in der Zeit der Wirtschaftskrise keine arbeiterfreundliche Politik erwarten ließ. Auch emotionale Gründe – wie etwa Papens Herrenklub-Attitude – waren für die Abneigung mitentscheidend.

Letterhaus vermutete hinter von Papens Berufung mit Recht eine Intrige gegen Brüning. So folgte seiner unbedingten Loyalität gegenüber dem alten die kompromißlose Opposition gegen den neuen Kanzler, dem er vorwarf, die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes zu behindern und einen Staatsstreich von oben zu planen. Jeden Versuch, mit von Papen ins Gespräch zu kommen, lehnte er konsequent ab. Im Oktober 1932 initiierte und verfaßte Letterhaus einen in der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« abgedruckten offenen Brief der Diözesanpräsides des Westdeutschen Verbandes an den Reichskanzler. Darin wurde dieser zur Aufgabe seines politischen Kurses aufgefordert, der die Arbeiterschaft verbittere und dem Radikalismus den Weg bereite.

Der hohe Wahlsieg der Nationalsozialisten, die bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 ihr bestes Ergebnis unter formal korrekten Bedingungen erreichten, erschien Letterhaus wesentlich als Ergebnis der zur Polarisierung und Radikalisierung führenden Politik von Papens. In seiner unter dem Titel »Die Marneschlacht der Nazis« in der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« erschienenen Wahlanalyse stellte er aber gleichzeitig fest, daß die Erfolge der NSDAP nahezu ausschließlich auf Kosten der rechts vom Zentrum stehenden Parteien gegangen seien und die Nationalsozialisten ihren Höhepunkt überschritten hätten. Mit Befriedigung konstatierte er den unterproportionalen Anstieg der NSDAP in den mehrheitlich katholischen Gebieten des Reiches.

Während Letterhaus seine Opposition gegen die Regierung von Papen fortsetzte und deren »volksfeindliche Politik« anprangerte, stellte er vorübergehend unter Berücksichtigung der innerparteilichen Situation der NSDAP Überlegungen an, die auf eine Domestizierung dieser Partei zielten. Von einer durch das Zentrum kontrollierten, in die Regierungsverantwortung gezwungenen NSDAP erwartete er (wie die Zentrumsführung) eine realistischere politische Haltung und in deren Konsequenz eine Ernüchterung eines Teiles ihrer Wählerschaft. Trotz des von Letterhaus erwarteten und auch eingetretenen Rückschlages der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 analysierte er genauer das Wählerverhalten. Wichtigstes Ergebnis der im Januar 1933 vorgelegten Untersuchung war die Feststellung, daß seit den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919, dem Ausgangspunkt der

Analyse, der Anteil der für das Zentrum votierenden Katholiken stark gesunken war. Konkrete Folgerungen aus dieser Einsicht konnten nicht mehr gezogen werden.

V

Hitlers Berufung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 nach der kurzen Regierungszeit von Schleichers kam für Letterhaus überraschend. Er hatte eine Wiederberufung von Papens befürchtet und eine erneute Ernennung Brünings erhofft. Wie die Mehrzahl der zeitgenössischen Beobachter rechnete er angesichts der außen- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten nicht damit, daß sich Hitler im Bündnis mit dem von Letterhaus als Inkarnation der sozialen Reaktion, als »Marschall Rückwärts« apostrophierten Hugenberg lange würde halten können.
Die Wahlkämpfe zu den Reichstags- und Landtagswahlen am 5. März 1933 und den preußischen Kommunalwahlen am 12. März 1933 gaben Letterhaus zum letzten Male Gelegenheit, öffentlich für seine politischen Ziele zu werben. Schonungslos prangerten er und seine Freunde in der Verbandszentrale der Arbeitervereine die rechtswidrigen Behinderungen der demokratischen Parteien in diesen Auseinandersetzungen und den uneingeschränkten Einsatz des Regierungsapparates für die parteipolitischen Ziele der Regierung an. Ein Leitartikel von Joseph Joos unter der Überschrift »Rauschwahlen«, in dem er in der Verbandszeitung den Ausgang der Reichstagswahlen kommentierte, führte zu einem ersten mehrwöchigen Verbot des katholischen Arbeiterblattes. Durch einen angedeuteten Vergleich mit dem fingierten Sinowjew-Brief, der im Jahre 1924 in Großbritannien die Unterhaus-Wahlen zuungunsten der Labour-Party beeinflußte, hatte Joos die Verantwortung für den Reichstagsbrand der Regierung zugeschoben. Letterhaus und die übrigen Verbandsführer der Arbeitervereine fühlten sich durch das Verbot in ihrer Einschätzung der Hitler-Regierung nur bestätigt. Vergeblich machten Letterhaus und die übrigen aus den Arbeitervereinen kommenden Politiker und Reichstagsabgeordneten – Joseph Joos und Hermannjoseph Schmitt, um nur die Repräsentanten der Verbandsführung zu nennen – ihren Einfluß für eine Ablehnung des »Ermächtigungsgesetzes« (23. März 1933) durch die Reichstagsfraktion des Zentrums geltend. Am 18. Mai blieb Letterhaus der Abstimmung im Preußischen Landtag über ein entsprechendes Gesetz für die preußische Regierung fern, nachdem er sich mit seinen Warnungen in der Fraktion nicht hatte durchsetzen können. Bei ihm bekannten hohen Geistlichen opponierte er gegen den Abschluß des Reichskonkordates, von dem

er im Gegensatz zu seinem väterlichen Freund Prälat Müller eine Aufwertung des Regimes, nicht aber einen wirklichen Schutz der Kirche erwartete.
Der politischen Betätigungsmöglichkeit beraubt, konzentrierte Letterhaus seine Tätigkeit nun ganz auf die katholischen Arbeitervereine, die er als eine Kernzelle eines erneuerten demokratischen Deutschland zu erhalten suchte. Dieses Ziel schien ihm um so wichtiger, als er nach dem irrtümlich prognostizierten baldigen Scheitern der Regierung zu einer grundsätzlich anderen Einschätzung kam und sich auf einen langen Herrschaftszeitraum einrichtete, dessen Beendigung durch eine alliierte Intervention bei Hitlers außenpolitischen Abenteuern 1935 und 1938 er vergeblich erhoffte. Auch in dieser Zeit unterhielt er ständige Kontakte zu Heinrich Brüning, der 1934 ins Exil gegangen war und mit dem er sich in Holland traf. Die häufigen Auslandsbesuche führten zu mehreren Gestapo-Verhören, ohne daß eine ständige Überwachung erfolgt wäre, so daß Letterhaus seine Arbeit fortsetzen konnte.
Durch Pressionen des Regimes gerieten Vereine und Verband sehr bald in existentielle Schwierigkeiten. Einer Äußerung des Führers der an die Stelle der Gewerkschaften getretenen Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley, die konfessionellen Standesvereine seien »staatsfeindlich«, konnte im Hinblick auf eine mögliche Gefährdung des Konkordatsabschlusses im Sommer 1933 noch begegnet werden. Die Warnungen und die Skepsis, die Letterhaus dem Abschluß des Reichskonkordates entgegengebracht hatte, erwiesen sich schon im darauffolgenden Jahr als wirklichkeitsnahe Einschätzung der Vertragstreue der nationalsozialistischen Regierung. Obwohl durch Artikel 31, Absatz 2 des Konkordates geschützt, suchten die Machthaber die katholischen Arbeitervereine unter dem Vorwand zu zerschlagen, die Vereine störten den innerbetrieblichen konfessionellen Frieden. Die DAF erließ ein Verbot der gleichzeitigen Mitgliedschaft in den katholischen Standesvereinen, das sich im wesentlichen gegen die katholischen Arbeiter- und die Gesellenvereine richtete. Arbeitslose, die nicht Mitglied der DAF waren, erhielten keinen Arbeitsplatz, Arbeiter, die sich weigerten, ihre Mitgliedschaft in einem Arbeiterverein aufzugeben, wurden zunächst aus der DAF ausgeschlossen und verloren dann ihre Arbeitsplätze. Überdies gingen sie als Folge des Ausschlusses aus der DAF ihrer durch die Mitgliedschaft in den früheren Gewerkschaften erworbenen Anwartschaften auf zusätzliche Sozialleistungen verlustig.
In dieser Phase wachsenden Druckes von Staat und Partei intensivierte Letterhaus mit beachtlichem Erfolg die Vereins- und Verbandsarbeit. Mit wesentlicher Unterstützung der Arbeitersekretäre konnten die Mitgliederverluste 1934 gestoppt und regional sogar Erfolge in der Wer-

bung erzielt werden. Von Letterhaus mitorganisierte Wallfahrten der Arbeitervereine nach Mainz, Münster, Köln und an zahlreiche andere Orte, zählten bis zu 35000 Teilnehmer. Sie dienten nicht primär einer religiösen Zielsetzung, sondern dem Zusammenhalt der Vereine, und, wie auch die Teilnahme nichtkatholischer Arbeiter zeigte, der politischen Demonstration. Das wurde von den Machthabern richtig erkannt. Nach eigener Aussage waren es gerade die ungeheure Teilnahme an diesen Wallfahrten und die dabei erlebten Treuebeweise der katholischen Arbeiter gegenüber ihrer Verbandsführung, die Letterhaus den Mut zu weiterer Arbeit gaben.

Eine entscheidende Schwächung des Verbandes konnte jedoch in der zweiten Hälfte der 30er Jahre nicht verhindert werden, wie die von Letterhaus erarbeiteten Verbandsstatistiken deutlich ausweisen. Sein 1934 unternommener Versuch, durch direkte Gespräche in Rom die Existenz des Verbandes zu sichern, hatte angesichts des weiter sich verschlechternden Verhältnisses zwischen dem Regime und der katholischen Kirche keinen Erfolg. Im Herbst 1935 kam es nach mehreren punktuellen Vereinsauflösungen durch die Machthaber zum ersten bedeutsamen Verbot der katholischen Arbeitervereine, das sich auf den gesamten Regierungsbezirk Münster erstreckte, ein Kerngebiet des Verbandes. Ende 1938 folgte das Verbot der Diözesanverbände Mainz und Limburg.

Der seit dem Frühjahr 1933 erzwungene Verzicht auf offene politische Betätigung veranlaßte Letterhaus neben einer Intensivierung der Verbandsarbeit zu verstärkter Mitarbeit an der Verbandszeitung, deren Titel zum Jahresbeginn 1935 in »Ketteler-Wacht« geändert wurde. So schrieb er eine Serie von Aufsätzen, die den Lesern volkswirtschaftliche Grundkenntnisse vermitteln sollten, sowie kritische Artikel über die Sowjetunion, im besonderen die Unterdrückung der Kirchen. Sie richteten sich nur vordergründig gegen das kommunistische System, meinten aber, für den Leser durchaus verständlich, die nationalsozialistische Praxis.

Nachdem die »Ketteler-Wacht« im Frühjahr 1938 wegen eines Artikels verboten worden war, der unter der Überschrift »Weltanschauung und Leben« den nationalsozialistischen Anspruch auf Erfassung aller Lebensbereiche abgelehnt hatte, erfolgte im Herbst 1938 das endgültige Verbot wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Vertriebsvorschriften der Reichspressekammer. Die Auflage hatte zuletzt rund 81 000 Exemplare betragen. Das wichtigste Medium zwischen der Verbandsführung und den einzelnen Mitgliedern war vernichtet.

VI

Am 26. August 1939, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, dessen katastrophalen Ausgang für Deutschland er auf Grund seiner wirtschaftlichen Kenntnisse für unausweichlich hielt und dessen Verhinderung durch die deutsche Generalität er vergeblich erhofft hatte, wurde Letterhaus einberufen. Mit Freunden diskutierte er die Frage, ob dem Christen die Teilnahme an dem bevorstehenden Krieg erlaubt sei. Nach vorübergehender Stationierung im Reichsgebiet wurde Letterhaus an die Westfront verlegt, nahm am Frankreichfeldzug teil, wurde zum Leutnant und schließlich nach seiner Verlegung in den Osten während des Rußlandfeldzuges zum Oberleutnant befördert. Auch während dieser Zeit hielt er, soweit dies irgend möglich war, Kontakt zu seinen Freunden in der katholischen Arbeiterbewegung. Freunde aus dem Widerstand sorgten 1942 für seine Versetzung in das Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Amt Ausland/Abwehr, um ihn einer weniger großen Gefährdung auszusetzen. Letterhaus wurde dort Referent der Presse- und Informationsgruppe. Er hatte somit Gelegenheit, sich mit Hilfe der unzensierten Presse- und Agenturmeldungen der Alliierten sowie ihres entschlüsselten Funkverkehrs ein Bild von der tatsächlichen militärischen Lage zu machen.

Kontakte zu militärischen Widerstandskreisen, die durch Jakob Kaiser vermittelt worden waren, unterhielt er schon in der Vorkriegszeit. Seine Tätigkeit im OKW, die ihn mit führenden Offizieren des Widerstandes zusammenbrachte, und seine Herkunft aus der christlichen Arbeiterbewegung machten ihn besonders geeignet für seine Funktion als Verbindungsmann zwischen militärischen und zivilen Widerstandskreisen. Bis zur Zerstörung seiner Kölner Wohnung, die unmittelbaren Zugang zur Verbandszentrale der westdeutschen Arbeitervereine hatte, trafen sich dort führende Köpfe des deutschen Widerstandes, bisweilen auch während seiner Abwesenheit. Zu den Teilnehmern gehörten neben Jakob Kaiser und Nikolaus Groß u. a. Josef Wirmer, Pater Alfred Delp S. J., Wilhelm Leuschner, Heinrich Körner und Carl Goerdeler.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Neuordnung Deutschlands, die für Letterhaus keine Rekonstituierung Weimars sein konnte, sondern grundsätzlich neue Überlegungen erforderte, die nötigenfalls unter Verzicht auf liberale verfassungstheoretische Positionen eine nochmalige Machtergreifung des politischen Extremismus in Deutschland ausschlossen. Auch der Aufbau einer demokratischen Arbeiterbewegung wurde besprochen. Letterhaus trat für eine weltanschaulich und parteipolitisch neutrale Einheitsgewerkschaft ein, die unter diesen Voraussetzungen schon früher die Zustimmung der katholischen Arbeitervereine

gefunden hätte. Seine frühere Partei, das Zentrum, hielt er angesichts der Entwicklung für unzeitgemäß und befürwortete eine Volkspartei auf christlicher Basis. Letterhaus war klar, daß der Weg zu einer Neuordnung Deutschlands nur über die militärische Niederlage oder eine vorzeitige Beseitigung Hitlers führen konnte. Zum Hoch-, nicht aber zum Landesverrat bereit, stimmte er einer gewaltsamen Beseitigung Hitlers zu, lehnte aber jede Beteiligung an Aktionen ab, die in ihrer Konsequenz Schaden für das Deutsche Reich mit sich bringen konnten.
Bereits während der ersten Kriegsjahre hatte er auf eine Verwirklichung der Pläne zur Beseitigung Hitlers gehofft, die in militärischen Widerstandskreisen entwickelt worden waren. Von dem Gelingen des schließlich 1944 unternommenen Versuchs war er überzeugt. Schon Monate vorher hatte er seinem Freund Hans Berger das Erscheinen trauerumrandeter Zeitungen angekündigt. Die Verschwörer verschoben mehrfach ihre Aktion, die Kriegslage änderte sich weiter zuungunsten Deutschlands.
Am 20. Juli 1944 hielt sich Letterhaus – er war kurz zuvor zum Hauptmann befördert worden – nicht in seiner Dienststelle in der Berliner Bendlerstraße auf, sondern tat in einer Außenstelle seines Amtes in Potsdam Dienst. Gegen Abend erkundigte er sich bei einem seiner Mitarbeiter in Berlin nach der Entwicklung. Die zögernde Antwort ließ ihn erkennen, daß die Aktion gescheitert war. In einem Gespräch mit Jakob Kaiser und Wilhelm Wiedfeld, dem ehemaligen Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung »Der Deutsche«, wurde ihm der Rat zur Flucht in die Niederlande gegeben, um bei Freunden aus der dortigen katholischen Arbeiterbewegung unterzutauchen. Letterhaus konnte sich zu diesem Schritt nicht entschließen und ging weiter seinen dienstlichen Verpflichtungen nach. Von einem Ausflug mit Mitarbeitern seiner Dienststelle vorzeitig zurückgekehrt, wurde er am Abend des 25. Juli 1944 verhaftet. Wie vielen direkt oder indirekt Beteiligten des 20. Juli war ihm eine der im Kreis um Goerdeler angefertigten Listen mit den Namen von Mitverschworenen und ihren künftigen Aufgaben zum Verhängnis geworden: Letterhaus sollte das Amt des »Politischen Beauftragten« im Wehrkreis VI (Münster) übernehmen oder Wiederaufbauminister im Kabinett Goerdeler werden.
Ein Ehrengericht schloß ihn einen Monat später aus der Wehrmacht aus. Nach einem Zwischenaufenthalt im Konzentrationslager Ravensbrück wurde er in die Haftanstalt Berlin-Tegel verlegt. Am 13. November 1944 fand vor dem Volksgerichtshof unter der Leitung von Roland Freisler der Prozeß gegen Bernhard Letterhaus statt. Freisler konnte die Abrechnung mit einem Mann vornehmen, der ihn, den früheren Kommunisten, vor 1933 scharf angegriffen hatte. Die Anklage lautete

auf Landes- und Hochverrat. Nach kurzer Verhandlung wurde Letterhaus zum Tode durch Erhängen verurteilt und am folgenden Tag, dem 14. November 1944, in Berlin-Plötzensee hingerichtet.
Die Nachricht von der Verhaftung ihres Mannes hatte Grete Letterhaus erst am 11. August 1944 durch Nikolaus Groß erreicht, der am Tage darauf das Schicksal seines Freundes teilen mußte und am 23. Januar 1945 hingerichtet wurde. Bernhard Letterhaus hatte während der Haft Gelegenheit, seiner Frau einige Briefe zu schreiben. Sie sind von der Sorge um das Los seiner Familie gekennzeichnet, aber auch von einer tiefgläubigen, demütigen Haltung gegenüber dem ihm von Gott auferlegten Schicksal. Diese Briefe erreichten die Empfängerin ebenso wie die Todesnachricht durch den Oberreichsanwalt erst geraume Zeit nach der Hinrichtung. Die Veröffentlichung einer Todesanzeige wurde der Witwe untersagt.

VII

Joseph Joos sprach von sich und seinen Freunden aus den katholischen Arbeitervereinen oft als von denen, »die von unten kommen«. Mit einer Einschränkung trifft diese Bezeichnung auch für Bernhard Letterhaus zu. Im Gegensatz zu anderen führenden Mitgliedern der Arbeitervereine stammte er aus einer Familie, die ihm eine materiell sorgenfreie Jugend ermöglichte, aber wie fast alle hatte auch er nicht die Gelegenheit, eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung zu erhalten. Letterhaus mußte ein in seiner Heimat übliches Handwerk erlernen. Erst danach, angewiesen auf eigene Initiative, eigenen Fleiß und Begabung, konnte er sich beruflich und außerberuflich weiter qualifizieren. So erwarb er eine für Autodidakten ungewöhnlich umfassende Bildung, ohne jemals – wie dies für katholische Arbeiterführer kennzeichnend ist – Minderwertigkeits- oder Neidgefühle zu entwickeln gegenüber jenen, die einen weniger beschwerlichen Lebensweg zu gehen hatten. Sein Ziel war es, allen Arbeitern die Chance der Persönlichkeitsentwicklung und damit einen den übrigen Bürgern gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft zu geben. Durch diese mit Glaubwürdigkeit vertretene Zielsetzung gewann er nicht nur den Respekt des Verbandsfunktionärs, sondern die freundschaftliche Verehrung der Arbeiter. Er wurde zum Typ des unakademischen Volksführers, ohne in anbiedernde Vertraulichkeit zu verfallen. Die in der Verfolgung eines als richtig erkannten Zieles bewiesene Konsequenz kennzeichnete seine Persönlichkeit. Es war daher folgerichtig, daß Letterhaus nach 1933 für sich nur die Alternative sah: Anpassung oder Widerstand. Er entschloß sich dazu,

seinen Weg fortzusetzen und bekannte sich zu aktivem Handeln unter Einsatz seiner Person. Damit unterschied er sich von anderen, auch katholischen Politikern der Weimarer Zeit. Sein Andenken ist in den Katholischen Arbeitervereinen ungewöhnlich lebendig.
Der katholische Gefängnisgeistliche von Plötzensee, Pfarrer Buchholz, berichtete nach dem Kriege über die Haltung der Gefangenen, wie froh »die Männer in ihren Zellen waren, wenn wir kamen. Und wie reich bin ich oft von dort weggegangen, beglückt darüber, an soviel Heldentum teilzunehmen, soviel edle Menschlichkeit zu erleben, wie ich sie an den rheinischen Arbeiterführern Groß und Letterhaus, dem Leipziger Kaufmann Cramer, an Graf Moltke, dem Jesuitenpater Delp und anderen immer wieder bewundern mußte. Ebenso groß waren sie im Sterben«.

Waltraud Herbstrith (Teresia a Matre Dei OCD)

Edith Stein (1891–1942)

Edith Stein ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern bekannt. Der Name der begabten jüdischen Philosophin, Konvertitin und Martyrin in Auschwitz bürgt für ein Schicksal, das in vieler Hinsicht unserer modernen Gesellschaft Impulse geben kann, ein christlich verantwortetes Leben zu führen. Schulen, Studentinnenheime, Bibliotheken, Kindergärten, Plätze und Straßen tragen ihren Namen.

Edith Stein war ein Mensch unserer Zeit, erfüllt von den Problemen, Umwälzungen und Einsichten des 20. Jahrhunderts. Was an ihrem Werdegang auffällt, ist die Konsequenz, mit der sie alle Entscheidungen traf, die sie der Wahrheit näher brachten. Schritt für Schritt ging sie voran, eine Erkenntnis reichte der andern die Hand. Das forderte von ihr dauernde Anpassung und Selbstberichtigung. Edith Stein dachte um, mußte alte Wege verlassen, neue einschlagen, frühere Einsichten mit neuen in Einklang bringen. Ziel war für sie, den Sinn des Daseins zu finden, die Übereinstimmung zwischen Denken und Tun. Ihrer Begabung standen viele Möglichkeiten der Verwirklichung offen. Neben ihren praktischen fraulichen Fähigkeiten, die sie in der Familie oder in sozial-pädagogischen Berufen hätte einsetzen können, zeigte sie auch Interesse für Politik. Sie sagte von sich, als Studentin sei sie radikale Frauenrechtlerin gewesen. Auf ihrer Suche nach objektiven Werten, die das Leben erhellen, entschied sie sich jedoch für den Weg der Philosophie.

I

Edith Stein, am 12. Oktober 1891 in Breslau geboren, wuchs in einer kinderreichen jüdischen Familie heran. Der frühe Tod des Vaters machte die Mutter zum Mittelpunkt der Familie. Sie war eine energische, tüchtige Frau, die das Holzgeschäft ihres Mannes erfolgreich führte. Edith Stein beobachtete die Frömmigkeit ihrer Mutter, ihre Gesetzestreue und Mildtätigkeit, ihre Gänge zur Synagoge. Sie hatte Achtung vor

diesem Verhalten, bildete sich aber mit ihrem frühreifen Intellekt eine eigene Welt. Sie säkularisierte die religiösen Maßstäbe ihrer Mutter und verwandelte sie in ethische Normen.
In Edith Steins Autobiographie finden wir wertvolle Aufschlüsse über ihre innere Entwicklung. Sie schreibt von ihrer Einsamkeit, ihrer geistigen Unabhängigkeit, ihrem Drang, eine innere Welt aufzubauen. Dies führte zu einem bewußt erfahrenen »Doppelleben«. Obwohl die Jüngste, wurde sie in ihrer Familie wegen ihrer Begabung und Charakterstärke bald als Ratgeberin geschätzt. Vorübergehende nervliche Störungen, die wegen zu starker Rezeption der äußeren Welt auftraten, überwand sie durch die Erkenntnis, daß sie ihren Weg allein gehen müsse. Schon früh kreisten ihre Gedanken um das, was sie später »Ich – Person – Welt« nennen sollte. Ihr Wissensdrang half ihr, ehrgeizige Träume, ein Gefühl der Auserwählung und Überlegenheit durch sachliche Arbeit in der Schule auszugleichen.
Im 13. Lebensjahr erfuhr Edith Stein eine seelische Krise. Bewußt löste sie sich von religiösen Anschauungen, gab das Beten auf und wollte mit einer Welt, in der Gott nicht existiert, fertig werden. Bis zu ihrem 21. Lebensjahr nannte sie sich Atheistin. Als sie zwanzigjährig die Universität betrat, wußte sie um ihre pädagogischen Fähigkeiten, ihren persönlichen Einfluß auf andere Menschen. Sie strebte nach dem Lehrberuf, ohne an eine wissenschaftliche Laufbahn zu denken. Edith Stein gehörte zu den wenigen Frauen, denen vor dem Ersten Weltkrieg ein akademisches Studium möglich war. Die Berufswahl sollte nach ihrer Meinung in innerer Unabhängigkeit erfolgen, als Selbstverwirklichung der Person. Neben der fachlichen Ausbildung in Geschichte und Germanistik belegte sie an der Universität Breslau Psychologie. Hier zeigte sich wieder ihr Hang zum »Doppelleben«. Die Atheistin erkannte, daß fachliche Ausbildung einer geistigen Grundlage bedurfte, einer Weltanschauung, die sie trägt. Diese Grundlage suchte sie in der »Wissenschaft von der Seele«. Was ist der Mensch? In welcher Beziehung steht die Seele zum Geist, zur Person, zum Universum? – das waren ihre Fragen. Doch der Wissenschaftsbetrieb enttäuschte sie. Die mechanische Methode der Experimentalpsychologie jener Zeit gab ihr keine Antwort. Sie fand eine »Psychologie ohne Seele«, ein »geistiges Trümmerfeld« und sah, daß man mit naturwissenschaftlichen Methoden keine Sinnerhellung der menschlichen Existenz geben kann.
Der Optimismus des 19. Jahrhunderts, die positiven Wissenschaften absolut zu setzen, war um die Jahrhundertwende im Schwinden begriffen. Der rationalistische Anspruch versagte vor der Not des Lebens. Skeptizismus, Psychologismus und Subjektivismus riefen in der Wissenschaft eine Krise hervor. Edith Stein entdeckte, daß mathematische

Gesetzlichkeit nicht das wahre Sein der Natur ist, noch die Sinnenwelt das Subjektive.

II

Zwei Denker von Rang halfen ihr, die Fesseln rationalistischer Vorurteile zu sprengen: Edmund Husserl und Max Scheler. Edith Stein war auf die »Logischen Untersuchungen« Husserls gestoßen. Von da ab wollte sie Breslau verlassen, um in Göttingen bei Husserl zu studieren. Husserl kam von der Mathematik her. Er übernahm die Methode der positiven Wissenschaften, nahm aber die vorwissenschaftliche Grundlage nicht unbesehen hin. Er stellte Fragen wie: Was ist der Staat? Was ist das Volk? Was ist die Seele? Durch den Entwurf der Idee einer formalen Ontologie wandte er sich von der seit Descartes geübten kritizistischen Denkweise der modernen Philosophie ab. Seine »Logischen Untersuchungen« eröffneten Edith Stein eine neue Sicht auf die Wirklichkeit und Objektivität des Seins. Husserls Phänomenologie orientierte sich nicht nur an der Methodik der Einzelwissenschaften, sondern an der Sache selbst. Sein Verfahren wurde als »Wende zum Objekt« empfunden und erschloß die Rückkehr zu alten Traditionen wie Plato, Aristoteles und die Scholastik. Edith Stein schrieb: »Die Wiederentdekkung des Geistes und das Bemühen um eine echte Geisteswissenschaft gehört sicher zu den größten Wandlungen, die sich in den letzten Jahrzehnten auf wissenschaftlichem Gebiet vollzogen haben. Nicht nur die Geistigkeit und Sinnerfülltheit des seelischen Lebens ist wieder zu ihrem Recht gekommen, man hat auch seine Wirklichkeitsgrundlage wiedergefunden, wenn es auch immer noch Psychologen gibt..., die es für unerlaubt halten, in wissenschaftlichen Zusammenhängen von der Seele zu sprechen.«
Ohne daß Husserl es beabsichtigte, wandten sich viele seiner Schüler dem Christentum zu. Die Erkenntnis objektiver Seins- und Wertordnungen erschloß ihnen verschüttete Quellen. Von Husserl lernte Edith Stein, ihr Denken von Willkür zu befreien. Ihr Erkennen wurde »schlicht«, »sachgehorsam« und »demütig«. Husserl war jedoch in seinem Philosophieren an eine Grenze gekommen. In seinen 1913 veröffentlichten »Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Methode« zeigte sich seine Rückkehr zu einer immanenten Bewußtseinsphilosophie im Sinne Kants. Scheler dagegen entwarf, trotz Widersprüchen und Mangel an wissenschaftlicher Genauigkeit, eine Gotteswelt augustinischer und thomistisch-scholastischer Prägung. In der Mitte des Stufenbaus seiner Wertordnung steht die Person. Ihr

vollkommener Typ ist der Heilige, weil sein Sein im Verhältnis zu Gott am meisten vollendet ist.
Edith Stein war von Schelers Welt der Werte stark betroffen. Zum erstenmal lernte sie vorurteilslos über Begriffe wie Heiligkeit, Demut, Reue nachzudenken. Begegnungen mit gläubigen Menschen, vor allem mit dem Ehepaar Reinach, vertieften ihre Erfahrungen. Hinzu kamen die Erschütterungen des Ersten Weltkriegs 1914. Edith Steins phänomenologischer Idealismus brach langsam zusammen. Unausweichlich sah sie ein, daß Philosophie als »strenge Wissenschaft« nicht genügt. Sie fühlte sich zu selbstlosem Einsatz gedrängt. Obwohl sie Husserl um ein Doktorthema gebeten hatte und sich gleichzeitig auf das Staatsexamen vorbereitete, meldete sie sich als Rotekreuzschwester in ein österreichisches Seuchenlazarett. Als ihre Hilfe nicht mehr nötig war, kehrte sie nach Göttingen zurück und legte 1915 ihr Staatsexamen ab. 1916 folgte sie Husserl als Assistentin nach Freiburg im Breisgau und promovierte bei ihm über das Thema »Einfühlung« mit summa cum laude. In ihrer Arbeit heißt es: »Indem wir einfühlend auf uns verschlossene Wertbereiche stoßen, werden wir uns eines Mangels oder Unwerts bewußt.« Ihre Dissertation endet mit der Frage, ob nicht auch religiöse Erfahrung ein bedenkenswertes Phänomen sei.
Zwei persönliche Erlebnisse verstärkten die geistige Krise in Edith Stein. Im Herbst 1917 fiel Adolf Reinach, früher der engste Mitarbeiter Husserls. In der Begegnung mit Reinach war ihr zum erstenmal aufgegangen, daß Liebe und Wohlwollen nicht auf reine Innerweltlichkeit reduzierbar sind. Sein Tod war für sie ein schwerer Schlag. Da sie nicht an ein Fortleben im Jenseits glauben konnte, fürchtete sie, mit Frau Reinach zusammenzutreffen. Sie wußte nicht, was sie ihr zum Trost sagen sollte. Doch es gab kein Ausweichen. Edith Stein wurde gebeten, Reinachs Nachlaß zu ordnen. Wie bestürzt war sie, als sie Frau Reinach mitten im Leid als die Gebende, Trostspendende erfuhr. Zum zweitenmal ging ihr eine Wirklichkeit auf, die zwar im Menschen wohnt, aber nicht aus ihm ist. Diese Ereignisse gingen nicht spurlos an ihr vorüber. Sie erkannte den Unterschied zwischen theoretischem Durchdenken religiöser Phänomene und der Annahme einer jenseitigen Welt. Ihre wissenschaftliche Methode wurde dadurch nicht in Frage gestellt, aber das Forschungsgebiet erweiterte sich.
Für Edith Stein setzte ein Ringen auf Leben und Tod ein. Die Krise zog sich mehrere Jahre hin. Äußeres Kennzeichen dieses Kampfes war ihr Fortgehen von Husserl. Nach zweijähriger Assistententätigkeit war sie bereit, mit Husserl als Partner zusammenzuarbeiten. Doch war es ihr nicht länger möglich, ihm nur bei der Ausarbeitung seiner Manuskripte behilflich zu sein. Sie sehnte sich nach Selbständigkeit, nach

Ruhe, um die Umwälzungen, die in ihrem Geist vor sich gingen, zu verarbeiten. Sie dachte daran, sich zu habilitieren. In der Nachkriegszeit waren die Aussichten für eine Frau jedoch gering. Husserl schrieb ihr eine Empfehlung für Göttingen, aber die Sache zerschlug sich. Edith Stein arbeitete in Breslau privat weiter. Die ausweglos erscheinende Situation des besiegten Deutschland zerstörte indes ihren Lebensoptimismus nicht: »Es ist doch ganz sicher«, schrieb sie 1918, »daß wir an einem Wendepunkt in der Entwicklung des menschlichen Geisteslebens stehen, und man darf sich nicht beklagen, wenn die Krisis länger dauert, als es dem einzelnen nach seinem Ermessen bekömmlich ist.«
Edith Stein nahm regen Anteil am politischen Geschehen. Es gab für sie keine Trennung zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft, zwischen Privatleben und öffentlichem Wohl. Sie vertraute auf die Evolution des Geistes und glaubte an den Sieg des Guten. In ihrer Studie »Eine Untersuchung über den Staat« schrieb sie: »Die Lebensinteressen des Staates können es... erforderlich machen, daß er seinen Bürgern die härtesten Zumutungen stellen muß... Von solchen Fällen abgesehen aber ist es ein staatsfeindliches Verhalten der Staatslenker selbst, wenn sie sich durch den Inhalt ihrer Bestimmungen die Kräfte, die sie sich zu Verbündeten machen müßten – die seelischen Antriebe der Individuen –, zu Feinden machen.« Edith Stein sah die Gefahr der politischen Ideologien. Sie verlangte von den Staatslenkern eine kluge, maßvolle Leitung. Sie war gleich weit entfernt von einem ungesunden Individualismus liberaler Prägung wie von einer autoritären Vergewaltigung der Würde der Person aus staatlichen Interessen. In ihren Arbeiten »Psychische Kausalität« und »Individuum und Gemeinschaft«, die zur philosophischen Begründung der Psychologie beitrugen, überdenkt sie die Freiheit und geistige Konstituierung der Person. Der Kern einer Gemeinschaft kann für sie nicht nur ein großer Führer sein, der vielleicht für eine gewisse Zeit eine Gemeinschaft zusammenhält. Vielmehr bestimmen die einzelnen Träger des Gemeinschaftslebens dessen »persönliches Sein«.

III

In ihrer inneren Entwicklung erfuhr Edith Stein das Angerührtwerden von einer anderen Welt. »Es hat Menschen gegeben«, schreibt sie, »die in einem plötzlichen Wandel ihrer Person das Einwirken göttlicher Gnade zu erfahren meinten.« Sie erfuhr das »Einströmen einer Tätigkeit«, die nicht die ihre war. Ihren damaligen Zustand beschreibt sie als »tödliche Bedrohung«, als Stagnierung allen geistigen Lebens, die

durch körperliche und seelische Erschöpfung ausgelöst worden waren. 1921 las sie bei ihrer Freundin Dr. Hedwig Conrad-Martius in Bergzabern die Autobiographie Teresas von Avila. Als sie nach einer durchwachten Nacht das Buch schloß, sagte sie sich: ›Das ist die Wahrheit.‹ Aus dieser Erkenntnis zog sie alle Konsequenzen. 1922 bat sie um die Taufe. Ihrer Familie mußte sie eröffnen, daß sie nunmehr Christin war.

Edith Stein empfand ihre persönliche Wandlung so stark, daß sie ihre philosophische Karriere aufgab und nur noch für die Wahrheit leben wollte. Die Wahrheit leben, hieß für sie, das Erfahrene im Alltag verwirklichen. Sie gab den Gedanken an eine Ehe auf und band sich durch ein persönliches Versprechen, für die Interessen der Kirche verfügbar zu sein. Sie glaubte, Konversion und Klostereintritt könnten zusammenfallen. Ihre geistlichen Berater rieten ihr jedoch, auch im Hinblick auf ihre Familie, vom Eintritt in den Karmel ab.

1923 ging Edith Stein nach Speyer und unterrichtete an der Schule und Lehrerinnenbildungsanstalt der Dominikanerinnen. Je länger sie jedoch in der Welt des Glaubens lebte, desto eindringlicher stellte sich ihr die Frage nach Wahrheit aufs neue. Der Religionsphilosoph Erich Przywara SJ regte sie an, Newman zu übersetzen, aber auch Thomas von Aquin. Die ihr bis dahin unbekannte Welt des Aquinaten rief eine Auseinandersetzung mit ihrer phänomenologischen Erziehung hervor. Von Thomas lernte sie, daß es auch Suche nach Wahrheit im Raum des Glaubens gibt. Das war ihr ungewohnt. Zunächst übersetzte sie Thomas' »Quaestiones disputatae de veritate«. Diese Übertragung ließ sie Zusammenhänge ahnen und Einsichten in philosophische Strömungen der Vergangenheit gewinnen, die sie für die Probleme der Gegenwart fruchtbar machen wollte. Ein Niederschlag davon war die wertvolle Analyse »Husserls Phänomenologie und die Philosophie des hl. Thomas von Aquino« (1928).

Bald mußte Edith Stein einsehen, daß die Schule nicht ihr eigentlicher Beruf war. Freunde rieten ihr, sich noch einmal um die Habilitation an einer Universität zu bemühen. Sie verfaßte dafür ein Manuskript mit dem Titel »Akt und Potenz«. Auch mit der Neuscholastik nahm sie Kontakte auf. 1932 wurde sie zur Arbeitstagung der Société thomiste in Juvisy bei Paris eingeladen, wo sie durch glänzende Beherrschung der Materie in beiden Sprachen auffiel. Als Phänomenologin fühlte sich Edith Stein zu unmittelbarer Sachforschung berufen. Sie konnte nicht einfach Begriffe anderer übernehmen. Darum lernte sie die thomistische Welt am besten durch Übersetzung kennen. Thomas steigt in der Erkenntnis vom Sein Gottes zu den Dingen herab. Edith Stein nimmt mit dem modernen Menschen den Ausgangspunkt von unten,

vom Ich, vom Bewußtsein. Durch Thomas setzte sie sich nicht nur mit Aristoteles, sondern auch mit Plato, Augustinus und Duns Scotus auseinander. Ebenso wurde sie mit der Lehre Dionysius' des Areopagiten vertraut, dem sie später eine Studie – »Wege der Gotteserkenntnis« – widmete.

Neben Husserl und Scheler stand Edith Stein auch Heidegger offen, wenn auch kritisch gegenüber. Mit sicherem Instinkt erfaßte sie Wesentliches in seinem philosophischen Ansatz. »Das, wofür Heidegger den Blick geöffnet hat«, schreibt sie, »ist das, was er das ›In-der-Welt-Sein‹ des Ich nennt. Es klingt wie eine ganz banale Tatsache, aber welche Bedeutung dieser Tatsache zukommt, das ist wohl kaum je früher in dieser Schärfe herausgearbeitet worden. Der naive Realismus nimmt die Dinge so, wie sie dem Menschen vor Augen treten, und setzt sie absolut, ohne zu ahnen, wieviel von dem, was ihm vor Augen steht, durch die Wechselbeziehung zwischen dem Menschen und seiner Welt bedingt ist: er vergißt sich selbst als Faktor im Aufbau seiner Welt. Der Idealist wird von der Entdeckung des Anteils, den das Subjekt im Aufbau der Welt hat, so gefesselt, daß er es absolut setzt, und den Blick für die Abhängigkeiten, in denen er selbst steht, verliert. Es war eine eigene Aufgabe, auf das Dasein als ›In-der-Welt-Sein‹, in dem wir uns vorfinden, hinzuweisen und es zum Gegenstand der Forschung zu machen.«

IV

Seit 1929 wurde Edith Steins Name durch Vortragsreisen im In- und Ausland bekannt. Diesmal nicht im philosophischen Sachbereich, sondern auf dem Sektor der Frauenbildung und -erziehung. Sie nahm zu den Problemen der modernen, berufstätigen Frau wegbereitend und klärend Stellung. Nicht nur die Frauen, auch die Männer hörten Edith Stein interessiert zu. Ihre Vorträge wurden später in den Büchern »Die Frau« und «Frauenbildung und Frauenberufe« gesammelt. Edith Stein wollte die Frau wach machen für die Aufgaben, die sie in Politik, Beruf und Familienleben erwarteten. Sie trug sich mit Reformplänen für das bis dahin einseitig männlich ausgerichtete Schulwesen. »Daß Frauen imstande sind«, sagte sie, »andere Berufe als den der Gattin und Mutter auszuüben, das hat wohl nur unsachliche Verblendung bestreiten können. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte und im Grunde doch die Erfahrung aller Zeiten hat es bewiesen... Es gibt keinen Beruf, der nicht von einer Frau ausgeübt werden könnte... Keine Frau ist ja nur ›Frau‹, jede hat ihre individuelle Eigenart und Anlage so gut wie der

Mann, und in dieser Anlage die Befähigung zu dieser oder jener Berufstätigkeit.« Die Frau muß vor allem dazu beitragen, daß die Würde der Person geschützt wird, denn »die Person steht immer höher als alle sachlichen Werte«.

1932 verließ Edith Stein Speyer, um eine Dozentur am Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster anzunehmen. Die Habilitationspläne in Breslau und Freiburg hatten sich wieder zerschlagen. Edith Stein hatte es nicht nur als Frau schwer, anzukommen; sie war ja zudem Jüdin, und der Antisemitismus war weit verbreitet. In Münster fand sie rasch Kontakt mit den Studentinnen nicht nur vom Institut, sondern auch von der Universität. Aber nur ein fruchtbares Jahr sollte ihr bleiben, dann wurde ihre Tätigkeit durch die Nichtariergesetze abgebrochen. Sie war darüber nicht traurig. Schon lange hielt sie Ausschau, ihre Überzeugung noch radikaler zu verwirklichen. Sie lehnte ein Angebot nach Südamerika ab und trat im Herbst 1933 in den Orden der Unbeschuhten Karmelitinnen in Köln ein.

Die Spiritualität des Karmel mit seiner einfachen Lebensweise und seiner Betonung des stellvertretenden Betens für die Interessen des Reiches Gottes, war für Edith Stein die Form, in der sie der Wahrheit am besten dienen konnte. Trotz ihrer Kontakte zum benediktinischen Mönchtum in Beuron und ihrer Freude an der feierlichen Liturgie dachte sie nie an etwas anderes, als in den Karmel einzutreten. Ihr Herausgehen aus mitverantwortlicher wissenschaftlicher Arbeit geschah nicht aus Weltflucht. Das bewußte Aufgeben ihrer öffentlichen Tätigkeit ist im letzten nur zu verstehen als Gewissensentscheidung vor dem Anruf eines Größeren, vor Gott. Ihre radikale Übergabe an die Wahrheit im Verlassen vorläufiger Bindungen wurde Wegzeichen für viele, die in der Wahrheit den letzten Sinn ihres In-der-Welt-Seins suchen.

Edith Stein suchte im Karmel keine Privilegien. Sie war überzeugt, daß sie nicht mehr wissenschaftlich arbeiten könne und widmete sich, wie alle Schwestern, dem Gebet und den Hausarbeiten. Zwischen einfacher Handarbeit und intellektueller Tätigkeit gab es für sie keinen wesensmäßigen Unterschied. Ihr Zusammenleben mit sogenannten einfachen Frauen sah sie nicht als Erniedrigung, sondern als Bereicherung an, als Hilfe, auf dem Weg der Liebe rasch voranzukommen. Bei ihrer Aufnahme hatte sie erklärt: »Nicht die menschliche Tätigkeit kann uns helfen, sondern das Leiden Christi. Daran Anteil zu haben, ist mein Verlangen.« Neun Jahre sollten ihr für dieses Lebensprogramm noch bleiben. Als Ordensnamen hatte sie sich Teresia Benedicta a Cruce, die vom Kreuz gesegnete Teresia, erbeten.

V

Nach der Ablegung ihrer ersten Gelübde forderten die Ordensobern Edith Stein auf, ihre frühere Habilitationsschrift »Akt und Potenz« für den Druck fertigzustellen. Damit kehrte sie zur wissenschaftlichen Tätigkeit zurück. Edith Stein sollte auch im Karmel bezeugen, daß Gebet und Intellektualität einander nicht ausschließen, sondern daß es im Sinne des hl. Thomas um die rechte Einordnung der geistigen Fähigkeiten geht. Was Edith Stein einmal in einem Artikel geschrieben hatte, lebte sie selbst: »Wenn der Verstand sein Äußerstes wagt, dann kommt er an seine eigenen Grenzen. Er zieht aus, um die höchste und letzte Wahrheit zu finden, und entdeckt, daß all unser Wissen Stückwerk ist. Dann zerbricht der Stolz, und nun sehen wir ein Doppeltes: entweder er schlägt um in Verzweiflung oder er beugt sich in Ehrfurcht vor der unerforschlichen Wahrheit und empfängt demütig im Glauben, was die natürliche Verstandestätigkeit nicht erobern kann. Dann bekommt der Intellektuelle im Licht der ewigen Wahrheit die rechte Einstellung zu seinem eigenen Intellekt. Er sieht, daß die höchsten und letzten Wahrheiten nicht durch den menschlichen Verstand entschleiert werden, und daß in den wesentlichsten Fragen und darum in der praktischen Lebensgestaltung ein ganz einfacher Mensch auf Grund höherer Erleuchtung dem größten Gelehrten überlegen sein kann. Auf der anderen Seite erkennt er den legitimen Bereich der natürlichen Verstandestätigkeit und verrichtet hier seine Arbeit, wie der Bauer sein Feld bestellt, als etwas, was gut und nützlich ist, aber in enge Grenzen eingehegt wie alles Menschenwerk. Wer so weit ist, der wird niemandem mehr ›von oben herab‹ begegnen. Er wird jene schlichte und natürliche Menschlichkeit haben, die ungeheuchelte tiefe Bescheidenheit, die unbefangen und ungehindert durch alle Schranken hindurchgeht. Er wird mitten unter dem Volk ohne Scheu seine intellektuelle Sprache sprechen dürfen, weil sie ihm so natürlich ist wie dem Volk die seine und weil er sie sichtlich nicht höher einschätzt. Und er wird seinen intellektuellen Problemen nachgehen dürfen, weil das nun einmal sein natürliches Metier ist; er wird seinen Verstand gebrauchen wie der Schreiner Hand und Hobel, und wenn er andern mit seiner Arbeit nützen kann, so wird er gern dazu bereit sein.«

Edith Stein machte sich eifrig an die Arbeit. Niemand im Karmel ahnte jedoch, daß es für einen Juden unmöglich war, etwas zu veröffentlichen. Edith Stein mußte ihr Manuskript »Akt und Potenz« völlig umarbeiten. Das war im Alltag des Klosters, in dem man nie mehr als zwei Stunden fortlaufende Arbeitszeit hat, nicht leicht. Trotz der Abgeschlossenheit der Klausur, des Mangels an Rüstzeug und notwendigen Kontakten

mit Philosophen, gelang es ihr, die Frage nach dem Sinn des Seins neu zu stellen. Sie nannte ihr Werk jetzt »Endliches und Ewiges Sein«. Sie behandelte Grundfragen wie: »Die Frage nach dem Sein im Wandel der Zeiten«, »Schwierigkeiten des sprachlichen Ausdrucks«, »Sinn und Möglichkeit einer christlichen Philosophie«. Wieder kam ihr die Fähigkeit zu Hilfe, Zusammenhänge aufzuzeigen und verschiedene geistige Ausrichtungen aus Vergangenheit und Gegenwart in einen fruchtbaren Dialog zu bringen.
Während die Philosophie des Mittelalters die Seinsfrage in die Mitte ihres Denkens stellte, wandte sich die moderne Philosophie der Erkenntnisfrage zu. Edith Stein ist der Auffassung, daß es auch der modernen Philosophie im Grunde um das wahre Sein zu tun ist. Sie greift Gedankenansätze auf, die bis in die Anfänge der griechischen Philosophie zurückreichen und notwendige Erkenntnisrichtungen bezeichnen, und leistete wertvolle Dienste für die Seinsfrage. Schwerer wiegt jedoch nach Edith Stein ihre vollständige Loslösung von der geoffenbarten Wahrheit. Edith Stein untersuchte den aristotelischen Substanzbegriff, die Transzendentalien, die Schöpfung als Abbild der Dreifaltigkeit, die Begründung des Einzelseins. Die Fülle der Untersuchungen endet in einem Ausblick auf Christus als Mitte und Einheit der Menschen. Edith Stein war jedoch mit dem Gebiet der theologischen Forschung zu wenig vertraut. Es gelang ihr nicht wie Thomas, die philosophische Methode auf Philosophie *und* Theologie gleichwertig anzuwenden.

VI

1936 starb Edith Steins Mutter, 1938 Husserl. Man kann fast sagen, noch ›rechtzeitig‹ vor den schrecklichen Ausschreitungen der Judenverfolgung in der Kristallnacht 1938. Um ihr Kölner Kloster nicht länger zu gefährden, floh Edith Stein Sylvester 1938/39 in den Karmel in Echt/Holland. Sie war nicht zu bewegen, sich zu verbergen, noch nach Amerika zu fliehen. Doch Holland war zu nah, um ihr wirklich Schutz bieten zu können. 1940 wurde es von den Nationalsozialisten besetzt. Einigen Geschwistern Edith Steins gelang es, nach Amerika auszuwandern, die andern wurden verschleppt. Das Kloster in Echt nahm für sie und ihre Schwester Rosa Verhandlungen mit der Schweiz auf. Dort ahnte man jedoch nicht die drohende Gefahr, und so verzögerte sich die Sache. Während sich in Holland die Lage für die Juden immer mehr verschärfte, wurde Edith Stein beauftragt, zum vierhundertsten Geburtsjubiläum des hl. Johannes vom Kreuz eine Festschrift zu verfassen.

Sie war dankbar, noch einmal ihren Verstand gebrauchen zu dürfen, ehe er einrostete, wie sie humorvoll bemerkte. Ihre Studie nannte sie »Kreuzeswissenschaft«. Hier wandte sie weniger thomistische Erkenntnisbegriffe zur Überschau geistiger Zusammenhänge an, sondern bot eine phänomenologische Analyse der mystischen Lehre des Karmeliten. Nach einer Einführung in Johannes' Gedankenwelt behandelt sie seine Lehre von der Entblößung der geistigen Kräfte. Edith Stein führte Johannes weiter und brachte seine Lehre ins Gespräch mit heutiger Erfahrung. Sie entwickelte ihre Gedanken über den ›Bau der Seele‹, über Ich, Freiheit und Person. Dadurch leistete sie – wie bei ihrer Thomasübertragung – einen Dienst für den Dialog zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Edith Steins Philosophie der Person erlag nicht der Gefahr, den Selbststand der Person, was die Vereinigung mit Gott betrifft, aufzulösen. Sie verteidigte vielmehr eine gesunde Ich-Stärke. Klar arbeitete sie bei Johannes und bei Teresa von Avila das Entscheidende ihrer Lehre heraus: Selbstbesitz des Menschen durch Erfahrung der eigenen Tiefe, Selbsthingabe des Menschen durch Begegnung mit dem Du Gottes in dieser Tiefe.

Mit der »Kreuzeswissenschaft« brach Edith Steins Wirken ab. In der Vorahnung des Kommenden schrieb sie das Werk in großer Eile. Es blieb unvollendet. Als Racheakt wegen des Einspruchs der holländischen Bischöfe gegen das Vorgehen der Nationalsozialisten wurden am 2. August 1942 alle katholischen Juden verhaftet. Edith und Rosa Stein wurden von der SS gezwungen, innerhalb von fünf Minuten den Karmel zu verlassen. Die letzten Worte, die man Edith Stein zu ihrer verstörten Schwester sagen hörte, waren: »Komm, wir gehen für unser Volk.« Vom Auffanglager Amersfort ging es zum Sammellager Westerbork. Aus mehreren Zeugnissen wissen wir, wie aufopfernd Edith Stein sich für die Verhafteten einsetzte, vor allem für die Mütter und Kinder. Ein Beamter äußerte: »Ein Gespräch mit ihr... war eine Reise in eine andere Welt.« Und eine Dame berichtet: Sie erschien mir »wie eine Pieta ohne Christus... Sie dachte an das Leid, das sie voraussah, nicht ihr Leid, dafür war sie viel zu ruhig, sie dachte an das Leid, das die andern erwartete.«

Am 7. August 1942 wurden über tausend Juden in Züge verfrachtet. Diese fuhren nach Polen in das Vernichtungslager Auschwitz. Edith Steins letzte Mitteilungen sind Bitten um Wäsche für ihre Schwester, Informationen für das Schweizer Konsulat und die sieghaften Worte, die an den Glauben des Ignatius von Antiochien erinnern: »Konnte bisher herrlich beten.« In dieser Glaubenskraft ist Edith Stein in die furchtbare Vernichtung, wahrscheinlich am 9. August 1942, hineingegangen. Was jedoch sinnloses Ende schien, Triumph des Bösen über

das Gute, ist für viele suchende Menschen zum Zeichen des Sieges geworden – Sieg im Sinne der Auferstehung Christi aus dem Todesleiden der Kreuzigung.
1962 wurde in Köln von Kardinal Frings der Seligsprechungsprozeß für Edith Stein eröffnet. Der Diözesanprozeß ist inzwischen abgeschlossen. Es bleibt zu hoffen, daß die öffentliche Anerkennung von Leben und Sterben Edith Steins nicht allzu lange auf sich warten läßt. Noch leben viele Menschen, die ähnliches erlitten haben. Nicht nur zukünftigen Generationen, sondern den Menschen *heute* sollte in Edith Stein ein Zeichen der Versöhnung und der Solidarität zwischen Völkern und Rassen aufgezeigt werden.

Rudolf Morsey

Clemens August Kardinal von Galen (1878–1946)

Selten hat ein Mitglied des deutschen Episkopats eine derartige Popularität in und außerhalb seiner Diözese besessen wie Clemens August Graf von Galen, Bischof von Münster während der Jahre 1933 bis 1946. Seine bischöfliche Wirksamkeit begann acht Monate nach dem Beginn der Hitler-Herrschaft und endete zehn Monate nach deren Untergang. Sie blieb damit äußerlich den zwölf Jahren der Diktatur zugeordnet. Sooft in den vergangenen Jahren das Verhalten der »Amtskirche« in dieser Zeit diskutiert und kritisiert worden ist – nicht selten ohne Kenntnis der Lebensbedingungen und Möglichkeiten kirchlicher Verkündigung in einem totalitären Regime –, galt Galen als eine der wenigen positiven Ausnahmen.

Das in aller Welt bekannte und respektierte Auftreten des »Löwen von Münster« als eines unerschrockenen Verteidigers göttlichen Rechts, kirchlicher Freiheiten und menschlicher Würde hatte sich den Zeitgenossen tief eingeprägt. Die hünenhafte Statur, die adlige Herkunft und die freimütige Sprache des münsterischen Oberhirten vermochten die Volksphantasie zu fesseln. Sein jäher Tod im Zenit des bischöflichen Lebens am 22. März 1946 tat ein übriges, um das Andenken an den Träger des Kardinalpurpurs, der ihm wenige Wochen vorher verliehen worden war, lebendig zu halten. Eine Beurteilung der Persönlichkeit und des Wirkens von Galens muß daher zunächst eine Schallmauer verehrungsvoller und teilweise auch legendenhafter Ausschmückung durchstoßen. Es gilt, den Bischof aus den Bedingungen seiner Zeit heraus zu würdigen und seine Bedeutung für den deutschen Katholizismus in den Jahren der Tyrannei vorurteilslos zu beschreiben.

I

Im Sommer 1933 deutete zunächst nichts darauf hin, daß der in seiner Diözese kaum bekannte, damals 55jährige Pfarrer von St. Lamberti in Münster, Clemens Graf von Galen, als Nachfolger des am 5. Januar 1933 verstorbenen Bischofs Johannes Poggenburg den Stuhl des hl.

Liudger besteigen würde. Er ragte außer durch seine Gestalt nicht aus dem Kreise seiner Konfratres hervor. Galen war ein eifriger und beliebter Seelsorger, aber weder ein glänzender Schriftsteller noch ein gesuchter Prediger, noch ein eigenständiger theologischer Denker.
Er entstammte einer urkatholischen Adelsfamilie und wurde am 16. März 1878 auf Burg Dinklage im oldenburgischen Teil der Diözese Münster als elftes Kind (von dreizehn Kindern) des Grafen Ferdinand Heribert von Galen und der Gräfin Elisabeth, geborener Reichsgräfin Spee, geboren. Nach Abschluß seiner Gymnasialzeit bei den Jesuiten in Feldkirch und am Gymnasium Antonianum in Vechta (1894-1896) absolvierte der junge Galen seine theologischen Studien in Freiburg in der Schweiz, in Innsbruck und Münster. Am 28. Mai 1904 empfing er im Dom zu Münster, der seine Kathedralkirche und Grabstätte werden sollte, die Priesterweihe.
Nach zweijähriger Tätigkeit als Domvikar und Kaplan bei seinem Onkel, dem münsterischen Weihbischof Maximilian von Galen, wurde er 1906 nach Berlin versetzt. Dort amtierte Galen 23 Jahre lang als Großstadtseelsorger, zunächst als Kaplan an St. Matthias, einer Pfarrei, die nach altem Herkommen von Geistlichen des Bistums Münster betreut wurde, und als Präses des Berliner Gesellenvereins, dann als Kuratus an St. Clemens – wo er sein väterliches Erbteil für den Neubau eines Gesellenhauses zur Verfügung stellte – und seit 1919 als Pfarrer an St. Matthias. Da sowohl sein Vater als auch sein älterer Bruder Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei gewesen waren, gewann Clemens, der sich erst ab 1933 als Bischof Clemens August nannte und in seiner Familie »Clau« gerufen wurde, frühzeitig Zugang zur Politik.
Hingegen besaß er kein inneres Verhältnis zur Jugendbewegung und Jugendseelsorge oder zur liturgischen Erneuerung. Konservativ-patriarchalischem Herkommen und Denken verhaftet, stand er politischen wie kirchlichen Reformbestrebungen skeptisch gegenüber. Zu seinem Familienerbe gehörte eine lebendige Erinnerung an den preußischen Kulturkampf und an seinen Großonkel, den Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler. Dazu zählte auch die Erinnerung an den 1837 von der preußischen Regierung verhafteten Kölner Erzbischof Clemens August von Droste zu Vischering.
Während seiner Berliner Jahre entwickelte sich Pfarrer Graf Galen zu einem scharfen Kritiker der Weimarer Verfassung und zu einem Verfechter der »Dolchstoßlegende«. Er zählte zu den Anhängern des »Rechtskatholizismus«, die kritische Distanz zur Zentrumspartei hielten. Aus einer betont »nationalen« Sicht kommentierte er politische Zeitfragen. Durch Franz von Papen gelangte er in den Aufsichtsrat der Berliner

Zentrumszeitung »Germania«, dessen Vorsitzender Papen war. In seinem Buch »Die Pest des Laizismus« gab Galen 1932 seiner Besorgnis vor einer zunehmenden Verweltlichung des öffentlichen Lebens und dem Vordringen liberaler und sozialistischer Ideen Ausdruck. Seine Feststellung, »äußere Stürme und Verfolgungen« der Kirche in Deutschland und »direkte Angriffe der Staatsgewalt« seien »abgeschlagen und zurückgedrängt« worden, traf wenige Monate später nicht mehr zu.
Die Stärke Galens lag in seinem ungebrochenen und niemals in Frage gestellten Verhältnis zur Welt, zum überkommenen katholischen Glauben seiner Väter und zur Kirche, verbunden mit einer urwüchsigen und völlig selbstverständlichen Frömmigkeit. Er war ein überzeugter Diener der Kirche und des Staates, die zum Besten des Volkes zusammenwirken sollten. Die Erhaltung der religiösen Grundlage des nationalen Lebens bildete für ihn die Voraussetzung für eine gedeihliche staatliche Entwicklung. In diesem westfälischen Edelmann und Patrioten war das Gefühl der persönlichen Bindung an das Papsttum und an die Regierung stark ausgeprägt, nicht minder das der Treue gegenüber Klerus und Diözesanen.

II

Die Ernennung Galens, der seit 1929 als Pfarrer der Stadt- und Marktkirche St. Lamberti in Münster und seit 1931 auch als Pfarrverwalter der St. Servatii-Kirche amtiert hatte, zum Bischof von Münster erfolgte am 5. September 1933. Ihr ging ein ungewöhnliches Vorspiel voraus. Zunächst hatte das Domkapitel aus einer Liste von drei Namen – unter denen sich Galen offensichtlich nicht befand – entsprechend den Bestimmungen des Preußischen Konkordats von 1929 in geheimer Wahl den Berliner Domkapitular Heinrich Heufers zum Bischof gewählt. Dieser jedoch lehnte die auf ihn gefallene Wahl ab, über die bereits in der Presse berichtet worden war. Er konnte seinen angegriffenen Gesundheitszustand ins Feld führen, wollte aber vermutlich den neuen Machthabern nicht die Gelegenheit bieten, gegen ihn die nach Konkordatsrecht möglichen »Bedenken politischer Art« geltend zu machen und damit einen kirchenpolitischen Konflikt zu schaffen.
In Münster aber wartete man mit zunehmender Unruhe auf die Wahl eines neuen Bischofs. Am 17. Mai 1933 drängte Pfarrer Graf Galen seinen Bruder, den Zentrumsabgeordneten des Preußischen Landtags, Franz Graf von Galen, in Berlin darauf hinzuwirken, möglichst rasch etwaige Hindernisse für die Wahl eines neuen Bischofs auszuräumen: Es drohe ein Verhängnis zu werden, »daß in der jetzigen Zeit der

Unklarheit und Gewissensverwirrung bei Klerus und Volk« eine Diözese monatelang ohne bischöfliche Führung dastehe. Unter Hinweis auf die Möglichkeit, etwaige Schwierigkeiten gegebenenfalls mit Hilfe des von Galen gut bekannten, ja befreundeten Vizekanzlers Franz von Papen oder des Apostolischen Nuntius Cesare Orsenigo zu überwinden, resümierte Galen: »Aber das wird man ja in Rom auch bedenken. Die Hauptsache ist und meine dringendste Bitte geht dahin, daß unnötige Verzögerungen soweit irgend möglich überwunden werden.«
Dieses Schreiben ist ein Zeichen dafür, daß der münsterische Seelsorgsgeistliche nicht daran dachte, selbst jener Bischof zu werden, dessen möglichst rasche Ernennung er aus pastoralen Gründen für notwendig hielt. Wer in Berlin oder Münster die Aufmerksamkeit auf den Pfarrer von St. Lamberti gelenkt hat, ist noch nicht bekannt. Eine spätere Behauptung von Rudolf Amelunxen, Clemens August sei vom Domkapitel »einstimmig, wenn auch unwillig« gewählt worden, da er auf Betreiben des westfälischen Uradels »von Rom aus« dem Kapitel aufgezwungen worden sei, entbehrt der inneren Glaubwürdigkeit. Vizekanzler Franz von Papen nahm auf die Ernennung Galens keinen Einfluß. Im Gegenteil: Papen hatte – wie er mir 1966 auf eine entsprechende Anfrage bestätigte – den ihm befreundeten Benediktinerabt Albert Schmitt von Grüssau favorisiert.
Hingegen besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Wahl Galens und den seit dem 30. Januar 1933 veränderten politischen Verhältnissen in Deutschland. Da Galen als konservativ und »national« galt, gab es gegen seine Wahl von seiten der Reichsregierung keine politischen Einwände, zumal im Zeichen der kurzfristigen Hochstimmung nach Abschluß des Reichskonkordats (20. Juli 1933). Der neue Bischof erschien als Garant eines harmonischen Zusammenwirkens zwischen Kirche und nationalsozialistisch geführtem Staat. An seiner Weihe im Dom zu Münster am 28. Oktober 1933 nahmen SA- und Stahlhelm-Formationen mit Hakenkreuzfahnen teil, und bei der anschließenden Gratulationscour unterstrichen die örtlichen Spitzen der Regierung und der NSDAP das vielfach überschwenglich gefeierte »Bündnis« von Staat und Kirche. Die Theologische Fakultät Münster verlieh ihm wegen seiner Verdienste um Kirche und kirchliches Leben den Ehrendoktor der Theologie.
Am 19. Oktober 1933 erfolgte Galens Vereidigung durch den preußischen Ministerpräsidenten und Reichsstatthalter Göring: im Widerspruch zu Artikel 16 des Reichskonkordats, nach dem eine Vereidigung durch den Reichspräsidenten hätte erfolgen müssen, da sich die Diözese Münster über zwei Länder des Reiches (Preußen und Oldenburg) erstreckte.

III

In der frühesten Würdigung des neuen Bischofs, in einem Sammelband von Karl Speckner »Die Wächter der Kirche« aus dem Jahre 1934, heißt es in prophetischer Voraussicht: »Dieser Wächter an den Toren der Kirche von Münster scheint wie von der Vorsehung für sein schweres Amt vorgebildet und für diese schwere Stunde berufen worden zu sein.« Damals deutete allerdings noch kein Anzeichen darauf hin, daß Westfalen jenen »Wächter« erhalten hatte, der für die neuen Machthaber zum unbequemsten Gegner werden sollte. Für Galen bildete – genauso wie für die Mehrzahl der Katholiken, die auf den Einbruch der totalitären Diktatur nicht vorbereitet waren – die nationalsozialistische Führung die rechtmäßige Obrigkeit eines von ihm als »autoritär« bezeichneten Staates.

Aber gerade die unreflektierte Hinnahme der Hitler-Regierung als weltliche Obrigkeit wurde dann zum Ausgangspunkt des bischöflichen Widerspruchs gemäß seiner Devise »Nec laudibus nec timore«: sich weder durch Lob noch durch Drohung einschüchtern zu lassen. Denn aus seiner christlich-konservativen Sicht konnte Galen mit besonderem Nachdruck gegen den innerweltlichen Totalitätsanspruch, gegen die amtlich betriebene Staatsvergötzung, gegen das staatlich propagierte »Neuheidentum« und später gegen namentlich genannte Übergriffe und Verbrechen der Staats- und Parteiführung protestieren. Galens Argumentation, teilweise unter Berufung auf das Reichskonkordat, erfolgte vom Boden einer Staatsanschauung aus, die ganz preiszugeben das Regime vorerst nicht wagte.

Innerhalb des deutschen Episkopats nahm der münsterische Oberhirte zunächst keine Sonderstellung ein, wenngleich der Gauleiter von Oldenburg Röver bereits 1934 den ersten Fastenhirtenbrief als scharfen Angriff auf die NS-Rassenlehre bewertet hatte: »Jeder Satz ist vom Haß gegen den Nationalsozialismus diktiert.«

In seinen Eingaben und Protesten an die Reichsregierung schlug Galen bald kräftigere Töne und einen stärkeren nationalen Grundakkord als seine bischöflichen Amtsbrüder an. Bekannt ist sein Mut, mit dem er 1934 eine Gegenschrift des Bonner Kirchenhistorikers Wilhelm Neuß gegen Alfred Rosenbergs »Mythus des 20. Jahrhunderts« in hoher Auflage veröffentlichen ließ, nachdem der zuständige Kölner Erzbischof Josef Kardinal Schulte »gekniffen« hatte (R. Amelunxen). Mit dem gleichen Mut wandte er sich 1937 gegen die Enteignung jener Druckereibesitzer, die in seinem Auftrag die Enzyklika Pius' XI. »Mit brennender Sorge« gedruckt und vertrieben hatten. Galen argumentierte wiederholt mit seiner durch das gesetzlose Vorgehen von NSDAP und Gestapo verletz-

ten Ehre als deutscher Mann und deutscher Bischof. Bereits 1936 rechnete der Bischof mit seiner Verhaftung. In einem Dokument (das erst 1971 entdeckt worden ist) legte er genau fest, was im Falle von »Gewaltanwendung« gegen ihn geschehen solle: Trauergeläut und anschließend Verbot jeden Glockengeläuts für die Zeit seiner »Behinderung«.
Wenngleich der Bischof mit der Mehrzahl seiner Zeitgenossen das Wesen des totalitären Regimes nicht durchschaute, so verlieh er doch immer wieder dem Gefühl der Rechtlosigkeit in »weitesten Volkskreisen« Ausdruck. Obwohl er auf seine Proteste und Eingaben aus Berlin bald keine Antwort mehr erhielt und der Kirchenkampf verschärft fortgesetzt wurde, nannte er weiterhin Übergriffe des Staates und der NSDAP beim Namen. 1937 erklärte er in einem Hirtenbrief resigniert: »Wir werden uns der Gewalt fügen müssen.« Als besonders empörend wertete er, daß die in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftierten Priester seiner Diözese ohne Gerichtsurteil verhaftet worden waren.
Der münsterische Oberhirte führte eine kernige Sprache. In einem Schreiben vom 22. Juli 1941 an Reichsminister Lammers war von »gefahrlosen Siegen der geheimen Staatspolizei über wehrlose deutsche Männer und schutzlose Frauen« die Rede, von der »Bereicherung der Gauleitung am leicht eroberten Gut deutscher Volksgenossen«; der Bischof sah Volk und Vaterland trotz des Heldentums an der Front »an innerer Fäulnis und Verrottung zugrunde gehen«. Es ist bezeugt, daß der Bischof während der Kriegszeit auch zugunsten der bedrängten Juden auf die Kanzel zu gehen bereit war, davon aber auf ausdrückliche Bitten von Vertretern der münsterischen Judenschaft abgesehen hat, um deren Lage nicht zu verschlechtern.
Aus zahllosen Dokumenten der Gestapo wissen wir heute, daß man in Berlin den Bischof von Münster zu den gefährlichsten Gegnern des Regimes rechnete. Er galt zusammen mit dem Bischof von Berlin, Konrad Graf von Preysing (einem Vetter von ihm), und dem Freiburger Erzbischof Conrad Gröber – der 1933/34 zunächst einen versöhnlichen Kurs gegenüber der Hitler-Regierung gesteuert hatte – als Vertreter des harten Kurses im deutschen Episkopat. Demgegenüber war insbesondere der Breslauer Erzbischof Adolf Kardinal Bertram mit seiner »Eingabenpolitik« (L. Volk) weitaus kompromißbereiter. Der Vorwurf gegen Galen lautete auf »staatsabträgliche Gesinnung«, was für einen normalen Sterblichen einem Todesurteil gleichkam.

IV

Weit über die Grenzen seiner Diözese und über Deutschland hinaus bekannt wurde Galen durch seine berühmten drei Predigten aus dem Juli und August 1941. Darin protestierte er in massiver Form gegen die Ermordung von Geisteskranken in der Nähe Münsters, gegen die Beschlagnahme von Klöstern und die Vertreibung von Ordensleuten. Am 3. August erklärte er: »Wenn einmal zugegeben wird, daß Menschen das Recht haben, ›unproduktive‹ Mitmenschen zu töten – und wenn es jetzt zunächst auch nur arme wehrlose Geisteskranke trifft –, dann ist grundsätzlich der Mord an allen unproduktiven Menschen, also an den unheilbar Kranken, den Invaliden der Arbeit und des Krieges, dann ist der Mord an uns allen, wenn wir alt und altersschwach und damit unproduktiv werden, freigegeben.« Dieser öffentliche Aufschrei des Gewissens war die im SS-Staat schärfstmögliche Kampfansage und ging in Windeseile um die Welt; sie wurde auf Flugblättern der alliierten Kriegsgegner verbreitet. Er vermittelte den deutschen Katholiken zum ersten Male das Bewußtsein, daß ein Kirchenfürst bereit war, sein Eintreten für Recht und Menschenwürde mit seinem Leben zu bezahlen.

Galen rechnete mit dem Martyrium. Er hat diese Predigten, aber auch andere bischöfliche Äußerungen dieser Jahre nicht im Kirchlichen Amtsblatt veröffentlichen lassen, um nicht seine Priester zu gefährden. Daß dem verhaßten Bischof nicht, wie in Berlin erwogen, die staatliche Dotation gesperrt und daß er nicht verhaftet wurde, verdankte er der Einsicht der Staatsführung, daß man dann – wie es Joseph Goebbels ausdrückte – ganz Westfalen für die Kriegszeit werde abschreiben können. Hitler verschob die »Abrechnung« mit Galen »auf Heller und Pfennig« auf die Zeit nach dem »Endsieg«, wie er am 4. Juli 1942 in einem Tischgespräch erklärte. Wenn es Galen nicht gelinge, so hieß es aus dem Munde des Diktators ferner, sich vorher in das Collegium Germanicum nach Rom berufen zu lassen, »könne er auch versichert sein, daß ihm bei dieser Abrechnung kein Tüpfelchen vergessen werde. Das Verhalten dieses Bischofs werde im übrigen ebenfalls ein Grund mit sein, das Konkordat sofort nach dem Kriege aufzuheben«.

Graf Galen sollte, wie Hitler bereits im Sommer 1941 entschieden hatte, aufgehängt werden. An seiner Stelle verhaftete die Gestapo 22 Weltpriester und sieben Ordensgeistliche aus der Diözese Münster, von denen sechs in Konzentrationslagern ums Leben gekommen sind. Es schmerzte Galen, daß seinetwegen andere Personen Verfolgung und Bedrohung erleiden mußten: eine Tatsache übrigens, die allen Bischöfen eine besondere Verantwortung auferlegte.

Seit einigen Jahren wissen wir, daß Papst Pius XII. über das »offene

und mannhafte Auftreten« des münsterischen Bischofs erfreut und beglückt war und ihm auf verschiedenen Wegen – so durch eine Botschaft über den Bischof von Innsbruck und den Bischof von Berlin im September 1941 – seine ausdrückliche Zustimmung und Anerkennung übermitteln ließ. Am 24. Februar 1943 schrieb er dem Bischof: »Uns ist es jedesmal ein Trost, wenn wir Kenntnis erhalten von einem offenen und mutigen Wort eines deutschen Bischofs... Du, ehrwürdiger Bruder, bist übrigens der letzte, dem gegenüber wir dies eigens zu erwähnen brauchen.« Bereits im Juni 1940 hatte Pius XII. dem münsterischen Oberhirten versichert, daß er »größten Wert« darauf lege, »über Stand und Entwicklung der katholischen Kirche in Deutschland jederzeit genau im Bilde zu sein«.

Galen hat mit seinem konsequenten Eintreten für die Wiederherstellung des verletzten Rechts stets für alle Menschen ohne Unterschied des Glaubens und der Rasse gesprochen. In dem von ihm mitunterzeichneten Hirtenbrief des Episkopats vom September 1943 standen die Worte: »Keine irdische Macht darf das Leben eines Unschuldigen frevelhaft verletzen und vernichten... Tötung ist in sich schlecht, auch wenn sie angeblich im Interesse des Gemeinwohls verübt würde an schuld- und wehrlosen Geistesschwachen und Geisteskranken, an unheilbar Siechen und tödlich Verletzten, an erblich Belasteten und lebensuntüchtigen Neugeborenen, an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegs- und Strafgefangenen, an Menschen fremder Rasse und Abstammung.« Die Zeitgenossen wußten, daß hier neben dem Mord an Geisteskranken und an russischen Kriegsgefangenen auch der Mord an Juden gemeint war.

Wieweit der Bischof von Münster über die in den besetzten Ostgebieten unter strengster Geheimhaltung fabrikmäßig betriebenen Massenmorde des Hitler-Regimes informiert gewesen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Vermutlich hat er manche unkontrollierbaren Nachrichten nicht glauben können. Sonst wäre es kaum verständlich, daß er die nationalsozialistischen Greuel zu der gewiß ebenfalls inhumanen Luftkriegsführung der Alliierten in Parallele gesetzt hätte.

Graf Galen hat nicht die militärische Niederlage des Reiches erhofft. Den Kriegsausbruch soll er mit den Worten «Finis Germaniae – das Ende Deutschlands« kommentiert haben. Wiederholt gab er seiner Hoffnung auf einen »ehrenvollen Frieden« Ausdruck, 1941 aber auch der Hoffnung auf ein für das Reich »siegreiches Kriegsende«; denn den Krieg gegen die Sowjetunion verstand er als einen weltanschaulichen Kreuzzug gegen den Bolschewismus. Immer wieder wies er darauf hin, daß die Folgen einer Niederlage Deutschlands von der Masse des Volkes und nicht von den wenigen Funktionären ertragen werden müßten.

Zu Angehörigen der Widerstandsbewegung besaß Galen offensichtlich keinen direkten Kontakt, wenngleich Paulus van Husen, ein Mitglied des »Kreisauer Kreises«, mit ihm Fühlung hielt. »Wir Christen«, so erklärte der Bischof in einer Predigt am 20. Juli 1941, »machen keine Revolution«. Für ihn war der Gedanke eines Staatsstreichs nicht gegeben. Sein Bestreben blieb es, die Lehre der Kirche unverkürzt zu verkünden und auf diese Weise dem Totalitarismus den wirkungsvollsten Damm entgegenzusetzen.

V

Infolge der schweren Zerstörungen der Stadt Münster mußte Galen, dessen Palais den Bomben zum Opfer fiel, die letzten Kriegsmonate außerhalb seiner Metropole in Sendenhorst verbringen. Bis zuletzt wollte er die deutsche Niederlage nicht wahrhaben. Für ihn bedeutete die Kapitulation des Reiches keine »Befreiung«, sondern »Feindbesetzung«. Der Bischof, der zu den bekanntesten Persönlichkeiten in Deutschland gehörte, konnte sich in der Folge nicht zu Äußerungen über die Gründe oder Auswirkungen der staatlichen Umwälzung entschließen. In seinem ersten Grußwort, das er nach Kriegsende an den Klerus richtete, bereits zwei Tage nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945, sprach er vom Dank an Gott »für die uns wiedergeschenkte Freiheit des religiösen Lebens, des Gottesdienstes, der religiösen Unterweisung«. Er verquickte allerdings diese spezifizierte Aufzählung mit dem Hinweis auf die »schmerzlichen Ereignisse«, durch die diese Freiheit geschenkt worden sei. Galen hat als einer der ersten die alliierte Behauptung von der Kollektivschuld des deutschen Volkes zurückgewiesen. Das geschah übrigens auch in dem ersten gemeinsamen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe aus der Nachkriegszeit (23. August 1945), der zugleich ein bemerkenswertes Schuldbekenntnis enthält, das bis heute kaum beachtet worden ist.

Eine Anfrage (oder gar ein Angebot?) der britischen Besatzungsmacht wegen der Übernahme des Oberpräsidiums von Westfalen lehnte der Bischof ab. Sein Einsatz galt zunächst angesichts der äußeren Zerstörung seiner Diözese elementaren seelsorglichen Belangen. Dazu gehörte sein Eintreten für frühere Mitglieder der NSDAP, für Kriegsgefangene und für internierte Deutsche. Infolge dieser Aktivitäten und seiner Zurückweisung der alliierten Haßpropaganda kam es rasch zu Zusammenstößen mit der britischen Militärregierung. Deren Vertretern gegenüber betätigte sich der Bischof gleichsam als Sprecher eines Staates ohne eigene Regierung. Am 24. Juli 1945 erklärte er den Briten, die ihn wegen einer kritischen Predigt in Telgte bei Münster zu einer Besprechung

geladen hatten, daß er keiner Weisung folgen werde: Man könne mit ihm tun, was man wolle, auch ihn verhaften. Bei seinen Protesten gegen Übergriffe ausländischer Zwangsarbeiter führte Galen die deutschen Opfer in Konzentrationslagern als Beweis für den innerdeutschen Widerstand an.

Der Bischof ging davon aus, daß sein Einsatz für Gottes- und Menschenrechte auch die von ihm vor 1945 nicht einzeln genannten Verbrechen der braunen Machthaber mit eingeschlossen habe. Die Folge derartiger »patriotischer Torheiten« – wie Thomas Mann im Juli 1945 aus dem fernen Kalifornien überheblich kritisierte – war, daß das Wort des »Löwen von Münster« bei den Vertretern der Besatzungsmacht nichts galt. So ist die Resignation des Bischofs erklärlich, die er (übrigens nach einem Gespräch aller Bischöfe in der britischen Zone mit Vertretern der Militärregierung im ostwestfälischen Lübbecke) in seinem Fastenhirtenbrief vom Januar 1946 in die Worte faßte: »Es macht mich oft tieftraurig, daß ich so wenig, fast gar nicht helfen kann.«

In Anknüpfung an frühere Vorstellungen formulierte Graf Galen seine Gedanken über einen politischen und gesellschaftlichen Aufbau des »deutschen Vaterlandes« – ein Terminus, dessen Verwendung damals alles andere als selbstverständlich war. In einem als »Idealprogramm« bezeichneten Katalog vom Juli 1945 plädierte er auch für eine Reform des Wahlrechts, durch die nur solche Vertreter gewählt werden könnten, die sich durch Kenntnisse und Erfahrungen ausgezeichnet und in »gemeinnützigem Wirken« bewährt hätten. Er unterstützte – ohne das nach außen hervortreten zu lassen – die politische Zusammenarbeit katholischer und evangelischer Christen in der neugegründeten CDU, wollte allerdings die Bezeichnung »christlich-demokratisch« durch »christlich-sozial« ersetzt wissen, da für ihn der Terminus »demokratisch« offensichtlich antikirchlich belastet war.

Die ihn überraschende und von seinen Diözesanen lebhaft begrüßte Erhebung zum Kardinal, zusammen mit Erzbischof Joseph Frings von Köln und Bischof Konrad Graf Preysing von Berlin, am Vorabend des Weihnachtsfestes 1945, wurde von Galen als unverdientes Geschenk empfunden. Die Strapazen der geradezu abenteuerlichen Reise nach Rom zur Entgegennahme des Purpurs verblaßten angesichts des dortigen triumphalen Empfangs und der Auszeichnungen, die ihm Papst Pius XII. zukommen ließ. Der »Löwe von Münster« setzte es bei den Alliierten durch, daß er in deutschen Kriegsgefangenenlagern in Süditalien zu seinen Landsleuten sprechen durfte. Dabei ließ er in Tarent anklingen, daß er nicht mehr lange leben werde.

Der Einzug des Kardinals in seine Heimatdiözese am 16. März 1946 bedeutete die Rückkehr in eine immer noch gespenstische Trümmer-

landschaft. Die Verehrung seiner Diözesanen, die ihm in Münster bei dieser Gelegenheit von 50000 Menschen entgegenschlug, kannte keine Grenzen. Der Bischof, dem die Stadt Münster das Ehrenbürgerrecht verlieh, wollte die Kardinalswürde nur stellvertretend als Auszeichnung für die Haltung seiner Diözesanen verstanden wissen. Er machte kein Hehl aus seiner Trauer darüber, daß ihm die Ehre des Martyriums versagt geblieben sei. Nur sechs Tage nach diesem triumphalen Empfang, am 22. März 1946, starb der Bischof an den Folgen einer Bauchfellentzündung.

VI

In der allgemeinen Betroffenheit über die zunächst schier unfaßbare Todesnachricht tauchte die Überlegung auf, ob nicht der so sichtbaren zeitlichen Zuordnung der bischöflichen Wirksamkeit Galens zu den Jahren des »Dritten Reiches« tiefere Bedeutung beizumessen sei. Die weitere Frage, wie sich der Kardinal mit der Besatzungsherrschaft und der zunehmenden Spaltung Deutschlands abgefunden hätte und wie er den neuen Aufgaben gewachsen gewesen wäre, bleibt hypothetisch. Bei der traditionellen Gebundenheit der Staatsanschauung dieses Bischofs, der an überkommenen Prinzipien ebenso zäh festhielt wie an der überlieferten und gesicherten Lehre der Kirche, lagen Größe und Grenze auf der gleichen Linie.

Galen hat sich in einer Zeit der Unmenschlichkeit als Anwalt göttlicher Rechte und menschlicher Würde zugleich als Verfechter staatsbürgerlicher Freiheitsrechte hervorgetan. Als der letzte Botschafter des Reiches beim Vatikan, Ernst von Weizsäcker, der 1946 noch als Privatmann in Rom weilte, dem Hl. Stuhl zum Tode Galens kondolierte, da dankte ihm der damalige Substitut J. B. Montini, der heutige Papst Paul VI., im Auftrage Pius' XII. am 28. März 1946 mit den Worten: «Ihr Land hat in der Gestalt dieses Kirchenfürsten einen großen Verlust erlitten, besonders zu diesem Zeitpunkt.«

Im zeitlichen Abstand von nunmehr fast 30 Jahren nach seinem Tode ist deutlich, daß Kardinal von Galen zu den wenigen überragenden Bischofspersönlichkeiten seiner Epoche gehört. Er hat – wie es im Ehrenbürgerbrief der Stadt Münster vom 15. März 1946 heißt – unter Einsatz seines Lebens die Vergewaltigung des Rechts und des Gewissens bekämpft »und dadurch die Ehre des deutschen Volkes gerettet«; er hat »Millionen Deutsche getröstet und aufgerichtet«. Das Andenken dieses Oberhirten, der zu den großen Deutschen zählt, ist weit über Westfalen hinaus ungewöhnlich lebendig. Galen besitzt einen festen Platz im gesamtdeutschen Geschichtsbewußtsein.

Franz Kroos

Friedrich Muckermann (1883–1946)

Friedrich Muckermann ist mit Abstand der bedeutendste Mensch, der mir in meinem Leben (geboren 1908 in Münster) begegnet ist. Durch den von ihm geleiteten »Literarischen Zirkel« des Gymnasiasten-Bundes »Neudeutschland«, der im westfälischen Münster um die Mitte der zwanziger Jahre in voller Blüte stand und sich an einem Abend in der Woche traf, kam es zur Tuchfühlung, im Hause Königstraße 36a, das den Jesuiten gehörte (»Ignatiushaus«). Dort hatte Muckermann sein bescheidenes Arbeitszimmer zur Gartenseite hin.
Eines Abends, 1927, besprach er im Rahmen eines Themas, das wie meistens der Literaturgeschichte angehörte, Balladen Detlev von Liliencrons mit uns. Beim Gute-Nacht-Wünschen bat er mich noch für einen Augenblick zu sich und fragte, ob ich nicht nach dem Abitur, das kurz bevorstand, in seine Redaktion eintreten wolle. Ohne Bedenken sagte ich zu. Das war eine Entscheidung, die mich auf einen Weg führte, den ich nie wieder verlassen habe, einen Lebensweg von fast fünf Jahrzehnten durch vielerlei Stationen der kirchlichen Presse. Von März 1927 bis zur Promotion 1932 zählte ich, neben meinem Universitätsstudium, zu seinen Mitarbeitern, zumeist jüngeren Leuten, die gleichzeitig den Studien geisteswissenschaftlicher Fächer oblagen. Allesamt verstanden sie ihr Handwerk und übten sich engagiert darin. Notwendig genug war das, um den Topf am Kochen zu halten, in dem das unwahrscheinliche Vielerlei von Muckermanns Unternehmungen brodelte. In deren Darlegung wird seine Presse-Tätigkeit den Hauptanteil einnehmen.

I

Friedrich Muckermann wurde am 17. August 1883 im schaumburg-lippischen Residenzstädtchen Bückeburg als viertes Kind eines Schuhmachermeisters geboren. Das Geschlecht des Vaters, der Bataillonsschuster bei den Bückeburger Jägern war, entstammte münsterländischem Bauerntum. Die Mutter, unter deren Namen das Schuhgeschäft lief, kam aus der Warburger Börde. Ihren Mädchennamen Rüther benutzte

Friedrich während der späteren Emigration des öfteren als Pseudonym. Von seinen elf Geschwistern sind drei früh gestorben, drei traten bei den Ursulinen ein und waren in deren Schulen tätig. Eine Schwester, Maria Theresia, fand wie Friedrich ihre zweite Heimat in Münster. Sie gründete und leitete einen Frauenchor, der zu hohem Ansehen gelangte. – Bruder Hermann war schon vor Friedrich Jesuit geworden. Er löste sich später vom Orden und blieb Weltgeistlicher. Als Wissenschaftler (Eugeniker, spezialisiert in der Erblehre) genoß er weltweite Anerkennung und teilte sein Ansehen mit dem des Bruders Friedrich. – Richards Neigung gehörte dem Filmwesen. Sie fand ihren Niederschlag in einer Film-Korrespondenz, die im Rahmen der münsterschen Pressedienste Friedrichs Bedeutung erlangte. – Ludwig endlich versorgte das elterliche Geschäft, bis er nach Italien verzog.

Auf seine westfälische Abkunft tat sich Friedrich Muckermann viel zugute. Sie findet sich oftmals in den Lebenserinnerungen angesprochen, ebenso in manchen Aufsätzen, auch im Vorwort seines letzten vor 1933 in Deutschland erschienenen Buches »Der Mönch tritt über die Schwelle«. Von den Machthabern des »Dritten Reiches« wurde ihm als »Staatsfeind Nr. 1« 1938 die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen. Kurz nach seinem Tode, im Juni 1946, ist sie ihm feierlich wieder zuerkannt worden. Dabei haben in Münster Oberpräsident Rudolf Amelunxen und Regierungspräsident Clemens Freiherr von Oer das Westfälische in Muckermann ausdrücklich angesprochen. Ob gewagt werden kann, das Hellsichtige und Ahnungsvolle in ihm, der bestimmende Umgang mit dem Übersinnlichen, ja so etwas wie die Gabe des Zweiten Gesichts eben mit dieser Landschaft in Einklang zu bringen? Auch das lebenslange Ringen mit dem Dämonischen, dem Teuflischen, an dessen realer Existenz für ihn kein Zweifel bestand und dessen zunehmende Anerkennung ihn geradezu mit Genugtuung erfüllte, deutet vielleicht auf stammesmäßig bedingte Eigenschaften.

Vielen Einzelheiten seines Lebenslaufs braucht nunmehr, nachdem seine Lebenserinnerungen vorliegen, nicht mehr nachgegangen zu werden. Man erfährt daraus von frohen Kinderjahren, dem Katholischsein in der Diaspora, dem Eintritt bei den Jesuiten in Holland schon mit 16 Jahren (1899), den Studien an verschiedenen Orten und in den verschiedenen Fächern, auch daß er schon dem Ordensbrauch entsprechend vor der Priesterweihe mit Bewährungsaufgaben betraut war, so als Lehrer an den Jesuiten-Kollegien im österreichischen Feldkirch und dänischen Ordrupshoj. Der Priesterweihe am 7. August 1914 folgte der Kriegseinsatz als Militär- und Lazarettgeistlicher zunächst im Westen und für eine lange, schwere Zeit im Osten, zuletzt in Wilna, der Hauptstadt Polnisch-Litauens. Hier geriet er in die Strudel der russischen

Revolution. Über ein Jahr war er Gefangener der Sowjets in den Kerkern von Minsk und Smolensk, täglich vom Tode bedroht. Im Austausch gegen Karl Radek, Spitzenpolitiker der Kommunisten, kam er frei und gelangte über Polen nach Holland, um nach Ordensvorschrift letzte Stufen der Ausbildung hinter sich zu bringen. Danach gaben die Oberen ihn frei für die hauptamtliche publizistische Arbeit, in der er sich vorher schon erfolgversprechend betätigt hatte.
Den Zwangsaufenthalt in Litauen, Polen und Weißrußland hat Muckermann allen Behinderungen zum Trotz genutzt, vielfältige Berührung mit der slawischen Geisteswelt und ihren namhaftesten Vertretern in Vergangenheit und Gegenwart zu suchen. Vor allem hatte es ihm Wladimir Solowjew, der größten einer, angetan. Bis zum Ende seines Lebens ist er nicht mehr von dessen Gedankenreichtum losgekommen und hat ihn nachzuvollziehen versucht. Sein letztes Buch über Solowjew (1945), mit dem Muckermann zu den Anfängen zurückkehrte, ist bis heute einer der wesentlichsten Beiträge »zur Begegnung zwischen Rußland und dem Abendland« – so der Untertitel.

II

Eine Berufung Muckermanns an die im Herbst 1919 neu gegründete Universität Wilna auf den Lehrstuhl für Germanistik, die er nicht annahm, zeigte die Wertschätzung, die er sich jenseits der östlichen Landesgrenze erworben hatte. Sein neues Arbeits- und Wirkungsfeld wurde ihm jedoch von seinen Ordensoberen im Westen des Reiches zugewiesen, im Bereich der katholischen Pressearbeit. Von Bonn (1921–1923) und anschließend von Münster aus entwickelte er sich zum »Apostel des Wortes und der Feder« (N. Herbermann), zu einem der bekanntesten und gesuchtesten Redner im deutschsprachigen Raum. Mit allen Persönlichkeiten seiner Zeit von Rang und Bedeutung, allen Vertretern des geistigen Lebens kam er in Berührung. Als Autor von Büchern und von einer nicht mehr feststellbaren Zahl von Aufsätzen und Artikeln, als Herausgeber einer Zeitschrift und von Presse-, Kirchenpresse- und Film-Korrespondenzen war Muckermann rast- und ruhelos tätig. Um seine Predigten in der Clemens-Kirche in Münster in der Neun-Uhr-Messe am Sonntagmorgen zu hören, mußte man sich jeweils sehr frühzeitig einen Platz sichern.
Genuiner Erfinder und Unternehmer im eigentlichen Wortsinn war er nicht. Die »Katholische Korrespondenz« beispielsweise, aus der nach und nach alle übrigen Pressedienste entwickelt wurden, hat ihre Urzelle in der »Römischen Weltkorrespondenz«, die in Zusammenhang mit

der Vatikanischen Propaganda Fide und der ihr nahestehenden Fides-Korrespondenz von dem Holländer Hein Hoeben ins Leben gerufen worden war. Die Anstöße, diesen Pressedienst immer stärker aufzugliedern, die damals ins Kraut schießenden Medien Film und Funk, Schallplatte und Problembühne systematisch in die Beobachtung einzubeziehen und Erkenntnisse daraus weiterzugeben, entsprangen nicht so sehr blitzartigen Erleuchtungen eines einzelnen. Vielmehr waren sie oft genug das Produkt genauer Analysen des Marktes durch Muckermanns junge Mitarbeiter. Systematisch durchforschten sie die internationale Presse, übersetzten und redigierten das Material, bauten es ein in die verschiedenen Dienste. Sie gestalteten daraus komplette Sonderseiten, mit denen von dieser kleinen Redaktionsgemeinschaft in Münster die großen katholischen Zeitungen überregionaler Prägung des deutschsprachigen Raumes und politisch in Deutschland dem Zentrum verpflichtet, aber auch die Provinzpresse, versorgt wurden.

Deren parteiliche Gebundenheit war nicht unbedingt notwendig, um sie als Abonnent für die »Katholische Korrespondenz« zu gewinnen. In einem weitwirkenden Pressefeldzug, ausgelöst durch Wahlvorgänge in Münster, wo zwei konträre Zentrumslisten aufgestellt waren, setzte sich Muckermann für eine überparteiliche, in der Wolle jedoch katholisch gefärbte Provinzpresse ein. KNA, Kathpress, Kipa, die gegenwärtigen katholischen Presseagenturen in der Bundesrepublik, in Österreich und der Schweiz, dürften zusammengetragen keinen größeren Streukreis besitzen, als ihn damals die »Katholische Korrespondenz« Muckermanns hatte. Was ging schon hinaus ohne seine tragenden und überragenden Leitartikel zu wortwörtlich Tausenden von Themen? Weltall und Erdenrund, der ganze Kosmos, wie er sich augenblicklich darbot und wie er geworden war, gerann ihm durch das geschriebene und gesprochene Wort zur sofortigen Wiedergabe in Artikeln und Aufsätzen.

An jedem Tage, an dem er nach anstrengenden Vortragsreisen, die mehr als die Hälfte seiner Zeit beanspruchten, Münster als Heimathafen anlief, hockte er sich sofort vor die Schreibmaschine und hämmerte bis zur Nacht in die Tasten. Artikel um Artikel entstand, nicht selten mehrere ganz verschiedenen Inhalts in Abschnitten gleichzeitig. Vordergründige Tagesfragen wurden genauso angegangen wie Problemstellungen, die an sich tiefsinniges Nachdenken voraussetzten und bei anderen viel Vorarbeit erfordert hätten. Bei ihm quoll das aus einem jedes normale Maß überschreitenden Gedächtnis, nie versiegend, selten fehlerhaft. Es hatte nicht nur die Fakten zur Hand, sondern sofort auch die Funktionen und Kombinationen: kompliziertes Räderwerk einer genial durchkonstruierten Allzweckmaschinerie. Als randvoll eingespei-

stes Computergehirn würden sie moderne Begriffe umschreiben. Dessen lautloses, pausenloses Funktionieren war der Umwelt Friedrich Muckermanns schon unfaßbar, den Heutigen würde es als unglaublich erscheinen.
Die Leinen, an die er sich am Ende selbst durch unüberdachte Terminzusagen gelegt hatte, wurden immer kürzer. Sie beschleunigten noch stärker das Arbeitstempo. Die Qualität der Fassung litt jedoch nicht darunter und auch nicht die Verständlichkeit des Geschriebenen. Meisterhaft beherrschte er die deutsche Sprache, die gehobene Fachsprache wie die volkstümliche Schreibweise. Das beweisen seine Bücher über Goethe und Solowjew oder die Artikel zu den Stichwörtern Dostojewski, Lessing, Schlegel in den Herder-Lexika. Gipfelleistungen seiner volkstümlichen Schreibweise waren die einhellig so gewerteten Sonntagsbetrachtungen vom »Mann im Mond«. Sie erschienen in gemeinsamer Herausgeberschaft mit den münsterschen Autoren Hans Roselieb, Wilhelm Schulte und Franz Zons, satzgerecht und auf farbigem Papier vorgedruckt, als »NE(ue) DE(utsche) KO(rrespondenz)«. Sie erfreuten sich ungeheurer Beliebtheit und gehörten in der rundfunk- und fernsehlosen Zeit von damals zur sehnlich erwarteten, laut vorgelesenen sonntäglichen »Pflichtlektüre« in den Familien. Alfred Kerr und Alfred Polgar mit ihren zeitgenössischen Miniaturen halten keinen Vergleich aus mit diesen spritzigen Köstlichkeiten, allein schon nicht wegen des fehlenden Fundaments, das bei Muckermann eben der Glaube war. Ein gewisser Stolz auf die Könnerschaft im Gebrauch der Sprache war vollauf berechtigt.

III

Das tat der Teamarbeit keinen Abbruch, die in der Königstraße in Münster groß geschrieben wurde. In seinen Lebenserinnerungen räumt Muckermann ihr nicht den richtigen Stellenwert ein. Die gewisse Mißachtung, die darin seine Mitarbeiter erfahren, ist nicht verdient. Deren Bezahlung war im allgemeinen schlecht. Fünfzig Mark, irgendwann im Monat aus der Brieftasche geholt, war für manchen der Satz. Ein promovierter Studienassessor, der wegen der Lehrerschwemme in seinem Beruf noch nicht untergekommen war, wurde als »geschäftsführendes Mitglied der Schriftleitung« mit 150 Mark abgespeist. Das sei deswegen erwähnt, weil Muckermann in seinen Erinnerungen häufig auf die brenzlige Kassenlage zu sprechen kommt.
Die schlechte Finanzsituation hätte nicht zu sein brauchen, wenn es eine fachmännische Finanzplanung, ja nur eine exakte Buchführung

gegeben hätte. Mindestens in den ersten Jahren wurden die unregelmäßig einkommenden Erträgnisse nicht in der erforderlichen Höhe in den Betrieb eingebracht. Von steuerlichen Abgaben und sozialen Leistungen sei geschwiegen. In einem bis zur letzten Masche handgestrickten Fertigungsbetrieb geistiger wie technischer Natur, wie ihn das Korrespondenzbüro darstellte, ging das lange genug gut. Anders sah das bei der Herstellung von Muckermanns Zeitschrift »Der Gral« aus, wo aus den Druckereien ganz andere fixe Kosten anfielen und aufliefen, die dann auch des »Grals« Wanderung durch rund ein halbes Dutzend Verlage innerhalb eines Jahrzehnts zur Folge hatten.

Persönlich war die Lebensweise von Friedrich Muckermann von geradezu kärglichem Zuschnitt. Er schlief in einer Dachkammer des Hinterhauses. Der erste Gang am Morgen führte in die Kapelle, um die heilige Messe meist für sich allein zu feiern. Anschließend konnte man ihn wie seine Mitbrüder – darunter Namen, die viel in der außerordentlichen Seelsorge bedeuteten – mit dem Brevier, dem Rosenkranz oder sonstwie der Betrachtung hingegeben, durch das weitläufige Gelände wandeln sehen. Im Hause trug Friedrich Muckermann stets das schlichte Oberkleid des Ordens und – Pantoffeln.

Außerhalb des Hauses sah man ihn, bis zur Flucht 1934, nie anders als in Priesterkleidung. Kein Brief, kein Beitrag, der seine Unterschrift trug, ging beim Namenszug ohne das S. J. heraus, das seine Zugehörigkeit zur Societas Jesu bekundete. Sie haben sich gegenseitig bis zum Tode die Treue gehalten. Die Zigarette, selten anders als aus der Spitze geraucht, ging nie aus. Zur Herzstärkung hat sie nicht beigetragen. Daß er starken Kaffee und guten Wein, alles in Maßen, zu schätzen wußte, belegen seine Lebenserinnerungen. Hinzu kam das Kräuterschnäpschen, von Mitbruder Albert Maring kundig zubereitet. Von Statur war er weder schlank und feingliedrig, wie in einem Nachruf zu lesen ist, noch massig und auffallend, wie ihn ein anderer schildert. Fotos halten fest, daß alles von den Augen und dem Mienenspiel ausging. Sie strahlten aus, was aus seiner Selbstbeschreibung hervorgeht: Überlegenheit ohne Hochmut, bis auf den Grund der Dinge dringender Blick, das Blinzeln der Ironie, ja des Sarkasmus. Aus den letzten Lebensjahren aufgetauchte Zufallsaufnahmen zeigen ein völlig verwandeltes Gesicht. Nicht die Krankheit allein hat es geprägt, sondern der Engel, der ihm für einen Augenblick den Schleier vor den vier letzten Dingen des Menschen weggezogen hatte.

Im Gehäuse seines kleinen Arbeitszimmers, umstellt bis zur Decke mit Bücherregalen, fand sich immer noch ein Plätzchen für ein Paar Kanarienvögel oder Wellensittiche. Eine Kuckucksuhr schlug die Stunden. Lyrik einer Dichterklause strömte das aus: in jenen Jahren vor der

Weltenwende in Münster, das Friedrich Muckermann zeitlebens als seine Wahlheimat angesehen hat. Nichts deutete auf die lebensbedrohte Vergangenheit in bolschewistischer Gefangenschaft hin, nichts ließ die lebensbedrohende Zukunft des Paters durch den Nationalsozialismus erahnen. Dem Strom der Besucher bot keine Klosterpforte und zunächst auch kein Vorzimmer Halt. Jedweder konnte ungehindert bis zu ihm vordringen: Dichter und Künstler, Politiker und Kleriker, kleine Leute und große Namen, nicht zuletzt die inzwischen ausgestorbene Gilde der reisenden Schriftsteller, darauf aus, ihre Geschichten loszuwerden. Sie nutzten das weidlich aus.

Von Muckermann ging eine unheimliche, nicht meßbare Ausstrahlung aus. Allerdings galt auch hier ein physikalisches Gesetz, wonach die Glocken am schwächsten zu hören sind, wenn man unter dem Turm steht oder die Richtstrahler nur schwächsten Empfang im nächsten Umkreis der Sendeanlagen erzeugen. Das Wirken von Friedrich Mukkermann, das Aufleuchten und Abklingen seiner Strahlkraft, währte bloß runde zwei Jahrzehnte: von 1924 bis 1934 von Münster aus, von 1934 bis zum Tode 1946 in der Emigration – während dieser Periode schon stumm für die Antennen in Deutschland.

Aus den Quellen der Evangelien hat Friedrich Muckermann, solange er sprach und schrieb, geschöpft und sie immer von neuem ausgelegt. Sie sind der rote Faden, der sich ganz eindeutig durch sein Gesamtwerk zieht, nicht immer gleich gut sichtbar, aber immer vorhanden. Seine Schwester Maria Theresia hat ihm nachgespürt und ihn in sehr glücklicher Weise aus einer Unzahl von Belegen zum Vorschein gebracht. Sie sind in einem Sammelband, orientiert am Ablauf des Kirchenjahres, zusammengetragen: »Frohe Botschaft in die Zeit« (1947). Die Einführung der Schwester dringt in jene Tiefenschichten vor, die der unablässig ausströmende Quellhorizont für jedwede Phase seines Schaffens gewesen sind. Es kreiste um Christus als die Mitte, den Weg, die Wahrheit und das Leben. Muckermann diente der Kirche ohne jeden Abstrich, sichtbar gemacht im Papst und in der Roma aeterna. Beweis ist etwa die kleine Schrift »Katholische Aktion«, nach einer Rede auf dem Magdeburger Katholikentag 1928, ausgezeichnet durch ein Geleitwort des Nuntius Pacelli (1928).

Das Antlitz der Kirche, das Verständnis für sie, hat sich seither gewandelt. Sie hat Anpassungen vollzogen, die damals nicht einmal denkbar, geschweige denn vollziehbar waren. Bei aller prophetischen und visionären Schau, die Muckermann zu eigen war, das hat er nicht geahnt. Der Glaube seiner Mutter war Richtschnur, mit der er Gott und die Menschen, Himmel und Hölle ausloten und vermessen konnte. Innerkirchlich in der Gegenwart aufgebrochene Forderungen, etwa nach

der Öffnung gegenüber jedermann, jeder Weltanschauung, jeglicher Auffassung vom Sinn des Lebens, um dann solche Hinterfragungen auf das Magnetfeld des Glaubens auszurichten, wären ihm allerdings keine neuen Erkenntnisse gewesen. Er praktizierte sie ja auf breitester Front. Sein in der Auffassung von dazumal soeben noch in der Randzone des Schicklichen für einen Priester und Ordensmann unterzubringendes Auftreten auf einem internationalen Film- oder Tänzerkongreß, beide in München, fände heute einheitlich wohlwollende Zustimmung. Was 1930 dagegen sprach, ist im übrigen nicht so abseitig, daß es einfach unter den Teppich gekehrt werden könnte.

IV

Hier muß noch einmal der Stab in Münster ins Gespräch gebracht werden. Namentlich festgehalten seien aus der Anfangszeit Josef Hachmann und Josef Schmitz, der eine gewissermaßen Hauptabteilungsleiter für den »Gral«, für den er zeitweilig verantwortlich zeichnete, und die mehr literarisch-kulturelle Seite der Sache, der andere zuständig für die sich immer weiter dehnenden und streckenden Pressedienste. Beide leisteten grundsolide und bienenfleißige Arbeit und erzogen die beigegebenen jungen Leute dazu. Nur weil dem so war, verbunden mit unbedingtem Verlaß, konnte Friedrich Muckermann das Riesenprogramm seiner Schriftstellerei und seiner Vortragsreisen, unbehelligt vom Kram des redaktionellen Alltags, bewältigen. Matrizenschreiben auf klapprigen Maschinen, die Schmutzarbeit mit der Farbe für die anfänglich handbetriebenen Vervielfältigungsapparate, das Kuvertieren, Frankieren, Expedieren der täglichen Aussendungen an rund vierhundert Bezieher, die am Ende als Abonnenten der Dienste vorhanden waren, gehörte stillschweigend mit in den Tagesablauf der Redaktion. Hachmann und Schmitz nahmen später führende Stellungen in der Zentrale der Borromäusvereine zu Bonn bzw. in der Lexikon-Redaktion des Herder-Verlags in Freiburg ein. An ihre Stelle in Münster traten Nanda Herbermann und Ernst Detmold, um wiederum nur zwei Namen zu nennen, ohne deren unermüdlichen Einsatz das Unternehmen in Münster wohl schon vor der gewaltsamen Auflösung zusammengefallen wäre. Detmold, im Nachwort des Goethe-Werkes (1931) kurz erwähnt, hat die sachlichen Grundlagen des Buches erstellt. In den letzten Jahrgängen des »Gral« zeichnete er für diesen verantwortlich, ein Ausbund an Wissen, zugleich aber auch eine tragikomische Figur.
Nanda Herbermanns Verdienst besteht im Durchhalten, ja Durchziehen durch die heikelsten Situationen bis zum bitteren Ende. Sie hat sich

im Dienste eines so differenzierten Menschen wie Muckermann und seiner Sache abgerackert bis zum »Geht-nicht-mehr«, eine »mulier fortis«. Daß er nicht so schnell dem Vergessen anheimfiel, ist nur ihr zu verdanken. Die länger als ein Vierteljahrhundert nach seinem Tode erschienenen Lebenserinnerungen Friedrich Muckermanns stützen streckenweise das von ihm bekannt gebliebene Lebensbild, sie stürzen es auch streckenweise. Nanda Herbermann kommt in den Erinnerungen gerade noch mit einer Fußnote weg.

Warum nirgendwo in den Lebenserinnerungen der Name Charlotte Demmig auftaucht, ist nur zu ahnen. Ihr kommt der Rang einer Schlüsselfigur zu, für den privaten Lebensbereich Muckermanns wie für den unaufhörlichen Zubringerdienst, den sie für die literarische Sparte des »Gral« bzw. die Pressedienste geleistet hat. Charlotte Demmig, Protestantin, wohnhaft in Berlin, war nach Muckermann die stärkste literarische Potenz, was die Qualität wie die Quantität ihrer Beiträge angeht. Sie verraten ein konkurrenzloses Wissen um die geistigen Bewegungen und Strömungen vornehmlich des Auslandes. Diese Kenntnis hat sie in tausendfachen Beiträgen, gezeichnet und ungezeichnet, für die Mukkermannschen Unternehmungen sozusagen eingedeutscht. Daß sie die Maßstäbe des Christlichen, des Ökumenischen anlegte, bedarf keiner betonten Erwähnung. Ihr Auftraggeber war überzeugter Ökumeniker und aufgeschlossen wie nur einer für das ostkirchliche Christentum wie für das gemeinsame Erbe im Protestantismus.

Erwähnt sei noch Baron Wilhelm von Blumenthal, ein Hüne aus baltischem Adel, Gardeoffizier des Zaren, mit zerschossener Lunge sein Leben als Emigrant fristend, für Muckermann als Übersetzer unentbehrlich. Mein Bruder Heinz hat gemeinsam mit Nanda Herbermann in der kritischen Phase der Jahre 1933/34 mit Umsicht und Geschick das wirtschaftliche und technische Überleben der Pressedienste gemeistert. Verhöre und Durchsuchungen, in deren Gefolge er gehindert wurde, die Zweite Große Staatsprüfung als Jurist durchzusetzen, zehrten an seiner Gesundheit und führten zum frühen Tode Weihnachten 1934. Ich selbst wurde zwischen 1933 und 1939 bei jedem Verhör durch die Geheime Staatspolizei während meiner Tätigkeit als Chefredakteur des »Bonifatiusboten« in Fulda auf meine Beziehungen zu Pater Muckermann angesprochen. Als dort »Schutzhaft« über mich verhängt worden war, mußte als zusätzliche Begründung »politische Unzuverlässigkeit« eben wegen dieser Beziehungen herhalten.

V

Auf einer bereits breiten Basis von Bekanntheit durch seine Beiträge für Zeitschriften – so für den »Leuchtturm«, das Organ der Oberstufe von »Neudeutschland« und dort zum Teil unter dem Pseudonym Friedrich am Sunde gelaufen –, oder für die Tagespresse – so für den »Westfälischen Merkur« in Münster – baute sich zunehmend die Mitarbeit an den 1906 in Wien von Richard v. Kralik und Franz Eichert gegründeten Literatur- und Kulturheften »Der Gral« zur Herausgeberschaft aus. Langsam aber sicher ging er, auch was die Besitzrechte anbelangt – deren Erwerb später nicht rekonstruiert werden konnte –, in die Hand Friedrich Muckermanns über. Um 1924 war die völlige Integration abgeschlossen. Bis zu seinem Ende im Jahre 1937 blieb der »Gral« auf katholischer Seite die am weitesten ins Niemandsland vorgeschobene Meßstelle aller geistigen und geistlichen, literarischen und künstlerischen, kulturellen und politischen Versuche und Veranstaltungen jenes Jahrzehnts schlechthin.

Welche Zielgruppe der »Gral« ansprechen wollte, hat Muckermann in einem programmatischen Prospekt zum Beginn des 25. Jahrgangs (1930) so formuliert: »Dem Intellektuellen von heute können wir wirklich das sein, was er braucht, eine sichere und schnelle Orientierung im Kulturleben der Gegenwart!« Um die Verwirklichung hat sich der »Gral« redlich bemüht, ohne indes eine Breitenwirkung zu erreichen. Die Zahl der Bezieher schrumpfte zwischen 1927 und 1937 von etwa 2000 Abnehmern auf gut 1000 zusammen. Werbung für die Zeitschrift konnte so gut wie gar nicht betrieben werden. Von der Inhaltsgestaltung her vermochte es diese »Monatsschrift für Dichtung und Leben« nicht, den selbstgezogenen Kreis zu durchbrechen und bei nicht titelgemäß gestimmten Schichten anzukommen. Man sprach zwar viel und gut über den »Gral«, insbesondere über seinen Herausgeber und dessen einmalige Beiträge, aber man hielt ihn nicht.

Der »Gral« blieb bis zuletzt das am meisten umsorgte Kind in Muckermanns »Werken«, so schmal und brüchig diese Kanzel in der Ungunst der Zeit auch wurde und das Wort, das von ihr erscholl, nur noch abschmelzende Gruppen erreichte. Im Titelkopf wurden zwar klingende Namen von Mitherausgebern und ständigen Mitarbeitern aufgeführt, mehr als Fassadenkosmetik war das jedoch nicht. Aus der Saat seiner im »Gral« ausgebreiteten Gedanken hat Muckermann selbst noch die Ernte in einigen Sammelbänden eingebracht: »Der Mönch tritt über die Schwelle« (1932), »Vom Rätsel der Zeit« (1933), »Heiliger Frühling« (1935). Hohe Auflagen erzielten sie nicht, sind aber immer noch als Zeitdokumente beachtenswert.

Die Heutigen erkennen schnell in ihnen die Grenzen des ganz seiner Epoche verhafteten Weltbildes Friedrich Muckermanns. Sie sind seitdem in andere Räume und Dimensionen vorgetragen worden. Sie sind nicht wertfrei und leer geblieben, sondern erscheinen durchaus rettbar für das Gläubigwerden in unserm neuen Äon. Muckermanns Mitbruder französischer Nationalität, Teilhard de Chardin, hat das zu erweisen sich angelegen sein lassen. So kamen Überlegungen, nach 1945 den »Gral« zu beleben, nicht zum Tragen. Sie hätten mit Gewißheit nur ein Aufflackern bewirkt, auch wenn ein Muckermann das Steuer ergriffen hätte. Die gewandelte Welt wäre ihm wohl verschlossen geblieben, wie Gottes Vorsehung sie auch dem Kardinal v. Galen erspart hat, jenem anderen heldenhaften Kämpfer aus Münster, der wie Muckermann den Sieg noch schauen durfte, aber bald danach hinweggenommen wurde, elf Tage vor ihm. Ist es überspitzt zu behaupten, daß beiden der Ursinn des Wortes Demokratie fremd geblieben ist? Die Mutter- und Musterländer der Demokratie, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen wie geistigen Potenz, blieben Muckermann fremde Planeten. Mitteleuropa, das Zentrum des Abendlandes, sah er als den Mittelpunkt einer künftigen Welt. Seine »Gedanken zur Reichsidee«, so der Untertitel, denen er in den Aufsätzen des Buches »Vom Rätsel der Zeit« nachhängt, streifen das Utopische, auch wenn Gegenwärtige sich den gewaltigen Visionen eines Wunsch- und Zukunftstraums nicht entziehen können.

Stürme der Entrüstung umbrausten Muckermann, als er zum bevorstehenden hundertsten Todestag von Goethe die literarische Welt 1931 mit einem Beitrag überraschte, der bis jetzt kaum etwas von seiner Gültigkeit eingebüßt hat. Wer Muckermann wieder auf die Rampe heben will, sollte es mit diesem Buch tun, das er schlicht und einfach »Goethe« betitelt hat. Nach dem Urteil der »Frankfurter Zeitung« war es »in seiner Art so umfassend und tiefgründig wie kein anderes vor ihm«. Dem Verfasser ging es darum, »daß das Eigentliche, was mich bei dieser Arbeit beschäftigte, noch nirgends so gesagt war, wie ich es für wünschenswert hielt«. Das war der Nachweis, wie erstaunlich eng das Werk des »alten Heiden«, als der Goethe katholischerseits bis dahin pauschal abqualifiziert worden war, mit dem Christlichen verzahnt ist. Solche Erkenntnis war damals ein Durchbruch sondergleichen. Wie ist die Bonner Buchgemeinde, Zentrale der kirchlichen Borromäusbüchereien, angefeindet worden, das Buch in Verlag genommen zu haben! Aus Frankfurt kam hingegen die höchste Auszeichnung, die damals in der literarischen Welt zu vergeben war: die Goethe-Medaille. Von allen Büchern Muckermanns hat sein »Goethe« die höchste Auflage erzielt: 30000. Dennoch findet das Werk nur noch selten Erwähnung,

nicht einmal mehr in der «Geschichte der deutschen Dichtung« von Wilhelm Kahle, die in den Anmerkungen mit ausdrücklichen Hinweisen auf christliche Deutungen Goethes versehen ist (1964⁴).

VI

Vorm Zugriff von links blieb Muckermann verschont. In der Aufdekkung und Bekämpfung des Widerchristlichen im bolschewistischen System war er zwar nicht erlahmt oder bereit geworden, Zugeständnisse zu machen. Wie aber von Moskau aus das Netz seitdem bald über die halbe Welt geworfen werden konnte, unter Hintansetzung des atheistischen Grundprinzips, das er vordergründig als Kampfziel gesehen hatte, scheint ihm nicht ahnungsvoll aufgegangen zu sein. Der Zweifrontenkrieg gegen die Grundauffassungen beider Systeme, des kommunistischen wie des nationalsozialistischen, wurde von ihm mit unverminderter Schlagkraft geführt. In beiden Parteiungen hatte er die gemeinsame Wurzel erkannt: die Verachtung des Menschen. Der Zugriff gegen ihn kam 1933 eindeutig von rechts, aber nicht im schnellen, einmaligen Zupacken, sondern in einem jahrelangen Katze-und-Maus-Spiel.
Wie die NS-Schergen Muckermann gehetzt haben durch viele der europäischen Länder – Holland, Belgien, Frankreich, Österreich, die Schweiz in der Hauptsache –, das übersteigt das Vorstellungsvermögen eines Schreibers von Abenteuerromanen, indes noch mehr die seelischen und körperlichen Kräfte eines Durchschnittsmenschen. Wiederum ist zu verweisen auf die eingehende Schilderung in den Lebenserinnerungen. Sie überhöht das aus Nanda Herbermanns Schriften bekanntgewordene und vertieft es, nuanciert auch die erste autobiographische Skizze, 1945 in der Schweiz erschienen unter dem Titel »Der Deutsche Weg«.
Widersprüche enthalten die verschiedenen Darstellungen über den Zeitpunkt seiner Flucht nach Holland. Wahrscheinlich zutreffend ist eine Angabe von Hermann Muckermann, wonach er seinem Bruder Friedrich Mitte Juli 1934 in Münster zur sofortigen Abreise geraten habe, die dann noch am gleichen Abend erfolgt sei. Unmittelbar danach hätten ihn die Häscher vergeblich gesucht.
Seit dem Grenzübertritt im Juli 1934 hat Friedrich Muckermann deutschen Boden nicht mehr betreten. Das Dutzend Jahre seiner Emigration hat er im Wechsel von mindestens ebensovielen Quartieren zugebracht. Zunächst hielt er sich in Oldenzaal auf, relativ nahe der Grenze und lange genügend geeignet für die Kommunikation hinüber und herüber durch ein anfänglich noch weitmaschiges Netz der Überwachung. Alte Beziehungen, neue Verbindungen, bewährte Freunde ließen ihn das

Blatt, besser Blättchen, der deutschen Katholiken in den Niederlanden als Ausgangsposition zu einem Lautsprecher machen, der am Ende in mehr als vierzig Ländern der Erde gehört wurde. Muckermanns Führung und seine Beiträge gaben dem »Deutschen Weg« einen so hohen Rang in der Gesamtheit der Emigranten-Presse, wie ihn kein anderer Versuch erreicht haben dürfte. »Der Deutsche Weg« brachte es auf sechs Jahrgänge. Die beiden ersten tragen in ganz besonderem Ausmaß die Handschrift Muckermanns, bis zu seiner 1936 erfolgten Übersiedlung nach Rom. Sein unauslöschliches Siegel tragen auch die vier folgenden Jahrgänge, wenn es ihnen auch aus der Ferne aufgedrückt werden mußte.

In der Dreifelderwirtschaft, in welche die drei Gebiete von Muckermanns Lebenswerk einzuordnen sind – die allgemeine publizistische Tätigkeit, der »Gral« und das Goethebuch zusammen mit der sonstigen kritischen Beschäftigung im literarischen Bereich, die vielgestaltige Orientierungshilfe, die er durch seine Reden und Reisen, die Vorträge in Massenveranstaltungen und die Konferenzen im kleinen Kreis bot – hat er das Gewann »Der Deutsche Weg« am intensivsten beackert. Von Freund und Feind wurde das Blatt als die Speerspitze des katholischen Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur eingestuft. Vergleichbar damit im katholischen Raum ist nur noch Waldemar Gurians Pressekorrespondenz »Deutsche Briefe« (Luzern 1934–1938). Dem entsprach der Haß der Machthaber auf Muckermanns Blatt und den Mann, den sie mit ihm gleichsetzten. Alles nur Erdenkliche haben sie gegen ihn, wo immer sie auf seine Spur stießen, in Gang gesetzt, um seiner habhaft zu werden. Sicheres Todeslos wäre ihm gewiß gewesen. Er aber entkam ihnen noch jedesmal – wobei sein Schutzengel Blut geschwitzt hat, wie er selbst es einmal ausdrückte. Wurde nicht Jesu Wort an ihm wahr: »Wenn sie euch in der einen Stadt verfolgen, so fliehet in eine andere?« Goethes Vers ist nicht minder auf ihn anwendbar: »Und wenn sie mich sogar als Asche sammeln, so müssen sie noch meinen Namen stammeln.«

Nach zwei Jahren Aufenthalt in Holland war Rom für ein Jahr sein Bleibe. Im Orientalischen Institut der Päpstlichen Universität Gregoriana verlieh man ihm eine Professur. Publizistisch setzte er seinen Kampf gegen den Nationalsozialismus in den «Lettres de Rome« fort. Als die Hauptstadt der Christenheit, das war Rom für ihn, nicht mehr sicher genug erschien, siedelte er im Spätherbst 1937 nach Wien über. Der Freundeskreis, der sich in diesem »Winter in Wien« – wenn beziehungsreich der Buchtitel Reinhold Schneiders eingebracht werden darf – um ihn schloß, deckte sich mit der politischen Führungsschicht des damals noch freien Österreich. Im März 1938 erfolgte der Einmarsch Hitlers

in das Kernland des alten Habsburg-Reiches, das Muckermann als Inbegriff seiner Reichsideen so nahegestanden hatte. Über die Schweiz, wo er gerade weilte, konnte er sich nach Paris absetzen. Interessante Nuance: Wohnung fand er, wo Voltaire gewohnt hatte. Holland lag näher als bisher, die Einflußnahme auf die Gestaltung des »Deutschen Weges« war besser zu bewerkstelligen. Hitlers Einmarsch in die Niederlande 1940 unterband das und führte den Abgang des »Deutschen Wegs« von der Weltbühne herbei.

Inzwischen hatte Muckermann im französischen Rundfunk Fuß gefaßt. Ab November 1939 bis zum letzten Sonntag im Juni 1940, bevor die deutschen Truppen Paris erreichten, benutzte er das Medium der Ätherwellen, deren er sich schon in Wien und Prag meisterlich bedient hatte, um allsonntäglich um 19 Uhr vielleicht vor Millionen von Hörern »eine dauernde Wertung der Zeitgeschehnisse unter dem Gesichtspunkt von Religion und Moral« zu geben. So zitiert Nikolaus Junk eine zeitgenössische Quelle in seiner Einführung zu den Lebenserinnerungen. Die Flucht aus Paris in den unbesetzten Teil Frankreichs gelang. Etwa von Mitte 1940 bis März 1943 verbrachte er, schwierig genug unter wechselnden Umständen, häufig unter Lebensgefahr, die sein ständiger Begleiter geworden war, im Department Creuze. Im erzwungenen Untätigsein für die Öffentlichkeit entstand hier die Niederschrift seiner Lebenserinnerungen.

Endlich glückte der Übergang in die sichere Schweiz. Sie nahm ihn unter ihren Schutz, legte ihm jedoch einschneidende Beschränkungen für seine Bewegungsfreiheit auf, wie sie für einen Zivilinternierten galten. So war zwar die äußere Gefährdung für Leib und Leben abgewendet, die innere Lebenskraft versiegte seitdem allmählich. Die Last der Bedrückung war zu schwer gewesen. Noch einmal flammte die alte Arbeitsfreude auf. Sie trieb ihn in einem neuen Ansatz zu umfassender journalistischer Arbeit. Worüber und wofür er damals geschrieben hat, läßt sich kaum noch feststellen. Greifbar sind drei Bücher, die in der Schweiz ihre letzte Fassung und ihre Verleger fanden. Von publizistischen Planungen vielgestaltiger Natur war in Briefen und Gesprächen die Rede. Nichts gelangte zur Reife. Die Zeit des Team-Works war angebrochen. Geniales und Ideales – stets in der Einzelpersönlichkeit konzentriert, bei Muckermann dazu noch gefördert durch Werk und Werdegang – war im nunmehr anbrechenden Zeitalter des Kollektivs nicht mehr gefragt.

Der Gesundheitszustand verschlechterte sich zusehends. Alte Freunde wie der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth und der ehemalige österreichische Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg fanden ihn in unguter Verfassung. Seit Dezember 1945 war Muckermann ans Krankenbett

gefesselt. Zur Erkrankung des Herzens trat ein Gallenleiden, verbunden mit Gelbsucht. Am Abend des 2. April 1946 starb er in der Klinik Florimont zu Montreux am Genfer See, 63 Jahre alt. Im Friedhof des Exerzitienhauses Schönbrunn, nahe dem Zuger See, harrt Friedrich Muckermann der Auferstehung. Als Clemens August Kardinal v. Galen kurz vor seinem eigenen plötzlichen Tod vom Schicksal Friedrich Mukkermanns erfahren hatte, sagte er: »Seine Triumphe wird er dort oben haben, und sie sind mehr als die Triumphe auf dieser Erde.«

VII

Friedrich Muckermann war kein Heiliger, aber er wußte um die Wege des Heils, und wie man die Menschen dahin führen könnte. Das zu tun, war im Grunde seine brennendste und bedrückendste Sorge, Seelsorge also im weitesten Sinne. Ihm war die Gabe und Gnade verliehen, auch noch für die Hintertüren des Menschenherzens den Schlüssel zu entdecken. Schwellenangst kannte er nicht. Die große Synthese zwischen christlichem Glauben und den Menschen der Moderne und ihrer Kultur zu finden, wonach er eben durch diese Seelsorge unermüdlich strebte, blieb ihm indes versagt. Was er dazu geschrieben, gesagt und getan hat, ist in Abertausenden von Zeugnissen seines Geistes verströmt und ausgeufert. Vielleicht liegt es daran, daß er so schnell der Vergessenheit anheimgefallen ist. Sein Wirken und die von ihm ausgehenden Wirkungen sind für den nachträglich das Oeuvre Beschreibenden nicht mehr in den Griff zu bekommen. Eine Lebensaufgabe würde es werden, die Summa zu rekonstruieren und daraus eine gültige Darstellung des Gedankengebäudes in seiner Vielschichtigkeit zu ziehen. Die letztgültige Wiedergabe seines Lebens entzieht sich der Darstellung.
Der langjährige Chefredakteur vom Luzerner »Vaterland«, derzeit Hauptblatt der eidgenössischen Katholiken, Nationalrat Karl Wick, veröffentlichte am 22. März 1948 im »Vaterland« eine Würdigung, die ich mir zu eigen mache: »Es sind bald zwei Jahre her, daß P. Friedrich Muckermann in der Emigration, in Montreux, starb. Wortgewaltig wie ein Görres, von Gedanken blitzend wie ein Chesterton, verband er Klarheit des Denkens mit einem umfassenden Wissen auf allen Gebieten der Geisteswissenschaften, strengste Zucht des Denkens mit einer unerschöpflichen Phantasie. P. Muckermann wird als einer der geistvollsten Schriftsteller in die katholische Literatur eingehen. Fernab von jeder geistigen Engherzigkeit, die immer ein Zeichen geistiger Schwäche und geistiger Unsicherheit ist, stellte sich Muckermann mitten in den Strom des Lebens, reagierte auf jede geistige Strömung der Zeit, die er in

großartigen Analysen und Kritiken sub specie aeternitatis beurteilte. Er schrieb mit gleicher unbestrittener Zuständigkeit über Goethe und Dostojewskij, wie über irgendeine Gestalt aus der Geschichte der Heiligen, erfaßte die Gestalt eines Leo XIII. und Pius XI. wie die Gestalt eines Lenin oder Trotzkij.

Er war Journalist und Publizist in jenem hohen Sinn des Wortes, wie man es von Paulus gesagt hatte, daß er in unserer Zeit Journalist geworden wäre. Als Angehöriger des Jesuitenordens war er für seine Aufgabe in der Welt auf das vortrefflichste geschult, ein Exerzitienmeister des Wortes und der Feder, dem keine Lebensfrage fremd war und der jeder Seele in ihre Tiefenschichten folgte, um sie zu verstehen. Er hat die Flüchtigkeit des Lebens in einem Doppelsinne erlebt und erkannt, als Erforscher des flüssigen Kulturlebens und als Flüchtling vor den Schergen des Bolschewismus und Nationalsozialismus. In einer wundervollen seelischen Haltung hat er alle Verfolgung mit christlichem Starkmut durchgestanden und hat beispielgebend auf Unzählige, die kleinmütig zu werden drohten, stärkend und aufmunternd gewirkt. Von einem christlichen Optimismus getragen, konnte er allem Grauen der Zeit starkmütig ins Auge sehen, ohne den Glauben, ohne die Hoffnung, ohne die Liebe zu Gott und an die Menschen zu verlieren.

Ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle, ein Kulturmensch, der alle Gaben, die ihm eine geordnete Kulturwelt bieten konnte, mit christlichem Frohsinn entgegennahm, war er in allen Kreisen heimisch, bei den Arbeitern und bei den Akademikern, beim Westeuropäer wie beim Osteuropäer. Ihm schwebte, wie dem großen russischen Philosophen Solowjew, über den er sein letztes größeres Werk schrieb, eine Synthese der westlichen und östlichen Kultur (die wesensverschieden ist von der heutigen bolschewistischen Kultur) vor, und niemand hat von der christlichen Ökumene größer und schöner gedacht als Muckermann.«

Hans Rink

Ildefons Herwegen (1874–1946)

»Wie oft sind wir – ein Vierteljahrhundert ist's her – den beschwerlichen Weg von Andernach oder von Brohl hinaufgepilgert zu jenem Heiligtum, das längst ein weithin ragendes Symbol geworden ist. Nicht selten empfing uns feierliches Geläut, das Mönche und Gäste zum heiligen Opfer lud. Die gemessen zum Chore schreitenden Mönche, ihr zeitloser Choral, ihr festlicher Dienst vor dem großen König, dessen Bild von der Apsis geheimnisvoll grüßte, dies alles erschien uns als Ausdruck und Garant heiliger, alle Wirbel der Zeit durchdauernder Ordnung. Wer es nicht miterlebt, kann sich schwer vorstellen, was ›der Aufbruch nach Maria Laach‹ denen bedeutete, die das Grauen des ersten Weltkrieges hinter sich hatten. Maria Laach aber und sein Abt – das war für uns ein und dasselbe.« Mit diesen Worten, die so charakteristisch sind für das Lebensgefühl der von Jugend- und Liturgischer Bewegung geprägten Generation, begann Theoderich Kampmann seinen Nachruf auf Ildefons Herwegen, den am 2. September 1946 gestorbenen Abt von Maria Laach.

In dieses 1947 von Verehrung und Dankbarkeit gezeichnete Porträt haben sich im Verlauf der Auseinandersetzung des deutschen Katholizismus mit seiner jüngsten Vergangenheit in den sechziger Jahren dann sehr kritische Töne gemischt. Die Konzeption einer Reichstheologie, zu deren Wortführer sich Abt Herwegen und ein Teil seines Konvents im Sog des »seelischen Aufbruchs der Nation« (F. v. Papen) 1933 machten, und der Versuch eines Brückenbaus vom Katholizismus zum neuen Regime wurden als in ihren theologischen Denkansätzen fragwürdig und in ihren politischen Auswirkungen verhängnisvoll erkannt. Über diesen »Irrtümern«, denen der Laacher Abt damals »mit anderen Zeitgenossen unterlag, als er falschen Vorspiegelungen Glauben schenkte« (E. v. Severus), und die er selbst schon bald freimütig eingestand, sollte man aber nicht den hervorragenden Anteil vergessen, den Ildefons Herwegen an der innerkirchlichen Reformbewegung dieses Jahrhunderts hatte. Als Vater der liturgisch-monastischen Erneuerung in Deutschland hat er – neben Persönlichkeiten wie Romano Guardini, Peter Wust, Carl Muth, Friedrich Muckermann und Carl Sonnenschein – jene Entwicklung maßgeblich mitbestimmt, die auf dem Zweiten Vatikanischen

Konzil für die Gesamtkirche zum weltweiten Durchbruch kam. Und angesichts der Unsicherheit im Selbstverständnis des deutschen Katholizismus und seiner inneren Zerstrittenheit über den weiteren Weg, ist die Frage, die Abt Herwegen aus der Mitte seines Denkens und Wirkens heraus auf dem Aachener Katholikentag (1919) stellte, die »Kernfrage von heute« geblieben: »Quid vobis videtur de ecclesia? Was denkt ihr von der Kirche?«

I

Peter Herwegen – so sein Taufnahme – wurde am 27. November 1874 in Junkersdorf bei Köln als Sohn eines Hauptlehrers geboren. Nach der Schulausbildung in Köln, wo er mit Konrad Adenauer das Apostelgymnasium besuchte, und auf dem Gymnasium der Seckauer Benediktiner trat er 1895 in die Benediktinerabtei Maria Laach ein, die drei Jahre zuvor von Beuroner Mönchen wiederbesiedelt worden war. Er legte am 8. September 1896 die Gelübde ab und erhielt den Ordensnamen Ildefons. Den philosophisch-theologischen Studien in Maria Laach und der Erzabtei Beuron folgten am 21. September 1901 die Priesterweihe und ein weiteres Ausbildungsjahr im Internationalen Benediktinerkolleg San Anselmo in Rom. Zunächst als Deutschlehrer am Gymnasium der belgischen Abtei Maredsous tätig, begann er 1904 ein dreijähriges Studium an der Universität Bonn. Er hörte Geschichte bei Aloys Schulte, wurde von dem Kirchenhistoriker Heinrich Schrörs in die historisch-kritische Forschung eingeführt und absolvierte sein eigentliches Fachstudium – kirchliche Rechtsgeschichte mit besonderer Berücksichtigung des Ordensrechts – bei dem damals führenden deutschen Kirchenrechtslehrer Ulrich Stutz. In Bonn wurde der Grund gelegt zu Herwegens umfassender Kenntnis der Geistes- und Frömmigkeitsgeschichte. Drei Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der vergleichenden Ordensrechts- und Liturgiegeschichte schienen ihn für eine wissenschaftliche Laufbahn zu prädestinieren, als er 1912/13 in eine weit bedeutendere Lebensaufgabe hineingestellt wurde.

Von Belgien herkommend (»Mechelner Ereignis« vom 23. September 1909), hatte die Liturgische Bewegung in Deutschland erst einige Benediktinerabteien erreicht, als der Düsseldorfer »Verein akademisch gebildeter Katholiken« um Studienrat Hermann Platz und Kaplan Franz Xaver Münch zwei Laacher Mönche zum 27./28. November 1912 zu einem Doppelvortrag über »Die Liturgie als Gesamtkunstwerk« einlud. Ildefons Herwegen sprach über den »Verklärungsgedanken in der Liturgie«. Wie tief beeindruckt die jungen Akademiker – auf der Suche

nach neuen Zielen und neuen Formen – von dieser »ersten Begegnung mit Maria Laach« waren, hat 22 Jahre später Hermann Platz in einem Beitrag zum 60. Geburtstag von Abt Herwegen geschildert: »Es lag eine Stimmung über der Zuhörerschaft, als ob ein kaum Geahntes, ja Unerhörtes in ihr Leben getreten wäre, und daß nun ein neuer Tag der Einbeziehung der Welt in die Wunder und Werke des Heiligtums beginnen müsse.« Ein reger Gedankenaustausch zwischen dem Düsseldorfer Freundeskreis und P. Ildefons begann.
In der Karwoche 1913 kamen u. a. Hermann Platz, der spätere Reichskanzler Heinrich Brüning und der nachmalige französische Außenminister Robert Schuman, damals Rechtsanwalt in Metz, zur Mitfeier der Liturgie nach Maria Laach. Ildefons Herwegen begeisterte die Gäste für die »Magnanimitas« der liturgisch-benediktinischen Geisteswelt. In einem »Blatt dankbarer Erinnerung« (1959) hat Robert Schuman von »einem tiefen Eindruck« berichtet, den die Begegnung mit P. Herwegen bei ihm hinterlassen habe; »es war dieses Treffen für uns . . . ein gemeinsamer Ausgangspunkt, . . . ein Grundstein für das kommende Europa.« Von providentieller Bedeutung für die hier aufgebrochene Liturgische Bewegung in Deutschland sollte es werden, daß die Laacher Kommunität am 26. Juni 1913 Ildefons Herwegen einstimmig zum Abt wählte. Franz Xaver Münch berichtete danach im »Hochland«, daß diese Wahl »die höchste Aufmerksamkeit erweckte und die zahlreichen Verehrer monastischer Kultur und benediktinischer Frömmigkeitsideale mit dankbarer Freude erfüllte«.

II

Ildefons Herwegen lag es fern, als Abt nun mit aufsehenerregenden Thesen und übereilten Reformen in der Öffentlichkeit von sich reden zu machen. »Unsere liturgischen Bestrebungen«, so betonte er zu Weihnachten 1919, »bedürfen eines aus tiefer Wurzel kommenden, langsamen, ruhigen Wachstums unter der Sonne heiligen Friedens.« Im Anschluß an die monastische Reform von Solesmes und Beuron begann er in aller Stille und Schritt für Schritt seinen Konvent von Grund auf umzugestalten im Sinne eines Lebens aus den »alten Quellen neuer Kraft«. Die Heilige Schrift, die Liturgie, die Regula Benedikts und die Werke der Kirchenväter sollten wieder maßgebend sein für Theologie, Predigt und Seelsorge, Spiritualität und persönlichen Lebensstil. Als »Neugestalter christlichen Lebens aus der zeugenden Kraft der Tradition« (W. Kahles) formte er – bis in das charakteristische Äußere von Kirche und Kloster hinein – in Maria Laach die geistige Welt,

in der Odo Casel seine Mysterienlehre entwickeln konnte, die – wenn auch nicht unbestritten – der liturgischen Erneuerung erst das theologische Fundament gab und auf die katholische Theologie des 20. Jahrhunderts gerade auch in ökumenischer Hinsicht so anregend gewirkt hat. Abt Herwegens monastische Erneuerungsarbeit verband sich von Anfang an mit dem »liturgischen Apostolat« für die Kirche in Deutschland. Besucher und Freunde der Abtei – junge Priester, Akademiker und Studenten – trugen die in Maria Laach empfangenen Gedanken und Impulse in ihre Kreise und Gruppen weiter. »Im Verborgenen reifte ein neuer Wille. Es bildete sich, von niemand beachtet, im Schatten der Universitäten von Bonn, Würzburg und Straßburg etwas wie eine neue Front von jungen Studenten. Liturgie war ihre Parole« (H. Platz). Insbesondere durch die enge Zusammenarbeit mit dem am 25. Juni 1913 gegründeten Katholischen Akademikerverband, den seit 1916 Franz Xaver Münch als Generalsekretär führte, erhielt Ildefons Herwegen einen breiten Wirkungskreis. Am 9. Oktober 1919, »inmitten der furchtbarsten Krisis, durch die unser deutsches Volk je gegangen ist«, rief er den Akademikern in Aachen zu: »Zurück zu den Quellen! Dieser Ruf hat, wenn er ernstlich befolgt wurde, in den bedeutsamsten Epochen der Geschichte zu neuem Aufschwung, ja auf ganz neue Bahnen in Wissenschaft und Leben geführt.«

Der Appell Herwegens fand großen Widerhall. Wie bereits 1914 kamen nun alljährlich in den Kartagen Mitglieder des Akademikerverbandes zu der von ihm geleiteten »Liturgischen Woche« nach Maria Laach. Auf den großen Herbsttagungen und Sondertagungen des Verbandes, die nach dem Ersten Weltkrieg die geistige Elite des katholischen Deutschland vereinten, war der Laacher Abt ein begehrter Redner. Seine Vorträge und Aufsätze zu den vielfältigen Fragen der liturgisch-monastischen Erneuerung erreichten in den Sammlungen »Alte Quellen neuer Kraft« (1920), »Lumen Christi« (1924) und »Vom christlichen Sein und Leben« (1931) weitere interessierte Kreise. Bahnbrechend für die Liturgische Bewegung wirkte vor allem Romano Guardinis Schrift »Vom Geist der Liturgie«, das 1918 erschienene erste Bändchen der von Abt Herwegen herausgegebenen Reihe »Ecclesia orans«. Es erlebte insgesamt 18 Auflagen und wurde in viele Fremdsprachen übersetzt. Neben der «Quickborn«-Burg Rothenfels, wo Romano Guardini seit 1920 die Intentionen der Liturgischen Bewegung in die Jugendbewegung vermittelte, war Maria Laach unter der Leitung seines Abtes Ildefons Herwegen in einem Jahrzehnt zum Mittelpunkt der liturgischen Erneuerung in Deutschland geworden. Die 1920 auf Rothenfels und ein Jahr danach (6. August 1921) in der Krypta der Laacher Abteikirche erstmals gefeierte »Missa recitata« trat, später in Form der deutschen

»Gemeinschaftsmesse«, von dort aus ihren Siegeszug in der katholischen Jugend an. Trotz Widerspruch und Obstruktion seitens innerkirchlicher Gegner erreichte die Liturgische Bewegung durch die Jugendverbände und den jungen Klerus in den zwanziger Jahren bereits die Pfarreien. Studentenseelsorger wie Johannes Pinsk (1927/39 in Berlin) und Robert Grosche (1921/30 in Köln), beide mit Abt Herwegen befreundet, wirkten in diesem Sinne unter der akademischen Jugend.
Romano Guardini hat 1922 im »Hochland« den innerkirchlichen Aufbruch jener Jahre mit dem berühmt gewordenen Satz beschrieben: »Ein religiöser Vorgang von unabsehbarer Tragweite hat eingesetzt: Die Kirche erwacht in den Seelen.« Neben und zusammen mit der biblischen und der ökumenischen Bewegung war die Liturgische Bewegung Ausdruck und Teil dieses umfassenden Vorgangs. Nicht um die Kenntnis von Texten und Riten ging es in erster Linie, sondern um die Wiederentdeckung der Kirche als Leib Christi und Volk Gottes – zentrale Erfahrung der an der Feier der Liturgie wieder aktiv beteiligten Gemeinde. Dies hatte Konsequenzen bis in die soziale Aktion und andere Formen der Laienbewegung hinein.
Anregend und fördernd, stand hinter den neuen Bestrebungen vor allem die Persönlichkeit des Laacher Abtes selbst. Wie weit sein geistiger Einfluß reichte, zeigt sein Briefwechsel mit dem Münsterer Philosophen Peter Wust, der ihm am 26. Juli 1929 schrieb: »Mir ist so, als wenn Sie eine Art geistlicher Vaterschaft an mir übernommen hätten. Und deshalb fühle ich mich Ihnen zu ganz tiefem Dank verpflichtet.« Anerkennung und Ehrung blieben auch seitens der Öffentlichkeit nicht aus. Die Juristische Fakultät der Universität Bonn verlieh Ildefons Herwegen 1919 die Würde eines Dr. jur. h. c.; 1927 erhielt er aus Tübingen den theologischen Ehrendoktor.

III

Die liturgische Erneuerung sollte nach den Vorstellungen Herwegens nicht auf den rein kirchlichen Bereich beschränkt bleiben oder gar eine Angelegenheit esoterischer Kreise werden. Als »klassische Verkörperung und Verwirklichung der christlichen Weltdurchdringung« hatte die Liturgie für ihn geradezu »sakralpolitischen Charakter« (W. Kahles). Von ihr als der »einzig wahren Mutter und Meisterin organischer Einheit« erwartete er die Überwindung der Staat und Gesellschaft bedrohenden »Gegensätze zwischen Mensch und Welt, zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Geist und Körper«. Eine »Wiedergeburt des deutschen Geistes« war für Ildefons Herwegen nur vorstellbar »aus

der christlichen Antike, aus den Heldengräbern der Katakomben, aus der inneren Welt der betenden, opferstarken Erstlingskirche, aus dem Geiste der von ihr geprägten Liturgie«. Im Ringen um den Neuaufbau einer »universal-christlichen Kultur« müsse »die Liturgie als der formelle Ausdruck christlichen Geistes auch heute wieder unser Lebensstil werden«. (Zitiert aus einem Aufsatz bzw. Vorträgen von 1919 und 1925). Den Gedanken einer sakralen Kultur beziehungsweise einer sakralen Bildung als deren persönlichem Korrelat entwickelte der Laacher Abt am 28. Dezember 1925 in einer programmatischen Rede über das »katholische Bildungsideal« auf der Sondertagung des Akademikerverbandes in Recklinghausen. Auf die Fragwürdigkeit einer solchen Konzeption machte damals Walter Dirks in seinem Tagungsbericht in der »Rhein-Mainischen Volkszeitung« nachdrücklich aufmerksam. Sie interpretiere »die menschliche Seelen- und Erscheinungswelt als eine Art von statischem System, als ›Ordnung‹«, in deren Mittelpunkt »das Sakrale« stehe und »nach einer Hierarchie der Werte die verschiedenen Kulturschichten« um sich herumgruppiere. »Dies statische Bildungsideal« könne »nur in einer aus der Dynamik der Zeitgeschichte besonders isolierten Gemeinschaft seine Erfüllung finden«. Die »Not des zusammenbrechenden Europa« erfordere aber nicht eine neue »katholische Kultur«, sondern »eine Gemeinschaft von Katholiken, Protestanten, Juden, Sozialisten, und nur aus dieser Gemeinsamkeit können heute neue kulturelle Bindungen kommen«.

Die Gefahren einer gesellschafts- und staatspolitischen Extrapolierung der Liturgischen Bewegung waren für den kulturellen Bereich also bereits 1926 deutlich gesehen worden. Sie hatten ihre Ursache nicht zuletzt in den politischen Vorstellungen des Laacher Abtes, der für die Schweiz und ihre »demokratischen Einrichtungen eine wahre Verehrung bekundete« (Nachruf des Abtes von Engelberg), der demokratischen Entwicklung in Deutschland und dem sie tragenden gesellschaftlichen Pluralismus aber betont distanziert gegenüberstand. »Durch Elternhaus und Orden stark konservativ geprägt und in dieser Gesinnung durch Kaiser Wilhelm II. und dessen romantische Gunst für das Kloster Maria Laach bestärkt, erlebte Herwegen den Zusammenbruch der Monarchie 1918 als eine Erschütterung, in deren Folge er sich gegenüber der Entwicklung der Weimarer Republik große Zurückhaltung auferlegte und nach wie vor um die Stärkung konservativer Kräfte bemüht war« (E. v. Severus). Seit dem Übergang in die Verfallsphase der deutschen Republik (1929/30) machte er die Abtei Maria Laach in Verbindung mit dem Katholischen Akademikerverband unter dessen neuem Generalsekretär Franz Xaver Landmesser (seit 1929) immer mehr zum Sammelpunkt rechtskatholischer Kreise, die als Ausweg aus der Staats- und

Gesellschaftskrise die Restauration eines organisch-ständisch aufgebauten Reiches anstrebten.

IV

Die erste soziologische Sondertagung des Akademikerverbandes (1931) war ganz beherrscht von der Persönlichkeit des Wiener Sozialphilosophen Othmar Spann und seiner hierarchischen Welt- und Staatsauffassung. Bereits damals warb Abt Herwegen um »Verständnis für die positiven Kräfte der nationalen Bewegung«. (Zitiert in »Germania« vom 29. Juli 1933). »Mit sehr vielen anderen erwartete er durch die neue Bewegung eine Stärkung des Autoritätsgedankens in Staat und Familie, eine innere und äußere Gesundung des Volkes und eine Mehrung des Ansehens der Nation« (J. Joos). Zwischen dem Nationalsozialismus, dessen Wesen als »politischer Glaube« mit Totalitätsanspruch er zunächst ebensowenig durchschaute wie den verbrecherischen Charakter seines Führers Adolf Hitler, und der Liturgischen Bewegung schien ihm in der Wertvorstellung und Zielsetzung eine weitgehende Entsprechung zu bestehen. »So täuschten ihn 1933 die Hoffnung auf die Wiedererrichtung der Monarchie und irreführende Versicherungen der nationalsozialistischen Politiker über deren wahre Absichten« (E. v. Severus).
Dem unter der Schirmherrschaft des Vizekanzlers Franz von Papen gegründeten katholisch-konservativen Bund »Kreuz und Adler« öffnete er die Abtei für eine »Führertagung« (26./28. April 1933), auf der der Laacher Benediktiner Damasus Winzen erstmals seine «Theologie des Reiches« entwickelte. Ende Mai versicherte Ildefons Herwegen auf einer Kundgebung in Köln, Volk und Staat hätten sich »in dem großen Führer Adolf Hitler«, dem »Vater der Nation«, geeinigt. Und in seinem Gedenkartikel (»Deutsches Volk«, Juli 1933) zum 10. Todestag des Ruhrkämpfers Albert Leo Schlageter hieß es gar im Vokabular der NS-Bewegung: »Auf den Glauben des Führers an das Volk antwortet die Gefolgschaft des Volkes. Die treue Gefolgschaft aller gegenüber dem Einen schafft ein neues Gemeinschaftserlebnis, das unser Volk zurückfinden läßt zu den letzten Wurzeln seiner Gemeinsamkeit: zu Blut, Boden und Schicksal.« Immerhin machte Herwegen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Einschränkung: »Ohne Gottverbundenheit wird Führung zur Willkürherrschaft.« Den Höhepunkt solcher »quasi hymnischen Verherrlichung des Führerprinzips« und »kultischen Überhöhung des Reichsgedankens« (R. Morsey) brachte die dritte soziologische Sondertagung des Katholischen Akademikerverbandes in Maria Laach (21./23. Juli 1933), an der neben prominenten Vertretern

des katholischen Geisteslebens wie Alois Dempf, Franz Schnabel, Peter Wust und Robert Grosche sowie dem protestantischen konservativen Theoretiker Edgar Jung auch Staats- und Parteifunktionäre, darunter Carl Schmitt, der Kronjurist des Dritten Reiches, und der eben von der Unterzeichnung des Reichskonkordats (20. Juli 1933) aus Rom zurückgekehrte Vizekanzler von Papen, teilnahmen. Die Tagung stand unter dem Thema: »Die nationale Aufgabe im Katholizismus – Idee und Aufbau des Reiches«. In seinem einleitenden Referat »Die geistigen Grundlagen der nationalen Bewegung« formulierte der gastgebende Abt programmatisch: »Was auf religiösem Gebiet die liturgische Bewegung ist, ist auf dem politischen Gebiet der Faschismus.«
»Solche Vorbilder und Stimmen trugen entscheidend dazu bei, das Rückgrat der Zentrumsanhänger, die gewohnt waren, auch im politischen Leben den kirchlichen Autoritäten weitgehend zu folgen, zu brechen« (R. Morsey). Die besondere Tragik des – getäuscht und sich selbst täuschend – zur Mitarbeit am nationalsozialistischen Staat bereiten konservativen Katholizismus bestand darin, daß seine Rolle dem Kalkül des Regimes für den Prozeß der Machtergreifung (1933/34) genau entsprach. Heinrich Böll hat die euphorische Atmosphäre jener Tage in einer makabren Szene seines Romans »Billard um Halbzehn« (1959) eingefangen. Vor der Geschichte muß dieses Bild freilich durch eine andere Szene ergänzt werden, die der katholische Arbeiterführer und Zentrumspolitiker Joseph Joos in seinem Erinnerungsbüchlein »So sah ich sie« (1958) festgehalten hat: »Aber Abt Ildefons war auch einer der ersten, seinen Irrtum zu bekennen. Im Sommer 1934 (richtig wohl: Frühjahr 1935) traf ich den Hochw. Herrn am Bahnhof der SBB in Basel allein, sein Handgepäck schleppend. Er war auf der Rückreise von der Schweiz, in die er sich auf Grund einer Warnung für eine bestimmte Zeit hinflüchten mußte... Die beiden Sätze, die er sprach, bevor er den Zug bestieg, der ihn in die deutsche Heimat führen sollte, sind in meinem Gedächtnis haften geblieben: ›Sie können sich denken‹, sagte er mit bebender Stimme, ›mit welchen Empfindungen ich aus diesem freien Land in die Knechtschaft zurückkehre, wie habe ich mich geirrt!‹« Bereits Anfang März 1934 hatte er in Beuron gegenüber dem jetzigen Prior von Maria Laach, Emmanuel von Severus, festgestellt: »Wir werden von Verbrechern regiert.«

V

»Die Untadeligkeit seiner Gesinnung und den Willen, jedem Unrecht zu widerstehen« (E. v. Severus), stellte Abt Herwegen schon am 19.

April 1933 unter Beweis, als er seinem als Oberbürgermeister von Köln abgesetzten und von der Gestapo verfolgten Schulfreund Konrad Adenauer die erbetene Gastfreundschaft anbot und ihm dann für zwölf Monate in Maria Laach geheimes Asyl gewährte. »Nach Abschluß des Reichskonkordates glaubte er auch noch kurz an die Möglichkeit eines Wirkens der Kirche im totalen Staat« (E. v. Severus), wie sein am 17. September 1933 geschriebenes Vorwort zu Emil Ritters Sammelband »Katholisch-konservatives Erbgut« (1934) zeigt. Aber schon die sich im Winter 1933/34 ständig verschärfende kirchenpolitische Situation machte deutlich, welcher Abgrund zwischen Herwegens Idee von einer »Wiedergeburt des Reiches« aus dem Geist der christlichen Antike und der Praxis eines modernen totalitären Systems klaffte. Mit den Morden vom 30. Juni/2. Juli 1934, denen neben SA-Angehörigen gerade konservative Persönlichkeiten wie Erich Klausener und Edgar Jung zum Opfer fielen, ließ das Regime endgültig seine christlich-konservative Maske fallen.

Am 2. September 1934 rief Abt Herwegen in einer Rede, die Waldemar Gurian einen Monat später in seinen »Deutschen Briefen« (Luzern) zitierte, die in der Laacher Abteikirche versammelten St.-Sebastianus-Schützenbrüder dazu auf, dem »heftigen Ansturm wider unsere heilige katholische Kirche« mit um so größerer Glaubenstreue zu begegnen. Als ein Hort der großen abendländischen Traditionen entwickelte sich die Abtei Maria Laach in der Folge dann zu einer »Bastion des geistigen Widerstandes« (W. Spael), in der nicht wenige Verfolgte auf der Flucht ins Ausland vorübergehend Zuflucht fanden.

Das Dritte Reich reagierte entsprechend. Im Januar 1934 wurde der Abt wegen angeblicher Vernachlässigung seiner Aufsichtspflichten erstmals von der Gestapo vernommen; vier weitere Verhöre folgten. Im Januar 1935 mußte er, aus Berlin vor der drohenden Ermordung gewarnt, sogar für zwei Monate in die Schweiz flüchten. Daß Ildefons Herwegen sich nach dem »30. Juni 1934 mit seinen Morden ohne gerichtliche Verfahren« keinerlei Illusionen mehr über den Charakter und die Praktiken des Dritten Reiches machte, zeigt eine für seinen Stellvertreter, Prior Albert Hammenstede, hinterlassene Aktennotiz vom 24. Januar 1935. Als besonders demütigende Schikane hatte man sich ein ausgedehntes Verhör ausgedacht, dem sich Herwegen am 19. Juli 1938, dem Tage nach der Feier seines Silbernen Abtsjubiläums, unterziehen mußte, als noch sämtliche Äbte der Beuroner Kongregation in Maria Laach anwesend waren.

Im Herbst 1939 trat Abt Herwegen in Kontakt mit General Friedrich Olbricht, der die Abtei mit seinem Stab mehrfach besuchte, und dem Heeresarchivar General Friedrich von Rabenau. Den persönlichen Be-

ziehungen zu diesen beiden Mitgliedern der Widerstandsbewegung – General Olbricht wurde am Abend des 20. Juli 1944 hingerichtet, General von Rabenau noch am 12. April 1945 ermordet – verdankte Ildefons Herwegen nicht nur manche Einblicke in die Pläne des Widerstandes, sondern auch die Erhaltung seiner Abtei im nationalsozialistischen Klostersturm, dem 1940/42 sieben Klöster allein der Beuroner Kongregation zum Opfer fielen.

VI

Als im Verlauf einer großen Kontroverse (1939/43) die deutschen Bischöfe selbst die Führung der Liturgischen Bewegung übernahmen und die Pionierarbeit von Maria Laach nach fast drei Jahrzehnten zu Ende ging, stand im Mittelpunkt von Abt Herwegens Denken und Wirken die monastische Erneuerung. Im Ansatz war das neue Verständnis des benediktinischen Mönchtums bereits in seinem »Charakterbild« des »Heiligen Benedikt« (1917) deutlich geworden. Den endgültigen Durchbruch zeigte der Vortrag »Vätterspruch und Mönchsregel« (1937) an. In seinem 1944 in der Schweiz erschienenen Lebenswerk »Sinn und Geist der Benediktinerregel« – erwachsen aus zehnjähriger Vorlesungstätigkeit an der 1931 von ihm gegründeten Laacher »Academia benedictina« – legte er dann einen groß angelegten Kommentar zum Grundgesetz des abendländischen Mönchtums vor.

Obwohl seitens seiner Amtsbrüder und in der gelehrten Fachdiskussion nicht ohne Vorbehalte aufgenommen, wirkte diese Neuinterpretation bahnbrechend vor allem durch den Nachweis des pneumatischen Charakters der meist als »juristisch« verkannten Regula Benedikts und die Betonung der ekklesialen Funktion des Mönchtums als christlicher Lebensform. Der Schweizer protestantische Kirchenhistoriker Walter Nigg bezeichnete das Werk in seiner Rezension (»Neue Zürcher Zeitung« vom 8. Juli 1944) als »gegenwärtig wohl die beste Einführung in das Wesen des Benediktinertums« und rühmt den Verfasser als »einen Mann, der selbst auch lebt, was er sagt; der Ernst macht mit dem, was er erkennt«.

Im Sinne Benedikts hat Ildefons Herwegen sich zeitlebens als geistlichen Vater verstanden, der seinen Söhnen durch die Mönchsweihe und die »Weisheit der Lehre« (Reg. Ben., Kap. 64) das Leben des Geistes weitergibt. Weil ihm das Charisma der »doctrina« im eigentlichen Sinne gegeben war, ist er für seine Mönche und viele draußen im Land zu einem wirklichen »doctor vitae« (W. Kahles) geworden. »Wer ihm lauschte, hatte das untrügliche Gefühl, daß nicht Begriffe geklärt und Gedanken

gedeutet, sondern daß Wirklichkeiten erschlossen wurden. Hier sprach ein in das Geheimnis des Herrn durch Begegnung und Erfahrung Eingeweihter, ein vom Evangelium wahrhaft Ergriffener« (Th. Kampmann). Die reiche und schöpferische Persönlichkeit Ildefons Herwegens hat der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings anläßlich der Einweihung des nach ihm benannten Laacher Instituts (1948) in treffender Zusammenfassung charakterisiert: »Als Kölner hatte er den Blick für die reale Wirklichkeit, als Rheinländer hatte er die schnelle Auffassung, die Vielseitigkeit und den Sinn für das Schöne und Große, wie für die Kunst, als Deutscher besaß er die wissenschaftliche Gründlichkeit und als Mönch – und das war er mit jeder Faser seines Wesens – hatte er einen Sinn für das Pneumatische und für das Übernatürliche, und all das verband sich in ihm zu einem Charme, zu einem splendor naturae, und man darf sagen, der Herrgott gab dazu das Seine, den nitor gratiae.« Knapp einen Monat vor seinem Tod, am 3. August 1946, gab Ildefons Herwegen der Laacher Kommunität in einer letzten Ansprache als sein Vermächtnis das Wort mit auf den Weg: »Glauben Sie nicht, daß neue Ideen der Welt nottun. Unsere Zeit, die noch so sehr im Fluß, in der Umgestaltung, die noch so unfertig, so unbeständig ist, sie braucht nichts Neues. Sie braucht das Alte, die Tradition.« Mehr als ein Vierteljahrhundert zuvor hatte er unter der Devise »Zurück zu den Quellen der christlichen Religion!« der jungen katholischen Akademikerschaft eine neue Zukunft erschlossen. Sie wäre, als Quintessenz von Wissen und Erfahrung, wiederum sein Programm für einen Wiederaufbau gewesen, an dem mitzuwirken ihm versagt blieb.

Rudolf Morsey

Franz von Papen (1879–1969)

Franz von Papen, Reichskanzler vom Juni bis zum Dezember 1932, in der Zeit des Übergangs von der Weimarer Republik zu einer autoritären Regierungsform, hat im Januar 1933 bei der »Machtergreifung« Hitlers eine verhängnisvolle und anschließend als dessen Vizekanzler eine beschämende Rolle in der deutschen Geschichte gespielt. Auch nach dem Ausscheiden aus diesem exponierten Amt, 1934, blieb er, wenn auch an weniger sichtbarer Stelle, im Dienst des Diktators. Nach wie vor ist die Ablehnung seiner Person, seiner Politik als Reichskanzler und seiner anschließenden Tätigkeit im auswärtigen Dienst ungewöhnlich einhellig.

Unbeschadet der begrenzten politischen Denk- und Einsichtsfähigkeit repräsentierte Papen, der den Ehrentitel eines Päpstlichen Geheimkämmerers trug, einen zwar kleinen, aber Anfang der dreißiger Jahre keineswegs einflußlosen konservativ-agrarischen Flügel im katholischen Deutschland. Mit seinem Namen verbindet sich zudem der Abschluß des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933; dieser Vertrag ist noch in Geltung, auch wenn seine Berliner Initiatoren damit vor allem das Nahziel einer moralischen Aufwertung der Hitler-Regierung zu erreichen gesucht hatten.

Trotz seines unbestrittenen Anteils an der Errichtung und Stabilisierung der NSDAP-Herrschaft ist Papen 1946 vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg von der Anklage verbrecherischer Delikte freigesprochen worden. In den beiden folgenden Jahrzehnten führte er in der ihm eigenen selbstbewußt-forschen Art einen Entlastungsfeldzug für seine politische Vergangenheit.

I

Franz von Papen entstammte katholischem Uradel in Westfalen. Geboren wurde er am 29. Oktober 1879 in Werl als zweiter Sohn eines Gutsbesitzers und früheren Kavallerieoffiziers, dessen Frau, eine Offizierstochter, geborene v. Steffens-Drimborn, aus dem Rheinland stamm-

te. Nach dem Besuch der Elementar- und Rektoratsschule in Werl wechselte Papen 1891 zur Ausbildung als Berufsoffizier in das preußische Kadettenkorps nach Bensberg über, 1895 nach Berlin. 1897, mit Obersekunda-Reife, zum Fähnrich ernannt und ein Jahr darauf zum Sekonde-Leutnant, lernte der in konservativen Grundsätzen aufgewachsene Westfale die Wilhelminische Hofgesellschaft aus der Perspektive eines königlichen Pagen kennen.

Seine Offizierslaufbahn begann Papen 1898 bei den Ulanen in Düsseldorf. Diese Zeit wurde unterbrochen durch ein Kommando bei der Kavalleriereitschule in Hannover (1902-1904). 1905 gelangte er durch die Heirat mit einer Tochter des Geheimrats v. Boch-Galhau in Mettlach mit der saarländischen Schwerindustrie in Verbindung. Ein Besitztum in Wallerfangen an der Saar, das Papens Frau von einem Onkel erbte, wurde später Familiensitz. Der Ehe entstammten fünf Kinder.

Von 1907-1911 absolvierte der Kavallerieoffizier die Kriegsakademie in Berlin als Vorbereitung für eine Generalstabsausbildung. Während dieser Jahre verstärkte Papen seine Neigung und Fähigkeit als Rennreiter (Herrenreiter) und Liebhaber des Pferdesports, eine Passion, die er zeitlebens gepflegt hat. Ein Verständnis für die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung ergab sich als Folge der verwandtschaftlichen Bindungen seiner Frau nach Frankreich und Belgien und aus der daraus gewonnenen Kenntnis wirtschaftlicher Verflechtungen im westlichen Grenzgebiet.

Im März 1913 als Hauptmann zum Generalstab versetzt und wenige Monate später zum Militärattaché an der deutschen Botschaft in Washington (gleichzeitig auch an der Gesandtschaft in Mexiko) ernannt, erlangte Papen während des Ersten Weltkriegs vorübergehend weltweite Aufmerksamkeit. In die Finanzierung deutscher Spionage- und Sabotageaktionen in den USA und in Mexiko verwickelt, mußte er auf Druck der amerikanischen Regierung Ende 1915 das Land verlassen. Bei seiner Ausreise fielen den Behörden Belege über Zahlungen in die Hand, die ebenso als Beweis für geheimdienstliche Tätigkeit des deutschen Militärattachés galten wie ähnliche Unterlagen, die bereits vorher einem seiner Mitarbeiter entwendet worden waren. Papen kehrte als Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs in die Heimat zurück. Er erhielt Gelegenheit, diese Auffassung, die von der Heeres- und Marine-Führung abgelehnt wurde, auch Reichskanzler v. Bethmann Hollweg vorzutragen.

Bis 1917 war Papen an der Westfront eingesetzt, als Bataillonskommandeur eines Reserve-Infanterie-Regiments und als Generalstabsoffizier bei einer Garde-Infanterie-Division. Dann übernahm er als Major die Leitung der Operationsgruppe der neugebildeten Heeresgruppe Falken-

hayn in Mesopotamien. Im Dezember 1917 konnte er den General zur Räumung Jerusalems veranlassen, um die Stadt vor der Zerstörung durch englische Truppen zu bewahren. 1918 erlebte Papen das Kriegsende als Chef des Generalstabs einer türkischen Armee in Palästina. Ende dieses Jahres nach Deutschland zurückgekehrt, nahm er im März 1919 den Abschied aus der Armee, die er als Oberstleutnant verließ.

II

Zunächst betätigte sich Papen als Landwirt in der Bewirtschaftung eines in der Nähe von Dülmen in Westfalen (Haus Merfeld) gepachteten Gutes. Vom Lande aus, wo für ihn, seinen Memoiren zufolge, die »stärksten Quellen unserer Volkskraft« lagen, wollte Papen, wie es 1934 im »Deutschen Führerlexikon« hieß, unter dem Eindruck des »nationalen Verfalls in der Heimat« am Neuaufbau des Reiches mitwirken. Er fand rasch ein Sprungbrett für eine parlamentarische Tätigkeit. Als Standes- und Interessenvertreter seiner heimischen adligen und agrarischen Umwelt ließ er sich auf Drängen des Vorsitzenden des Westfälischen Bauernvereins, Engelbert Frhr. v. Kerkerinck zur Borg, als Kandidat des Zentrums nominieren. 1921 wurde er in den Preußischen Landtag gewählt, dem er bis 1928 und von 1930 bis zum April 1932 angehörte. Er zählte dort zu den Exponenten des antiparlamentarischen Flügels seiner Fraktion, zur westfälischen Agrarfronde.

In seiner Fraktion wie innerhalb seiner Partei spielte Papen bis zum Sommer 1932 hin eine parlamentarische Außenseiterrolle. Er gehörte dem Vorstand des Westfälischen Bauernvereins an, nicht aber einem politischen Führungsgremium des Zentrums. Noch 1931 war sein Name in dem damals erschienenen zweibändigen »Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft« nicht verzeichnet. Daß es Papen gleichwohl gelang, sich in Berlin rasch eine gesellschaftliche Stellung und politische Beziehungen verschaffen zu können, verdankte er seinen alten und pfleglich behandelten Bekanntschaften mit den führenden Militärs (v. Hindenburg, v. Seeckt, v. Hammerstein, v. Fritsch, v. Schleicher u. a.), seiner eifrig betätigten Mitgliedschaft in dem 1923 gegründeten Berliner »Herrenklub« und seiner Position (seit 1925) als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berliner Zentrumszeitung »Germania«. Bedeutungslos blieb die von ihm 1929 mitbegründete »Gesellschaft zur Erhaltung abendländischer Kultur«. Vergeblich erstrebte er einen Posten im diplomatischen Dienst.

1923 war es dem westfälischen Gutspächter gelungen, 47% der Aktien der Germania AG zu erwerben. Zusammen mit dem Großindustriellen

und Reichstagsabgeordneten des Zentrums Florian Klöckner besaß er die Aktienmehrheit. Dennoch konnte er nicht die Redaktion dieses führenden Zentrumsorgans, wie er zunächst beabsichtigt hatte, auswechseln und das Blatt zum Sprachrohr seines Kreises machen. Immerhin besaß Papen mit dieser Zeitung die Möglichkeit, von Zeit zu Zeit seine Auffassung von der Notwendigkeit eines Abrückens des Zentrums von der Sozialdemokratie zugunsten eines Zusammengehens mit den Deutschnationalen zu vertreten.

Die politische Außenseiterrolle des westfälischen Landtagsabgeordneten, der sich 1925 einmal als »Deutschnationaler im Zentrumslager« bezeichnete, wurde noch im gleichen Jahr deutlich: Papen entzog sich der Abstimmung für die Wahl des Zentrumspolitikers und früheren (1923/24) wie späteren Reichskanzlers (1926/28) Wilhelm Marx zum preußischen Ministerpräsidenten. Bei der Reichspräsidentenwahl des gleichen Jahres votierte er für Hindenburg und damit im Widerspruch zur Zentrumslinie gegen seinen Parteifreund Marx. 1929 verlegte Papen seinen Wohnsitz nach Wallerfangen/Saar, um den dort seiner Frau zugefallenen landwirtschaftlichen Besitz zu bewirtschaften. Schon vorher war er aktiv für eine deutsch-französische Verständigung, auch im katholischen Bereich, eingetreten. Gegen Ende seiner Abgeordnetentätigkeit im April 1932 hatte er sich weit von seiner Partei entfernt, aber zunehmend politischen Ehrgeiz entwickelt. Seine Vorstellungen bewegten sich auf der Linie eines ausgeprägt agrarisch-deutschnationalen Konservatismus. Er war Monarchist geblieben und befürwortete eine autoritäre Regierungsform. Als Gegner der republikanischen Verfassungsgrundlage und des Parteienpluralismus forderte er wiederholt die Abkehr von der liberalen Staatsidee.

Ohne in den Führungskreis des Zentrums zu gelangen, vermochte er Kontakt zu Prälat Ludwig Kaas zu gewinnen, der eine Zeitlang dem Aufsichtsrat der Germania AG angehört hatte und der seit Dezember 1928 als Vorsitzender der Zentrumspartei amtierte. Kaas hat von seinem Wohnsitz Trier aus Papen wiederholt in Wallerfangen besucht. Das geschah auch während der Reichskanzlerschaft Brünings (seit Ende März 1930), die Papen zunächst begrüßt hatte, bevor er 1932 öffentlich eine Schwenkung der Politik nach rechts zur Bildung eines »konservativen Staatsblocks« forderte. Aus seinem Kontakt zu Kaas ist später bisweilen – zu Unrecht – eine Art von Mitverantwortung des Zentrumsvorsitzenden beim Sturz des Zentrumskanzlers Ende Mai 1932 abgeleitet worden.

Papen seinerseits hat sich keineswegs zur Nachfolge Brünings gedrängt, allerdings in der ihm eigenen leichtfertigen Unbekümmertheit auch nicht die gewiß naheliegende Befürchtung gehegt oder gar ausgesprochen,

angesichts entsprechender »Vorbildung« und fehlender parlamentarischer Basis den Aufgaben des Kanzleramts etwa nicht gewachsen zu sein. Seine Nominierung war eine Verlegenheitslösung, eine »Erfindung« seines alten Militärkameraden Kurt v. Schleicher, des damals einflußreichsten Hindenburg-Beraters. Der General, Chef des Ministerbüros im Reichswehrministerium, vermochte »Fränzchen« beim Reichspräsidenten leicht durchzusetzen, nachdem der Sturz Brünings in der Umgebung Hindenburgs beschlossene Sache war, der »alte Herr« sich aber weigerte, Hugenberg oder Hitler zum Kanzler zu berufen.

III

Die Ernennung des 53jährigen Papen zum Reichskanzler am 2. Juni 1932 bedeutete für die deutsche Öffentlichkeit die gleiche Überraschung wie für das Ausland. Die Zentrumsanhänger empfanden die Ersetzung Brünings ausgerechnet durch den in keiner Weise ausgewiesenen konservativen Außenseiter der eigenen Partei als »Verrat«; für deren Führungskreis bedeutete sie einen Schock. Nach seinen Memoiren fühlte sich Papen vom »Schicksal« an die Spitze der Reichsregierung berufen. In der für ihn kennzeichnenden militärisch-kurzschlüssigen Verhaltens- und Denkstruktur betrachtete er die Übernahme der neuen Aufgabe als Handeln auf Befehl einer ihm vorgesetzten Instanz. Der Reichskanzler legte sein Mandat und den Vorsitz im Aufsichtsrat der Germania AG nieder.

Sowohl die Zusammensetzung wie das Programm der allein vom Vertrauen Hindenburgs abhängigen neuen Regierung waren vorgefertigt: wiederum von General v. Schleicher, der wesentlichen Anteil am Sturz Brünings hatte und nunmehr als Reichswehrminister eine Schlüsselstellung einnahm. Papen, von Schleicher als »Sprechminister« ausersehen, fand ein formal parteiloses, einseitig konservativ ausgerichtetes »Kabinett der Barone« vor, wie es sich Hindenburg wünschte. Die Regierung besaß keine Bindungen zum Reichstag und keinen Rückhalt in der Bevölkerung.

Mit der Nominierung Papens als Chef eines autoritär regierenden »Präsidialkabinetts« suchte Schleicher zwei Ziele zu erreichen: Eine Distanzierung vom Zentrum, das gleichwohl an die »nationale Rechte« angebunden werden sollte, und eine Unterstützung durch die bisher bedingungslos oppositionelle NSDAP. Beides mißlang: Die Empörung innerhalb des Zentrums über den »Ephialtes« Papen schlug derartig hohe Wellen, daß der Reichskanzler nur durch seinen sofortigen Austritt dem Ausschluß aus seiner Partei zuvorkam.

Bereits am 16. Juni 1932 erfolgte die Aufhebung des von der Regierung Brüning im April erlassenen Verbots der SA- und SS-Formationen. Sie war der NSDAP-Führung von Schleicher in Aussicht gestellt worden. Diese Vorleistung der Regierung löste nicht die erhoffte Reaktion der NSDAP aus, sondern verschärfte im Gegenteil die innenpolitischen Gegensätze. Sie steigerten sich bis zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, insbesondere im Wahlkampf für die Neuwahl des bereits am 4. Juni aufgelösten Reichstags.

Durch ein Anwachsen der Rechtsparteien erhoffte Papen eine Stärkung seiner Position. Dabei spielten Erwartungen eine Rolle, auf der Reparationskonferenz in Lausanne (16. Juni bis 8. Juli) die noch von der Regierung Brüning vorbereitete Einstellung aller Reparationsleistungen erreichen und mit diesem außenpolitischen Erfolg sowie einer saisonbedingten Milderung der Massenarbeitslosigkeit die Neuwahl bestehen zu können. Aber weder das durchaus beachtliche Konferenzergebnis (Zahlung einer Restschuld von 3 Milliarden Mark) noch die am 20. Juli 1932 mit Hilfe einer Notverordnung erfolgte Einsetzung des Reichskanzlers als Reichskommissar in Preußen erwiesen sich als hilfreich. Die vereinbarte Abschlußzahlung der Reparationen lieferte der Rechtsopposition neue Propaganda gegen das Kabinett. Der als Auflösung des Dualismus von Reich und Preußen interpretierte »Preußenschlag« wurde von der abgesetzten Regierung Braun und den demokratischen Parteien als »Staatsstreich« beim Staatsgerichtshof angefochten. Die Wahl vom 31. Juli 1932 fiel eindeutig gegen die Regierung, aber ebenso klar gegen die Weimarer Republik aus: Das weitere Anschwellen der NSDAP-Mandate im Reichstag (von 107 auf 230) und der weitere Anstieg der KPD-Abgeordneten (von 77 auf 89) zeigten, daß (eingerechnet die 37 Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei) insgesamt knapp 58 v. H. der deutschen Wähler für eine (unterschiedlich schattierte) Diktatur votiert hatten.

Wiederholte Versuche Papens, im Sinne von Schleichers »Zähmungskonzept« die NSDAP durch Einbeziehung in die Regierungsverantwortung zu »kanalisieren«, scheiterten. Die erste Abstimmung des neugewählten Reichstags am 12. September 1932 erwies, wie sehr die Regierung auf verlorenem Posten stand: Ein Mißtrauensantrag der KPD wurde mit 513:32 Stimmen angenommen. Dessen parlamentarische Behandlung hatte Papen vergeblich zu verhindern versucht. Die bei Hindenburg erreichte erneute Auflösung des Reichstags brachte die fünfte Wahl in diesem Jahre, am 6. November 1932, aber weder die vom Reichskanzler erhoffte Klärung der Fronten zu seinen Gunsten, noch eine andere regierungsfähige Mehrheit. Zwar schien durch den Rückgang der Stimmen für die NSDAP und der Mandate von 230 auf 196

der Höhepunkt der braunen Flut gebrochen zu sein, nicht jedoch das Ansteigen der roten, die davon profitierte.
Im Sommer und Herbst 1932 erwies sich, daß auch ein allmähliches Abflauen der weltweiten Wirtschaftskrise und Maßnahmen der Regierung Papen zur Arbeitsbeschaffung (verbunden mit einem Abbau sozialpolitischer Errungenschaften) nicht ausreichten, um die Anziehungskraft der radikalen Flügelparteien entscheidend abschwächen und die Massenarbeitslosigkeit wirkungsvoll vermindern zu können. Das gelang noch weniger durch die von Papen intendierte Verfassungs- und Reichsreform; sie sollte im Sinne eines ständestaatlich-autoritären »Neuen Staates« – mit der Schaffung einer Ersten Kammer, der Änderung des Wahlrechts und der Ausschaltung des Reichstags – die Grundlagen von Weimar ersetzen und eine Restauration der Monarchie vorbereiten. Die von einem seiner Kabinettsmitglieder registrierte »sprunghafte Impulsivität« Papens (L. Graf Schwerin v. Krosigk) trug nicht dazu bei, die Regierungsführung zu erleichtern. Hingegen kamen dem Kanzler Charme und Gewandtheit zugute, mit denen er vor allem im kleinen Kreise Eindruck zu erzielen vermochte. Auch gelang es ihm zur Überraschung politischer Beobachter, sich aus der Abhängigkeit von Schleicher zu lösen, der seinerseits nach dem Wahlausgang vom 6. November 1932 dieser Regierung keinen Ausweg aus der Staatskrise mehr zutraute und befürchtete, daß die Reichswehr einer gleichzeitigen Bedrohung durch nationalsozialistische und kommunistische Aufstände nicht gewachsen sein würde.
Angesichts dieser Furcht und der Aussichtslosigkeit, eine parlamentarische Mehrheitsbildung zu erreichen und angesichts der Tatsache, daß Hindenburg einen vom Reichskanzler erwogenen Verfassungsbruch durch Ausschaltung des Reichstags ablehnte, blieb Papen nur der Abschied. Er erfolgte am 17. November 1932, nachdem Schleicher die Stellung des Kanzlers, der die Regierungsgeschäfte noch bis zur Ernennung seines Nachfolgers am 3. Dezember führte, beim Reichspräsidenten unterminiert hatte. Er mußte dafür seinerseits dessen Nachfolge antreten, scheiterte aber in noch kürzerer Zeit an Hindenburg, nachdem Papen eine neue Regierungskombination präsentieren konnte. Mit der politischen und beamtenpolitischen Gleichschaltung Preußens waren die Sozialdemokratie wie das Zentrum im größten Land des Reiches ausmanövriert worden. Damit hatte Papen eine Einbruchstelle für antidemokratische und antirepublikanische Tendenzen geschaffen. Im Dezember 1932 erklärte der gescheiterte Reichskanzler, die Eingliederung der NSDAP in die »nationale Konzentration« sei das »vornehmste Ziel« seiner Regierung gewesen und werde das Ziel »jeder anderen Regierung« sein müssen.

IV

Um das Zustandekommen dieser »anderen Regierung« mühte sich Papen nach Kräften und mit Erfolg. Im Rückblick von 1934 urteilte er, daß die Bedeutung seiner Kanzlerschaft »in der Hauptsache in der Wegbereitung« für Hitler gelegen habe. Da Schleicher die NSDAP weder in die politische Verantwortung einzubeziehen noch zu spalten vermochte und der Reichspräsident nicht bereit war, ihm Vollmachten zu einer erneuten Auflösung des erst im November 1932 gewählten Reichstags oder zum Verfassungsbruch zu erteilen, hatte er seine Rolle ausgespielt. Damit sah Papen, der nach seinem Ausscheiden als Kanzler Vertrauensmann des Reichspräsidenten geblieben war, seine Stunde gekommen. Ende Januar konnte er Hindenburg die Bereitschaft Hitlers – mit dem sich Papen am 4. Januar 1933 im Hause des Kölner Bankiers Kurt Frhr. v. Schröder zu einem berühmt gewordenen Kontaktgespräch getroffen hatte – übermitteln, die Führung einer rechtsgerichteten Koalitionsregierung zu übernehmen. Darin sollte Papen als Vizekanzler die Rolle des Bremsers und »Aufpassers« zufallen, Alfred Hugenberg, dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, die des wirtschaftspolitischen Fachmanns.

Auch wenn den zunächst nur drei Nationalsozialisten im Kabinett (Hitler, Frick, Göring) acht deutschnationale Minister gegenüberstanden, so zeigte sich rasch, daß diese Mehrheit weder den Willen noch die Fähigkeit noch auch die Möglichkeit besaß, die konzentrische »Machtergreifung« der NSDAP und deren stufenweise erfolgende Machtbefestigung zu verhindern. Im Gegenteil: Ihr Exponent Papen als Vizekanzler ohne Ressort und – wie der Wahlausgang vom 5. März 1933 zeigte – durch die Niederlage des von ihm mitgetragenen »Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot« ohne Rückhalt in der Wählerschaft, wenn auch im Besitz eines Abgeordnetenmandats, wurde bereits im April als Reichskommissar in Preußen von Göring ausgebootet und von der Teilnahme an den Vorträgen des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten abgehängt. Damit war der erste Akt seiner Rolle als »Steigbügelhalter« der »nationalen Revolution« und als konservatives Aushängeschild beendet. Im zweiten Akt ging es dem nach säkularen Aufgaben suchenden Vizekanzler darum, den ihm verhaßten politischen Katholizismus in Gestalt der Zentrumspartei zu zerschlagen und (Hitler-) Staat und Kirche zu versöhnen. Dabei schwebte Papen vor, die nationalsozialistische Revolution in eine christlich-konservative Evolution überzuleiten. Diesem Ziel diente der von ihm angeregte Abschluß eines Reichskonkordats mit dem Vatikan, das von der Berliner Regierung seit 1920 vergeblich erstrebt worden und an dessen Abschluß die Kurie gleichermaßen inter-

essiert war. Die Konkordatsverhandlungen wurden seit dem April von Papen derart forciert und mit überraschend weitgehenden staatlichen Konzessionen verknüpft, daß der Vertrag bereits am 8. Juli 1933 paraphiert und am 20. Juli unterzeichnet werden konnte.
Dem gleichen Ziel diente ferner die Gründung des »Bundes Kreuz und Adler«, einer zahlenmäßig bedeutungslos gebliebenen und bereits im Oktober 1933 wieder aufgelösten Organisation katholischer Honoratioren. Ebenso einflußlos blieb die ebenfalls von Papen protegierte (und 1934 aufgelöste) »Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher«. Wie kein anderes Regierungsmitglied fungierte und funktionierte der Vizekanzler als national-konservatives Aushängeschild und Alibi-Figur für die Machthaber.

V

Hat Papen die Zielsetzungen Hitlers und die rasche Herausbildung der Diktatur, die sich wenig später zum totalitären Regime wandelte, nicht erkannt? Eine solche Annahme ist schwer glaubhaft, allerdings auch angesichts der unterentwickelten und zudem durch naiv-betriebsamen Ehrgeiz verkümmerten politischen Intelligenz des Vizekanzlers nicht gänzlich auszuschließen. Allen Unrechtsmaßnahmen und Verbrechen der Staats- und NSDAP-Führung zum Trotz blieb er »bis zum bitteren Ende« im Dienst des Diktators, wenn auch seit dem Sommer 1934 im »Außendienst«. Er ließ es zu, daß seine persönliche Integrität und seine Stellung ausgenutzt wurden. Noch am 2. November 1933 pries er sich öffentlich glücklich, daß es ihm vergönnt gewesen sei, Hitler und Hindenburg zusammenzubringen.
Bei aller berechtigten Kritik an diesem (schon für viele Zeitgenossen unverständlichen und skandalösen) Verhalten darf nicht übersehen werden, daß die Vizekanzlei bis hin zur ersten Mordwelle des Regimes im Zusammenhang des Röhm-»Putsches« Ende Juni 1934 als »Reichsbeschwerdestelle« diente. Sie bemühte sich in zahlreichen Einzelfällen zugunsten von Verfolgten und Bedrängten. Das allerdings war weniger ein Verdienst Papens als vielmehr seiner wenigen Mitarbeiter. Von ihnen ging auch die Initiative zu jener berühmt gewordenen, von Rechtsanwalt Edgar Jung entworfenen Marburger Rede Papens vom 17. Juni 1934 aus, die – wie stark auch immer von Rivalitätsgefühlen mitbedingt – durch ihre Ablehnung staatlicher Omnipotenz und Gewalt eine mutige Tat war, auch wenn sie ohne Echo und Wirkung blieb. Hingegen hatte sie zur Folge, daß sich vierzehn Tage später unter den Opfern der ersten Massenmorde nicht nur Edgar Jung befand, sondern auch Papens

Mitarbeiter Frhr. v. Bose. Der Vizekanzler selbst stand einige Tage lang unter Hausarrest; er mußte hinnehmen, daß seine Dienststelle durchsucht und seine Akten beschlagnahmt wurden.
Von seinem gegenüber Hitler mehrfach angedrohten Rücktritt ließ er sich wieder abbringen und war nach kurzem Zögern Ende Juli 1934 bereit, eine neue Aufgabe zu übernehmen und als »Gesandter in besonderer Mission« nach Wien zu gehen. Sein Auftrag bestand darin, die deutsch-österreichischen Beziehungen, die nach der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß durch NSDAP-Mitglieder auf einen Tiefpunkt gelangt waren, wieder zu »normalisieren« und den »Anschluß« vorzubereiten. Das gelang Papen durch eine Mischung von Drohung, Druck und Täuschung unter Verletzung der politischen Moral so zufriedenstellend, daß ihm Hitler zwei Jahre später den Rang eines Botschafters verlieh. Wiederum zwei Jahre darauf erlebte der überraschte Papen den gewaltsamen »Anschluß« Österreichs an das Reich in anderer als der ihm vorschwebenden Form. Aber das war und blieb seine eigentliche Rolle im »Dritten Reich«: jeweils das ihm vom Diktator in kalter Berechnung von Papens Möglichkeiten zugewiesene politische Terrain soweit vorzubereiten, daß es anschließend von den braunen Machthabern um so leichter okkupiert werden konnte.

VI

In Wien, wo sich Papen jahrelang wie in Feindesland fühlen mußte, was ihn keineswegs irritierte, wurde er Ende Februar 1938 unerwartet seines Postens enthoben. Dennoch gelang es ihm anschließend noch, die berühmt gewordene Zusammenkunft zwischen Hitler und dem österreichischen Bundeskanzler Kurt v. Schuschnigg auf dem Obersalzberg, wo Schuschnigg unter Druck gesetzt wurde, zu arrangieren. Unmittelbar darauf erlebte Papen im März den Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Dabei geschah es zum zweiten Male, daß einer seiner Mitarbeiter, Wilhelm Frhr. v. Ketteler, von der Gestapo ermordet wurde. Wiederum beließ es Papen bei internen Protesten. Er mußte eine Zeitlang damit rechnen, wegen der »Auslagerung« amtlicher Akten aus seiner Wiener Tätigkeit in die Schweiz – was der Gestapo bekanntgeworden war, woraufhin Papen die entsprechenden Unterlagen unmittelbar zur »Prüfung« an Hitler schickte – verhaftet zu werden.
Ein Jahr lang blieb der Exbotschafter »außer Dienst«, legte aber Wert darauf, den Kontakt zum Auswärtigen Amt nicht zu verlieren und in Berlin nicht vergessen zu werden. Bereits im April 1939 war er wieder zur Stelle. Er übernahm im Zeichen einer von ihm als unpersön-

lich verstandenen Staats- und Dienstideologie den Posten des deutschen Botschafters in der Türkei. In Ankara unterstützte er nach Ausbruch des Krieges zunächst mit Erfolg die türkische Neutralitätspolitik, bis er durch deren Preisgabe 1944 »arbeitslos« wurde. Seine Versuche, über diplomatische Kanäle Möglichkeiten einer Friedensvermittlung zu sondieren, blieben ohne Ergebnis. Damit begann Papens Ruhestand. Er erhielt künftig keine Gelegenheit mehr, seine »Pflicht für Deutschland« zu tun, wie er seine Tätigkeit im Dienst von Hitlers Politik später gewürdigt sehen wollte.

Papen nahm seinen Wohnsitz wieder in Wallerfangen. Dort wurde er im November 1944 durch die näherrückende Westfront zur Evakuierung gezwungen. Nach kurzem Aufenthalt im Hunsrück und anschließend in Westfalen erfolgte im April 1945 seine Verhaftung durch amerikanische Truppen. Nach seiner Inhaftierung in verschiedenen Gefangenenlagern mußte er sich vor dem Internationalen Nürnberger Militärtribunal als »Kriegsverbrecher« verantworten. Er wurde jedoch von der Anklage, an der Verschwörung zur Vorbereitung des Krieges beteiligt gewesen zu sein, freigesprochen.

Anschließend hat er über Jahre hin insgesamt sechs Entnazifizierungs- bzw. Revisionsverfahren durchgestanden, wobei das zunächst ausgesprochene Strafmaß zunehmend gemildert wurde. 1949 schließlich galt die gegen ihn verhängte Freiheitsstrafe durch die inzwischen erreichte fünfjährige Haftzeit als abgegolten, während andere Strafen fortdauerten: Verlust der bürgerlichen Rechte auf Lebenszeit, fünfjähriges Berufsverbot, Verluste aller Pensionsansprüche auch aus der früheren aktiven Militärdienstzeit.

Papen fühlte sich weder »belastet« noch auch moralisch mitverantwortlich für die Taten und Untaten des Hitler-Regimes. Ganz im Gegenteil ging er in der ihm eigenen forschen Art zur literarischen Entlastungsoffensive über. Sie begann mit der Publikation seiner Memoiren »Der Wahrheit eine Gasse«, die 1952 erschienen, zunächst in einer englischen Ausgabe. Dieses Buch, dessen Titel schon als provozierend empfunden wurde, löste langwierige Diskussionen aus. Das hinderte Papen jedoch nicht, sich seitdem häufiger, vor allem durch Leserbriefe in überregionalen Zeitungen, mit seiner Version zur Beurteilung der Vergangenheit zu Wort zu melden.

Von seinem neuen Wohnsitz (1953) im badischen Obersasbach aus tat er alles, um nur nicht in Vergessenheit zu geraten. Er erschien bei Pferderennen wie auf Katholikentagen und genoß sichtlich die ihm zuteil werdende Publizität. 1959 erreichte er, offensichtlich auf sein Drängen hin, von Papst Johannes XXIII. die Erneuerung der Würde eines Päpstlichen Kammerherrn, die ihm Pius XI. 1923 verliehen, aber

Pius XII. nicht bestätigt hatte. Diese moralische Aufwertung löste ungewöhnlich heftigen Widerspruch im deutschen Katholizismus aus und führte zu einem Vertrauensschwund gegenüber der vatikanischen Deutschlandpolitik. Damals erst wurde bekannt, daß der Papst aus seiner Tätigkeit als Delegat während der Kriegszeit in Ankara Papen gut gekannt und wegen seines Einsatzes zugunsten kirchlicher Belange geschätzt hat. Aus diesem Grunde hatte er als Nuntius 1946 Papen für dessen Nürnberger Prozeßverfahren ein günstiges Zeugnis ausgestellt. In immer neuen Anläufen suchte der Exbotschafter seine Pensionsansprüche aus seiner Tätigkeit im auswärtigen Dienst oder zumindest als aktiver Offizier bis 1919 einzuklagen: ohne Erfolg. Er veröffentlichte noch ein zweites, streckenweise seine Memoiren wiederholendes Buch »Vom Scheitern einer Demokratie 1930-1933« (1968), das unbeachtet blieb. Er starb am 2. Mai 1969 in Obersasbach und ist auf dem Friedhof in Wallerfangen begraben.

VII

Die eingangs erwähnte überraschende Einmütigkeit in der Ablehnung von Persönlichkeit wie Politik Papens gibt zu denken, darf aber nicht dazu führen, einfach das Klischee vom »Herrenreiter« und »Steigbügelhalter« zu konservieren. Papen glaubte, mit seinen politischen Zielsetzungen und Aktivitäten von 1932, mit seinem Anteil am Zustandekommen und an der Fundierung der Hitler-Regierung wie mit seinem Verbleiben im »Staatsdienst« nach 1934 seinem Vaterland ebenso wie – durch Abschluß des Reichskonkordats – der katholischen Kirche zu dienen. Darin wird seine ungewöhnlich begrenzte politische Einsichts- und Urteilsfähigkeit sichtbar. Papen verkörperte den Typ einer Gesellschaftsschicht, die den Verlust ihres Einflusses und ihrer Stellung »bei Hofe« – verstanden als »Dienst an Deutschland« – nicht wahrhaben wollte und glaubte, Hitler »zähmen«, aber gleichwohl seine Zugkraft und Brutalität für die gemeinsame »nationale Sache« nutzen zu können. Papen hat es niemals gestört und wahrscheinlich hat er es gar nicht einmal als Mangel empfunden, daß er mit seinen Vorstellungen einer Verbindung von Kreuz, Preußentum und deutschem Nationalismus nur eine unbelehrbare, vornehmlich adlig-agrarisch geprägte Minderheit im deutschen Katholizismus repräsentierte. Was ihm an Kenntnissen, politischem Gewicht und moralischer Ernsthaftigkeit fehlte, suchte er durch draufgängerischen Schneid, liebenswürdiges Auftreten und blumige Reden zu ersetzen. Trotz überbetonter Weltläufigkeit blieb sein geistiger Habitus eng militärisch bestimmt. Andererseits handelte er jedoch nie »vorbedacht böswillig« (F. G. v. Tschirschky).

Zu seinen hervorstechendsten Eigenschaften gehörte ein übersteigertes Geltungsbedürfnis, das ihn dazu trieb, immer und überall dabei zu sein. Nach 1945 nahm er für sich in Anspruch, mit diesem Verhalten ein »anderes Deutschland« gegenüber dem Nationalsozialismus repräsentiert und damit »Schlimmeres« verhütet zu haben. Dieser – subjektiv zweifellos ehrlichen – Ansicht ist das Argument des amerikanischen Anklägers im Nürnberger Prozeß entgegenzuhalten – das durch Papens Memoiren vielfach bestätigt wird –, wonach es weder dem Vizekanzler noch dem Gesandten und Botschafter gelungen ist, irgendetwas zu »verhindern«. Im Gegenteil: In Berlin wie in Wien hat Papen den Zielsetzungen Hitlers ebenso willig wie erfolgreich vorgearbeitet. Nach 1945 blieb das Fehlen jeglichen Schuldbewußtseins für ihn kennzeichnend. Gewiß war Papen trotz des ihm verliehenen Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP und des Ritterkreuzes des Kriegsverdienstkreuzes kein Nationalsozialist, sondern ein eher politisch beschränkter als blinder Nationalist. Sein Auftreten vor wie nach 1933 und nach 1945 ist von vielen Zeitgenossen als peinlich empfunden worden; ein »Hauch von Karikatur« lag über der ganzen Erscheinung (J. C. Fest). Sein Name bleibt mit der Errichtung des Hitler-Regimes verknüpft, als abschreckendes Beispiel für die verhängnisvollen Auswirkungen politischer Fehlentscheidungen.

Ludwig Volk SJ

Konrad Kardinal von Preysing (1880–1950)

Als am Weihnachtstag 1945 mit der Ankündigung eines Kardinalsschubs auch die Namen dreier deutscher Purpurträger veröffentlicht wurden, da erklärte die Wahl des Erzbischofs Frings von Köln festes Herkommen, diejenige Graf Galens, des »Löwen von Münster«, sein Auftreten gegen Hitlers Gewaltherrschaft. Allein die Ernennung des Berliner Bischofs Graf Preysing weckte verwundertes Fragen. Daß interne, ja persönliche Momente bei dieser nicht unmittelbar verständlichen Auszeichnung mitgesprochen hatten, konnte ahnen, wer sich der besonderen Bindungen erinnerte, die der zeitweilige Gleichlauf der Lebensbahnen zwischen dem Pacelli-Papst und Konrad von Preysing gestiftet hatte. Dennoch fehlte nicht das sachliche Fundament.

I

Auf dem Stammsitz der Preysing, dem zwischen Landshut und Moosburg gelegenen Schloß Kronwinkl, wurde Konrad von Preysing-Lichtenegg-Moos am 30. August 1880 geboren. Er war das vierte in einer Schar von elf Kindern, die der Ehe des Grafen Kaspar von Preysing (1844-1897) und seiner Gattin Hedwig, einer geborenen Gräfin von Walterskirchen (1849-1938), entstammten. Alteingesessener Adel hatte das Geschlecht der Preysing in der Geschichte Bayerns im Dienst für Krone und Kirche eine ehrenvolle Rolle gespielt. Als Zentrumsabgeordneter im Reichstag (1882-1890) hatte Konrads Vater die Linie öffentlich-politischen Wirkens weitergeführt, bevor er, erst 53jährig, starb. In die Verbindung mit dem bayerischen Grafen hatte die in Preßburg geborene Mutter neben ungarischem Temperament und österreichischem Charme, den genuinen Zugaben der Doppelmonarchie, eine reiche kulturelle Mitgift eingebracht. In einer unerschütterlichen Religiosität ruhend, war sie zielstrebig bemüht, ihren Kindern die Weite des eigenen Interessenhorizonts zu erschließen und ihnen den Zugang zu Literatur, Kunst und fremden Sprachen zu öffnen. Ungleich mehr als vom Gymnasium in Landshut, das ihm wegen seines religiösen Forma-

lismus in unguter Erinnerung blieb, wurde Konrad durch die souveräne Geistigkeit seiner Mutter geprägt. Bei aller Aufgeschlossenheit galten als oberste Erziehungsmaximen Konsequenz und Ordnung, wodurch das Familienleben auf Kronwinkl in eine Atmosphäre des Lebensernstes getaucht war.

Mit dem Abiturzeugnis in der Tasche begann Graf Konrad 1898 in München das Jurastudium, nachdem er sich, in der Berufswahl noch unschlüssig, mit Mutter und Onkel beraten hatte. Zwei Jahre später siedelte er nach Würzburg über, kehrte aber 1902 nach dem Referendarexamen zur praktischen Ausbildung wieder nach München zurück, wo er 1905 den Staatskonkurs »mit Auszeichnung« bestand. Im Umgang mit Recht und Gesetz wurde der Preysing eigene Blick für das Wesentliche noch entwickelt und methodisch geschärft. Seine ersten juristischen Sporen verdiente er in einem Anwaltsbüro, wechselte aber 1906 in das Bayerische Staatsministerium des Äußern über, wo er als Ministerialpraktikant mit dem Geschäftsgang einer Regierungsbehörde vertraut wurde. Schon ein Jahr später fand er im Außendienst Verwendung, und zwar als Attaché an der bayerischen Gesandtschaft am Quirinal in Rom. Auf dem geschichtsdurchtränkten Boden der Ewigen Stadt konnte Preysing sich ganz der Leidenschaft hingeben, den Spuren der Vergangenheit nachzugehen. Hatte er es schon an der Familientafel in Kronwinkl im Gebrauch des Französischen und unter Anleitung der Mutter auch des Englischen zu beachtlicher Fertigkeit gebracht, so eignete er sich am Tiber auch die Grundzüge des Italienischen an. Noch nicht ein Jahr auf dem römischen Posten, bat er, »zur Überzeugung gekommen, daß mich meine Bestimmung dem geistlichen Beruf zuführt, mit Bedauern« um den Abschied »aus einer mir liebgewordenen Carrière«, an die er die Erinnerung »an eine schöne, an interessanten Momenten reiche Zeit« mitnahm (Entwurf des Entlassungsgesuchs, April 1908).

Zu seinem Zweitstudium ging er nach Innsbruck, dessen theologische Fakultät zu den angesehensten Bildungsstätten außerhalb Roms zählte. Im Theologenkonvikt Canisianum mit seiner international gemischten Studentenschaft traf er in Rektor Michael Hofmann SJ nicht nur einen Priesterbildner von Rang, sondern jene Erzieherpersönlichkeit, die ihn nach der Mutter am nachhaltigsten geformt hat. Im Canisianum bewegte sich Konrad von Preysing auf den Spuren seiner jüngeren Brüder Albert (1883-1946) und Joseph (1884-1961), die ebenfalls in Innsbruck ihre theologische Ausbildung erhalten hatten und bereits in der Erzdiözese München-Freising tätig waren, Albert in späteren Jahrzehnten als Stadtpfarrer von St. Martin in Landshut, Joseph als Stadtpfarrer von St. Vinzenz in München.

II

Bei der Priesterweihe am 26. Juli 1912 war der Spätberufene mit fast 32 Lebensjahren dem Kaplansalter bereits entwachsen. Nach dem Abschied von Innsbruck wurde Preysing ein Jahr später mit der Ernennung zum Sekretär des Erzbischofs Franz von Bettinger sogleich ein Posten übertragen, der eine besondere Qualifikation erforderte. Der Auftakt war ein Omen. Denn Preysings weiterer Werdegang verlief einigermaßen am Rande der ordentlichen Seelsorge, und eine Pfarrstelle hatte er eigentlich niemals hauptverantwortlich zu versehen, wenn man von dem kurzen Zwischenspiel als Militärgeistlicher bei internierten deutschen Austauschgefangenen in der Schweiz im Herbst 1918 absieht. Die Wahl des Münchener Oberhirten war mit Vorbedacht auf den im Berufsleben bereits bewährten jungen Adeligen mit dem klangvollen Namen gefallen. Mit behördlicher Verwaltungsarbeit vertraut, sprachenkundig und gesellschaftlich gewandt, sollte Konrad von Preysing einige der Eigenschaften ersetzen helfen, die der Erzbischof für ein Wirken in der Residenzstadt München persönlich nicht mitbrachte. Daß der Vollblutpraktiker Bettinger das Labyrinth höfischer Etikettenvorschriften ebensowenig schätzte wie akademisches Parlieren, war ein offenes Geheimnis. Insofern ergänzten sich der Erzbischof und sein Sekretär ganz ausgezeichnet.

Von Preysing allerdings forderte das Zusammenspiel ein gehöriges Maß an Entsagung. Da er sich völlig in Bettingers Arbeitsrhythmus einzufügen hatte, erfreute sich der erzbischöfliche Sekretär oftmals einer geringeren Freiheit als mancher Kaplan. Nach dem plötzlichen Tod des Erzbischofs im April 1917 strebte darum Preysing noch während der Sedisvakanz auf einen selbständigen Posten. Einen ihm gemäßeren Rahmen hoffte er im Amt des Stadtpfarrpredigers bei St. Paul in München zu finden, nicht zuletzt, um dort stärker als bisher seinen wissenschaftlich-literarischen Neigungen nachgehen zu können.

Noch immer war ja nicht schlüssig entschieden, ob er nicht doch dem Rat seiner Innsbrucker Lehrer folgen und einen Lehrstuhl etwa in Kirchengeschichte anstreben sollte. Nach der Dissertation (1913) über ein Thema aus der Patristik (»Der Leserkreis der Philosophoumena Hippolyts«) hatten kleinere Zeitschriftenaufsätze ein anhaltendes fachtheologisches Interesse erkennen lassen, doch trug schließlich die mehr literarische Neigung den Sieg davon, was in einer Reihe sprachlich durchgefeilter Übersetzungen von aszetischen Essays des englischen Oratorianers F. W. Faber sichtbaren Ausdruck fand. Nachdem es Preysing verstanden hatte, um die Kanzel in St. Paul einen festen Hörerkreis zu sammeln, wurde er Anfang 1921 von Erzbischof Michael v. Faulhaber zum Prediger am

Liebfrauendom, der Münchener Kathedralkirche, bestellt. Im Unterschied zu der weitausladenden Architektonik Faulhaberscher Predigten pflegte Preysing einen Verkündigungsstil, der unter Verzicht auf rhetorische Mittel klar, nüchtern und bündig sein wollte, wie es dem Wesen des Predigers entsprach.

Mit dem Eintritt ins Domkapitel und in die Diözesanverwaltung, wo ihm die noch junge Sparte für Presse, Film und Rundfunk übertragen war, endete im Mai 1928 in Preysings Priesterlaufbahn ein Wirkensabschnitt mit ausgeprägt kontemplativem Akzent. Doch ebenso wie zuvor Kardinal Bettinger hatte der seit 1917 in der bayerischen Metropole amtierende Nuntius Eugenio Pacelli Preysings hohe Befähigung für das Diplomatenhandwerk erkannt, so wenig dieser selbst ins Rampenlicht drängte. Pacelli hatte sich in den zwanziger Jahren wiederholt der diskreten Assistenz des Grafen bei offiziellen Besuchen in der Reichshauptstadt versichert. Auch im Münchener Domkapitel verschaffte sich der Neuling durch seinen kritischen Selbstand unversehens Respekt. War es bis dahin Verhaltensnorm für Ordinariatssitzungen mit dem Kardinal, daß die Domherren »still wie die Hühner auf ihren Stangen« saßen (Preysing), um vor Faulhabers hoheitsvoller Kälte zu erstarren, so bedeutete es eine Sensation, als Preysing dem Kardinal einmal zu widersprechen wagte. So ungewöhnlich war der Mut zu einer Gegenmeinung, daß Preysing nach der Sitzung von allen Seiten beglückwünscht wurde.

Als Nuntius Pacelli 1930 zum Kardinalstaatssekretär aufrückte, konnte er nach zwölfjähriger Wirksamkeit in Deutschland detaillierte Personalkenntnisse mit nach Rom nehmen. Sie sprachen im Vatikan zweifellos entscheidend mit, als im Sommer 1932 der Münchener Domkapitular von Preysing zum neuen Bischof von Eichstätt ernannt wurde. »In verbo tuo« wollte der Berufene den Hirtenstab des hl. Willibald ergreifen. Aus dem Wappenspruch klang der Gehorsam gegenüber dem Auftrag, das Bangen vor der Verantwortung und das Vertrauen auf den Beistand von oben.

III

Bischofsweihe und Inthronisation am 28. September 1932 in Eichstätt fielen in die Agonie des Staates von Weimar. Die ersten Bischofskonferenzen, an denen Preysing im April 1933 in Regensburg und Ende Mai in Fulda teilzunehmen hatte, waren Sondertagungen und galten vorab den durch Hitlers Machtergreifung aufgeworfenen Problemen. Zu einem Zeitpunkt, wo die Urteile über die NS-Bewegung noch

durcheinanderwogten, bewahrte der Bischof von Eichstätt nicht nur kühlen Kopf, sondern wies bereits hellsichtig auf die Bedrohung hin, die der Kirche und ihren Gläubigen aus Hitlers Alleinherrschaft erwachsen werde. Ohne sich von der Beschwichtigungsformel der »Übergangsschwierigkeiten« beeindrucken zu lassen und in der Gewißheit des unvermeidbaren Konflikts, plädierte er auf der Vollversammlung des deutschen Episkopats in Fulda für eine eindeutige Abgrenzung gegenüber den ideologischen Grundlagen des Revolutionsregimes.
Von solcher Skepsis konnte ihn auch der Abschluß des Reichskonkordats (20. Juli 1933) nicht befreien. Inmitten einer Welle von Gewalttätigkeiten gegen den »politischen Katholizismus« in Bayern legte er dem Kardinalstaatssekretär die Frage vor, »ob bei dem tatsächlichen Mangel einer jeden Rechtsgrundlage« ein Konkordat überhaupt möglich sei. Während andere Oberhirten dem Totalitätsanspruch des NS-Staats mit Kompromissen zu begegnen suchten, hielt Preysing eben das für verhängnisvoll und predigte statt dessen sein »Principiis obsta!«
Damit erwies sich die Haltung des Bischofs der kleinen Diözese Eichstätt schon in den turbulenten Sommermonaten des Revolutionsjahres 1933 als geradliniger, grundsatzfester und weitblickender als die anderer Mitglieder des deutschen Episkopats. Mißtrauisch gegen leichtgläubigen Optimismus in den eigenen Reihen, hörte Preysing nicht auf, warnend über den Tag hinauszuweisen. Kriterium für den Verständigungswillen der Gegenseite war für ihn deren Bereitschaft zu einem Waffenstillstand. Solange dafür auch bescheidenste Anzeichen fehlten, leitete ihn das Gebot äußerster Distanz zum nationalsozialistischen Einparteienstaat. Als vor der Saarabstimmung im Januar 1935 kein anderer als der sonst so standfeste Bischof von Münster zu diesem nationalen Ereignis eine Episkopatsäußerung anregte, widersprach Preysing mit dem Bedenken: »Können die Ordinarien, solange ihr Hirtenbrief verboten ist, staatsgefällige Kundgebungen erlassen?« Der gleiche Differenzpunkt stand nach Hitlers Einrücken in das entmilitarisierte Rheinland im März 1936 wieder zur Debatte. Ohne sich durch Opportunitätserwägungen vom Kern der Sache ablenken zu lassen, fragte Preysing aus dem Wesen des Hirtenamtes heraus: »Haben wir Auftrag und Sendung, als Bischöfe autoritativ zu einer außenpolitischen Entwicklung Stellung zu nehmen?«
Mit 210000 Katholiken das kleinste deutsche Bistum, hielt sich die Diözese Eichstätt nicht nur von ihrem Umfang her in überschaubaren Dimensionen. Dank ihrer soziologisch und konfessionell homogenen Zusammensetzung, ohne das Einsprengsel einer Großstadt, abseits der Verwaltungszentren und darum frei von Gauleitern und Staatsministern, erfreute sich Preysings Sprengel einer relativ windgeschützen

Lage, was nicht hieß, daß er die Verschärfung des Kirchenkampfes nicht zu spüren bekommen hätte.
Da drang Mitte 1935 in die Idylle von Eichstätt das Gerücht, Konrad von Preysing sei zum neuen Bischof von Berlin ausersehen. Darüber war niemand mehr bestürzt als der in seinem Bistum eben heimisch gewordene Oberhirte. Dem Kardinalstaatssekretär bekannte er nicht bloß, daß er seine Diözese »nur mit tiefstem Kummer« verlassen würde, sondern auch die Befürchtung, »nicht der Mann mit den eisernen Nerven« zu sein, »der in dieser Stunde diesen Posten gut ausfüllen könnte«. Ebenso eröffnete er Nuntius Cesare Orsenigo die Sorge, »es möchte eine unglückselige Wahl für Berlin getroffen werden«. Dabei mußte Preysing nicht nur an seinen Hang zu Reflexion und Analyse denken, um vor der Bischofsverantwortung »an dem exponiertesten Punkt in Deutschland« zurückzuschrecken. Durch den Wahlentscheid des Berliner Domkapitels waren aber inzwischen die Würfel zugunsten seiner Berufung in die Reichshauptstadt bereits gefallen.

IV

Daß ihm dort von Regierungsseite ein frostiger Wind entgegenschlagen würde, wurde schon deutlich, als sämtliche geladene Reichsbehörden der kirchlichen Inthronisationsfeier am 31. August 1935 fernblieben, wobei Kirchenminister Kerrl und Erziehungsminister Rust die Teilnahme unter ausdrücklichem Hinweis auf die Publizierung des letzten Fuldaer Hirtenbriefs abgelehnt hatten. Den Antrittsbesuch des Berliner Oberhirten in der Reichskanzlei am 23. Oktober 1935 bestritt Hitler in der von ihm bevorzugten Monologform, die den Gesprächspartner gar nicht erst zu Wort kommen ließ. Dieser wiederum verschloß sich mit Erfolg Hitlers legendärer Suggestionskraft, eine Abwehrhaltung, die dem Diktator nicht entging, die er nicht verzieh und den Besucher entgelten ließ, indem er Preysing in den Tischreden des Führerhauptquartiers als »absolutes Rabenaas« titulierte.
Der Kurie hatte sich Konrad von Preysing für Berlin nicht zuletzt wegen seiner Erfahrungen im diplomatischen Dienst als Unterhändler empfohlen. Welche Funktion ihm der Vatikan in dieser Phase der Nachkonkordatsentwicklung zugedacht hatte, war der Weisung des Kardinalstaatssekretärs zu entnehmen, der Episkopat »möge alles daransetzen, um in der Öffentlichkeit den Anschein passiven Zuwartens zu vermeiden und die Regierung zu zwingen, die Verhandlungen entweder zu beginnen oder in unmißverständlicher Weise abzulehnen« (27. November 1935). Wenige Monate vor Preysings Amtsantritt hatte sich der neuer-

nannte Kirchenminister Kerrl im Berliner Regierungsviertel niedergelassen und in naiver Überschätzung des ihm überlassenen Einflußbereichs Initiativen entfaltet, die auch in kirchlichen Kreisen vorsichtige Hoffnungen weckten. Nur allzu schnell sollte sich jedoch die Zurückhaltung des Berliner Bischofs als berechtigt erweisen. Was die Vorbesprechungen über die Respektierung des Existenzrechts der katholischen Vereine,wie es das Konkordat garantierte, an den Tag brachten, war die unverminderte Entschlossenheit des Regimes, die kirchlichen Organisationen auszulöschen.

Unabhängig von den Scheinverhandlungen des Kirchenministers sah sich Preysing vom ersten Tag an als Nachfolger von Bischof Nikolaus Bares, der in der Fuldaer Konferenz das Pressereferat verwaltet hatte, in einen Brennpunkt der Auseinandersetzung mit dem NS-Staat gestellt. Die Kirche publizistisch mundtot zu machen und ihre Organe in Akklamationsinstrumente umzufunktionieren, war eines der Hauptziele von Goebbels' Medienpolitik, dem er sich durch abgestufte Knebelungsmaßnahmen in Etappen näherte. Nachdem solchen schlecht getarnten Unterdrückungspraktiken im Frühjahr 1935 die letzten katholischen Tageszeitungen erlegen waren, kam Preysing gerade recht, um in die Auseinandersetzung um das Überleben der kirchlichen Zeitschriften eingreifen zu können. In Domkapitular Heinrich Heufers und Domvikar Walter Adolph standen ihm zwei Sachbearbeiter zur Seite, die nicht nur mit den Machenschaften einer totalitären Presselenkung von Anfang an vertraut, sondern auch in der Abwehrstrategie mit ihrem Bischof einig waren.

Kaum war Preysing nach Berlin übersiedelt, als auch schon die ersten Schläge fielen. Im Oktober 1935 wurde Bischof Petrus Legge von Meißen unter der Anklage von Devisenvergehen verhaftet, die Administration seiner Diözese dem Nachbarbischof Preysing übertragen. Ende November nahm die Gestapo einen seiner Mitarbeiter, den Leiter der bischöflichen Informationsstelle, Domkapitular Georg Banasch, in »Schutzhaft«. Der vatikanischen Direktive gehorchend, auf die Beendigung des undurchsichtigen und für das Kirchenvolk demoralisierenden Schwebezustands hinzuarbeiten, wollte Preysing nicht der Notwendigkeit ausweichen, aus dem Leerlauf der bis 1937 geübten Eingabenpolitik, die in Adolf Kardinal Bertram einen ebenso kundigen wie starrsinnigen Verfechter besaß, praktische Folgerungen zu ziehen. Die Ineffizienz interner bischöflicher Vorstellungen, mochten sie sachlich, juristisch und psychologisch noch so fundiert sein, konnte er an dem vergeblichen Dauerprotest gegen die Abwürgung der kirchlichen Zeitschriften ausgiebig beobachten.

Als einer der Oberhirten mit den wenigsten Dienstjahren verfügte Prey-

sing jedoch nicht über eine aussichtsreiche Position, den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen. Daß schließlich kein geringerer als der Papst mit der überholten konventionellen Verteidigungstaktik brach, indem er in der Enzyklika »Mit brennender Sorge« vor der Weltöffentlichkeit mit der nationalsozialistischen Religionspolitik abrechnete, befreite den Berliner Bischof von dem Verdacht einer Außenseiterstellung und ermutigte ihn, die Linie des öffentlichen Protests weiterzuverfolgen. Während der Konzipierungsphase der Enzyklika gehörte er im Januar 1937 selbst zu den fünf deutschen Oberhirten, die Pius XI. an sein Krankenbett gerufen hatte, um sich aus erster Hand über den Ernst der kirchenpolitischen Situation im NS-Staat zu informieren. Die Auswahl der Berichterstatter war aufschlußreich. Daß der Papst neben den drei aus Ranggründen zu berufenden Kardinälen mit Preysing und Galen die Befürworter einer überlegten Vorwärtsverteidigung hören wollte, sprach für sich selbst. Aus der klaren Option Pius' XI. Konsequenzen zu ziehen, das Erscheinen des Weltrundschreibens als eine Zäsur und den Übergang zu einer neuen Abwehrphase zu deuten, war Kardinal Bertram dennoch nicht bereit. Das wurde Preysing spätestens auf der Fuldaer Plenarkonferenz im August 1937 bewußt, als der Vorsitzende durch Ausweichmanöver alle Bemühungen um einen gemeinsamen Hirtenbrief im Sinne der Enzyklika vereitelte. Von da ab begann der Gegensatz zwischen Berlin und Breslau schärfere Umrisse anzunehmen.

Ende Oktober 1937 zog sich Preysing von weiteren Verhandlungen in Schulangelegenheiten mit der Begründung zurück, daß er es für verhängnisvoll halte, »Friedensverhandlungen zu führen, wenn kein Waffenstillstand vom Gegner gewährt wird«. Zugleich erläuterte er dem Breslauer Kardinal in einem von Walter Adolph ausgearbeiteten Memorandum die Notwendigkeit einer Gegenwehr, die den Gegebenheiten und der Mentalität des SS-Staates Rechnung trage. Dazu forderte er den Verzicht auf Scheinverhandlungen, die nichts einbrächten und dem Ansehen des Episkopats nur schadeten, Abkehr von jeder Als-ob-Politik, um statt dessen die flagranten Konkordatsverletzungen und die dafür Verantwortlichen beim Namen zu nennen. Denn Öffentlichkeit und Reaktionen der Massen seien die einzigen Faktoren, durch die das Regime zu beeindrucken sei, und nur mit bewiesener Macht könne gegenüber diesem Gegner etwas erreicht werden. Wie vorauszusehen, stießen die Berliner Anregungen in Breslau auf entschiedene Ablehnung.

Mit der Verwirklichung des Vorschlags, kirchenfeindliche Aktionen nicht noch durch diskretes Schweigen verdecken zu helfen, sondern ihnen im Kirchenvolk die gebührende Publizität zu verschaffen, ging

Preysing im eigenen Diözesanbereich voran. Wie andere Oberhirten, ließ er im Herbst 1938 die gewaltsame Vertreibung des Rottenburger Bischofs Joannes Baptista Sproll aus seinem Bistum von der Kanzel verkünden. Einen Monat später unterrichtete er seinen Klerus über die Ausschreitungen gegen Theodor Kardinal Innitzer und über die eigene Solidaritätsbekundung gegenüber dem Wiener Erzbischof.

V

Um das Übergewicht des Breslauer Einflusses auszugleichen und den Gesamtepiskopat an der Gestaltung des kirchenpolitischen Kurses stärker zu beteiligen, regte Preysing den fallweisen Zusammentritt eines engeren Konferenzausschusses an. Das hätte nicht nur die in Krisensituationen immer wieder geforderte schnelle Beschlußfassung ermöglicht, sondern auch den zwischen den alljährlichen Plenarkonferenzen praktisch uneingeschränkten Ermessensspielraum des Konferenzvorsitzenden institutionell begrenzt. Von Bertram scheinbar gefördert, verlief jedoch der Antrag zur Schaffung eines beweglicheren Entschließungsorgans im Sande.
In eben dieser bis dahin vernachlässigten Frage, wie weit der Vorsitzende der Bischofskonferenz die Zustimmung der Mitglieder zu gemeinsamen Schritten stillschweigend präsumieren dürfe, trieb der Gegensatz zwischen Berlin und Breslau schließlich zum Konflikt. Anlaß war der Text einer Glückwunschadresse, die Bertram im April 1940 im Namen der deutschen Bischöfe, aber ohne vorherige Autorisierung, zu Hitlers Geburtstag abgesandt hatte. Über einzelne Formulierungen, zu denen sich der Kardinal verstanden hatte, war Preysing so bestürzt, daß er ernstlich erwog, aus der Fuldaer Bischofsgemeinschaft auszuscheiden. Wenn er höheren Rücksichten zuliebe schließlich nur das Pressereferat an den Vorsitzenden zurückgab, so war auch das eine unübersehbare Distanzierung. Selbst der sonst weithin mit Breslau konform gehende Osnabrükker Bischof Wilhelm Berning meinte, mit seinem Alleingang habe der Kardinal dem Episkopat alle Waffen aus der Hand geschlagen. Mochten so manche Oberhirten Preysings Schlußfolgerung teilen, mit dem Gratulationsschreiben an Hitler sei Bertram als Konferenzvorsitzender unmöglich geworden, so behielten nach einer dramatischen Szene auf der Plenartagung im August 1940 pragmatische Überlegungen doch die Oberhand. Dennoch war der Riß im Episkopat jetzt Tatsache und Preysing als Widerpart des Konferenzvorsitzenden für die Versammelten erkennbar hervorgetreten. Um ihn herum gruppierten sich fortan diejenigen Oberhirten, die eine energischere Abwehrhaltung befürwor-

teten. Solange jedoch Bertram die Zügel in der Hand hielt, und er tat dies, auch wenn er ab 1942 krankheitshalber der Jahrestagung fernbleiben mußte, dauerte die Führungskrise im Episkopat an.
In den Prüfungen, welche die Radikalisierung von Hitlers Herrschaft nach Kriegsausbruch und die Auseinandersetzungen um ein wirksameres Verteidigungskonzept mit sich brachten, fand Preysing einen Rückhalt in dem Briefwechsel, der sich nach Pacellis Thronbesteigung im März 1939 zwischen dem Papst und dem Bischof von Berlin entwickelte. Aus der Veröffentlichung des auf den Papst entfallenden Teils der Korrespondenz Pius' XII. mit Mitgliedern des deutschen Episkopats wird nicht nur klar, daß Preysing mit achtzehn Antwortschreiben der mit Abstand bevorzugte Briefpartner des Papstes gewesen ist, sondern darüber hinaus, daß er seinerseits zwischen April 1939 und Juni 1944 über 80 Briefe an Pius' XII. gerichtet hat. Daß dieser einzigartige Briefwechsel nicht rein amtlich motiviert war, vielmehr auf einem sehr persönlichen zwischenmenschlichen Vertrauenverhältnis beruhte, liegt auf der Hand.
Zwar kann die Dichte dieses Informationsstroms nicht an der regelmäßigen Berichterstattung der Berliner Nuntiatur gemessen werden, da deren Umfang noch nicht überschaubar ist, doch wogen im Urteil des Papstes die Mitteilungen Preysings zweifellos schwerer als die Rapporte Orsenigos, zumal sich dieser den ungewöhnlichen Anforderungen seines Amtes immer weniger gewachsen zeigte. Das wurde nach dem Ende der Tyrannis offenkundig. Denn mit dem Kardinalspurpur wurde der Bischof von Berlin ausgezeichnet und nicht der ob seiner Übergehung tiefunglückliche Nuntius. Aus der Sicht Pius' XII. war es Preysing, der die Bewährung in Hitlers Reichshauptstadt bestanden hatte, und nicht Cesare Orsenigo.
Für den Austausch von Freundlichkeiten war der Zeithintergrund zu beklemmend. Inmitten der Judendeportationen drang 1943 aus einem Brief des Berliner Bischofs »die letzte Hoffnung so vieler und die innige Bitte aller Gutdenkenden« an das Ohr des Papstes, noch einmal zu versuchen, »für die vielen Unglücklich-Unschuldigen einzutreten«. In Berlin selbst hatte Preysing zur Betreuung der Verfolgten und Geächteten das »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat« ins Leben gerufen. Dessen erster Leiter, Dompropst Bernhard Lichtenberg, mußte sein Eintreten für die Juden mit Gefängnishaft und Tod büßen. Um nicht neuerdings einen seiner Domherren zu gefährden, stellte sich der Bischof selbst an die Spitze der argwöhnisch überwachten Hilfseinrichtung. Enge Kontakte unterhielt die Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises zum Bischof von Berlin. Von Herbst 1941 an empfing Preysing Graf Helmuth von Moltke, den Initiator und führenden Kopf dieser für

die Nach-Hitler-Ära planenden Regimegegner, wiederholt zu ausgedehntem Meinungsaustausch. Auch Claus von Stauffenberg war einmal sein Gesprächspartner. Von dem Attentat am 20. Juli 1944 wurde Preysing jedoch überrascht und war bei der ersten Nachricht nicht frei von Zweifeln, ob der Versuch einer gewaltsamen Beseitigung des Diktators moraltheologisch hinreichend gerechtfertigt sei.

VI

Hier regte sich dann ein Problembewußtsein, dem Urteil und Entschluß nicht leicht fielen. Von der Wirklichkeit oftmals verblüffend bestätigt, erwies sich ein Einfühlungsvermögen von hoher Sensibilität ebensosehr als Hilfe wie als Last. So schärfte es zwar Preysings Blick für die Vielschichtigkeit eines Sachverhalts, ließ ihn aber anderseits auch die Risiken eines zu fassenden Entschlusses in aller Schwere empfinden. Da war sein Vetter, der Bischof von Münster, eine weit weniger komplizierte Natur. Wo Graf Galen einem unwiderstehlichen katholischen Impuls gehorchte, da plagten den Analytiker Preysing tausend bedenkenswerte Gesichtspunkte. Die Gespaltenheit des Intellektuellen war ihm nicht fremd und machte ihm die Entschlußbildung oft zur Qual. Es lag an dem Vorherrschen der Verstandeskräfte, wenn der Wille das von der Einsicht Gebotene bisweilen nicht einzuholen vermochte.
Da konnte es dann wie im März 1942 geschehen, daß der Berliner Bischof aus einer gemeinsamen Hirtenbriefaktion plötzlich ausscherte und zur Enttäuschung der Gesinnungsfreunde inner- und außerhalb des Episkopats einen Sonderweg einschlug. Wenn er Galen einmal anvertraute, im Grund »die Natur einer Rehgeiß« zu haben, dann war das nicht nur ein Bescheidenheitsgestus, sondern ehrliche Selbsterkenntnis. Solcher Anwandlungen Herr zu werden, verlangte nicht weniger Charakterstärke, als sie der Bischof von Münster an den Tag legte. So direkt und unverblümt wie dieser etwa den Massenmord an den Geisteskranken beim Namen zu nennen, war Preysing nicht gegeben. Aber auch wo seine Verurteilung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen auf dem Boden des Grundsätzlichen verblieb, erforderte das in einem vom Meinungsterror beherrschten System ungewöhnlichen Mut. Das begriffen die Hörer von Preysings unpathetischen Bekenntnissen für Menschenwürde und Rechtsgleichheit mit ihren geschärften Sinnen ebenso gut wie Propagandaminister Goebbels, der sich den Bischof von Berlin für den Tag der Endabrechnung als »Hetzer gegen die deutsche Kriegsführung« vormerkte.
Von Brandbomben getroffen, wurde die Hedwigskathedrale, »das

älteste Denkmal des wiedererwachten katholischen Lebens in Berlin« (Preysing), am 1. März 1943 ein Raub der Flammen. Im Bombenhagel einer Novembernacht des gleichen Jahres sanken das Ordinariatsgebäude und die Bischofswohnung in Trümmer. Preysing selbst verlor alle Habe und suchte Zuflucht im benachbarten Keller von Rosenbergs Ostministerium. Als die Eroberer von Berlin 1945 wie eine Geißel über die Zivilbevölkerung herfielen, war auch der Bischof am Ende seiner Kraft. Fast apathisch versank er in eine tiefe Niedergeschlagenheit. Angesichts der Kriegsverwüstungen und der Aufspaltung des Diözesanterritoriums in eine Viersektorenstadt mit sowjetisch besetztem Umland bezweifelte er, als er eine erste Bilanz zog, die Lebensfähigkeit seines Bistums.

Die Nöte der Menschen, für die er bestellt war, riefen ihn wieder in Gegenwart und Wirklichkeit zurück. Doch in der sowjetischen Besatzungszone wurde das Aufatmen über das Aufhören der Feindseligkeiten und den Zusammenbruch des NS-Regimes nicht nur überschattet von der Sorge um das Lebensnotwendige. Ebenso illusionslos wie im »Dritten Reich« stellte sich Preysing der Erkenntnis, daß die militärische Besetzung trotz aller Härten nicht wie im Westen Deutschlands am Ende doch Befreiung bedeutete, sondern nur zu einer Zwangsherrschaft unter anderem Vorzeichen überleitete. »Zwischen Roter Armee und Sozialistischer Einheitspartei« (W. Adolph) hatte der Bischof von Berlin gegen die gleichen Bedrängnisse anzukämpfen wie im NS-Staat. Ebenso entschieden wie unter Hitler erhob er seine Stimme gegen Unfreiheit und Rechtswillkür. Am 21. Dezember 1950, wenige Wochen nach der Verwandlung der russisch besetzten Zone in ein Staatsgebilde unter sowjetischem Patronat, starb der erste Kardinal von Berlin.

VII

Vom Erstaunen, das Preysings Berufung ins Kardinalskollegium Ende 1945 allenthalben hervorrief, zu der Vermutung, daß sie als Äußerung einer sehr persönlichen Wertschätzung des Papstes zu verstehen sei, war nur ein Schritt. Worauf die Hochachtung Pius' XII. gründete, blieb jedoch weiter im Dunkeln, und erst die Publikation seiner Briefe an den deutschen Episkopat hat das sachliche Fundament freigelegt. Erst auf dem Hintergrund des Briefwechsels zwischen dem Pacelli-Papst und dem Bischof von Berlin wurde offenbar, wem die Auszeichnung mit der Kardinalswürde letztlich gegolten hat: dem nüchternen Analytiker, dem unaufdringlichen Mentor, dem standhaften Vorposten im Machtzentrum des braunen Totalitarismus.

Auf den Spuren Pius' XII. wurde Konrad von Preysing von einer aktenkundigen Nachwelt inzwischen manch später Lorbeer auf das Grab gelegt, wie wenn an seinem Andenken eine Unterschätzung wiedergutzumachen wäre. Und in der Tat ist er unter den Deutschen der Hitlerzeit eine höchst seltene, im Kreis des Episkopats gar eine einmalige Erscheinung. Von keinem »Anschluß« oder Blitzkrieg geblendet, von keinem Blick ins Führerauge aus der Balance gebracht, durch keine Loyalitätsskrupel verwirrt, hat er wie ganz wenige seiner Landsleute dem Nationalsozialismus von Anbeginn hinter das Visier geschaut und sich in seiner radikalen Ablehnung durch nichts und niemand beirren lassen. Die Geradlinigkeit seines Urteils ist ebenso bewunderungswürdig wie die Unbestechlichkeit seiner Gesinnung. Nicht weniger glänzt er durch andere Gaben, die ihn für eine Führerrolle im Kirchenkampf zu prädestinieren schienen: illusionslose Wirklichkeitsbetrachtung, ausgreifendes, konstruktives Planen, instinktsicheres Einfühlen in Wesen und Ziele des Gegners, phantasievolles Erfassen begrenzter Abwehrmöglichkeiten; mit einem Wort ein geborener Stratege, ein Moltke geradezu inmitten kriegsunkundiger Oberhirten, aber dennoch kein Feldherr und zudem wie Moltke ein großer Schweiger.

Der Nimbus des einen Gerechten, in dessen Nein sich nie ein halbes Ja mischte, darf nicht unvergessen machen, was auch die Fairneß gegenüber Preysings Mitwelt gebietet, daß nämlich seine Größe erst aus den Akten aufersteht. Das deutet darauf hin, daß seine historische Wirksamkeit durchaus begrenzt und damit vergleichbar ist. Als Gegenpol zu Bertrams Überbedenklichkeit und Hinnahmebereitschaft, als geistiger Mittelpunkt der gegen den Kurs des Zuwartens Aufbegehrenden gebührt ihm innerhalb des deutschen Episkopats der Hitlerzeit ein eigentümlicher und hervorragender Platz. Daß es nicht der erste sein kann, verlangt die Gerechtigkeit, die über den Denker den Täter stellt, und die darum Konrad von Preysing nicht neben, sondern hinter seinen Vetter und Kampfgefährten rückt, den Bischof Clemens August von Galen in Münster.

Ludwig Volk SJ

Michael Kardinal von Faulhaber (1869–1952)

Hätte man in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen aufs Geratewohl nach dem Namen eines Kardinals gefragt, dann wäre zweifellos derjenige Michael von Faulhabers mit Abstand am häufigsten genannt worden. Denn weder der Breslauer Kardinal Adolf Bertram, obwohl Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, noch der Kölner Erzbischof Joseph Schulte konnten es außerhalb ihres Jurisdiktionsbereichs oder gar der Landesgrenzen an Bekanntheit mit dem Münchener Erzbischof aufnehmen, und der Breslauer Kardinal, öffentlichen Auftritten ohnehin abgeneigt, hätte das auch gar nicht gewollt. Faulhaber dagegen, in seinem Bischofswirken dem Wahlspruch »Vox temporis – vox Dei« verpflichtet, erhob regelmäßig und unbeirrbar seine Stimme, wo er sich durch »Zeitfragen und Zeitaufgaben« beim Wort genommen sah. Dazu trat der Einklang von Rang und Persönlichkeit. Denn selten einmal ist ein Purpurträger mit der Kardinalswürde so wesenseins geworden wie dieser königlich bayerische Erzbischof von München und Freising.

I

Michael Faulhabers Wiege stand in Klosterheidenfeld, einem unterfränkischen Pfarrdorf, drei Gehstunden südlich von Schweinfurt, wo er als drittes von sieben Kindern am 5. März 1869 das Licht der Welt erblickte. Die Ironie des Schicksals fügte es, daß der Name des berühmtesten Täuflings von Klosterheidenfeld erst mit zehnjähriger Verspätung in der Taufmatrikel aufgezeichnet wurde, weil der Pfarrer den Eintrag am Tauftag vergessen hatte. Dem Vater (1831-1900), der ebenfalls den Vornamen Michael trug und ganz in dem Doppelberuf des Bäckers und Landwirts aufging, ließ die Sorge für das Lebensnotwendige wenig Zeit für Kinder und Familie. Um so mehr war die Mutter Margarete, geb. Schmitt (1839-1911), auf die Pflege häuslicher Geborgenheit bedacht. Daß der zehnjährige Michael von der Schmalspur der Dorfschule auf die breitere Bahn höherer Bildung überwechseln konnte, verdankte

er dem Eigensinn des Dorfkaplans. Als dieser sich weigerte, einem Kandidaten für das Gymnasium aus dem Nachbarort Vorbereitungsunterricht zu erteilen, wenn nicht ein zweiter dazuträte, wurde Michael Faulhaber rekrutiert, um das geforderte Minimum zu erreichen. Nach der Aufnahme in die »Königliche Studienanstalt Schweinfurt« durchlief er von 1879 bis 1883 die ersten vier Klassen und war während dieser Jahre in einem Privatquartier untergebracht. Sodann siedelte er ins Bischöfliche Knabenseminar Kilianeum in Würzburg über, um nach weiteren fünf Gymnasialjahren 1888 mit dem Abitur abzuschließen.
Der Wehrdienst, den er als »Einjähriger« in der Würzburger Mainkaserne ableistete, prägte Faulhaber nicht nur fürs Leben, sondern hätte seiner Zukunft beinahe eine andere Richtung gegeben. Für die Gebote militärischer Zucht und Ordnung aufgeschlossen und die eigene Führungskraft gewahrend, rang er eine Zeitlang ernstlich mit dem Dilemma: Priester oder Offizier? Aber noch vor dem Eintritt ins Priesterseminar der Bischofsstadt im Herbst 1889 waren diese Schwankungen überwunden und der Blick wieder auf das ursprüngliche Berufsziel gerichtet. Am 1. August 1892 empfing Michael Faulhaber durch den Würzburger Bischof Franz Joseph von Stein, den späteren Metropoliten von München und Freising, die Priesterweihe. Als Kaplan des Mainstädtchens Kitzingen hatte er während des folgenden Jahres Sommer wie Winter vor allem zwei außerhalb liegende Filialorte zu betreuen.
Schon im Herbst 1893 versetzte ihn Bischof Stein als Präfekten ans Kilianeum, wo Faulhaber selbst einen Großteil der Gymnasialzeit verbracht hatte. Die freien Vormittage wurden zur Vorbereitung der mündlichen Promotion genutzt. Ein Stipendium der Fakultät ebnete dem jungen Doktor der Theologie Anfang 1896 den Wege in die Ewige Stadt und in die Vatikanischen Archive, wo er sich, einer Anregung des Kirchenhistorikers Albert Ehrhard folgend, in die Katenen-Forschung vertiefte. Frucht der römischen Studien war die 1899 brillant abgeschlossene Habilitation. Im Spannungsfeld professoraler Rivalitäten plagte den angehenden Privatdozenten die Sorge, beruflich in eine Sackgasse zu geraten.
Erst die Berufung an die neugeschaffene Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Straßburg verscheuchte im Frühjahr 1903 diese Befürchtung. Als Ordinarius für alttestamentliche Exegese und biblische Theologie erstmals ganz auf eigenen Füßen stehend, fand Faulhaber in den Straßburger Jahren voll zu sich selbst. Er war nicht nur als akademischer Lehrer binnen kurzem geschätzt und bewundert, entfaltete nebenher nicht nur eine rege seelsorgerliche Aktivität in der Marianischen Kongregation, dem Katholischen Frauenbund und dem Lehrerinnenverein, sondern gewann überregionales Ansehen als wortgewandter

und kenntnisreicher Referent, der bald auch in die Garde der Katholikentagsredner einrückte.
Schon auf den Archivreisen, die den Privatdozenten nach Spanien (1900), England und Frankreich (1902) geführt hatten, war Faulhaber nie so einseitig Wissenschaftler gewesen, daß ihn nicht das Lokalkolorit der vorüberziehenden Landschaften und Städte, vor allem aber Einheit und Vielfalt des jeweiligen Erscheinungsbilds der Weltkirche gefesselt hätten. Von der Fakultät zu internationalen Kongressen entsandt, erhielt er von neuem Gelegenheit, sich in anderen Ländern umzusehen.

II

Aus dem geordneten Professorendasein riß den Straßburger Alttestamentler Ende 1910 die Ernennung zum Bischof von Speyer. Mit dem Wappenspruch, in der Stimme der Zeit die Stimme Gottes vernehmbar zu machen, bekannte er sich zum Vorrang des Verkündigungsauftrags. Das Bistum Speyer, konfessionell stark durchmischt und mit einer evangelischen Bevölkerungsmehrheit, besaß gegenüber anderen Sprengeln den Vorzug der Überschaubarkeit. In der Einschätzung von Faulhabers geistigem Rang hatte sich die Bayerische Staatsregierung, auf deren Vorschlag hin der König sein im Konkordat verankertes Nominationsrecht ausübte, nicht getäuscht. Wäre Ministerpräsident Hertling aller Rangrücksichten ledig gewesen, hätte schon 1914 sein Kandidat für den Bayern gewährten Kardinalshut nicht Franz von Bettinger, sondern Faulhaber geheißen. Zu dem ebenfalls aus der Pfalz stammenden Münchener Kardinalerzbischof trat der Bischof von Speyer nach Kriegsbeginn in ein enges Kooperationsverhältnis, als er zu Bettingers Entlastung mit dem Titel eines stellvertretenden Feldpropstes einen Großteil der mit der bayerischen Militärseelsorge verbundenen Pflichten übernahm.
Von den historischen Dimensionen des Einschnitts, den der Kriegsausbruch für die gegeneinander marschierenden europäischen Nationen markierte, wurde der Bischof des Pfälzer Grenzlands in den spannungsgeladenen Stunden zwischen Frieden und Krieg tief berührt. Zwar schlug seine überzeugt nationale Haltung nie in Chauvinismus um, doch verriet er in der vorschnellen Bereitschaft, die vom Reich verfochtene Sache als »das Schulbeispiel eines gerechten Krieges« zu deklarieren, einen erstaunlichen Mangel an Distanz zur »gottgesetzten Obrigkeit« und der Vertretbarkeit ihrer politischen Entschlüsse. Indessen hob sich Faulhabers Patriotismus als geradezu maßvoll von einer Geisteshaltung ab, wie sie sich 1915 etwa in einer auch von Bischöfen geförderten Schmähschrift französischer Katholiken gegen ihre deutschen Glau-

bensgenossen niederschlug. Innerhalb des deutschen Episkopats war es dann vor allem der Bischof von Speyer, der gegen ein schweigendes Hinnehmen der französischen Angriffe plädierte und zu der daraufhin entstehenden Gegenschrift einen der in Ton und Inhalt überzeugendsten Beiträge lieferte.

Wo den Fronttruppen das Äußerste abverlangt wurde, wollte sich der bayerische Feldpropst mit dem unabdingbar Notwendigen nicht zufriedengeben. Von Speyer aus führten ihn Besuche in die Lazarette und Schützengräben der Westfront, von München aus dann nach Polen, den Balkan und zu den Internierten in die Schweiz. Auch wenn er den Feldgeistlichen in regelmäßig erscheinenden Predigtvorlagen »homiletische Munition« reichen wollte, mußten die Militärpfarrer nach Faulhabers Verständnis doch Kirchenglocke bleiben, durften sie nicht Kanone werden. In der Praxis allerdings stießen Hilfsersuchen der Staatsautorität nicht so bald an eine kritische Grenze. Dem zeitgenössischen Loyalitätsbegriff verpflichtet, fanden es weder Faulhaber noch seine Mitarbeiter problematisch, auf ministeriellen Wunsch hin 1917 eine Anzahl Feldgeistliche für Propagandavorträge zur Stärkung des Durchhaltewillens in der Heimat freizustellen.

III

Nach Kardinal Bettingers plötzlichem Tod im April 1917 ließ die Bayerische Staatsregierung den Bischof von Speyer sogleich wissen, wen König Ludwig III. zum Nachfolger ausersehen habe. Fast gleichzeitig mit der Nachricht von Faulhabers Übersiedlung nach München wurde Ende Mai die Ankunft des neuen Nuntius Eugenio Pacelli in der Landeshauptstadt bekanntgegeben. Den Übergang von einem der kleinsten zu einem der größten deutschen Bistümer empfand der neue Erzbischof wie »das Umsteigen von einem Auswandererschiff zu einem modernen Riesendampfer«. Mit 1,1 Millionen übertraf die Zahl der Katholiken in der Erzdiözese München diejenige Speyers um mehr als das Doppelte. Über der Inthronisation im Liebfrauendom Anfang September 1917 lagen die Schatten des vierten Kriegsjahres. Obwohl sich die Katastrophensignale bis zum November 1918 zunehmend verdichteten, traf den Erzbischof von München, mehr noch als die militärische Niederlage, die kampflose Kapitulation der Monarchie in Bayern wie ein Schock. Von dieser Erschütterung seines politischen Weltbilds hat sich Michael Faulhaber nie mehr vollständig erholt, auch wenn nach der ersten Betäubung bald wieder der aktive Einsatz für das Fortbestehen einer öffentlichen Ordnung vorherrschte. Über den Widerwillen von einer angemaß-

ten »Volksherrschaft« durch ungerufene Machthaber stellte der Erzbischof die Pflicht, die Landbevölkerung zur Lebensmittelversorgung der vom Hunger bedrohten Großstadt München aufzurufen. Unmißverständlich bezeichnete er freilich den eigenen Standort, wenn er in der Silvesterpredigt 1918 die neu etablierte Herrschaft eine »Regierung von Jehovas Zorn« nannte. Die Radikalisierung der Revolutionsbewegung nach der Ermordung Eisners brachte dem Erzbischof im Frühjahr 1919 eine endlose Kette von Aufregungen und Gefahren.

Noch bevor die Bayerische Volkspartei stärkeren und schließlich den maßgeblichen Einfluß auf die Gestaltung der Landespolitik gewann, hatte Ministerpräsident Johannes Hoffmann (SPD) dem Vatikan die Bereitschaft zu einer vertraglichen Neuregelung des Staat-Kirche-Verhältnisses in Bayern zu erkennen gegeben. Da der konkordatsrechtlich ungewöhnlich versierte Nuntius Pacelli die Verhandlungsmaterie bis ins Detail beherrschte, fiel dem Münchener Erzbischof nur eine Nebenrolle zu. Über den Beratungen des Vertragstextes, deren uferlose Ausdehnung er den katholischen Politikern zum Vorwurf machte, drohte Faulhaber wiederholt die Geduld zu verlieren. Ihm mißlich erscheinende Beigaben zu dem Vertragswerk hinderten ihn schließlich, dem am 29. März 1924 unterzeichneten und für die Kirche keineswegs unvorteilhaften Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und dem Freistaat Bayern voll gerecht zu werden.

Angesichts einer kirchenpolitisch unveränderten Interessenlage griffen die republikanischen Nachfolger des letzten Kabinetts in der Monarchie nach den Revolutionsunruhen den Wunsch wieder auf, für Bettingers Nachfolger auf dem Münchener Erzbischofsstuhl die Kardinalswürde zu erwirken. Als Faulhaber am 7. März 1921 mit dem Purpur bekleidet wurde, erschien dieser Vorgang nicht wenigen seiner bayerischen Landsleute wie die Besiegelung der Synthese von Priester und König, die der Münchener Erzbischof, in Gestalt und Gehabe ein wahrer Kirchenfürst, auf einzigartige und bezwingende Weise verkörperte. Durch »das selbstbewußte, sichere und dabei doch bescheidene Auftreten« hatte sich schon der Bischof von Speyer bei seinem ersten ad-limina-Besuch in den Augen des bayerischen Vatikangesandten Ansehen verschafft, weil er sich damit »wohltuend von dem viel zu schüchternen und ängstlichen Benehmen seiner bayerischen Amtsbrüder« abgehoben habe. In dem Vakuum staatlicher Selbstdarstellung aber, das die Monarchie hinterlassen hatte und die Republik nicht auszufüllen vermochte, wirkte die Faulhaber zuteil gewordene Auszeichnung weit über den kirchlichen Raum hinaus. Sie berührte die über die Revolution hinaus Königstreuen, die im monarchisch gesinnten Erzbischof den Platzhalter der Wittelsbacher erblickten, ebenso wie die auf Stabilität Bedachten, die, vom demo-

kratischen Wechselspiel der Regierenden verwirrt, an der über dem Tagesgeschehen stehenden Kardinalsgestalt einen festen Halt suchten.

IV

Den Groll über die revolutionäre Umgestaltung der Staatsordnung nach dem militärischen Zusammenbruch hielt der Münchener Erzbischof lange Jahre in seinem Innern verschlossen. Seinen Vorbehalten gegen das Zustandekommen des Staates von Weimar unzweideutig Ausdruck zu verleihen, schien ihm der 1922 in der bayerischen Hauptstadt zusammentretende Katholikentag der rechte Ort und Augenblick. Mit einem Bannspruch gegen die Novemberrevolution nicht zufrieden, traf Faulhaber in seiner Absage nicht nur die daraus hervorgegangene Staatsordnung, sondern auch jene Katholiken, die den von einer freigewählten Nationalversammlung legitimierten Staat als zu bejahende Realität betrachteten. Darüber kam es mit dem Präsidenten der Tagung, dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, zu einer öffentlichen Kontroverse. Gegen die verfassungspolitischen Wertungen des Kardinals, die innerhalb Bayerns eine ansehnliche Gefolgschaft hatten, setzte er die Feststellung, daß hinter ihnen »die Gesamtheit der deutschen Katholiken nicht steht«.

Es wäre jedoch falsch, Faulhabers Distanz zu Weimar allein aus den Traumata eines unbekehrbaren Royalisten abzuleiten. Was ihn an der Nachkriegsentwicklung beunruhigte, hatte durchaus realpolitisches Gewicht. Denn für den höchsten kirchlichen Würdenträger in Bayern hieß Republik zuvörderst nicht Demokratie, sondern Zentralismus. Der Republik stand er reserviert, dem Zentralismus feindlich gegenüber. Mit einer zu 70 Prozent katholischen Bevölkerung lagen im Freistaat die Kräfteverhältnisse konfessionsstatistisch genau umgekehrt wie im Gesamtreich.

Infolgedessen konnte das ehemalige Königreich nach einer inzwischen verblaßten Kategorie immer noch als »katholisches Kernland« gelten. Nachdem aber die Reichsverfassung von 1919 Bayerns staatspolitisches Profil radikal beschnitten hatte, war Faulhaber gewarnt und um so fester entschlossen, zumindest auf kulturpolitischem Gebiet alle gleichmacherischen Tendenzen zurückzuweisen, die der brauchtumsgeprägten Sonderart und kirchenorganisatorischen Eigenständigkeit des bayerischen Katholizismus Eintrag tun konnten. Nur auf diesem Hintergrund wird die Allergie verständlich, mit der er auf Initiativen von Regierungsinstanzen in der Reichshauptstadt zeitweilig zu reagieren pflegte. Berlin, das war für den Münchener Kardinal der Inbegriff für

rot, protestantisch und sozialistisch, mit einem Wort der Friedhof von Bayern.

Wegen der Offenheit, gegebenenfalls auch mit Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung zu teilen, war darum auch das Zentrum nicht das, was Faulhaber sich unter einer katholischen Partei vorstellte. Wenn sich in den zwanziger Jahren führende Zentrumspolitiker bei Papstaudienzen für das Bestehen einer Großen Koalition in Preußen gleichsam zu rechtfertigen hatten, war der Münchener Kardinal an solchem Mißtrauen nicht unschuldig. Hätten jedoch die beargwöhnten Parteiführer sich tatsächlich zu eigen gemacht, was Faulhaber »katholische Grundsatztreue« nannte, so wären sie geradewegs ins Abseits politischer Einflußlosigkeit marschiert. Seinen mangelnden Sinn für das parlamentarisch-politisch Machbare enthüllen darum wenige Äußerungen so schlagend wie die Prognose, das Zentrum werde »erst dann Großes wirken, wenn es wieder Amboß wird und nicht mit den alten Feinden der Kirche einen gemeinsamen Block bildet«.

Mit größerem Geschick und Erfolg operierte Faulhaber als Vorsitzender der Freisinger Bischofskonferenz, eine Funktion, die mit dem Metropolitenstuhl der Landeshauptstadt fest verbunden war. Taktisches Können bewies er, als er der Idee eines bayerischen Dachverbandes der Diözesanpriestervereine zum Durchbruch verhalf. Seinen souverän-vornehmen Führungsstil zu akzeptieren, fiel den Mitbischöfen um so leichter, als sich der Münchener Erzbischof gerade in den Revolutionswirren als energischer und umsichtiger Steuermann bewährt hatte. So gelöst sich der Kardinal im Kreise Gleichgestellter geben konnte, so sehr bevorzugte er anderseits auf mittlerer Ebene die Attitüde hoheitsvoller Kälte. Freilich war Einhelligkeit der Auffassungen in dem achtköpfigen Freisinger Gremium leichter herzustellen als in der doppelt so starken Fuldaer Konferenz. Sowohl im Norden wie im Süden fühlte man schon während des Ersten Weltkriegs die Notwendigkeit eines engeren Zusammengehens, doch wog für einige der bayerischen Oberhirten die landsmannschaftliche Homogenität der Freisinger Bischofsversammlung so schwer, daß sie vor dem Schritt über die episkopale Mainlinie zurückscheuten. Faulhaber war klug genug, dem Rechnung zu tragen und einen Zusammenschluß in Etappen zu fördern. So nahmen auf eine Anregung aus Fulda hin von 1920 ab die Vorsitzenden der beiden Gremien jeweils als Beobachter an den Tagungen der Nachbarkonferenz teil, bis dann die Wucht der gemeinsamen Bedrohung durch den NS-Staat die Fusion von 1933 ab unausweichlich machte.

Erst mit der Ratifizierung des Bayerischen Konkordats im Januar 1925 lösten sich bei Faulhaber die Skepsis und Unruhe, die ihn durch wechselvolle fünf Verhandlungsjahre in Atem gehalten hatten. Mit dem Kir-

chenvertrag, mit der nach Pacellis Weggang nach Berlin neuerdings besetzten Münchener Nuntiatur und nicht zuletzt mit der von Faulhaber glanzvoll dargestellten Kardinalswürde waren drei Stützpunkte gegeben, auf denen ein eigenständiges bayerisches Kirchenbewußtsein auch in dem gewandelten Rahmen republikanisch-unitarischer Staatlichkeit zu überdauern versprach.

So dezidiert Faulhaber Daseinsrecht und Erscheinungsbild eines spezifisch bayerischen Katholizismus gegen Nivellierungstendenzen in Schutz nahm, so unbeschwert ließ er als Verkünder der christlichen Botschaft alles Regionale oder gar Provinzielle hinter sich. Auf das universal Katholische gerichtet und dieses für die jeweilige Gegenwart auslegend, wollte er, wenn er das Wort ergriff, nur eine Stimme im Chor der Weltkirche sein. Wie kein anderer deutscher Bischof durchbrach er von der Kanzel seiner Kathedralkirche oder St. Michaels herab jede diözesane Enge, weckte er mit seinen großen thematischen Predigten zum Papstsonntag, zu Allerheiligen und Silvester ein Echo, das nicht nur den deutschen Sprachraum erfüllte, sondern bis in die Vereinigten Staaten drang.

Als Stellungnahmen eines Kirchenmannes von Rang wurden die Münchener Kardinalspredigten während der zwanziger und dreißiger Jahre zu beachteten publizistischen Ereignissen, wie ihr Nachdruck in Blättern des In- und Auslandes, vom »Osservatore Romano« bis zur »Schöneren Zukunft«, immer wieder bekräftigte. Das Ziel der Allgemeinverständlichkeit nicht aus dem Auge lassend, pflegte Faulhaber doch eine Sprache von unverwechselbarem Eigenwuchs. Einen Kenner gemahnte sie an Keilschrift: »sinnfällig, bildhaft, präzis« (G. Moenius). An den Beherrscher des gesprochenen Worts, nicht so sehr an den Kardinal, wandte sich der Gesamtepiskopat, wenn er Faulhaber wiederholt für die Abfassung von Denkschriften zum gemeinsamen Sprecher wählte.

V

In dem Maße, wie sich das Staatswesen von Weimar innerlich festigte, war auch der Münchener Erzbischof zu einer sachlicheren Bilanz und schließlich zu positiver Bejahung bereit. In den Radikalismen von links und rechts sah er zerstörerische Kräfte am Werk. Als die Hitlerbewegung, mit der er schon 1923 zusammengestoßen war, die Wählermassen zu faszinieren begann, hat er 1930 den Nationalsozialismus sogleich als eine Häresie abgelehnt, die »mit der christlichen Weltanschauung nicht in Einklang zu bringen« ist. Aus der klaren Absage wurde für ihn in dem Augenblick ein Dilemma, wo den in die Reichskanzlei berufe-

nen Führer der NSDAP die Aura der »gottgesetzten Obrigkeit« umgab. Die legalistische Fassade, hinter der Hitler 1933 zielbewußt bis zur Alleinherrschaft durchstieß, trübte anfänglich auch Faulhabers Blick für die verhängnisvollen Konsequenzen dieses Regierungswechsels. In Bayern offenbarte die nationalsozialistische »Machtergreifung« unter der Regie von Himmler und Heydrich schroffer und früher als im übrigen Deutschland ihren antikirchlichen Grundzug. Auf überlieferte Rechtsvorstellungen bauend, glaubte daher der Kardinal im Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 die Gewähr für ein befriedetes Nebeneinander von Staat und Kirche erblicken zu dürfen. Doch schon im November widersprach er in einer Wahlkundgebung des bayerischen Episkopats der Auffassung, als »ob wir alle jene Vorkommnisse und Verordnungen der letzten Monate gutheißen, die uns mit Kummer und Sorge erfüllen«. Wenig später weckte Faulhaber mit seinen Adventspredigten über die Lebenswerte des Alten Testaments eine unerhörte Resonanz. Sein Eintreten für die von der NS-Propaganda geschmähten »Judenbücher« war nicht nur eine Wendung gegen Pauschalverdammungen und antisemitische Hetze, sondern ein lauter Protest gegen Meinungsdiktatur und Entmündigung.

Der Einspruch gegen ein zentrales Dogma der NS-Ideologie blieb ein Fanal, auch wenn den Adventsprediger in der Folgezeit Gegenreaktionen zu Differenzierungen bewogen, die Abstrichen gleichkamen. Zu solcherlei Entspannungsgesten neigte Faulhaber immer dann, wenn ihn die Befürchtung trieb, auf die Rolle des absoluten Regimegegners festgelegt und damit als Verhandlungspartner ein für allemal diskreditiert zu werden. Solange es noch einigermaßen aussichtsvoll erschien, durch Eingaben bei Hitler auf eine Revision der antichristlichen Religionspolitik des Regimes hinzuwirken, fiel es wiederholt dem Münchener Kardinal zu, an den Verantwortungssinn des NS-Kanzlers zu appellieren. So bildet vor allem die aus seiner Feder stammende Denkschrift des deutschen Episkopats vom August 1935 einen Markstein in der Geschichte des Kirchenkampfes.

Als Hitler sich schließlich am 4. November 1936 zu einer Aussprache über die Staat-Kirche-Beziehungen stellte, nahm Faulhaber zwar bei der Darlegung seiner Beschwerden über Gestapo und Kirchenminister kein Blatt vor den Mund, ließ sich aber anderseits von seinem Gegenüber, der die Pose des gottesfürchtigen Staatsmannes aufsetzte, dem von der »Vorsehung« eine historische Mission aufgetragen wär, doch mehr beeindrucken, als dem Zweck des Besuchs zuträglich war.

Für den Verlauf des Weltanschauungskampfes blieb das einmalige Gipfeltreffen auf dem Obersalzberg Episode. Nichts konnte das unwiderleglicher demonstrieren als der Entschluß Pius' XI., mit der Vorbereitung

der Enzyklika »Mit brennender Sorge« eine klare Abgrenzung herbeizuführen. Kardinal Faulhaber gehörte nicht nur zu der fünfköpfigen bischöflichen Konsultationsgruppe, die der Papst im Januar 1937 um sein Krankenbett versammelte; es fiel ihm auch die Aufgabe zu, einen ersten Entwurf des Weltrundschreibens vom 14. März 1937 zu formulieren.

Auf die öffentliche Abrechnung des Vatikans mit der Mißachtung des Konkordats und christentumsfeindlichen Agitation des NS-Staates antwortete dieser mit verschärften Kampfmaßnahmen. Für München exemplarisch wurde der Fall des wegen »Kanzelmißbrauchs« angeklagten Männerseelsorgers Rupert Mayer SJ. Obwohl der Kardinal in flammender Rede unter Aufbietung seiner Bischofsautorität für die Respektierung der konkordatsrechtlich verbürgten Verkündigungsfreiheit eintrat, konnte er den Verhafteten nicht vor der Verurteilung retten.

Die Erkenntnis einer systematischen Einschnürung des kirchlichen Lebens war durch keine nationale Hochstimmung auszulöschen und machte Faulhaber immun gegen die »Anschluß«-Euphorie, der im März 1938 vor allem Kardinal Innitzer zeitweilig erlegen ist. Die Anregung, es den österreichischen Bischöfen mit einer Vertrauenskundgebung für den Schöpfer »Großdeutschlands« nachzutun, veranlaßte Faulhaber zu dem Kommentar: »In den Flitterwochen geben sich die Neuvermählten schöne Worte voll Lob und Anerkennung, während nach einer fünfjährigen Ehe mehr Aussetzungen gemacht und Tatsachen angeführt werden können.«

Während des Judenpogroms im November 1938 richtete der Münchener Gauleiter und Innenminister Wagner seine Kampfansage »gegen das Weltjudentum und seine schwarzen und roten Bundesgenossen«. Wer damit wesentlich gemeint war, erfuhr der Kardinal, als sich spätabends die Zerstörungswut einer organisierten Demonstration in einem Steinbombardement auf den Bischofshof entlud, dem fast alle Fensterscheiben der Straßenfront zum Opfer fielen. Trotz oder gerade wegen solcher Gewaltausbrüche an der Basis wollte Faulhaber nicht von dem Mißverständnis lassen, am Nationalsozialismus zwischen einem ungezügelten Fußvolk und einem davon divergierenden höchsten Führerwillen zu unterscheiden.

So konnte auch der Absturz des NS-Regimes in die Gewaltverbrechen der Kriegsjahre den Kardinal nicht zu der Einsicht bekehren, daß nicht eigenmächtige, aber nichtsdestoweniger potente Gefolgsleute, sondern der Führer und Reichskanzler persönlich für die im deutschen Namen verübten Schreckenstaten verantwortlich zu machen sei. An der Erkenntnis von Hitlers Rolle und Wesen hinderte ihn einmal die Erinnerung an das staatsmännische Flair, das der Gastgeber vom Obersalzberg

ausgestrahlt hatte, mehr noch aber die im Kern unangreifbare Loyalität gegenüber dem Träger der höchsten Staatsautorität, der »gottgesetzten Obrigkeit«. So haftete Faulhabers Blick auch zu vorgerückter Stunde immer noch an vordergründigen Unterdrückungsmaßnahmen, wo aus Bischof Preysings Sicht an Hitlers totaler Gegnerschaft zur Kirche und seinem Willen, sie zu vernichten, gar nicht mehr zu zweifeln war.
In der den Gesamtepiskopat spaltenden Kontroverse um den richtigen Abwehrkurs vermied es der Münchener Kardinal, an der Seite Preysings gegen den Vorsitzenden der Bischofskonferenz Bertram erkennbar Partei zu ergreifen. Die hinhaltende Taktik des Breslauer Kardinals, wie sie in manchen Entscheidungssituationen zutage trat, hielt Faulhaber zweifellos für verfehlt, und wo er sich einschaltete, wie etwa bei dem von Bertram sabotierten gemeinsamen Hirtenbrief vom März 1942, hatten die Befürworter eines energischeren Auftretens an ihm einen sicheren Rückhalt.
Ohnmächtig mußte der Erzbischof mitansehen, wie im Bombenhagel der zweiten Kriegshälfte zusammen mit großen Teilen Münchens eine Kirche nach der anderen, darunter der Dom und St. Michael, in Schutt und Asche sanken. Wie in den Umbruchsjahren von 1918 und 1933 stellte sich Faulhaber nach dem Zusammenbruch der Hitlerherrschaft im Mai 1945 den nun unüberschaubar gewordenen Gegenwartsproblemen. Zu der Sorge ums Überleben gesellten sich Spannungen zu der zunächst erwartungsvoll begrüßten amerikanischen Besatzungsmacht. Die Ungerechtigkeiten einer schematischen Entnazifizierung konnte der Kardinal ebensowenig schweigend hinnehmen wie die Pressionen der Militärregierung, die Gemeinschaftsschule in Bayern durchzusetzen. Wenn der betagte Erzbischof, vom Elan des Neuanfangs gepackt, den kirchlichen Wiederaufbau, vielfach von den Fundamenten an, wie selbstverständlich mittrug, so verkannte er dennoch nicht, daß diese Jahre seines Schaffens auf Ausklang und Abschied gestimmt waren. Am 12. Juni 1952, mitten unter der Münchener Fronleichnamsprozession, der er ein Menschenalter lang das Signum seiner Persönlichkeit aufgedrückt hatte, nahm ihm der Tod »den Bischofsstab eines sabbatlosen Amtes« aus der Hand.

VI

Mit dem Wahlspruch »Vox temporis - vox Dei« hatte Michael von Faulhaber die aktuelle Glaubensverkündigung zum Kernstück seines Bischofswirkens erklärt. Der Vorsatz, sich allem Neuen richtungweisend zu stellen, war anspruchsvoll und risikoreich. Es sprach daraus

keineswegs eine überhebliche Selbsteinschätzung, sondern das unerschütterte Vertrauen, aus dem Fundus katholischer Grundsätze verläßliche Antwort auf alle Gegenwartsfragen entnehmen zu können. Von einem Oberhirten formuliert, der das Wächteramt des Bischofs betonte, mußte sie vorab auf die Scheidung der Geister gerichtet sein.
Den Umgang mit den Propheten des Alten Bundes wollte der Prediger Faulhaber nicht verleugnen. Von ihnen empfing seine Rede Unwidersprechbarkeit und Strenge; wie bei ihnen mündete die Unterweisung in Forderungen von kategorischer Bestimmtheit. Wenn er die Kanzel bestieg, war er fast immer Defensor Fidei. Das Verteidigungsschema hatte er vorgefunden. Über die Herde sollte nichts hereinbrechen, wovor der Wächter im Bischofsamt nicht beizeiten gewarnt hatte. Ihretwegen hat er wachsam, reaktionsbereit und kämpferisch aus vielerlei Anlässen zum Sammeln geblasen, um die Reihen fester zu schließen gegen Linksparteien und Rechtsradikalismus, gegen Fürstenenteignung, Modeauswüchse, Frauenschauturnen und Simultanschule. Nicht immer rechtfertigte der Anstoß den Aufwand, so mancher Alarm war zeitbedingt, exponierte Stützpunkte erwiesen sich als unhaltbar, der Einsatz dafür als Rückzugsscharmützel. Doch selbst Fehlschläge festigten seinen Ruf, daß er als Bischof auf dem Posten war. Davor verstummten dann Fragen nach der Opportunität und Angemessenheit mancher Einzelintervention.
Faulhabers Standfestigkeit gewann an Kontur, je schneller nach 1918 die tagespolitische Szenerie wechselte und je flüchtiger die Auftritte der Regierungsmänner ausfielen. Als ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht zog seine königliche Gestalt die Verehrung all derer auf sich, die nach der Vertreibung des Monarchen nach einem Ersatz für den Landesvater Ausschau hielten. Seinerseits ohne Rückzugsmöglichkeit und durch das Amt gehalten, die Bischofsverantwortung durch gegensätzliche Regierungssysteme hindurchzutragen, sah sie der Kardinal im Wechsel an sich vorüberziehen: Monarchie, Republik, Diktatur, Militärregierung und wieder Republik. Sich in diesem Spannungsfeld ohne Kompromisse zu behaupten, war schlechterdings unmöglich. Sie sind darum auch Michael Faulhaber allen Dementis zum Trotz nicht erspart geblieben.
Den hochgesteckten Zielen einer rigorosen Prinzipientreue mußten katholische Politiker oft genug widersprechen. An den Mangel an Augenmaß für das konkret Realisierbare rührt auch das Urteil eines durchaus wohlgesinnten Beobachters, der dem Kardinal »wenig Sinn für Politik, auch für Kirchenpolitik« (H.Lang) nachsagt. Dem Kirchenvolk allerdings erschienen die Brüche wie die Kehrseite von Faulhabers Grundsatzfestigkeit relativ unbeachtlich, wie ja überhaupt das Kardinalsbild

der Öffentlichkeit schon früh so definitiv geprägt war, daß ein Hagel von Anwürfen, gegen die sich der Angegriffene nichtsdestoweniger heftig wehrte, daran ebenso abprallte wie durchaus mögliche, ja berechtigte Kritik. Der Zug ins Monumentale, der an Faulhabers Geistigkeit, Sprache und Gebärde bestach, verführte fast unwiderstehlich dazu, seine Gestalt ins Denkmalhafte zu überhöhen. Einmal verselbständigt, umgab das Abbild, auf das sich die Verehrer des Kardinals festgelegt hatten, das Original wie ein schützender Panzer. Das Andenken Faulhabers bedarf solcher Umhüllung nicht. Wahrt doch der Münchener Kardinal aus eigenem seinen Rang als einer der letzten Kirchenfürsten und eine der großen Bischofsgestalten dieses Jahrhunderts.

Heinz Hürten

Waldemar Gurian (1902–1954)

Unter den Gestalten, die im deutschen Katholizismus der Zwischenkriegszeit an hervorragender Stelle standen, nimmt Waldemar Gurian eine Sonderstellung ein. Ein dezidierter Vertreter des katholischen „Milieus" in Jugendbewegung, Presse und Literatur, war er doch kein Mann des Verbandswesens. Er blieb vielmehr trotz rasch erworbener Publizität ein auf sich gestellter Einzelgänger, für den die Kirche und die Gemeinschaft der in der Öffentlichkeit wirkenden Katholiken stets den tragenden Grund seines Lebens bildeten, aber in beruflicher Praxis und individuellem Dasein fügte er sich wenig in die Kategorien, die als typisch für den deutschen Katholizismus gelten können. Als erklärter Gegner aller funktionsfreudigen Verbandstätigkeit stand er mit seinen Auffassungen nicht selten quer zur Alltagspraxis katholischer Vereine. Trotz der nie aufgehobenen Bindung an die organisierte Form des deutschen Katholizismus verkörperte er den in diesen Kreisen nicht gerade häufig anzutreffenden Typus des »freischwebenden Intellektuellen«, wie ihn Karl Mannheim in den zwanziger Jahren beschrieb, der seinem eigenen gesellschaftlichen Milieu nicht so kritiklos verbunden war, daß er nicht auch dessen Bedingungen und Grenzen zu sehen vermocht hätte. Gurian hat als Wissenschaftler seine Arbeitskraft nicht an die systematische Erforschung und Durchdringung eines bestimmten Sachgebietes gesetzt, sondern in immer neuen Anläufen in der Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen die Eigenart der Zeit und die Aufgaben, die sie stellte, zu erfassen gesucht. So ist er, obwohl er schon früh zum Autor bedeutsamer Werke und später zum erfolgreichen Hochschullehrer wurde, weniger Gelehrter geworden als Publizist, der es als seinen Beruf ansah, »der Zeit etwas zu sagen, was sie von sich noch nicht weiß«.

I

Waldemar Gurian war am 13. Februar 1902 als Sohn jüdischer Eltern in St. Petersburg geboren worden, aber nach der Trennung seiner Eltern schon früh nach Deutschland gekommen, wo er nach der Konversion

seiner Mutter katholisch getauft und erzogen wurde. Er hat in Deutschland den größten Teil seiner Schulzeit verbracht, an deutschen Universitäten studiert und später die preußische Staatsangehörigkeit erworben. Obwohl er nie die geläufige Beherrschung der russischen Sprache verlor und auf manche seiner Freunde ein wenig fremdländisch wirkte, lebte er in Deutschland nicht wie ein Emigrant; vielmehr hatte es den Anschein, als ob er hier feste Wurzeln schlagen würde. Denn er fand in Deutschland nicht allein Ausbildung und Beruf, Familie und Freunde, sondern auch die Lehrer und Anreger, die seinen moralischen und intellektuellen Habitus bleibend bestimmt haben.

Im »Quickborn« begegnete er Romano Guardini, der ihm die Tiefe und Weite des Lebens mit der Kirche erschloß; an der Universität wurde der Philosoph Max Scheler sein Lehrmeister, der ihm die Phänomene der Geschichte und der Gesellschaft zu deuten wußte. Stärker aber noch war der Einfluß, den der junge Publizist von dem Staatsrechtslehrer Carl Schmitt erfuhr, der damals viele junge Akademiker faszinierte, die nach neuen Wegen suchten. Obwohl Gurian Schmitts spätere Wendung zum Nationalsozialismus mit unverhüllter Feindschaft beantwortete, bekannte er sich stets dazu, daß Schmitt ihn gelehrt habe, die Fragen zu erkennen, »welche die Krise im 19. Jahrhundert als selbstverständlich geltender rechtlicher und gesellschaftlicher Grundvorstellungen hervortreibt«. Denn eben diese Krise unserer Welt in ihren unterschiedlichen Ausdrucksformen zu beschreiben und nach dem Weg zu fragen, den die Kirche in dieser Zeit nehmen müsse, wurde zum großen Thema der vielgestaltigen Lebensarbeit Gurians.

Seine erste berufliche Stellung war die eines Redakteurs bei der »Kölnischen Volkszeitung«, einem führenden Organ der Zentrumspartei. Aber bald gab er diese Position auf, um ganz als freier Schriftsteller zu leben. Von 1924 an erschienen in kaum zu überblickender Fülle seine Artikel und Buchbesprechungen, in denen der junge Publizist »die Musik der Zeit« zu erspüren suchte.

Aus der Vielfalt der Themen, die Gurian bearbeitete, wuchs bald ein Komplex heraus, der sein Interesse bis an sein Lebensende fesselte: der französische Katholizismus, der Kampf um die Selbstbehauptung der Kirche in einer Gesellschaft, die alle institutionellen Bindungen von Staat und Kirche in Frage gestellt hatte. Sein Buch »Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus 1789/1914« (1928), das er mit 26 Jahren veröffentlichte, bezog nicht unmittelbar Stellung zu den aktuellen Aufgaben des deutschen Katholizismus, noch weniger gab es Urteile oder Empfehlungen. Aber Gurians scharfsichtige historische Analyse machte dem aufmerksamen Leser klar genug, daß es für einen modernen Katholizismus nicht darum gehen konnte, zur Siche-

rung seiner gesellschaftlichen Stellung sich mit einer bestimmten sozialen oder politischen Ordnung zu verbinden, wie dies im 19. Jahrhundert in Anknüpfung an die durch die Große Revolution zerstörte Einheit von Staat und Kirche in Frankreich versucht worden war.
Vielmehr mußte es darauf ankommen, Wege zu finden, die der Kirche auch ohne solchen Rückhalt die Existenz in der nachrevolutionären Gesellschaft sichern konnten. Darum wurde Lamennais, der Vorkämpfer für die religiöse Freiheit als Element der Bürgerfreiheit, für Gurian zum wegweisenden Vorbild. Denn dieser schuf, indem er die liberalen Grundrechte zur Grundlage seines Kampfes um die religöse und kirchliche Freiheit machte, »die Methodik der Behauptung der kirchlichen Position innerhalb einer nichtkatholischen Gesellschaft« und brach die Bahn für einen modernen, politisch und sozial engagierten Katholizismus. Diese Einsicht war für Gurian keine im Voraus feststehende Selbstverständlichkeit gewesen. Denn er war selbst zu tief ergriffen von den antiliberalen und antibürgerlichen Stimmungen seiner Generation, um nicht mit besonderer Aufmerksamkeit auch nach Wegen zu fragen, die von der Verwerfung der durch die Französische Revolution begründeten Sozialordnung ausgehend eine neue stabilere Existenz für Kirche und Gesellschaft zu versprechen schienen.
Die Action Française, die das bestehende politische System Frankreichs vollständig ablehnte und die Institutionen des Ancien Régime empfahl, die Frankreichs Ruhm begründet hätten, ist von Gurian sorgfältig studiert worden, und durch eine Reihe von Arbeiten hat er sich als einer der besten deutschen Kenner dieser Bewegung erwiesen. Obwohl sie ihn zeitweilig stark anzog, weil sie ihm die Fragwürdigkeit des im 19. Jahrhundert geschaffenen liberalen Systems zu beweisen schien, hatte er, noch ehe Papst Pius XI. im Jahre 1926 diese Gruppe verurteilte, zu ihr kritische Distanz gewonnen, weil er eingesehen hatte, daß hier die Kirche nicht anders als im Ancien Régime Frankreichs in den Dienst politischer Zielsetzungen gestellt wurde. Die Wendung zu Lamennais und den von ihm verfochtenen Idealen hat diese Ablehnung noch bekräftigt.

II

Das andere große Sachgebiet, in dem der junge Gurian das Ansehen eines ersten Experten gewann, war der russische Bolschewismus. Das große Buch »Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre«, das er 1931 vorlegte, war das erste seiner Art in Deutschland, ja in der westlichen Welt, in der es durch zahlreiche Übersetzungen

nicht nur bei Katholiken bereitwillig Eingang fand. In seiner Eigenart blieb es lange Zeit unerreicht. Die spezifische Leistung Gurians lag weniger in seiner zuverlässigen und eindringlichen Analyse des bolschewistischen Herrschaftssystems, das er als einer der ersten als Verkörperung des »totalen Staates« auffaßte, sondern in der Erkenntnis von seinen tieferen Zusammenhängen mit der bürgerlichen Welt des Westens. Gurians Ablehnung beruhte nicht eigentlich auf dem Abscheu vor den Greueln der bolschewistischen Herrschaftspraxis oder auf der Bedrohung für die kapitalistische Gesellschaftsordnung. In seiner Sicht verkörperte der Bolschewismus eine letzte Konsequenz der im Westen entstandenen, ausschließlich am wirtschaftlichen Erfolg orientierten, materialistischen Geisteshaltung, die auch im bürgerlichen Lager zuhause war.

Gleichwohl sah Gurian sehr genau, wo die Gefahren für die Freiheit und die Kirche lagen. Weil der Bolschewismus die Wirklichkeit nach seinen ideologischen Vorstellungen modelt, verzerrt er die natürliche Ordnung, und weil er sein Ideal der kommunistischen Gesellschaft zum absoluten Wert erklärt, wird er in Gurians Augen zur »Ersatzreligion« und deshalb zum unerbittlichen Feind der Kirche. Darum kann es im Kampf des Bolschewismus gegen alle Religion keinen Frieden geben. Die Kirche aber, die diesen Kampf aufnimmt, verteidigt nicht nur ihre eigene Sache; sie wird vielmehr durch ihren Widerstand gegen die bolschewistische Ideologie und das nach ihr gestaltete politische und soziale System zum eigentlichen Anwalt des Menschen. Denn er ist es, desssen eigenste Natur durch den Bolschewismus vergewaltigt wird. Weil dieser die Wirklichkeit nur im willkürlichen Ausschnitt seiner Ideologie zur Kenntnis nimmt und gelten läßt, baut er an einer Gesellschaft, die auf falschen Ansichten vom Menschen und seiner Welt beruht und darum notwendig unmenschlich wird. Der Bolschewismus kann daher für die brennenden Probleme Europas keine Lösung bedeuten. Dagegen wird in ersten Umrissen klar, daß die Kirche in der vom Bolschewismus bedrohten Gesellschaft von ihrem Auftrag her eine neue Funktion gewinnt.

III

Von Haus aus war Gurian kein politischer Publizist. Tagespolitik und Parteienstreit hat er in seinen Veröffentlichungen nie behandelt. Die entscheidenden Auseinandersetzungen vollzogen sich für ihn nicht in Wahlkämpfen und Regierungswechseln, sondern auf dem Felde der geistigen Selbstbestimmung des Menschen. Seine Untersuchungen über

die Action Française und den Bolschewismus zielten weit mehr auf die Erhellung von Grundfragen der Existenz von Kirche und Gesellschaft als auf kurzfristige Prognosen über das politische Kräftespiel und seine unmittelbaren Auswirkungen. Das aktuelle Geschehen in Deutschland wurde darum für ihn erst dann zu einem großen Thema, als die Weimarer Republik in ihre tödliche Krise geriet und die Entscheidung unabweisbar wurde, welche Ordnungsprinzipien und Traditionen die Zukunft Deutschlands bestimmen sollten, nachdem der flüchtige Konsens der Weimarer Nationalversammlung zerstoben war.

Diese Frage hat Gurian erst endgültig zum politischen Schriftsteller gemacht. In wenigen Sommerwochen des Jahres 1932 schrieb er unter dem neu erdachten Pseudonym Walter Gerhart eine Analyse der deutschen Situation, die von vielen Zeitgenossen auch heute noch als die treffendste Beurteilung der damaligen Lage angesehen wird, während für die spätere Generation die dort eingefangene Stimmung der Umbruchszeit eher verwirrend wirkt. Dieses Buch mit dem charakteristischen Titel »Um des Reiches Zukunft« war alles andere als die distanzierte Untersuchung eines Gelehrten, der von den behandelten Ereignissen nicht vital berührt wird. Es war ein Appell in letzter Stunde, an den in Weimar gelegten Fundamenten des deutschen Volksstaates festzuhalten. So scharf Gurian auch die Schwächen der liberalen Demokratie beurteilt hatte, so wenig war er nun bereit, den Bewegungen zu folgen, die einen ganz anderen Staat schaffen wollten.

Das autoritäre System des Reichskanzlers v. Papen brandmarkte er als eine »Regierung ohne Volk«; das Volk konnte nach seiner Ansicht nicht auf die viel diskreditierten Parteien verzichten, wenigstens nicht so lange, wie nicht Institutionen geschaffen waren, die seine Rechte in mindestens ebenso wirksamer Weise zu garantieren vermochten. Darum waren alle Pläne töricht, die grundsätzlich auf sie verzichten wollten. »Ein autoritärer Staat ohne Parlament und Parteien, der die Selbstverwaltung bejaht und den Volkswillen erfüllt, ist ein Traum jenseits aller Wirklichkeit.« Ein »totaler Staat« aber, wie er von den Nationalsozialisten zu befürchten war, galt ihm als das Ende aller deutschen Traditionen und aller bürgerlichen Freiheit. Darum sollte die Krise des Volksstaates von Weimar nach seiner Meinung nicht dazu verleiten, zum Obrigkeitsstaat aller Art oder zum »totalen Staat« der Zukunft Zuflucht zu nehmen, sondern Anlaß sein, das Verfassungswerk von Weimar auszubauen. Aber dieser Aufruf an die Deutschen war kaum ergangen, als mit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler das Unheil seinen Lauf nahm, vor dem Gurian noch in letzter Stunde gewarnt hatte.

Die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland bedeutete auch eine Wende in Gurians persönlichen Lebensverhältnissen. Als Jude war ihm

schon bald die Möglichkeit zu publizistischer Arbeit, von der er lebte, mehr und mehr eingeschränkt, eine Berufung an eine Universität, auf die er zuvor nicht ganz ohne Grund gehofft hatte, nun vollends unmöglich geworden. Wenn er trotz gelegentlicher Diffamierung vor unmittelbaren persönlichen Gefährdungen bewahrt blieb, so wurde seine materielle Existenzgrundlage so reduziert, daß er nicht mehr sah, wie er sich und seine Familie in Deutschland würde durchbringen können. So folgte er nach langen Überlegungen dem Rat seiner Freunde und emigrierte in die Schweiz, wo vor allem der in Luzern lebende Theologe Otto Karrer ihm half, einen neuen Anfang zu machen.

IV

Die Not des emigrierten Schriftstellers, die Suche nach Gelegenheiten zu literarischer Produktion und materiellem Erwerb hat Gurian wie mancher andere in der Schweiz mit voller Bitterkeit erfahren. Alle Hilfe von befreundeter Seite reichte unter den gegebenen Bedingungen nicht aus, ihm ein halbwegs gesichertes Dasein zu schaffen. Der Kampf um das tägliche Brot hat ihn aber nicht davon abgehalten, gerade in dieser Zeit seinen Beruf als Publizist ernst zu nehmen und unbekümmert um die finanziellen Erfolgsaussichten das zu sagen und zu schreiben, was nach seiner Überzeugung ein Katholik in dieser Zeit zu sagen und zu schreiben hatte.

Gurian war noch nicht lange in der Schweiz, als Hitler am 30. Juni 1934 unter dem Vorwand, einen Putsch seiner SA niederzuschlagen, ein Blutbad anrichtete, bei dem auch eine Reihe potentieller Gegner des Regimes, darunter die Katholikenführer Erich Klausener und Adalbert Probst, ermordet wurden. In der Reaktion auf diesen ungeheuerlichen Vorgang sah Gurian eine Bewährungsprobe für die Kirche im Deutschland Hitlers. Seine rasch berühmt gewordene Broschüre »St. Ambrosius und die deutschen Bischöfe« formulierte das von ihm erkannte Problem in aller Schärfe. Sie deutete das Massaker als den Anspruch des Nationalsozialismus, nach eigenem Gutdünken zu bestimmen, was gut und was recht sei. Aber ein solcher totaler, keine Grenze anerkennender Machtwille durfte von der Kirche nicht stillschweigend hingenommen werden, da sie »die Wahrerin und Hüterin der sittlichen Ordnung für alle Menschen und alle Völker« ist. Darum war für Gurian »das Schweigen der Bischöfe«, die keine Stellung zu diesem Vorgang nahmen, »vielleicht noch furchtbarer als alles andere, was am 30. Juni geschehen ist«.

Dabei kam es ihm gar nicht darauf an, den deutschen Bischöfen morali-

sches Versagen anzukreiden, sondern vielmehr jene Illusionen zu zerstören, denen die deutschen Katholiken und ihre Bischöfe vielleicht noch anhängen mochten. Es ging hier um nicht weniger als das strategische Konzept, mit dem die Kirche dem Nationalsozialismus und seinen Angriffen entgegentreten sollte. Eben weil dieser nicht bereit war, eine Grenze seiner eigenen Macht zu respektieren und einer anderen gesellschaftsgestaltenden Kraft ein Recht auf eigene Existenz zuzugestehen, war nach Gurian die Vorstellung von einem klug auszuhandelnden Friedenszustand zwischen Staat und Kirche eine »Fiktion«, die »zu furchtbaren Wirkungen« führen mußte. Denn die Hoffnung, einen solchen Zustand doch noch zu erreichen, würde die Kirche immer wieder veranlassen, vor den Angriffen des Nationalsozialismus zurückzuweichen, bis sie schließlich als Opfer ihrer eigenen Politik jeglichen Einfluß auf die öffentliche Ordnung und das gesellschaftliche Leben verloren haben würde.
Einzige Richtschnur für ihr Verhalten zum NS-Staat konnte es nach Gurian nur sein, auf jede vertragliche Regelung über die gesellschaftliche Existenz der Kirche und ihrer Organisationen zu verzichten und in vollständiger Freiheit ohne Rücksicht auf die Folgen die notwendige Abgrenzung um so deutlicher zu vollziehen. Zum Symbol für diese freie und unerschrockene Haltung der Kirche den Mächten dieser Welt gegenüber wurde für Gurian und durch ihn für viele deutsche Katholiken der Zeit die Figur des Hl. Ambrosius, der im Jahre 390 dem christlichen Kaiser Theodosius den Eintritt in die Kirche verweigert hatte, weil er ohne Urteil eine unbewaffnete Menschenmenge aus politischen Gründen hatte töten lassen. Damit war Ambrosius »zum Repräsentanten des Gewissens der gesamten Menschheit« geworden und zum Vorbild für die Kirche, die das Recht der Menschen vor den Gewalthabern verteidigen mußte.

V

»St. Ambrosius und die deutschen Bischöfe« war der Auftakt zu Gurians politischer Aktivität im schweizerischen Exil. Wenige Wochen nach dem Erscheinen dieser Schrift kam er mit einigen Freunden überein, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in neuer Form als ständige Aufgabe zu betreiben.
Während Gurian sich früher mit erstaunlicher Elastizität den verschiedenartigsten Gegenständen zugewandt hatte, bildete von 1934 an die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus den Mittelpunkt seiner Arbeit. Alle seine in der Schweiz geschriebenen Bücher behandeln

diese Krise der europäischen Gesellschaft. »Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich«, gemeinsam mit dem deutschen Freund Karl Thieme verfaßt und wieder ein internationaler Bucherfolg, beschrieb den deutschen Kirchenkampf als das Ringen der nationalsozialistischen »Ersatzreligion« mit dem wahren Christenglauben. »Bolschewismus als Weltgefahr« entlarvte die Wesensverwandtschaft von Nationalsozialismus und Bolschewismus, beide vom »gleichen Glauben an die zentrale Bedeutung der politisch-sozialen Ordnung« bestimmt und gleich in ihren Methoden der Herrschaft. »Marxismus am Ende?« kennzeichnete die totalitären Regime als Systeme »totaler Politisierung« und technizistischer Machbarkeit, die ihren Endzweck in sich selber sehen.

Bedeutungsvoller aber als diese Bücher war ein äußerlich sehr anspruchsloses Werk, dem Gurian durch Jahre hindurch einen großen Teil seiner Arbeitskraft widmete, die wöchentlich hektographiert erscheinenden »Deutschen Briefe«. Aus der großen Menge der Blätter deutscher Emigranten in der Hitlerzeit ragt diese Zeitschrift neben wenigen anderen hervor als Stimme deutscher Katholiken, die durch ihre frühe Gegnerschaft zum Nationalsozialismus gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen. Den »Deutschen Briefen« kam es bei ihrer Arbeit nicht darauf an, Verbindung mit bestimmten Kreisen zu halten oder im deutschen Untergrund zu wirken. Sie wollten vielmehr dort, wo die Katholiken sich frei entscheiden konnten – im Saarland, in Österreich, aber auch im nichtdeutschen Ausland – vor Fehleinschätzungen des Nationalsozialismus warnen und die Kräfte des moralischen Widerstandes mobilisieren. Sie legten darum weniger Wert auf die Tagesaktualität als auf die Erkenntnis der prinzipiellen Probleme.

Der intellektuelle Rang Gurians und seiner Mitarbeiter, unter denen an erster Stelle der gleichfalls in die Schweiz emigrierte Chefredakteur des Starnberger »Land- und Seeboten«, Otto Michael Knab, zu nennen ist, ließ aus ihrer Zusammenarbeit die eindringlichste Analyse entstehen, die der Nationalsozialismus zur Zeit seiner Herrschaft von katholischer Seite gefunden hat. Der Gegensatz von Kirche und Nationalsozialismus war nach den immer wieder angestellten Untersuchungen der »Deutschen Briefe« schlechthin fundamental und durch kein taktisches Arrangement zu überbrücken, denn er beruhte nicht eigentlich auf unterschiedlichen politischen Zielsetzungen, sondern auf der vollständigen Unvereinbarkeit von christlichem Glauben und nationalsozialistischer Weltanschauung. Daß diese sich als »positives Christentum« ausgab, machte sie nur noch gefährlicher, weil dadurch die unerbittliche Gegnerschaft verhüllt wurde. Der Konflikt war auch schon deshalb unvermeidlich, weil das Regime die Kirche lediglich in einem eng umhegten Reservat dulden wollte, in dem ihr jede gestaltende Funktion für die Gesell-

schaft genommen sein sollte. Aber eben dies konnte die Kirche nicht hinnehmen, wenn sie ihrer Aufgabe treu bleiben wollte, die sittliche Grundordnung der Gesellschaft zu verteidigen, als die »wahre Repräsentantin der soviel mißbrauchten und darum in Verruf gekommenen Humanität« in der Welt zu wirken.

VI

Die Erkenntnis dieses unüberbrückbaren Gegensatzes hatte nach Ansicht der »Deutschen Briefe« auch Konsequenzen für den alltäglichen Kampf der deutschen Katholiken. Denn sie konnten sich nicht mit der Illusion trösten, daß vielleicht doch noch ein erträglicher modus vivendi möglich werde. Den zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallenden Katholiken, die immer noch meinten, zwischen Kirche und Nationalsozialismus Gemeinsamkeiten erkennen zu können, die ein tragfähiges Fundament für ein friedliches Miteinander von Staat und Kirche in Deutschland abgeben könnten, haben die »Deutschen Briefe« unermüdlich die Fragwürdigkeit ihres Tuns vor Augen zu führen gesucht. Für sie waren diese »Brückenbauer« letzte Ausläufer des Reformkatholizismus der Jahrhundertwende, der in falsch verstandenem »aggiornamento« eine unkritische Anpassung der Kirche an den Zeitgeist erstrebt hatte.

Wenn also die Feindschaft des Nationalsozialismus zur Kirche unaufhebbar war, sollten nach Meinung der »Deutschen Briefe« die Bischöfe und ihre Gläubigen die doch unausweichliche Auseinandersetzung nicht durch taktische Kompromisse hinauszuzögern versuchen. Eine offene Konfrontation allein konnte nach ihrer Ansicht den heuchlerischen Charakter des »positiven Christentums« entlarven und zugleich dem Nationalsozialismus, der aus taktischen Gründen sein wahres Gesicht vor der Weltöffentlichkeit noch verhüllen mußte, Paroli bieten.

Ob diese risikobereite und kompromißlose Haltung, welche die »Deutschen Briefe« stets propagierten, tatsächlich die einzig angemessene und erfolgversprechende war, ist allerdings schon unter den Zeitgenossen umstritten gewesen. Denn nicht alle Katholiken, die den Nationalsozialismus bekämpften, gingen wie Gurian davon aus, daß Hitler und sein Regime die Zukunft Europas auf unabsehbare Zeit bestimmen würden. Für Gurian war der Nationalsozialismus nicht ein ausschließlich politisches Phänomen, das in der politischen Arena bekämpft und besiegt werden könne, sondern die Folge einer tiefgreifenden Krise der liberalen und bürgerlichen Welt, in der die Menschen ihre sittlichen Überzeugungen preisgegeben und die wahren Werte keine Verteidiger mehr hatten.

Dieser korrumpierten bürgerlichen Gesellschaft gegenüber mußte notwendig der totale Machtwille des Nationalsozialismus als der Stärkere erscheinen.
Aus seiner Einsicht in die Zerrüttung des überkommenen Wertsystems, auf dem die Gesellschaft bis dahin scheinbar beruht hatte, gewann Gurian ein fast apokalyptisch zu nennendes Bild vom Nationalsozialismus. Seine Deutung hat sich in vielen Prognosen – etwa seiner Vorhersage der Judenvernichtung, zu einer Zeit, da noch niemand an solche Greuel dachte – bestätigt. Andererseits hat er die Aussichten, daß der Nationalsozialismus an sich selbst – durch den von ihm heraufbeschworenen Krieg – zugrunde gehen und Deutschland, wenn auch um einen furchtbaren Preis, von ihm wieder frei werden könne, zu gering veranschlagt. Die Konsequenzen, die er aus seinen Analysen des nationalsozialistischen Systems ziehen mußte, schienen darum unausweichlich.
Im April 1938 mußten auch die »Deutschen Briefe«, wie so manche andere Emigrantenzeitschrift schon vor ihnen, das Erscheinen einstellen. Aber sie konnten ihr Werk beenden in der Überzeugung, das Ihre getan zu haben, um jedem, der hören wollte, zu sagen, was in dieser Zeit auf dem Spiele stand.
Gurian war schon einige Monate vor dem Ende seiner Zeitschrift in die USA gegangen, wo ihm die katholische Universität Notre Dame ein Arbeitsfeld eröffnete, das er bis zu seinem Tode mit großem Erfolg bestellte. Er wurde dort zum angesehenen Experten für die junge Wissenschaft der Internationalen Beziehungen, zum Herausgeber einer renommierten wissenschaftlichen Zeitschrift, der »Review of Politics«, und zum Mitglied vieler gelehrter Gesellschaften. Freunde, Kollegen und Schüler aus diesen Jahren verehren ihn als Lehrer und Anreger. Aber trotz aller Aktivität, die er in den Vereinigten Staaten entfaltete, war im Grunde sein Werk schon getan, als er Europa verließ.
In den Jahren, die er in Notre Dame arbeitete, hat er kein Buch mehr vollenden können, das über den Rahmen hinausgegangen wäre, den seine früheren Leistungen bereits nach Inhalt und Methodik abgesteckt hatten. Seine Arbeiten konzentrierten sich im wesentlichen auf die Untersuchung und Darstellung des bolschewistischen Herrschaftssystems und die Ausformung des Totalitarismusmodells, das die Gemeinsamkeiten von Nationalsozialismus und Bolschewismus erklärte. Er blieb ein wachsamer und kritischer Beobachter der Zeit, aber sein Lebenswerk erhielt keine neue Komponente mehr.
Sein früher Tod am 26. Mai 1954 – er war erst 52 Jahre alt – hat verhindert, daß er Plänen nachgehen konnte, die ihn vielleicht wiederum auf wissenschaftliches Neuland hätten vorstoßen lassen. Aber kurz vor seinem Tode hat er in einem kleinen Aufsatz die Summe gezogen,

die sich aus seiner lebenslangen Bemühung um die Frage nach der Rolle der Kirche in der nachrevolutionären westlichen Gesellschaft ergab. Er war nun sicher, daß der Weg der Kirche von der Französischen Revolution bis zu seiner Gegenwart ihre Kraft gezeigt habe, ihre Gegner in der Gesellschaft, den alten kirchenfeindlichen Liberalismus wie den aktuellen Totalitarismus, zu überdauern. Die Kirche ist die Institution, die überlebt, und ihre Vitalität ist groß genug, um sich den Problemen der Menschen zuzuwenden, die, von den totalitären Systemen in ihrem innersten Wesen vergewaltigt, in ihr den Verteidiger der natürlichen und darum allein menschenwürdigen Ordnung suchen. So hat sich erwiesen, daß die Kirche keiner bestimmten Sozialordnung als ihrer Stütze bedarf, sondern vielmehr umgekehrt sie es ist, die eine menschenwürdige Gesellschaft ermöglicht, weil sie als Hüterin der gottgewollten Ordnung Freiheit und Menschlichkeit sichert gegen die politischen Bedrohungen der Zeit.

Das Lebenswerk Gurians ist weit zerstreut, viele seiner Arbeiten sind darum nur noch wenigen Experten bekannt. Bedeutsamer aber als seine bleibenden wissenschaftlichen Leistungen war sein Einfluß auf die Zeitgenossen, die zu ihm in engere Beziehung traten. Wenn auch seine Ausstrahlung nicht mit der verglichen werden kann, die einem Romano Guardini in Deutschland beschieden war, so hat er doch vielen Katholiken in Europa und Amerika geholfen, in den Problemen der Zeit Richtung und Maßstäbe zu finden.

Walter Först

Karl Arnold (1901–1958)

In die Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gehört nicht nur der Prozeß der bei Kriegsende militärisch besiegelten Teilung Deutschlands, die sich dann über Jahre hinweg auch politisch vollzog, sondern auch das, was die Länder geschaffen haben, die zuerst da waren und 1948/49 entscheidenden Einfluß auf die Entstehung des neuen deutschen Staates auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen ausübten. Weil die Regierungschefs dieser Länder als erste nach dem Zusammenbruch wieder, wenn auch von den Besatzungsmächten beaufsichtigt, staatliche Autorität und politische Führung ausübten, sind sie von der Bühne der biographischen Zeitgeschichtsschreibung nicht wegzudenken. Die Bildung der Bundesrepublik und die zentrale Rolle, die diese mehr und mehr übernahm, hat die Frühgeschichte der Nachkriegsländer freilich bald in den Hintergrund treten lassen. An Lebensbildern von Männern wie Hans Ehard und Wilhelm Kaisen, Reinhold Maier und Hinrich Wilhelm Kopf fehlt es ebenso wie an einer gründlichen Darstellung Karl Arnolds, der vor allem im ersten Teil seiner achteinhalbjährigen Regierungszeit in Düsseldorf Kopf und Symbolgestalt des linken Flügels der Christlich-Demokratischen Union gewesen ist.

Aus einfachen ländlichen Verhältnissen in Württemberg stammend, war er in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik als Bezirkssekretär der christlichen Gewerkschaften und örtlicher Zentrumspolitiker in Düsseldorf heimisch geworden und gehörte bald nach Kriegsende zu den führenden CDU-Politikern, denen an der neuen Partei die konfessionelle und gesellschaftliche Gemeinsamkeit in dieser Union das wichtigste war. Seine auf Ausgleich und Zusammenarbeit auch über Parteigrenzen hinweg eingestellte Politik, seine Integrationsfähigkeit in dem aus ungleichen Teilen zusammengesetzten neuen Land Nordrhein-Westfalen und sein soziales Gewissen ließen ihn für die späten vierziger und die frühen fünfziger Jahre zu einem der deutschen Nachkriegspolitiker werden, die auch international durch die Wirkung ihrer Persönlichkeit wesentlich zum Abbau der Spannungen mit den ehemaligen Siegermächten beigetragen haben. Hans Kroll nannte ihn einmal einen Politiker mit gesundem Menschenverstand, der »stets nach praktischen Lösungen suchte, alles Phrasenhafte und Unpräzise ablehnte und einen ausgeprä-

ten Sinn für Realitäten hatte«. Und Rudolf Amelunxen bezeichnete Arnold nach dessen frühem Tod als einen Mann, »dessen vornehme Gesinnung und Kompromißbereitschaft oft mißbraucht wurden« und der sich »in unermüdlicher Arbeit für das öffentliche Wohl verzehrt« hat.

I

Karl Arnold wurde als zweites von vier Kindern des Kleinbauern Johann Baptist Arnold am 29. März 1901 im württembergischen Herrlishöfen geboren. Das Dorf gehörte zur Pfarrgemeinde Warthausen nördlich der oberschwäbischen Kreisstadt Biberach a. d. Riß. Auf einen Kleinbauernsohn aus der Umgebung, dessen Bedürfnis nach Bildung schon früh sichtbar wurde, muß die Kreisstadt mit Fachwerkhäusern, Klosterhöfen, Tortürmen und der spätgotischen Basilika St. Martin einige Anziehungskraft ausgeübt haben. Der Heranwachsende besuchte die einklassige Volksschule, während der er in der Landwirtschaft half und Vieh hütete, und kam dann zu einem Schuhmachermeister aus der Verwandtschaft in Ochsenhausen in die Lehre. Den Jungen studieren zu lassen, wie er wohl gewünscht hat, um Pfarrer zu werden, fehlte das Geld; der Vater war nebenbei auch als Land- und Bauarbeiter tätig, weil die eigene Wirtschaft nicht genug abwarf. In Ochsenhausen trat Arnold mit fünfzehn Jahren dem Katholischen Gesellenverein bei, und als er mit achtzehn Jahren Matthias Erzberger begegnete, erwies er sich diesem gegenüber als für sein Alter ungewöhnlich belesen und politisch interessiert.

Trotzdem wird man diese Begegnung nicht als ein Schlüsselerlebnis bezeichnen können. Irgendwann im Winter 1918/19 war Erzberger, seit 1903 Zentrumsabgeordneter des Reichstags für den Wahlkreis Biberach-Waldsee-Leutkirch-Wangen, in seinem Wahlkreis unterwegs und blieb, so will es die Legende wissen, in Herrlishöfen mit dem Wagen stecken. Die Dorfbewohner liefen zusammen, und der Schustergeselle Arnold half, das Auto wieder flott zu machen, worauf Erzberger ihn mitnahm, mit ihm ins Gespräch kam und dem Achtzehnjährigen Hilfe anbot, um sich weiter ausbilden zu lassen. Arnold nahm an und ging durch die Vermittlung Erzbergers, der inzwischen Reichsfinanzminister geworden war, 1920 ins Leohaus in München, die Zentrale des süddeutschen Verbandes der Katholischen Arbeitervereine, die für die Heranbildung katholischer Arbeitersekretäre in Kochel am See eine Volkshochschule unterhielt. Bald wurde er über den Lederarbeiterverband auch Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, die Erzberger 1899

in Mainz mitbegründet hatte und deren Generalsekretär seit 1902 Adam Stegerwald war. Wenn es damals ein Vorbild für Arnold gab, dann war das eher Stegerwald, der, fünfundzwanzig Jahre älter als er, aus ähnlich kleinen ländlichen Verhältnissen in der Gegend von Würzburg stammte und das Schreinerhandwerk gelernt hatte.

Sein erstes Funktionärsamt übernahm Arnold 1921 beim christlichen Lederarbeiterverband in Frankfurt am Main. Ein Jahr später ging er als Bezirksleiter nach Düsseldorf, wo man ihn 1924 zum Kartellsekretär der christlichen Berufsverbände für Rheinland und Westfalen machte. Die Stadt, in der er nun ansässig wurde und bis zu seinem Tode lebte, war alles andere als eine reine Industriegroßstadt. Sie gehörte auch nicht zu den traditionellen Plätzen der christlichen Arbeiterbewegung, die ihre westdeutsche Zentrale in Mönchen-Gladbach hatte. Nach der Mitgliederzahl waren die sozialistischen Freien Gewerkschaften in Düsseldorf mehr als doppelt so stark wie die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengefaßten christlichen, neben denen es als Standesorganisation noch die katholischen Arbeitervereine gab. Ihr Bezirkssekretär wurde 1928 Josef Gockeln, mit dem Arnold schon früh und vor allem in den ersten Jahren nach 1945, wenn auch wohl ohne eigenes Zutun, rivalisieren sollte.

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen mit der Zentrumspartei war in Düsseldorf so eng, daß christliche Gewerkschaften, katholische Arbeitervereine und Zentrum ihre Sekretariate nebeneinander im Paulushaus unterhielten. Arnold, der 1928 Liesel Joeres, die Tochter eines christlichen Gewerkschaftssekretärs, heiratete, wurde 1929 Zentrumsabgeordneter der Stadtverordnetenversammlung und 1931 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Aber das Schwergewicht der örtlichen Parteiorganisation lag bei der bürgerlichen Gruppe, und bei dieser fanden nicht einmal die Reden, die Arnold alljährlich zum Gedächtnis des 1921 ermordeten Erzberger hielt, immer Beifall. Im ganzen wird man sich ihn, zumal es an Zeugnissen über seine Entwicklung aus dieser Zeit fehlt, für seine frühen Düsseldorfer Jahre politisch als eine Randfigur vorzustellen haben.

Das gilt ähnlich auch für die Zeit des Nationalsozialismus. Mit der Auflösung der Gewerkschaften im Frühjahr 1933 zunächst brotlos, arbeitete Arnold anfangs bei der katholischen Kirchensteuerkasse, dann für ein Installationsgeschäft, dessen Mitinhaber er schließlich wurde. Schon früh bildete sich ein Kreis von ehemaligen Zentrumsmitgliedern und christlichen Gewerkschaftlern, der Kontakt mit dem Kettelerhaus in Köln hielt und durch Vermittlung Arnolds und Robert Lehrs, des früheren Oberbürgermeisters, Jakob Kaiser mit führenden Militärs in Berlin zusammenbrachte. In den Kriegsjahren gehörte Arnold zu einer

Gruppe von Christen beider Konfessionen, die sich zeitweilig im Hause Lehrs trafen und 1945 zu den örtlichen Gründern der CDU zählten. Als nach dem Attentatsversuch des 20. Juli 1944 in der Zentrale der Katholischen Arbeiterbewegung in Köln auch Nikolaus Groß und Bernhard Letterhaus verhaftet wurden, kam man der Verbindung, die Arnold dorthin gehabt hatte, auf die Spur und brachte ihn für einige Zeit ins Gefängnis.

II

Düsseldorf wurde am 17. April 1945 von amerikanischen Truppen besetzt. An ihre Stelle traten zwei Monate später im Zuge der endgültigen Übernahme der Besatzungszonen die Briten. Sie machten die Stadt im Sommer 1946, kaum mehr als ein Jahr nach ihrem Einzug, zur Hauptstadt des neuen Landes Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident dieses Landes wurde dreiviertel Jahr nach seiner Gründung Karl Arnold. Er sollte es fast neun Jahre lang bleiben.

Die zwei Monate amerikanischer Besetzung blieben politisch noch ohne größere Aktivitäten. An die Stelle eines Zehnerausschusses hauptsächlich aus Vertretern der Linksparteien, der gleich zu Beginn gebildet worden war, trat wenige Wochen nach der Übernahme der Besatzung durch die Engländer ein Vertrauensausschuß, in den auch Arnold berufen wurde. Im Herbst ernannte die Militärregierung Walter Kolb zum Oberbürgermeister, im November wurde der Vertrauensausschuß zur ernannten Stadtvertretung erweitert, und diese wählte im Januar 1946, nach der Einführung einer Ortssatzung mit der geteilten Spitze nach britischem Vorbild, Kolb zum Oberstadtdirektor und Arnold zum Oberbürgermeister. Der erste örtliche Aufstieg Arnolds hatte noch wenig mit Politik zu tun. Mit der Wiederzulassung politischer Parteien hielten die Engländer lange zurück. Arnold erwarb sich rasch Ansehen auch bei den örtlichen Militärbehörden, für die galt, was später auch für die Provinz-, dann die Landes-Militärregierung gelten sollte: Er erweckte Vertrauen, weil er kein Prestige kannte, keinen Ruf eines bedeutenden öffentlichen Amtes aus der Zeit der Weimarer Republik zu behaupten hatte und jederzeit bereit war, zuzupacken.

Unabhängig davon verfolgte Arnold eigene politische Pläne. Schon früh bemühte er sich um die Bildung einer neuen Gewerkschaftsbewegung, die nicht nach Ideologien und Konfessionen gespalten war, und er beteiligte sich an der örtlichen Gründung der Christlich-Demokratischen Union. Sie erfolgte im Vergleich zu Köln und anderen Plätzen im Rheinland und in Westfalen verhältnismäßig spät, am 24. November 1945, aber sie war ebenso deutlich wie anderenorts gegen eine Wiederbe-

gründung des Zentrums gerichtet. In seiner Gründungsrede betonte Arnold die Aufgabe einer »Sammlung der katholischen und evangelischen Christen«; die Zukunft verlange »größere Voraussetzungen . . ., als nur den Parteienzustand von 1933 zu restaurieren«. In der rheinischen CDU spielte allerdings die Düsseldorfer Gruppe keine führende Rolle. Sie war eher dem interkonfessionellen als dem betont sozialen Flügel zuzurechnen, obwohl Arnold schon um diese Zeit als führender Vertreter der Arbeitnehmergruppe galt. Er konnte zusammen mit Walther Hensel für sich in Anspruch nehmen, im Spätsommer 1945 Konrad Adenauer für die CDU gewonnen zu haben. Von beiden Männern ist bezeugt, daß sie Adenauer drängten, weil sie davon überzeugt waren, die junge Partei brauche als Vorsitzenden eine bekannte und geachtete Persönlichkeit.

Ebenso sicher ist freilich, daß sich Arnold damit keinen Gefallen tat, obwohl er damals nicht so gedacht hat. Fünf Monate nach dem ersten Gespräch mit Adenauer wurde dieser Anfang Februar 1946 in Krefeld-Uerdingen zum Vorsitzenden der Landespartei des Nordrheinlands gewählt. Als die britische Regierung im Sommer beschlossen hatte, das Land Nordrhein-Westfalen zu bilden, bat die Militärregierung einen Tag vor der Bekanntgabe des Beschlusses Adenauer und nicht Arnold zusammen mit Jakob Kaiser und dem SPD-Vorsitzenden der britischen Zone, Kurt Schumacher, nach Berlin, um sie zu unterrichten und ihre Meinung zu hören. Von Arnold ist für diese Zeit keine pointierte Äußerung über die Bildung Nordrhein-Westfalens bekannt, so sehr er später innen- wie außenpolitisch das Land verteidigte, dessen Konsolidierung die ersten Jahre seiner Amtszeit ausfüllte.

Wenige Wochen später sollte die erste Landesregierung gebildet werden, mit deren Vorsitz Rudolf Amelunxen, Oberpräsident in Münster, betraut wurde. Der britische Gouverneur gedachte alle Parteien daran zu beteiligen, darunter auch Arnold. Aber der 25 Jahre ältere Adenauer, dem der Fraktionsvorsitz der Union im ersten, ernannten Landtag ganz selbstverständlich zufiel, verweigerte im August 1946 seine Zustimmung, weil er die CDU in dem von den Engländern festgesetzten Schlüssel für die Fraktionsstärken im ersten Landtag unter-, die Linksparteien dagegen überrepräsentiert fand. Arnold hielt dagegen eine Beteiligung für ratsam, weil er die gemeinsame Verantwortung aller Parteien für wichtiger hielt. Er drängte auf Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, um seine stärker wirtschaftlichen und sozialen als politischen Zielvorstellungen realisieren zu können. Persönlich fühlte er sich ohnehin manchem Sozialdemokraten, wenn dieser nicht betont Marxist und Atheist war, enger verbunden als ehemals Deutschnationalen und Volksparteilern unter seinen Parteifreunden.

Die Regierung ohne die CDU wurde bereits Anfang Dezember 1946 in ein Allparteienkabinett mit Arnold als stellvertretendem Ministerpräsidenten umgebildet. Die ersten Wahlen (Kommunalwahlen) in der britischen Zone zeigten, kaum daß der ernannte Landtag am 2. Oktober in Düsseldorf konstituiert war, wie stark sich die Engländer in der Frage des Parteienspektrums verschätzt hatten. Weitaus stärkste Partei wurde mit fast 50 Prozent die CDU. Der Gouverneur brauchte sechs Wochen, bis er die Zusammensetzung des ernannten Landtags änderte und danach auch der Regierungsumbildung zustimmte.

Die ernannte Regierung, in ihrem Entscheidungsspielraum durch Besatzungsverordnungen stark eingeschränkt, hätte auch bei mehr Freiheit nichts anderes tun können, als unermüdlich zu versuchen, die steigenden Notzustände unter Kontrolle zu bekommen. Lebensmittel waren vor allem in den stark verstädterten Kerngebieten des neuen Landes äußerst knapp. Der Besatzungsmacht fehlte es an Devisen für ausländische Einfuhren. Von den klassischen agrarischen Liefergebieten Westdeutschlands fielen die Magdeburger Zuckerlieferanten ganz aus, und die Lieferländer im westlichen Besatzungsgebiet ließen dem Industrieland Nordrhein-Westfalen nur sehr zögernd Hilfe angedeihen. Andererseits litt die Industrieproduktion unter Kriegsschäden, Rohstoffmangel und der anhaltenden Ungewißheit, wie die Siegermächte endgültig über die deutsche Industrie entscheiden würden, und keine deutsche Stelle konnte über Kohle und Stahl, die traditionellen Erzeugnisse des neuen Landes, verfügen.

Mit all diesen Hypotheken ging Nordrhein-Westfalen im April 1947 in die ersten allgemeinen Wahlen, die in Düsseldorf nach schwierigen Verhandlungen im Juni zu der ersten parlamentarisch gestützten Landesregierung unter Karl Arnold führten. Charakteristisch war für das Land, daß es im Vergleich zum Gesamtergebnis in der britischen Zone eine etwas schwächere SPD (32 v. H.), eine leicht stärkere CDU (37,5 v. H.), aber mit KPD (14 v. H.) und Zentrum (10 v. H.) zwei Landesparteien hatte, die hier erheblich stärker waren als anderswo.

Die Regierungsbildung erschien angesichts der komplizierten Mehrheitsverhältnisse schwierig. Eine Koalition gegen die Sozialdemokraten, wie sie Adenauer von Anfang an vorschwebte, wäre nur mit den Freien Demokraten (6 v. H.) möglich gewesen. Dagegen stand jedoch der starke linke Flügel der Union. Er vertrat das im Februar beschlossene Ahlener Programm der CDU in der britischen Zone, das zwar nicht wie SPD und KPD die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, aber deren Überführung in Gemeineigentum forderte. Andererseits gab es in der Schulpolitik Gegensätze zwischen CDU und Zentrum auf der einen, Sozialdemokraten und Liberalen auf der anderen Seite. Unerläß-

lich blieb daneben die Berücksichtigung der konfessionellen wie der landsmannschaftlichen Unterschiede zwischen Rheinländern und Westfalen.

Auch als Arnold am 17. Mai 1947 auf Beschluß der Fraktionen mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, dauerte es noch mehr als vier Wochen, bis die Große Koalition von CDU und SPD mit Zentrum und Kommunisten zustandekam. Arnold hatte sowohl die Widerstände Adenauers zu überwinden, der für eine Koalition der Union mit Zentrum und Freien Demokraten war und zeitweilig Josef Gokkeln als Regierungschef einer Rechtskoalition favorisierte, als auch die Mehrheit seiner Fraktion davon zu überzeugen, daß er den Sozialisierungstendenzen der Linksparteien widerstehen, zugleich aber auch Konfessionsschule und Elternrecht verteidigen werde. Gewählt wurde er zum Ministerpräsidenten einstimmig am 17. Juni, und noch am gleichen Tag konnte er sein elfköpfiges Kabinett vorstellen, dem fünf CDU-, drei SPD-, zwei KPD- und ein Zentrums-Minister angehörten. Die meisten von ihnen waren aus der zweiten Amelunxen-Regierung übernommen worden.

III

Die Große Koalition hielt drei Jahre, und auf diese drei Jahre drängte sich alles zusammen, was in der Zeitgeschichte den Namen Arnold ausmacht. Der Regierungschef, 46 Jahre alt, als er gewählt wurde, wuchs, was sein Auftreten nach außen betraf, nicht ohne Mühe in sein Amt hinein. Arnold war keine kämpferische Natur, seine persönliche Bescheidenheit stand ihm in den ersten Jahren eher im Wege, und das Verhandlungsgeschick, das er entwickelte, beruhte auf der Aufrichtigkeit seines Wesens, das kaum jemand unbeeindruckt ließ. Er sah seine erste Aufgabe darin, den 12 Millionen Menschen, die 1947 in Nordrhein-Westfalen lebten, über die allgemeine Not hinwegzuhelfen. Er sah schon früh die politische Rolle, die dieses Land zwangsläufig spielen mußte, und suchte sie zu entwickeln. In ihren Grundzügen war seine Politik auf der einen Seite Gesellschaftspolitik, auf der anderen Seite deutsche Politik. Für die Neuordnung der Grundstoffindustrien lehnte er in seiner Regierungserklärung »sowohl das System der bisherigen großkapitalistischen Wirtschaftsweise wie auch eine einseitige bürokratische Staatswirtschaft« ab; »Ziel muß vielmehr eine echte Gemeinwirtschaft sein, in der sich Einzelverantwortung und Einzelinitiative voll auswirken können«. Und er forderte für das Land eine Verfassung, durch die »der organische Aufbau des Reiches über die Länder sich

vollziehen kann und ... die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Reichseinheit sich ehestens verwirklicht«.
Beides blieb freilich Theorie; die gesellschaftspolitische wie die gesamtdeutsche Entwicklung verlief in anderen Bahnen, als sie Arnold vorschwebten. Er selbst hielt an seinen Zielen fest, solange das möglich war; später, als die Gesellschaftspolitik mehr und mehr andere Züge erhielt, wuchs gerade deshalb sein Ruf, das soziale Gewissen der Union zu verkörpern, weiter, und aus diesem Ruf wurde nach und nach so etwas wie ein Mythos. In der gesamtdeutschen Frage mußte er sich durch die Entwicklung davon überzeugen lassen, daß die »Reichseinheit« eines nicht mehr vorhandenen und nicht mehr wiederherstellbaren Reiches gegenstandslos wurde. In der Sozialisierungsfrage kam es im Sommer 1948 zu einer langwierigen parlamentarischen Debatte, die insofern mit einer Niederlage Arnolds endete, als sich die CDU in der Schlußabstimmung des Landtags auf Druck Adenauers der Stimme enthielt, während das Gesetz zur Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum mit der Mehrheit von SPD, Zentrum und KPD gegen die oppositionelle FDP verabschiedet wurde. Die Militärregierung versagte dem Gesetz die nötige Zustimmung.
Seine gesamtdeutschen Vorstellungen, wie er sie zum ersten Mal in der Regierungserklärung formuliert hatte, entwickelte Arnold deutlicher, als sich Anfang 1948 der Kurs der Westmächte abzuzeichnen begann, der ein halbes Jahr später zu der Entscheidung für die Weststaatbildung führte. Als die Ministerpräsidenten der Bizonen-Länder von den beiden Militärgouverneuren in Frankfurt auf stärkere Zusammenarbeit der amerikanischen und der britischen Zone eingeschworen worden waren, erhoben die kommunistischen Minister des Kabinetts in Düsseldorf gegen Arnold den Vorwurf des Landesverrats. Der Ministerpräsident wäre bereit gewesen, das hinzunehmen, doch erreichte es der Fraktionsvorsitzende seiner eigenen Partei, daß die Kommunisten ihre Angriffe soweit steigerten, bis Arnold nichts anderes übrig blieb, als die beiden Minister zu entlassen. Wenige Wochen später bekräftigte er trotzdem mit der Veröffentlichung eines »Manifestes für deutsche Einheit« seine Forderung nach Abhaltung freier Wahlen in allen vier Besatzungszonen und nach Bildung einer gesamtdeutschen Nationalversammlung. Und noch während der Vorberatungen über die Einsetzung einer verfassunggebenden Versammlung für die künftige Bundesrepublik, die begannen, als die Militärgouverneure mit den drei Frankfurter Dokumenten vom 1. Juli 1948 den eindeutigen Auftrag zur Weststaatbildung erteilt hatten, gehörte Arnold zu denjenigen Länderchefs, die sich gegen endgültige Einrichtungen wandten und eine wie auch immer geartete gesamtdeutsche Konzeption gewahrt wissen wollten.

Arnolds Tragik lag jedoch darin, daß das Land, dessen Regierung er vorstand, am wenigsten in der Lage war, diese Politik durchzuhalten. Gerade Nordrhein-Westfalen brauchte wegen seiner Größe, seiner Abhängigkeit von der Industrie und wegen seiner geographischen Lage Hilfe und war auf Autoritäten oberhalb der Länderebene angewiesen. Die begrenzte Hilfsbereitschaft und Hilfsfähigkeit der britischen Besatzungsmacht, die Mängel im Güteraustausch zwischen den Ländern der Bizone und die ausschließliche Verfügungsgewalt der Alliierten über die Kohleproduktion des Ruhrgebiets ließen die Nahrungsmittelnot Nordrhein-Westfalens zunehmend schlimmer werden, ohne daß wiederholte Appelle Arnolds an die Besatzungsmächte wie an die Solidarität der anderen Länder Besserung brachten. Hinzu kam, daß im Oktober 1947 mit der Veröffentlichung der endgültigen Liste für die Bizone erst das volle Ausmaß der Demontagen sichtbar wurde, die weit über den Abbau von Kriegsindustrie hinausgingen. Und erst im Frühjahr 1949, als in Bonn der Parlamentarische Rat in seine letzte Runde ging, bekräftigten die Niederlande ausdrücklich ihre zum ersten Mal Ende 1946 angekündigten Gebietsansprüche auf deutsches Grenzland im benachbarten Nordrhein-Westfalen. Belgien, das ebenfalls Ansprüche erhoben hatte, zog diese nach einer Intervention bei Premierminister Spaak, die der Düsseldorfer Landesgouverneur General Bishop auf Bitten Arnolds unternahm, größtenteils zurück. In Holland aber blieb man trotz einer Blitzreise Arnolds nach Den Haag dabei, die Grenzgebiete niederländischer Auftragsverwaltung zu unterstellen.

Mindestens ebensogroß war die Belastung, die dem Land und seiner Regierung aus der ungeklärten Lage der Schwerindustrie erwuchs. Es sollte sich bald erweisen, daß die Briten mit der Bildung Nordrhein-Westfalens zwar für die Verwaltungsgliederung ihrer Besatzungszone klare Verhältnisse geschaffen, aber alliierten Forderungen nach Kontrolle des Bergbaus und der Stahlindustrie nicht genügend Rechnung getragen hatten. Ende 1948 beschlossen die drei Westmächte zusammen mit den Beneluxstaaten das Ruhrstatut und damit die internationale Ruhrbehörde, die 1949 in Düsseldorf ihre Arbeit aufnahm. Auf deutscher Seite wurde die Einseitigkeit des Statuts kritisiert, weil sie eine westeuropäische Zusammenarbeit ausschließe. An die Stelle dieser »notwendigerweise verärgernden Kontrolle« müsse daher, so erklärte Arnold zu Neujahr 1949, ein völkerrechtlicher Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage treten, zu dem »Deutschland das Ruhrgebiet, Frankreich seine lothringischen Erzvorkommen und beide Länder die Saar beisteuern, während Belgien und Luxemburg ihre Schwerindustrie einbringen könnten«. Ernst genommen hat diesen Vorschlag nur die junge Europäische Bewegung, der auch Arnold angehörte, aber zu

konkreten Gesprächen kam es nicht, zumal im Herbst des gleichen Jahres Außenpolitik, soweit sie den Deutschen schon möglich war, Sache der Bundesregierung wurde. Die Ähnlichkeit des Arnold-Vorschlags mit dem Konzept der Montanunion, deren Schaffung Adenauer und Robert Schuman im Frühjahr 1950 einleiteten, ist später nur selten vermerkt worden.

IV

Die weltpolitische Bedeutung der Entscheidung, mit der die diesseits des Eisernen Vorhangs herrschenden drei Mächte die Weststaatbildung auf den Weg brachten, ist 1948 auf deutscher Seite von keinem der beteiligten Politiker ohne Skrupel aufgenommen worden. Karl Arnold gehörte zu denen, die noch eine Zeitlang geglaubt haben, ein möglichst provisorischer Charakter der neuen Institutionen könne eine Verfestigung der deutschen Teilung verhindern. Wenn er trotzdem mit dem Vorschlag, die verfassunggebende Versammlung in Bonn tagen zu lassen, der späteren Entscheidung für Bonn als provisorischer Bundeshauptstadt vorarbeitete, so war das nur scheinbar ein Widerspruch. Arnold war ein pragmatischer, ein Vernunftföderalist. Er brachte persönlich und aus den Erfahrungen seines Amtes zu wenig an Traditionsgefühl in das Geschäft ein, das er übernahm, als er sich für die Domizilierung des Rates wie später der Bundesorgane in der rheinischen Universitätsstadt einsetzte, um damit etwa auch äußerlich föderalistische Grundsätze gewahrt wissen zu wollen. Dafür wußte er gut genug, wie wichtig politisch die Bildung der Bundesrepublik für Nordrhein-Westfalen war, weil sich die drängendsten der ungelösten Fragen, mit denen seine Regierung konfrontiert blieb, ohne Initiativen und Erfolge auf einer höheren Ebene als der des Landes nicht lösen ließen.

Noch bevor die Entwicklung zur Weststaatbildung einsetzte, hatte Arnold Versuche eingeleitet, durch internationale Kontakte die Barrieren zu überwinden, die ihm gesetzt waren. Er berief zu diesem Zweck schon im Herbst 1947 Hans Kroll, der zehn Jahre später deutscher Botschafter in Moskau wurde, als Berater mit dem Auftrag, durch Kontakte zu dem vom Länderrat der amerikanischen Zone in Stuttgart eingerichteten Büro für Friedensfragen das Gelände zu sondieren. Kroll analysierte vor allem Möglichkeiten, wie durch geschickte Ausnutzung der unterschiedlichen Auffassungen der Westalliierten in der Industrie- und Sicherheitspolitik die Demontagen entschärft werden konnten. Auf dieser Linie lagen Arnolds Neujahrsvorschlag 1949 ebenso wie Versuche, den schlimmsten Demontagefall, nämlich den der August-Thyssen-

Hütte in Duisburg-Hamborn, durch Europäisierung der Hütte zu lösen. Die Beratertätigkeit Krolls dauerte kaum länger als ein Jahr; Arnold ließ ihn schließlich wegen des Mißtrauens der Briten gegenüber dem Diplomaten fallen. Mehr Einfluß auf ihn gewann Carl Spiecker, der eine Zeitlang eine Fusion des linken Flügels der CDU mit dem Zentrum betrieb. Auf Spiecker ging auch die Berufung des Geheimrats Hermann Katzenberger zum Landespressechef zurück, der ebenso wie Spiecker Berliner Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 in Düsseldorf nutzbar machte und durch Arnold 1949 erster Direktor der Bundesratsverwaltung in Bonn wurde.

Als die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten am 1. Juli 1948 die drei »Frankfurter Dokumente« vorgelegt hatten, in denen diesen aufgegeben wurde, bis zum Herbst eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, versuchte Arnold seine Vorstellungen zunächst durch den Vorschlag zur Bildung eines deutschen Exekutivorgans aus den Ministerpräsidenten zur Geltung zu bringen. Aber er drang damit auf der Koblenzer Rittersturzkonferenz nicht durch. Auch sein Widerstand gegen eine »verfassunggebende Versammlung«, die er lieber »Sechziger Ausschuß« genannt und darauf begrenzt wissen wollte, nur ein Statut, keine Verfassung auszuarbeiten, fand keine Mehrheit. Arnold ging es gleichermaßen darum, nicht die letzten Ansätze zu einer gesamtdeutschen Politik zu verbauen und eine Zentralinstanz oberhalb der Länderebene zu entwickeln, die die Selbständigkeit gegenüber den Militärgouverneuren wahrte.

Das zweite der »Frankfurter Dokumente« warf die Frage einer Änderung von Ländergrenzen noch vor der Schaffung der Bundesrepublik auf. Die Militärgouverneure wollten dabei allerdings nicht die Grenzen ihrer Besatzungszonen angetastet wissen, die im Westen ohnehin infolge der Aufteilung der preußischen Rheinprovinz auf zwei Besatzungsmächte wenig befriedigend waren. Arnold hielt jede Diskussion über die Grenze zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz politisch für verfehlt und stimmte mit seinem Koblenzer Kollegen Peter Altmeier darin überein, daß beide Länder wegen der Ähnlichkeit der Probleme in der Frage ihrer Selbstbehauptung aufeinander angewiesen waren. Die Bemühungen Nordrhein-Westfalens um Einberufung des Parlamentarischen Rates nach Bonn führten zum Erfolg. Als sich der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 in der Halle des Museums Alexander König konstituierte, war Arnold der Hausherr oder mindestens der Sprecher des gastgebenden Landes. Von dem, was seine Regierung äußerlich aufgewandt hatte, um den Beginn der Arbeit zu ermöglichen, sprach er in seiner Eröffnungsrede aber ebensowenig wie von der Rolle der Länder bei der Einberufung des Parlamentarischen Rates. Statt

dessen unterstrich er den vorläufigen Charakter des geplanten Grundgesetzes »für das westdeutsche Besatzungsgebiet« und beschwor den »festen Willen, einen Bau zu errichten, der am Ende ein gutes Haus für alle Deutschen werden soll«.

Anders als im Sommer 1948 lagen die Verhältnisse bei der zweiten Bonn-Entscheidung, die zunächst, im Mai 1949, der Parlamentarische Rat selbst traf. Jetzt hatte Arnold allen Anlaß, die Vorleistungen, die Nordrhein-Westfalen seit der Konstituierung des Parlamentarischen Rates in Bonn erbracht hatte, gerechtfertigt sehen zu wollen. Als dann im Frühjahr 1949, nach der knappen Entscheidung des Parlamentarischen Rates für Bonn als Bundessitz, die Auseinandersetzungen erneut und verschärft ausbrachen, war die Bonn-Frage auch für Arnold eine Prestigefrage, weil Nordrhein-Westfalen auf diese Weise im Kreis der Länder eine besondere Aufwertung erfuhr.

Es wäre freilich kühn, daraus schließen zu wollen, daß Arnold persönlich seine Wahl zum ersten Bundeskanzler betrieben habe. Erst neuerdings bekannt gewordene Zeugnisse besagen, daß Adenauer sich erst auf Drängen Arnolds entschlossen hatte, in den Parlamentarischen Rat zu gehen, der dann die Plattform für seinen Weg zum Bundeskanzler wurde. Sollte es bei Arnold entsprechende Überlegungen gegeben haben, so waren sie spätestens beendet, als er sich entschied, nicht für den ersten Deutschen Bundestag zu kandidieren. Vielmehr sei er fest entschlossen, so sagte er am 11. August 1949 auf einer Wahlkundgebung in Düsseldorf, »das ganze Gewicht unseres Landes . . . in der künftigen Bundesrepublik zur Geltung zu bringen, um so zu erreichen, daß wir weder einem mechanischen Zentralismus noch einem separierenden Partikularismus verfallen«. Nordrhein-Westfalen, so fügte er hinzu, »soll neben seinem organischen Eigenleben eine Kraftquelle für Deutschland werden«.

Solche Äußerungen waren schon ein Stück Programm des ersten Bundesratspräsidenten, der Arnold wurde. Adenauer hatte ihn zu der berühmten Sonntagnachmittagskonferenz in Rhöndorf am 21. August 1949, eine Woche nach den Wahlen, nicht eingeladen, weil er ihn fälschlicherweise für das Haupt einer Fronde gegen den Parteivorsitzenden hielt, die anders als Adenauer auch im Bund eine Große Koalition mit den Sozialdemokraten betrieb. In Wirklichkeit ist diese Fronde wohl eher nachträglich in den Meinungsbildungsprozeß hineininterpretiert worden, der freilich für Adenauer kein Prozeß war, denn seine Marschrichtung stand von Anfang an fest. Auch bei der Wahl Arnolds zum Bundesratspräsidenten kann man wohl kaum von einem Coup gegen Adenauer sprechen, der den Vorsitz im Bundesrat bereits dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard zugesichert hatte. Der

Vorschlag kam von Peter Altmeier, der die Entscheidungsfreiheit der Ministerpräsidenten betont wissen wollte. So verstand auch Arnold seine Wahl, die freilich Ehard verstimmte, und er sah nun auch politisch die führende Rolle bestätigt, die Nordrhein-Westfalen bei der Bildung der Bundesrepublik Deutschland gespielt hatte.

V

Die Bundesregierung war erst wenige Wochen im Amt, da erwies sich, wieviel größer trotz des Besatzungsstatuts, an das sie sich halten mußte, ihr Spielraum war. Bundeskanzler Adenauer leitete schon bald die Verhandlungen mit den drei Hohen Kommissaren ein, die Ende November 1949 zum »Petersberger Abkommen« mit der Einigung über die Einstellung des größten Teils der Demontagen führten. Landtag und Landesregierung in Düsseldorf gingen um diese Zeit an die Ausarbeitung der Verfassung, die man im Gegensatz zu anderen Ländern mit dem Hinweis auf das entstehende Grundgesetz zurückgestellt hatte. Der Regierungsentwurf, der Anfang Dezember vorgelegt wurde, war mit Mehrheits- und Minderheitsfassungen in wichtigen Fragen wie der Gemeinwirtschaft und dem Elternrecht kein Zeichen für Einigkeit in der Koalition. Auch in den Ausschußberatungen kam es nicht in allen Punkten zur Übereinstimmung. Bei der Verabschiedung am 6. Juni 1950 lehnten die Sozialdemokraten die Schulartikel ab, über die sie die Wähler entscheiden lassen wollten. Aber sie waren wiederum gegen eine Koppelung dieser Abstimmung mit der bevorstehenden Landtagswahl. Der Volksentscheid am Tag der Landtagswahl ergab 3,62 Millionen Jagegen 2,23 Millionen Nein-Stimmen, so daß die Landesverfassung am 11. Juli 1950 in Kraft treten konnte.

Arnold hatte sich in den Verfassungsberatungen stark zurückgehalten. In der Elternrechtsfrage war er weit weniger dogmatisch als die Mehrheit seiner Parteifreunde, konnte aber eine stärkere Betonung der Gemeinschaftsschule, die seinem Verständnis von Zusammenarbeit der Konfessionen eher entsprach, nicht durchsetzen. Der Gemeinwirtschaftsartikel erhielt in der Verfassung die Soll-Form. Die nicht überbrückten Meinungsverschiedenheiten in der Verfassungsfrage überschatteten auch den Wahlkampf für die zweite Legislaturperiode, die nun nicht mehr drei, sondern vier Jahre dauern sollte. Der Wahlausgang war jedoch eine Bestätigung der Großen Koalition.

Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende in Bonn hatte es als Ziel der Wahlen in Nordrhein-Westfalen anvisiert, nun auch dort eine CDU-FDP-Koalition zu erreichen. Als sein Ministerpräsidentenkandidat galt

der Düsseldorfer Finanzminister Weitz, der jedoch am 18. Juni in seinem Wahlkreis in Duisburg seinem sozialdemokratischen Mitbewerber unterlag. Fünf Wochen später entschied sich die Düsseldorfer CDU-Fraktion mit großer Mehrheit für eine erneute Kandidatur Arnolds, den das Plenum acht Tage später mit den Stimmen der meisten FDP- und Zentrumsabgeordneten auch wählte. Mehrfach drohte während der mühsamen Verhandlungen dieses Hochsommers eine Spaltung der CDU, was Adenauer bewog, schließlich Arnold zu stützen. Arnold selbst entschied sich dabei nicht zum ersten Mal, um den Konflikt zu überbrücken, für den Zusammenhalt in der Union trotz Spannungen und Gegensätzen, obwohl ihm das seine Partei und ihr Vorsitzender oft nicht gedankt haben.

In der breiten Öffentlichkeit galt die Nichterneuerung der Großen Koalition allerdings als ein beträchtlicher Prestigeverlust für Arnold. Dabei wäre eine neue Regierung der Union mit den Sozialdemokraten wahrscheinlich nicht wirklich möglich gewesen. Andererseits vermied Arnold, was eine Erneuerung der Großen Koalition betraf, die Probe aufs Exempel, wenn er sich dem Druck Adenauers auch nicht soweit unterwarf, nun mit den Freien Demokraten über eine Regierungsbeteiligung zu verhandeln. Sicherlich war in diesem ersten Jahr nach der Bildung der Bundesrepublik seine Haltung nicht zuletzt davon bestimmt, daß Adenauer mit der weitgehenden Einstellung der Demontage Nordrhein-Westfalen entscheidende Hilfe geleistet hatte. Es dauerte zwei Monate, bis Arnold im September eine Kleinstkoalition der CDU mit dem Zentrum zustandebrachte, und er hoffte bis zu den Neuwahlen vier Jahre später vergeblich auf eine Erweiterung der schmalen Basis seines zweiten Kabinetts. Öffentlich begründete er seine Entscheidung im Sommer 1950 damit, daß alle CDU-regierten Bundesländer verpflichtet seien, der Bundesregierung in ihrer Außenpolitik und damit bei der Wiedererlangung der Souveränität jede Unterstützung angedeihen zu lassen. Parteipolitisch hielt er Kritik an inneren Widersprüchen der Union das Grundprinzip des Unionsgedanken entgegen, den er nicht verwässert sehen wollte. Die Gemeinsamkeit der Konfessionen wie der gesellschaftlichen Gruppen – er gehörte zu den Mitbegründern und zum Vorstand der Sozialausschüsse – war für ihn eine aus den Weimarer Erfahrungen gewonnene Maxime.

Dabei ließ sich Arnold nicht anmerken, welche Wirkung seine Niederlagen auf ihn selbst gehabt haben. Er war nun längst in sein Amt hineingewachsen, hatte es gelernt, zu repräsentieren und liebte mehr und mehr Grundsatzreferate auf öffentlichen Veranstaltungen aller Art. Seine Sozialpolitik, die schon beim Bochumer Katholikentag im Herbst 1949 auf eine über das Land hinausreichende Ebene getragen worden war,

blieb auch künftig nicht ohne Erfolg. Während der Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und dem Deutschen Gewerkschaftsbund um die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie stand Arnold im Winter 1950/51 auf der Seite des DGB-Vorsitzenden Hans Böckler trotz dessen Streikdrohung. Unermüdlich setzte er in vielen Diskussionen gegen extremen Kapitalismus wie gegen radikale Sozialisierung sein Konzept einer ständig weiter zu verbessernden Sozialpartnerschaft. Auf dem Karlsruher Bundesparteitag der CDU im Herbst 1951 trug er den Plan eines Lohn-Investitionssparens vor, durch das je zwei Pfennig vom geltenden Stundenlohn und weitere zwei Pfennig Lohnerhöhung zu Investitionen benutzt werden sollten, um die Ungleichheiten in der Vermögensbildung abzumildern, die seit der Währungsreform eingetreten waren.

In der zweiten Legislaturperiode mußten Landesregierung und Landtag zwangsläufig der inneren Ordnung des neuen Landes größere Aufmerksamkeit widmen. Zu Beginn des Jahres 1951 waren immer noch anderthalb Millionen Menschen unzureichend untergebracht. Zu den bis dahin aufgenommenen 1,3 Millionen Flüchtlingen kamen durch den Verteilungsschlüssel, den der Bund festlegte, weitere 300000 hinzu, doch dauerte ihre Übernahme bis 1953. Trotz Wirtschaftswachstum reichte die Finanzkraft des größten Bundeslandes nicht aus, um alle Anforderungen zu erfüllen. Arnold, der seit seiner Wahl zum ersten Präsidenten des Bundesrats der Ländervertretung politisch unmißverständlich die Richtung gegeben hatte, bestand auf dem Grundsatz, daß die Länder nicht Verwaltungsuntergliederungen des Bundes, sondern seine Gliedstaaten seien. Was er schon damals als kooperativen Föderalismus bezeichnete, ließ sich bei den Größenunterschieden freilich nur schwer durchhalten. Wie sehr die Bundesregierung auf ihren machtpolitischen Ansprüchen beharrte, zeigte der Mißerfolg Arnolds bei dem Versuch, während der Sechs-Mächte-Verhandlungen über die Montanunion ein Mitspracherecht des Montanlandes Nordrhein-Westfalen durchzusetzen.

Den komplizierten Problemen des inneren Föderalismus in diesem großen Land stand Arnold kühl und abwartend gegenüber, und preußische Traditionen galten für ihn wenig. Typisch für Arnold war, daß er sich intensiv um die Elektrifizierung der Eisenbahn zunächst im Ruhrgebiet kümmerte, weil ihm das sozialpolitisch wegen der Verkürzung der Fahrzeiten für die Masse der arbeitenden Menschen wichtig erschien.

Von Arnold selbst ging auch die Initiative zur Gründung einer Rundfunkanstalt für Nordrhein-Westfalen aus, die im Land eine breite Forderung war. Anfang 1954 kündigte Arnold an, daß Nordrhein-Westfalen aus dem NWDR-Verband mit Hamburg ausscheren werde. Vorausgegan-

gen war 1953 ein Versuch der Bundesregierung, durch ein Bundesrundfunkgesetz dem Bund eigene Kompetenzen zu verschaffen, was freilich im Bundestag scheiterte. Für Arnold war ein eigenes Rundfunkgesetz daher auch ein Mittel, um sich und die Länder gegenüber einem solchen Einbruchsversuch in die Kulturhoheit der Länder zu behaupten.
Das Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk, mit dem die Rundfunkanstalt wiedererrichtet werden sollte, die es mit einem der Ausdehnung des Landes Nordrhein-Westfalen entsprechenden Sendegebiet, wenn auch in anderen Rechts- und politischen Formen, in Köln seit 1926 gegeben hatte, wurde am 12. Mai 1954 verabschiedet und trat am 25. Mai in Kraft. Mit eigenem Programm erschien der neue WDR zum ersten Mal am Neujahrstag 1956. Acht Wochen später wurde der Ministerpräsident durch ein konstruktives Mißtrauensvotum von SPD und FDP gestürzt.

VI

Das Ergebnis der dritten Landtagswahl vom 27. Juni 1954 hatte vorübergehend noch einmal die Frage aufgeworfen, ob eine Regierung der CDU mit den Sozialdemokraten nicht am meisten dem Wählerwillen entsprechen würde. Das Zentrum verlor mehr als ein Drittel der Stimmen, während CDU und SPD weiter zunahmen, die CDU jedoch weniger stark als im Herbst vorher bei den Bundestagswahlen, die SPD dagegen sehr viel mehr. Die Sozialdemokraten wären dieses Mal zu einer Koalition bereit gewesen. Aber Arnold entschied sich für eine Regierung mit den Freien Demokraten und dem Zentrum, die über 124 von 200 Stimmen verfügte. Dabei differierte die FDP von der Kulturpolitik der CDU und des Zentrums. In seiner Regierungserklärung begründete Arnold seine Koalitionsentscheidung vor allem mit der nötigen Stützung der Außenpolitik der Bundesregierung. Dem Vorwurf, er habe mit der Hereinnahme der Freien Demokraten in die Regierung politisch sein Gesicht verloren, hielt er die Versicherung entgegen, eine Regierung, in der er die Richtlinien der Politik bestimme, werde bedingungslos an dem bisherigen sozialen Kurs festhalten.
Die Möglichkeiten, die es dafür gab, waren freilich inzwischen sehr viel geringer geworden. Der wachsende Wohlstand veränderte die Situation immer mehr. In der Länderreformdiskussion, die lebhaft wurde, seit die Bundesregierung 1953 den früheren Reichskanzler Hans Luther beauftragt hatte, die Neugliederungsfrage zu untersuchen, machte Arnold unmißverständlich klar, daß Nordrhein-Westfalen keinerlei Gebietsansprüche an seine Nachbarn stellte. Allerdings hatte er die rheini-

sche Teilung von Anfang an für unglücklich gehalten. Als die Landesregierung in einem Memorandum vorsichtig die unterschiedlich engen Beziehungen des Landes und einzelner Landesteile zu den Nachbarn erläuterte, mußte die rheinische Frage breit erörtert werden, und das weckte nun Mißtrauen bei den Westfalen. Ende Januar 1955 bezeichnete Arnold das Memorandum als eine rein akademische Studie und erklärte, daß er dafür eintrete, die Neugliederung überhaupt weiter zu verschieben.

Arnolds Sturz kam für viele überraschend, zumal seine Ursachen bundespolitischer Art waren. Zu erklären sind sie freilich nicht allein mit Plänen der CDU/CSU für ein auf das Zweiparteiensystem zielendes Grabenwahlsystem, das die Freien Demokraten stark geschädigt haben würde. Seit Adenauers Moskau-Reise im Herbst 1955, an der Arnold als Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates teilgenommen hatte, waren in der Bundestagsfraktion der FDP die Widerstände gegen die Westorientierung weiter gewachsen. Auch gab es Differenzen in der Saarfrage, in der nicht nur die FDP Adenauers Politik, die auf eine Europäisierung zur Befriedung Frankreichs hinausliefen, kritisierte. Während Friedrich Middelhauve, der Landesvorsitzende in Düsseldorf, der im dritten Kabinett Arnold Wirtschaftsminister war, nach einem Kompromiß suchte, konspirierte eine Gruppe jüngerer Liberaler – Willi Weyer, Wolfgang Döring und Walter Scheel – mit den Sozialdemokraten. Am 11. Februar 1956 brachten die Fraktionen beider Parteien, die zusammen über 101 von 200 Sitzen verfügten, im Landtag ein konstruktives Mißtrauensvotum ein, das vorsah, den SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Steinhoff zum neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Angenommen wurde der Antrag am 20. Februar mit 102 gegen 96 Stimmen, wobei wahrscheinlich zwei CDU-Abgeordnete gegen Arnold, fast alle Zentrumsabgeordneten aber für ihn gestimmt haben.

In der Debatte, die der Abstimmung vorausging, versicherten die Frondeure, daß sich das Mißtrauensvotum nicht gegen Arnold persönlich richte. Die FDP betonte ihre Entschlossenheit, der Machtpolitik der Union im Bund entgegenzuwirken, und zwar durch einen Gegendruck, der derzeit nur von Nordrhein-Westfalen aus möglich sei. Arnolds Argument, daß es doch möglich wäre, durch Auflösung des Landtags und Neuwahlen die Wählermeinung festzustellen, setzten die Antragsteller ihre bundespolitische Spekulation auf eine entsprechende Hebelwirkung ihres Vorgehens entgegen, das auf einen Koalitionswechsel in Bonn nach den nächsten Bundestagswahlen 1957 zielte. Wenn Arnold vor seinem Sturz mit der Debatte im »falschen Saal« argumentierte, so hatte er landespolitisch damit sicherlich recht. Aber hatte er sich nicht selbst 1950 und in gewissem Umfang auch noch 1954 seinerseits

ähnlich entschieden, als er bei der Regierungsbildung mehr oder weniger unter dem Druck Adenauers handelte und dann seinen Entschluß zur Koalition mit bundespolitischen Gründen erklärte?
Als die CDU 1956 in die Opposition gedrängt wurde, bildeten die beiden oft rivalisierenden Landesverbände Rheinland und Westfalen der Union Arnold zuliebe zum ersten Mal eine Art Landespräsidium, und sie verhalfen ihrem Landesvorsitzenden auf dem nächsten Bundesparteitag dazu, zu einem der vier Stellvertreter des Parteivorsitzenden Adenauer gewählt zu werden. Arnolds erstes politisches Ziel nach seinem Sturz war es, bei den nächsten Wahlen die Mehrheit zu erringen. Im Herbst 1956 bot ihm Adenauer an, als Arbeitsminister und Vizekanzler ins Bundeskabinett einzutreten, um die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu koordinieren, doch lehnte Arnold ab, um den westfälischen Parteifreund Theo Blank, der das Verteidigungsministerium für Franz Josef Strauß räumen sollte, nicht um sein Ministeramt zu bringen. Im September 1957 kandidierte er zum Bundestag und erhielt in seinem Wahlkreis 72 Prozent der Stimmen. Seine einzige Rede im Bundestag hielt Arnold Anfang 1958 zur Eigentumsbildung. »Im Kampf um die Wiedervereinigung in Freiheit siegt letztlich immer der, der das innerlich unangreifbarste Fundament hat, das heißt, wer der Freiheit die stabilsten und großzügigsten, die sozialsten und gerechtesten Grundlagen gibt. Erst aus einer solchen Freiheit wächst die Sicherheit, auch die soziale.«
Die Entscheidung vom 6. Juli 1958 brachte der CDU die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen und damit den Auftrag zu einer neuen Regierungsbildung. Karl Arnold starb eine Woche vor den vierten Landtagswahlen in der Nacht zum 28. Juni 1958 nach der Rückkehr von einer Wahlkundgebung in Minden in Düsseldorf.

Erich Kosthorst

Jakob Kaiser (1888–1961)

»Deutschland wird nicht dadurch gesund, daß man der marxistischen Gefahr ein liberales System entgegensetzt und dann zwischen beiden eine Mauer errichtet. Östliche und westliche Besatzungsmächte müssen den Weg freigeben zur eigenen Auseinandersetzung im deutschen Volk selbst.« Als Jakob Kaiser, neben Konrad Adenauer und Kurt Schumacher eine der drei repräsentativen nationalen Figuren der ersten Nachkriegsjahre und der Frühgeschichte der Bundesrepublik, diese Sätze – Kernsätze seines politischen Konzepts – auf der ersten gesamtdeutschen Tagung der Sozialausschüsse der CDU am 30. November 1947 in Herne sprach, war er sich des Hintersinns dieser Aussage nicht bewußt, wie er sich schon kurz darauf enthüllen sollte.

Drei Wochen später, am 20. Dezember 1947, verfügte die Sowjetische Militäradministration (SMA) Kaisers Absetzung aus dem Amt des Ersten Vorsitzenden der CDU der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Damit schob sie die letzten demokratischen Kulissen von ihrer Bühne. Kaum zwei Jahre danach etablierten sich unter der Regie der Siegermächte zwei separate deutsche Staaten, marxistisch fundiert der eine, liberal der andere. Nach weiteren zwölf Jahren errichtete die DDR auf der Trennlinie einen archaischen Limes: Die von Kaiser in jener Rede berufene Mauer zwischen beiden Teilen war also buchstäblich Wirklichkeit geworden, die Zerreißung vollendet.

Jakob Kaiser, bedeutendster Exponent des politischen Willens, diese Entwicklung zu verhindern, seit 1949 in der Stellung eines Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, ist somit zweifach gescheitert: als Vorsitzender der CDU der SBZ hatte er den Prozeß der Teilung nicht zu verhindern, als Bundesminister die Wiedervereinigung nicht zu erringen vermocht. Wer war dieser Mann, der seine ganze Kraft in den Dienst der Erhaltung bzw. Wiedergewinnung einer einheitlichen deutschen Nation – eines demokratisch und sozial freilich entschieden modernisierten deutschen Nationalstaates – gestellt und sich darin verzehrt hat? War er das Exempel eines in Deutschland nicht eben seltenen irrealen politischen Denkens oder gilt, daß erst durch den Ernst des politischen Bemühens von Jakob Kaiser der Nachweis erbracht worden ist, daß Deutschland keine Brücke zwischen den Mächten sein konnte,

daß es eine Alternative zum 1948 endgültig verfestigten Staatensystem nicht mehr gab?

I

»Der Jakob Kaiser will aus Franken sein, er ist aus Königsberg«, so gab Konrad Adenauer einen Eindruck wieder, den nicht wenige andere mit ihm teilten. Tatsächlich wies Kaiser in seinem Wesen manchen Zug auf, den man dem »Preußischen« zuzurechnen pflegt; doch stammte er aus Mainfranken, aus dem Saalestädtchen Hammelburg, wo er am 8. Februar 1888 als zweitältestes von zehn Kindern geboren wurde. Der Vater konnte mit seiner kleinen Buchbinderei und dem zugehörigen Papierwarengeschäft in dem armen Weinbauernstädtchen die große Familie nur eben durchbringen. So wuchs Kaiser in sehr bescheidenen Verhältnissen auf, von früh an daran gewöhnt, an der Mühsal der Eltern tätig teilzunehmen und ein Stück Mitverantwortung zu tragen. Wie stark sein Zugehörigkeitsgefühl war, sollte sich zeigen, als die geistig aufgeschlossenen und zu besonderen Opfern bereiten Eltern den begabten Schüler auf die traditionsreiche Hammelburger Lateinschule schickten. Schon nach einem Vierteljahr geriet jedoch der Junge, der sich in der Geschichte seiner Heimat gut auskannte und dem der Vater den Sinn für die öffentlichen Dinge bereits geweckt hatte, in einer historischen Frage mit seinem Lehrer aneinander. In seinem Sinn für Recht und Wahrheit wagte er diesem zu widersprechen, worauf ihm der Lehrer mit der Bemerkung über den Mund fuhr: »Es wäre besser, du wärest bei der Kleisterschüssel deines Vaters geblieben.« Empört über die Herabsetzung der väterlichen Arbeit verließ der Junge sofort Klassenzimmer und Schule, und niemand vermochte ihn zu bewegen, dorthin wieder zurückzukehren, wo man seine und seines Vaters Ehre verletzt hatte.

Neben einem empfindlichen Ehrgefühl kündigt sich hier die Willenshärte und Unbeugsamkeit eines starken Charakters an, mit dem Jakob Kaiser gewiß nicht immer Freunde gewann, die ihm jedoch auch weite Gefolgschaft sicherte. Wer aber weiß, wie er später darunter litt, daß seine Hartnäckigkeit ihn zwang, den nicht leichten Weg des Autodidakten zu gehen, versteht auch eine andere Seite seiner Haltung: die Bereitschaft zum Kompromiß, zum Einlenken. Natürlich kommen noch weitere Erfahrungen hinzu, Grundlinien seiner Persönlichkeit werden aber schon jetzt sichtbar. Was sich in seiner Jugend anbahnt: Unbeugsamkeit in grundsätzlichen Dingen, Kompromißbereitschaft in praktischen Fragen – das kennzeichnet schließlich den reifen Politiker, wobei die Ent-

schlossenheit wohl oft ohne Verbindlichkeit, die Kompromißbereitschaft aber immer ohne hinterhältige Glätte war. Man wußte, woran man mit ihm war – Vertreter der SMA haben dies später mit Verwunderung und Achtung registriert, auch wenn ihnen die Unbeugsamkeit dieses Mannes schließlich lästig wurde; und nicht zuletzt Konrad Adenauer als Bundeskanzler hat der Geradlinigkeit Kaisers trotz aller daraus entstehenden Konflikte seinen Respekt bezeugt.

Die Unerschütterlichkeit und Unverzagtheit seines politischen Willens wurzelte in einem optimistischen Grundzug seines Wesens, Teil seines Naturells und Mitgift des bei aller materiellen Kargheit dennoch lebensfrohen Elternhauses. Diese für ihn charakteristische optimistische Grundhaltung, die er sich von Kind an durch alle Widrigkeiten hindurch erhielt, ließ ihn stärker als den tief skeptischen Konrad Adenauer auf das Gute in der Welt, auf den, wie er sich später im engsten Freundeskreis manchmal äußerte, objektiven Geist (mit der List der Vernunft) setzen. Was er hier mit Hegels Worten ausdrückte, war jedoch nicht in dessen Philosophie begründet, sondern ganz schlicht in einer einfachen, beinahe fraglosen, nach außen zurückhaltenden Gläubigkeit, in die er in seinem katholischen Elternhaus wie selbstverständlich hineinwuchs und die ihn lebenslang getragen hat.

Nach Abschluß der siebenklassigen Volksschule trat Kaiser als Dreizehnjähriger bei seinem Vater in die Lehre ein. In den Lehrjahren wuchs er nicht nur in das Buchbinderhandwerk mit seinen Erfordernissen einer peniblen und den Adepten lebenslang prägenden Genauigkeit, sondern auch in praktizierte katholische Soziallehre hinein, weil der väterliche Lehrherr als einer der engsten Mitarbeiter des sozial engagierten Geistlichen Johannes Aegidius Martin sich mit Leidenschaft an dessen erfolgreichem Versuch beteiligte, die soziale Misere der tief verschuldeten Winzer, Bauern und Handwerker der Bezirksamtsstadt Hammelburg mit Hilfe verschiedener genossenschaftlicher Selbsthilfeorganisationen zu beseitigen.

Nach beendeter Lehre besuchte Kaiser weitab im östlichen Preußen die Buchbinderschule in Schwiebus, um dann, nach nur kurzer Wanderzeit, für sechs Jahre in Nürnberg ansässig zu werden. Er arbeitete als Geselle in der Großbuchbinderei Arndt und Kaltmaier.

In den Nürnberger Jahren (1906–1912), in die noch eine zweijährige Militärdienstzeit fiel, fand Kaiser seine geistige Heimat im Gesellenverein Adolf Kolpings, dem Motor der katholischen Laienbewegung in der alten protestantischen Reichsstadt. Er erlebte hier den rapide fortschreitenden sozialen Strukturwandel jener Vorkriegsjahre, vor allem den Angleichungsprozeß von Gesellen und Arbeitern, sehr bewußt mit und war aktiv daran beteiligt, notwendige Folgerungen zu ziehen. Er

trat nicht nur sehr bald selbst der damals noch jungen christlichen Gewerkschaftsbewegung bei, sondern warb auch im Gesellenverein mit Nachdruck und unter Inkaufnahme schwerer Konflikte mit der geistlichen Leitung (bis zum zeitweiligen Ausschluß aus dem Gesellenverein) für den Gewerkschaftsgedanken, bis sich schließlich am Ende seiner Nürnberger Zeit die Mehrzahl der Kolpingsöhne gewerkschaftlich organisiert hatte.

Anregung und Bundesgenossenschaft fand Kaiser von Anfang an im »Volksverein für das katholische Deutschland«, dessen Argumentations- und Bildungshilfen er intensiv aufnahm und für den er bald auch als Vertrauensmann tätig wurde. Daß er 1912 schließlich den Großen Kursus des Volksvereins, einen sich über zweieinhalb Monate erstreckenden volkswirtschaftlichen Lehrgang an der Zentrale in Mönchen-Gladbach absolvierte – übrigens unter Leitung des nachmaligen langjährigen Reichsarbeitsministers Dr. Heinrich Brauns –, ist typisch für den Werdegang zahlreicher katholischer Arbeiterführer und Politiker. Im Anschluß an den Kurs wurde Kaiser von der Delegiertenversammlung des Kölner Kartells der Christlichen Gewerkschaften zu ihrem Kartellsekretär gewählt.

Die Amtsübernahme fiel in die Zeit des Abschlusses des sogenannten Gewerkschaftsstreites, in dem sich Adam Stegerwald einen Namen gemacht hat. Das Sich-Freikämpfen von integralistischen Kräften seiner Kirche, die einen interkonfessionellen gewerkschaftlichen Zusammenschluß nicht zulassen wollten, hat auch bei Kaiser nachhaltig gewirkt, ohne daß jedoch Ressentiments in ihm zurückgeblieben wären wie bei Adam Stegerwald.

Die Arbeit für die Gewerkschaft wurde unterbrochen durch den Weltkrieg, an dem Kaiser zunächst als Unteroffizier, dann als Feldwebel, in vorderster Front kämpfend, teilnahm. Das Kriegserlebnis (mit der Erfahrung eigener schwerer Verwundung) hat ihn zwar tief geprägt, schon vorhandene soldatische – »preußische« – Züge in ihm verstärkt, nicht aber jene irrationale Lebens- und Weltanschauung erzeugt, die zum Quell eines antidemokratischen Denkens wurde und das politische Klima der Weimarer Republik verhängnisvoll vergiftet hat. Die Niederlage Deutschlands mit der darin verflochtenen Novemberrevolution und den folgenden inneren und äußeren Belastungen des Weimarer Staates hat bei ihm nicht einen neuen Nationalismus geschürt, sondern das vorhandene starke Nationalgefühl geläutert und zu einem ausgeprägten Nationalbewußtsein reifen lassen. Die harten Realitäten der Nachkriegszeit waren ihm also kein Anlaß zur Flucht in antidemokratische Ideologien, sondern im Gegenteil Anstoß zu einem Jahr für Jahr sich vertiefenden demokratischen Einsatz.

Man hat in der Beschreibung der Geschichte der Weimarer Republik bisher das Hauptaugenmerk auf die Entfaltung der antidemokratischen Kräfte und Tendenzen gelegt. Es wäre an der Zeit, dem gegenläufigen Prozeß stärkere Beachtung zu schenken, damit nicht der falsche Eindruck einer zwangsläufigen Entwicklung zum totalitären Staat entsteht. In diesem Zusammenhang kann der christliche Gewerkschafter und Politiker Kaiser als ein bemerkenswertes Beispiel für das allmähliche Hineinwachsen von ursprünglich monarchisch geprägten, von starkem Nationalbewußtsein erfüllten Männern in den gegebenen republikanischen und demokratischen Staat gelten, den sie aus gefestigtem sozialen und demokratischen Bewußtsein dann entschlossen gegen den andringenden Nationalsozialismus verteidigt und, wie im Falle Kaisers, über die Machtergreifung hinaus als Mitglieder der Widerstandsbewegung bekämpft haben.

II

Jakob Kaiser ist mit seinem Aufstieg in leitende Gewerkschaftsämter zugleich Schritt für Schritt in ein stärkeres politisches Engagement hineingewachsen. Nach kurzen Zwischenspielen – als Mitglied des Kölner Arbeiter- und Soldatenrates, als Jugendleiter der christlichen Gewerkschaften – wurde er als Geschäftsführer ins Generalsekretariat des gewerkschaftlichen Gesamtverbandes geholt und hatte nach der Übersiedlung der Verbandszentrale von Köln nach Berlin 1921 sein Arbeitszimmer in der Kaiserallee neben Stegerwald und Heinrich Brüning. Seine Aufgabe bestand u. a. darin, von der Reichshauptstadt aus die verschiedenen Landesgeschäftsstellen in Köln, Saarbrücken, München, Breslau und Königsberg zu betreuen und für eine gute Placierung tüchtiger Gewerkschafter als Reichstags- und Landtagskandidaten in der Zentrumspartei zu wirken, eine Aufgabe, bei der ihm seine politischen Erfahrungen und Kontakte, zuerst im Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumspartei der Stadt Köln, dann des Rheinlandes, sehr zustatten kamen. Die Partei war für ihn allerdings von Anfang an mehr als ein Instrument partikularer gewerkschaftlicher Interessen. So wichtig ihm Arbeiterprobleme zeitlebens blieben, so ging doch sein Denken darüber hinaus. Es war genuin politisch, d. h. auf den Staat als den Wahrer gesamtgesellschaftlicher Belange gerichtet.
Kaiser, von Stegerwald protegiert und in seinem Schatten stehend, begann jetzt, nachdem er in die erste Reihe der christlichen Arbeiterführer eingetreten war, stärker eigene Konturen auszuprägen. So gewann er in den Jahren nach seiner Berufung zum Landesgeschäftsführer für Rheinland und Westfalen (1924), dem Schwerpunkt der christlichen

Gewerkschaften mit der Hälfte ihrer Gesamtmitgliederzahl, allmählich mehr und mehr Abstand von Stegerwald und hob sich bald auch deutlich ab von so typischen Gewerkschaftsführern wie Heinrich Imbusch, dem aktiven Vorsitzenden der christlichen Bergarbeitergewerkschaft, und Bernhard Otte, dem Vorsitzenden der Textilarbeitergruppe und späteren Generalsekretär des Gesamtverbandes. Von diesen Männern, deren Denken und Handeln streng auf den im engeren Sinn gewerkschaftlichen Interessenraum bezogen blieb, unterschied sich Kaiser durch sein schon erwähntes politisches Engagement, das er durch ein intensives historisch-politisches Selbststudium zu fundieren suchte.

Erfüllt von der Aufgabe einer national-sozialen Synthese kämpfte Kaiser politisch für einen starken sozialen Staat und eine demokratische Verfassung. Im Gegensatz zu der reservierten Haltung nicht weniger Zentrumspolitiker und mancher retardierenden Kräfte auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, besonders des unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mit den christlichen Arbeitergewerkschaften kooperierenden Deutschen Handlungsgehilfenverbandes (DHV), im Unterschied auch zu den Vorbehalten Stegerwalds, bekannte sich Kaiser seit dem Kasseler Reichsparteitag des Zentrums (1925) und dem Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften (1926) deutlich und entschieden zur Weimarer Republik. In der praktischen Politik der letzten Weimarer Jahre steuerte er, der als stellvertretender Zentrumsvorsitzender des Rheinlandes und Mitglied des Geschäftsführenden Reichsvorstandes (1928) sozial auf dem linken Flügel seiner Partei stand, einen Mittelkurs, um im Kontakt mit den nach rechts tendierenden Gruppen in Gewerkschaften und Partei zu bleiben und so deren Abdriften zu verhindern.

Für Kaiser bedeutete parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften also nicht, wie bei den 1929 – nach Stegerwalds Rücktritt von den Gewerkschaftsämtern – in die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionen einrückenden »Nur-Gewerkschaftern« Bernhard Otte (Vorsitz des Gesamtverbandes) und Heinrich Imbusch (Leitung des DGB) Beschränkung auf rein gewerkschaftliche Interessen; er verstand darunter einen kalkulierten staatspolitischen Einsatz – mit Zurückhaltung in normalen Zeiten, mit vollem Gewicht in Notsituationen. Es ist wesentlich das Verdienst Kaisers, die christliche Gewerkschaftsbewegung nach einer politischen Karenzphase (1929–1931) in der sich nun verschärfenden Staatskrise aus der Reserve herausgerissen und zur entschiedenen Abwehrstellung gegen den vorrückenden Nationalsozialismus gebracht zu haben. Auf dieser Linie lag auch die entscheidend von Kaiser forcierte Bereitschaft der christlichen Gewerkschaften, mit Reichskanzler Schleicher zu paktieren.

Als Hitler dann die Macht übernommen hatte, stimmte nach den Märzwahlen bekanntlich auch das Zentrum dem Ermächtigungsgesetz zu. Kaiser, der am 5. März 1933 als Zentrumsvertreter des Essener Wahlbezirks in den Reichstag gewählt worden war, hatte in der Probeabstimmung wie Brüning und einige wenige andere mit Nein gestimmt, war dann aber der Mehrheit gefolgt. Er empfand diese Entscheidung schon sehr bald als ein persönliches Versagen und war von da an zu keinem weiteren Zugeständnis dem Nationalsozialismus gegenüber bereit. Nachdem der von ihm intensiv geförderte Versuch, dem erwarteten Zugriff der Nationalsozialisten auf die Gewerkschaften durch Gründung einer Einheitsgewerkschaft in letzter Minute zuvorzukommen, gescheitert war, verweigerte er seine Unterschrift unter die vom damaligen Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Robert Ley, den christlichen Gewerkschaften am 3. Mai 1933 vorgelegte Kapitulationsurkunde. Von da an galt er als Reichsfeind, von Verhaftungsbefehlen mehrfach verfolgt, 1938 mehrere Monate lang in Haft gehalten, aber erst nach dem 20. Juli 1944 von den Nationalsozialisten als zur Kerntruppe der Widerstandsbewegung gehörig erkannt.

III

Der noch vor der endgültigen Zerschlagung der christlichen Gewerkschaften von den Nationalsozialisten seines Amtes als Landesgeschäftsführer von Rheinland und Westfalen enthobene Kaiser kehrte nach Aufhebung des ersten Verhaftungsbefehls nicht nach Köln zurück, sondern ließ sich während der zwölf Jahre des NS-Regimes in Berlin nieder, wo ihm Elfriede Nebgen, die bisherige Leiterin der Christlichen Arbeiterhilfe, in ihrer Wohnung in der Wittelsbacher Straße Raum zur Einrichtung eines Büros zur Verfügung stellte. Von dort aus kämpfte Kaiser als eine Art Treuhänder der aufgelösten christlichen Gewerkschaftsbewegung bei NS-Dienststellen und Reichsbehörden für die Anerkennung von Versorgungsansprüchen der aus den Ämtern gejagten Gewerkschafter. Hinter dieser Fassade wurden Büro und Wohnung sehr bald zu einer Konspirationszentrale des Widerstands.
Hier verband sich Kaiser mit dem führenden Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner, nachdem dieser im Juni 1934 aus dem Konzentrationslager entlassen war, und dem ehemals Brüning nahestehenden Max Habermann vom DHV zu dem Entschluß, nach der Beseitigung des NS-Regimes die ehemaligen Richtungsgewerkschaften nicht mehr zu erneuern, sondern Einheitsgewerkschaften zu gründen. Im Laufe der Jahre ging man noch darüber hinaus. Die Analyse der Bedingungen der Möglich-

keit des totalitären Staates in Deutschland, die Erörterung der Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik führten zu der Überzeugung, daß die scharfe ideologische Frontstellung zwischen Sozialdemokratie und christlich fundierten Parteien sich überlebt habe. Die Zustimmung zu einem moderierten, undogmatischen und nicht-kollektivistischen Sozialismus hier und die Respektierung christlicher Personalität dort könne, so glaubte man im Kaiser-Kreis, möglicherweise sogar zur Gründung einer Arbeiterpartei nach dem Muster der englischen Labour Party führen.

War dies zeitweilig eine Lieblingsvorstellung Kaisers, sozusagen sein Maximalprogramm, so galt ihm und den Freunden aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung sowie aus der Zentrumspartei, mit denen er in den Jahren 1934 bis 1944 systematisch die Verbindung aufrechterhielt, der *interkonfessionelle* Zusammenschluß der christlichen und sozialen Demokraten als selbstverständliche Minimalforderung.

Auf zahlreichen Reisen in alle einstmals gewerkschaftlich organisierten Bezirke, auch nach Österreich hinein, knüpfte Kaiser – wie auf der anderen Seite auch Wilhelm Leuschner – im Laufe eines Jahrzehnts ein Netz von Kontakten zu vielen ehemaligen Gewerkschaftern, diese abgestuft und vorsichtig auf künftige Entscheidungen vorbereitend. Hier hätte – und dies gilt ebenso für die sozialdemokratische Seite – bei einem Gelingen des geplanten Umsturzes eine personale Infrastruktur zur Verfügung gestanden, die den Militärs, zu denen gerade Kaiser in enger Beziehung stand, den Umsturz erst verantwortbar machte. Die Widerstandsbewegung produzierte also nicht nur Ministerlisten, wie man hier und da skeptisch vermerkt hat. Freilich gilt auch die kritische Feststellung (von Hans Mommsen, Bernhard Uhl), daß z. B. in dem mit Kaiser verbundenen Kölner Kreis unter Einwirkung von Pater Eberhard Welty O. P. autoritäre Konzepte, ständestaatliche Reminiszenzen und restaurative Gedanken der Wiederherstellung eines homogen christlichen Staates gepflegt wurden, deren Realisierung man nicht hätte wünschen mögen.

Was Kaiser angeht, so ist zu sagen, daß seine Vorstellungswelt im regelmäßigen Austausch mit Männern wie Josef Wirmer, Bernhard Letterhaus, Otto Müller, Nikolaus Groß, schließlich auch mit Pater Alfred Delp S. J. nicht in jener Weise begrenzt blieb. Dafür sorgte auch die nie unterbrochene produktive Auseinandersetzung mit Sozialdemokraten, vor allem mit dem ihm am nächsten stehenden Wilhelm Leuschner. Diese beiden Männer sind es auch gewesen, die den Konservativismus Carl Friedrich Goerdelers, mit dem seit Ende 1941 die Verbindung hergestellt war, deutlich aufgelockert haben. Die Zusammenarbeit mit Goerdeler wurde schließlich so eng, daß man den Kaiser-Kreis am

Ende der Goerdeler-Gruppe zurechnen kann, wenn auch gegenüber einigen mit Goerdeler verbundenen, rückwärts gewandten Kräften manche Reserven blieben.
Mit dem Mißlingen des Stauffenberg-Attentats am 20. Juli 1944 war die Widerstandsbewegung gescheitert. Kaiser hat, gerettet durch die Tapferkeit und die Besonnenheit seiner Mitarbeiterin Elfriede Nebgen, den moralischen Impuls des deutschen Widerstands mit seiner Person in die Nachkriegszeit hineinzutragen versucht.

IV

Jakob Kaiser ging auf die Sechzig zu, als er mit seinem römisch anmutenden Kahlkopf 1945 noch einmal auf der deutschen Bühne erschien, um hier eine politische Hauptrolle zu übernehmen. Als er nach dem von der SMA erzwungenen Abgang der beiden ersten Parteivorsitzenden der CDU der SBZ, Andreas Hermes und Walther Schreiber, zusammen mit Ernst Lemmer in die Bresche zu treten sich entschloß, konnte er nicht hoffen, seine alten politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Es ging darum, zu retten, was zu retten war. Eingespannt in den Block der antifaschistischen Parteien, hat Kaiser als der neue erste Parteivorsitzende jedoch den verbliebenen Manövrierraum optimal zu nutzen verstanden.
Wer beim Rückblick auf die Geschichte seit 1945 jede Möglichkeit einer Alternative zur tatsächlich abgelaufenen Entwicklung ausschließt, für den hat Jakob Kaiser ein makabres Schattenboxen vollführt. Sein Agieren stellt sich jedoch anders dar, wenn man in Übereinstimmung mit einem so kompetenten und zugleich skeptischen Beurteiler wie Hans-Peter Schwarz konstatiert, daß damals auch unter den Hauptakteuren, den Leitern der großen Mächte, in höchstem Maße Unklarheit und Unsicherheit in der Einschätzung der Gesamtlage bestand und daß – objektiv oder zurückhaltender: theoretisch – mehrere Wege in die Zukunft noch gangbar waren, die Entwicklung also noch formbar erschien. Die Kompromisse von Jalta und Potsdam markierten noch nicht die Zweiteilung der Welt, sondern vorerst nichts anderes als eine Übergangskonstellation, die nicht unvermeidlich im totalen Konflikt enden mußte, sondern potentiell auch für kooperative Lösungen der Großmächte offen war. Zwar weist Schwarz auf die von Anfang an bestehende Gefahr der Penetration des Kontinents durch die Sowjetunion hin, aber er sieht doch auch »trotz der konstellationsbedingten Undurchsichtigkeit der Lage... institutionalisierte Ansätze eines zwar von gegenseitigem Mißtrauen gekennzeichneten, aber doch nicht ganz

hoffnungslos stimmenden Kooperationssystems der Großmächte«.
Kaiser erkannte früh, daß Deutschland infolge seiner mitteleuropäischen Zentrallage, seiner Bevölkerungszahl, seiner im Augenblick zwar stilliegenden, aber eines Tages wieder revitalisierbaren wirtschaftlichen Kräfte der Testfall dafür war, ob die Interessen der Großmächte an einem solchen Brennpunkt sich zum Ausgleich würden bringen lassen. Vorerst war das Mißtrauen gegenüber dem Land, das in den letzten siebzig Jahren sich als ein virulenter Unruheherd erwiesen hatte, fast noch größer als das der Siegermächte gegeneinander. Die deutschen Politiker waren demgemäß in ihren Operationsmöglichkeiten äußerst beschränkt; sie mußten sich darauf konzentrieren, den politischen Lebenswillen der Deutschen am Leben zu erhalten oder überhaupt erst wieder zu entfachen und auf diesem Wege indirekt auf die jeweilige Besatzungsmacht und auf diese Weise auch auf die anderen Mächte politisch Einfluß zu nehmen versuchen.
In diesem bescheidenen Handlungsrahmen offerierte Kaiser als Problemlösungskonzept seine Brücken-Theorie: Deutschland sollte als Brücke zwischen den verschieden strukturierten Staatensystemen Begegnung und Ausgleich ermöglichen. Die politische Substanz dieses Denkmodells erfaßt man wohl noch besser, wenn man sich die Deutschland zugedachte Funktion als die eines Puffers zwischen verschiedenen soziopolitischen Systemen vorstellt; eines Puffers freilich, der nicht im klassisch-politischen Sinn extreme Bewegungen der einen oder anderen Seite lediglich passiv-mechanisch aufzufangen und abzumildern, sondern von eigenen Energien gespeiste, produktive Vermittlerfunktionen zu erfüllen hat. Es handelte sich dabei in Kaisers Vorstellung also nicht um eine wie auch immer modifizierte Restauration des europäischen Staatensystems der Zeit vor 1933 mit erneuter Befähigung Deutschlands zu einer Schaukelpolitik zwischen West und Ost. Wenn, so war Kaisers Gedanke, die Deutschland zugedachte Funktion eines Druckausgleichers sowohl für Rußland als auch für die Westmächte akzeptabel werden sollte, dann bedurfte es realer Sicherheitsgarantien für beide Seiten, die innenpolitisch abzustützen waren. Die Sowjetunion sollte sich in diesem Sinne durch eine den Kapitalismus überwindende, gemäßigt sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsreform in Deutschland gesichert fühlen, die Westmächte durch eine demokratische Verfassung in der Form des parlamentarischen Repräsentativsystems.
Dieses Konzept einer eigenständigen – christlich fundierten – sozialistischen deutschen Demokratie als eines dritten Weges zwischen Liberalismus und Kollektivismus hatte mit seinen innen- und außenpolitischen Implikationen nur dann eine Chance, wenn die Siegermächte diese originär deutsche Initiative je für ihren Besatzungsbereich freizugeben bereit

waren. Für Kaiser war die Sowjetunion der Hauptadressat. War diese Macht in ihrer Besatzungszone zur Freigabe einer demokratischen Autonomie bereit, dann war, so hoffte Kaiser, der im Westen sich verbreitende Absperrkomplex gegen den Osten vielleicht noch zu überwinden. Daß dies im langfristigen russischen Interesse liege, versuchte Kaiser seinen russischen Gesprächspartnern sowohl theoretisch als auch durch seine praktische Politik einer weitestgehenden Kooperationsbereitschaft zu verdeutlichen. Das ihn bewegende generelle Motiv, wie er es dann auch im Westen öffentlich bekundete, kommt am besten in folgenden Worten seiner Rede auf der Deutschlandtagung der Sozialausschüsse in Herne am 30. November 1947 zum Ausdruck: »Es ist die Aufgabe unserer Generation, Sowjetrußland zu begegnen, uns mit seinem Willen auseinanderzusetzen. Es ist die Aufgabe unserer Generation, uns mit Rußland zu verständigen, ohne uns der Idee des Marxismus zu beugen. Rußland ist die große Realität, mit der wir zu rechnen haben und mit der wir auch rechnen wollen.«

Die russische Seite, die die Offenheit und Gradlinigkeit Kaisers hinreichend kennengelernt hatte, wußte, daß dieses Bekenntnis des CDU-Vorsitzenden zu seinem vollen Nennwert genommen werden konnte. Sie wußte aber ebenso klar, daß hier ein deutscher Politiker deutsche Politik machen und den deutschen Gesamtstaat als einen selbständigen Staat erhalten wissen wollte. Ein Instrument sowjetischer Politik war aus diesem Mann ebensowenig zu machen wie aus der von ihm geführten CDU ein Transmissionsriemen der SED, solange Kaiser an der Spitze stand. Mit dem auf dem CDU-Parteitag am 6. September 1947 in der Berliner Staatsoper ostentativ verkündeten Satz: »Wir müssen und wir wollen Wellenbrecher des Marxismus und seiner totalitären Tendenzen sein«, war Kaiser erst recht zur Symbolfigur eines Autonomieanspruches geworden: die Kooperationsbereitschaft und ihre Grenze waren somit klar markiert.

Kaisers Stehen oder Fallen mußte also zum Testfall für die Möglichkeit einer fairen Partnerschaft mit dem Osten werden. Als die SMA den ersten Vorsitzenden der CDU der SBZ am 20. Dezember 1947 seines Amtes enthob, stand der negative Ausgang des Tests vor aller Augen. Die Hegemonialmächte in Ost und West hatten nicht nur in Deutschland, sondern global antagonistische Positionen bezogen. Die deutsche Teilung war eine Funktion der ideologischen und machtpolitischen Diskrepanz. Die Übergangsphase, in der Kaiser das Äußerste versucht hatte, auf seinem begrenzten Handlungsfeld die Aufspaltung zu verhindern, war beendet; das »System von 1948« (H.-P. Schwarz), in dessen Rahmenbedingungen wir heute noch leben, war eingerastet.

V

Trotz aller Enttäuschungen gab Kaiser nicht auf. Nachdem er den Teilungsprozeß von seiner Stellung in der SBZ aus nicht aufzuhalten vermocht hatte, suchte er sich im Westen eine Position zu schaffen, von der aus ein Einsatz für die Wiedererlangung der Einheit möglich erschien. Mit dem Gewicht des im Mai 1949 erreichten Vorsitzes in den Sozialausschüssen der CDU, mit dem politischen Ansehen, das er trotz des Scheiterns in der SBZ als Exponent des deutschen Einheitswillens genoß, und nicht zuletzt mit dem Prestige des Widerstandskämpfers gegen den Nationalsozialismus war Kaiser spätestens im Bundestagswahlkampf des Sommers 1949 zu einem erstrangigen Faktor auf der politischen Bühne Westdeutschlands neben Konrad Adenauer und Kurt Schumacher geworden – Garant des sozialen und nationalen Wollens der CDU.

Als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (1949–1957) und damit als Hauptrepräsentant des Wiedervereinigungsauftrags der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bemühte sich Kaiser, ein Konzept für eine Politik der Wiedervereinigung zu entwickeln. Man hat mit Erstaunen festgestellt, daß darin wesentliche Elemente des früheren Ansatzes erhalten geblieben sind. Es war zwar nicht mehr die alte Brükkentheorie in ihrer reinen Form, weil Kaiser nun in Anpassung an die veränderte Lage eine stärkere Anlehnung an die Westmächte akzeptieren mußte; ein Stück der alten Brückenvorstellung wird aber darin sichtbar, daß Kaiser die Westanlehnung nie so weit getrieben sehen wollte, daß durch sie der für eine Wiedervereinigung unerläßliche Kontakt mit Rußland gefährdet werden konnte.

Dieser Gedanke der *Anbindung* an den Westen, die um des Offenhaltens der Wiedervereinigung willen keinesfalls zu einer *Einbindung* in den Westen werden durfte, macht die spezifische Differenz zur politischen Intention Konrad Adenauers aus, für den eben diese Einbindung – die Integration – das Hauptziel seiner Politik und zugleich die notwendige Voraussetzung einer Wiedervereinigung in Freiheit war. Ein Element der alten Brückentheorie ist auch darin wiederzufinden, daß Kaiser, wenn auch nicht mehr für sein komplettes Programm eines christlichen Sozialismus (für das nach Etablierung der Marktwirtschaft keine Chance mehr bestand), so doch für eine entschieden sozialstaatliche Ausformung der Bundesrepublik, für Miteigentum und Mitbestimmung der Arbeiterschaft, sich einsetzte. Mit der wirtschaftlichen wollte er so auch die soziale Attraktivität des »Kernstaates« verstärkt wissen.

Der Gedanke einer um der Wiedervereinigung willen nur begrenzten Westanlehnung ließ Kaiser den Weg des Bundeskanzlers in den Europa-

rat und später die anderen Integrationsschritte nur zögernd mitgehen. Wenngleich auch ihm nach der Südkorea-Invasion im Juni 1950 die Notwendigkeit einer um deutsches militärisches Potential verstärkten Abwehrkoalition des Westens nicht mehr vermeidbar erschien, so wollte er doch die Entscheidungsfreiheit Deutschlands für den Fall gesichert wissen, daß die UdSSR eine ernsthafte Alternative anbot. In diesem Sinne kämpfte er im Frühjahr 1952 gegen die sog. Bindungsklausel (Artikel 7, Absatz III) des Generalvertrages (des späteren Deutschlandvertrages), mit der die Bindung nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch eines wiedervereinigten Deutschlands an den Westen unlösbar festgelegt gewesen wäre. Da eine solche Bindungsautomatik das endgültige Abstoßen der UdSSR als Verhandlungspartner bedeutet hätte, machte Kaiser sein Veto zur Kabinettsfrage und setzte nach wochenlangem Ringen, unterstützt von gleichlaufenden Interventionen des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich von Brentano, und des Vorstandes der FDP mit Franz Blücher an der Spitze, schließlich eine von amerikanischer Seite formulierte Neufassung des strittigen Artikels 7/III durch, mit der der Bindungsautomatismus aufgegeben wurde.

Dieser Vorgang – ein subjektiver Erfolg Kaisers bei objektiv unveränderter Gesamtkonstellation – ist symptomatisch für die zermürbende Aufgabe des Ministers für gesamtdeutsche Fragen überhaupt, eine Sisyphusarbeit, die Kraft und Willen eines anderen Mannes wohl längst hätte erlahmen lassen. Kaiser gab nicht auf, weil er von Sinn und Notwendigkeit nationaler Zusammengehörigkeit tief überzeugt blieb. War dieses Festhalten am Nationalstaat – ein voluntaristisches »Trotzdem« – realitätsblinde Starrheit? Wir wissen heute, daß westliche Staatsmänner wie John F. Dulles und Charles de Gaulle, so wenig sie die Wiederherstellung eines deutschen Einheitsstaates mit 70 Millionen Menschen wünschen konnten, sich ein Geteilthalten der Deutschen auf Dauer nicht vorzustellen vermochten. Das Denken in nationalstaatlichen Kategorien wurde von Kaiser also durchaus nicht unrealistisch in sein Konzept eingesetzt, wenn er unermüdlich proklamierte: Deutschland bleibt der Unruheherd Europas, solange man es geteilt hält; der Frieden setzt die Wiedervereinigung Deutschlands voraus. Diese These kann man als das politische Generalaxiom Kaisers bezeichnen.

Wenn Kaiser die Ansätze seiner konkreten Politik auch variierte (vom anfänglich vertretenen Gedanken einer Art Blockfreiheit für Deutschland bis zur Unterstützung der Adenauerschen Politik des Aufbaues einer defensiven Position relativer Stärke im Westverbund), als Konstanten können folgende Einsichten gelten:

1. Es gibt kein politisches Gesetz einer Normalisierung, in der sich

ein mitteleuropäischer Status quo ante von selbst wieder einpendelt. Die Wiedervereinigung ist kein automatischer Prozeß, auch nicht auf lange Sicht.
2. Da die deutsche Teilung ein Ergebnis der Divergenz der Großmächte ist, gibt es keine autonome deutsche Wiedervereinigungspolitik.
3. Dennoch ist die Wiedervereinigungspolitik in erster Linie eine Angelegenheit der Deutschen selbst. Wenn die Deutschen sich ihrer nicht annehmen, wird der Gott der Geschichte ihnen die Wiedervereinigung kaum in den Schoß werfen.
4. Die Wiedervereinigung hat also eine außen- und eine innenpolitische Seite. Außenpolitisch geht es – in dem bescheidenen Maße der Mitwirkung, die den Deutschen möglich ist – um Beiträge zur Entspannung zwischen den Blöcken, die an der Elbe-Werra-Linie aufeinanderstoßen; innenpolitisch geht es darum, den Willen zur Wiedervereinigung wachzuhalten – auf lange Sicht und unter ungünstigen außen- und innenpolitischen Voraussetzungen.
In diesem Zusammenhang zielte er nach wie vor auf ein politisches und wirtschaftliches Arrangement mit Rußland, um dessentwillen er – im Gegensatz zu Adenauer – bereit gewesen wäre, den Prozeß der Westintegration der Bundesrepublik zu stoppen. Er ging dabei freilich nie so weit, eine »finnische« oder »österreichische« Lösung anzustreben. Da aber einerseits die UdSSR eine ernstzunehmende Offerte nicht machte (die Märznote des Jahres 1952 kann als solche nicht gelten), und andererseits die Westmächte den notwendigen Verhandlungsspielraum nicht zuzubilligen gedachten, kam Kaiser bis zum Ende seiner Amtszeit (1957) mit seinen Vorstellungen keinen Schritt weiter.
Wenn der denkbare Zeitpunkt einer Wiedervereinigung somit mehr und mehr in die Ferne rückte, so wurde es für den Minister für gesamtdeutsche Fragen um so wichtiger, den nationalen Zusammengehörigkeitswillen der Deutschen selbst auf lange Sicht hin zu stärken. Aber auch hier befand er sich in einem schwierigen Dilemma:
Nach der Überstrapazierung des deutschen Nationalgefühls durch den Nationalsozialismus waren die Bedingungen der Möglichkeit zur Entfaltung neuer nationaler Impulse in Deutschland nicht nur ohnehin ungünstig; es kam erschwerend hinzu, daß die Reste eines Nationalgefühls auf den verschiedenen Seiten der mitten durch Deutschland laufenden Barrikade verschieden aufgeladen wurden. Während man auf der östlichen Seite, wo der nationale Gedanke mehr und mehr mit dem kommunistischen verschmolzen wurde, ihn für eine revolutionäre Offensivstrategie in Dienst nahm, mußte er in der Reaktion darauf auf der westlichen Seite in die Defensive geraten und konnte in der hier gegebenen Intention, den vorherigen Zustand, das Deutsche Reich in den Grenzen

von 1937 wiederherzustellen, als bloße Restauration erscheinen. Außerdem stand hier der nationale Impuls im Konflikt mit der neuen Vorstellung einer europäischen Integration.

Versucht man den politischen Einsatz Kaisers zusammenfassend zu würdigen, so ist zweierlei festzuhalten:

1. So sehr ihm die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands als das erste Anliegen der Deutschen galt, es war ihm nicht das oberste. Daß die Wiedervereinigung einen Preis kosten würde, wußte er; aber er wollte sie nicht um jeden Preis – nicht um den Preis der Freiheit. Wiedervereinigung in Freiheit, das hieß für ihn allerdings nicht Wiederherstellung der alten gesellschaftspolitischen Zustände in der DDR. Er dachte auch nicht lediglich an eine Angliederung der DDR an den Kernstaat Bundesrepublik, sondern erwartete mit dem Zusammenschluß (nicht: Anschluß) zugleich die Eröffnung der Chance, auf der erweiterten Basis eines Gesamtdeutschland den »sozialen Volksstaat«, die »aktive Demokratie« nun erst recht zu verwirklichen. Die nationalpolitische Frage war für ihn wie eh und je auch eine sozialpolitische. Obwohl Kaiser also bereit war, die Risikogrenze gegenüber ängstlichen Gemütern in Westdeutschland weit vorzuschieben, gab es für ihn eine klare Grenze. So verhielt er sich z. B. nach seinen in der Sowjetzone gemachten Erfahrungen gegenüber östlichen Wiedervereinigungsofferten auf der Basis von Volksfrontkonzepten und »gesamtdeutschen Beratungen« entschieden ablehnend.

2. Für Kaiser galt in den ganzen Jahren seines Bonner Wirkens, also von 1949 bis 1957, die DDR-Regierung nur als ein Sprachrohr der Sowjetunion. Es war geradezu charakteristisch für ihn, daß der gesamtdeutsche Minister immer wieder die Sowjetunion selbst zum Hervortreten und zum direkten Gespräch aufforderte. Das hieß: Gesamtdeutsche Politik war für ihn zugleich Ostpolitik; und er wurde nicht müde, eine aktive Ostpolitik zu fordern. Aber lange Jahre war »aktive Ostpolitik« eben doch identisch mit Abwehrpolitik, auch für Jakob Kaiser. So war seine Wiedervereinigungspolitik in ihrer Kongruenz mit der Ostpolitik in der Phase des kalten Krieges Vorbereitungspolitik, noch nicht Vollzugspolitik. An einen Sinn der »Roll-back-policy« hat er in dem kurzen Stadium einer durch John F. Dulles hervorgerufenen westlichen Autosuggestion wohl auch ein paar Augenblicke geglaubt, ist dann aber sofort wieder auf seine gesamtdeutsch-ostpolitische Grundlinie zurückgegangen, die Überwindung der Teilung von einem ost-westlichen Normalisierungsprozeß zu erwarten und für diesen die nationale Position zu halten.

VI

Die Geschichte Jakob Kaisers ist die Geschichte eines politischen Scheiterns – im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, im Kampf gegen die Teilung Deutschlands in der ersten Nachkriegsphase, im Einsatz für die Wiedervereinigung in der Frühgeschichte der Bundesrepublik. Nur einmal gewährte ihm das Geschick die Genugtuung eines bemerkenswerten politischen Erfolges: die Rückkehr des Saargebietes zum 1. Januar 1957, an der er durch massive politische und finanzielle Unterstützung der deutsch-votierenden Saarparteien einen beträchtlichen Anteil hat. Kurz nach dieser »kleinen Wiedervereinigung«, wie Kaiser den Saarerfolg bezeichnete, brach er im April 1957 zusammen, er hatte seine Kräfte in der Leidenschaft des »Trotzdem« verzehrt. Am 7. Mai 1961 ist er in Berlin gestorben. Was ihn bis zum Ende bewegte, ist in dem Ausruf an den Bundespräsidenten Heinrich Lübke zusammengefaßt, als dieser ihn am Krankenbett kurz vor dem Tode besuchte: »Preußen muß sein. Vergeßt die Zone nicht!«

»Jakob Kaiser eignet sich schlecht«, so schrieb 1974 ein Rezensent in der DDR-Zeitschrift »Deutsche Außenpolitik«, »als Symbolfigur für eine nationale und soziale Politik. Sein Weg nach 1945, begonnen unter den Losungen eines ›christlichen Sozialismus‹ und der Rolle Deutschlands als ›Brücke zwischen Ost und West‹ endete folgerichtig im Lager der imperialistischen Restauration und Spaltung. Seine Entwicklung ist typisch für Leute, die vorgeben, zwischen den sich gegenüberliegenden Klassenkräften einen dritten Weg zu suchen.«

Kaiser hat nicht »vorgegeben«, einen dritten Weg zu suchen – er hat ihn wirklich gesucht. Daß er zwischen den konträren ideologischen, sozioökonomischen und machtpolitischen Positionen der beiden Weltmächte für sein Land keinen Stand in relativer sozialer und nationaler Autonomie zu finden vermochte, ist in der Tat typisch – typisch für die Schärfe der Konfrontation der polaren Mächte, die wie im Zeitalter der Glaubenskriege nur das »Für-oder-gegen-mich«, aber keinen dritten Weg zulassen wollten. Insofern fand Kaiser keinen Ansatz und keinen Ort für seine Politik; sie war »utopisch«. Hätte er also von vornherein »realistischer« denken und handeln sollen? Kaisers historisches Verdienst liegt darin, daß erst die Vergeblichkeit der angespanntesten Anstrengung, die mit seinem Namen verbunden ist, uns zu sagen erlaubt, daß es keine Alternative gab. Insofern ist Kaiser eine nationale Symbolfigur.

weitere Entfaltung der katholischen Soziallehre und des gesellschaftlichen Engagements der Katholiken von entscheidender Bedeutung.
Die Begegnung Gundlachs mit Heinrich Pesch im Kloster des Guten Hirten in Berlin-Marienfelde im Sommer 1924 leitete einen neuen Lebensabschnitt ein. Schon nach wenigen Monaten äußerte sich Pesch sehr zufrieden über seinen neuen Schüler, der an der Berliner Universität Nationalökonomie studieren und zum Doktor der Staatswissenschaften promovieren sollte. Nach dem Tode Gustav Schmollers und Adolph Wagners († 1917) war Werner Sombart der einzige »Systematiker« unter den Professoren der Sozialwissenschaften. Würde der Protestant Sombart den Jesuiten Gundlach zur Promotion annehmen, zumal Sombart der Führer der »Wertfreien« und somit ein Gegner Peschs war? Aber für Sombart kam Gundlachs Promotion sehr gelegen. In der völlig veränderten Neuauflage seines Buches über den modernen Sozialismus wollte er nämlich die Gegenthese zu Viktor Cathrein SJ (1843-1931) vertreten, daß die religiöse Wurzel des Sozialismus nicht im Protestantismus liege, sondern im Katholizismus, und zwar in seiner jesuitischen Spielart. Um diese Ansicht zu unterbauen, war er an einer soziologischen Untersuchung des Jesuitenordens interessiert.
Bei seinem Suchen stieß Gundlach auf das 1858 von Pierre-Joseph Proudhon veröffentlichte Werk »De la Justice dans la Révolution et dans l'Eglise", in dem der französische Sozialphilosoph die Meinung äußerte, daß es keine sozialistische Bewegung gäbe, wenn sich der Jansenismus und nicht der Jesuitismus durchgesetzt hätte; denn der jesuitische Molinismus mit seiner Betonung der Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen enthalte schon im Kern die sozialistische Idee der sich selbst erlösenden Menschheit und sei so zum Wegbereiter des Sozialismus geworden. In seiner Dissertation »Zur Soziologie der katholischen Ideenwelt und des Jesuitenordens« gelangte Gundlach zu dem entgegengesetzten Ergebnis. Er wies darin nach, daß das anthropozentrische Weltbild des Sozialismus dem katholischen Denken fremd sei, das bei aller Betonung des Selbstwertes der menschlichen Person grundsätzlich theozentrisch gelagert ist. Der Mensch ist nicht »anthropozentrische Autonomie«, sondern steht »im vorbehaltlosen Dienst des Schöpfers«. Dieser theologisch-philosophische Standort hat Gundlachs Denken und Handeln geprägt. Nach der Promotion (1927) ging er nochmals für ein Jahr in die Abgeschiedenheit des Tertiats im Bonifatiushaus bei Emmerich.

II

Berlin, wohin Gundlach im Herbst 1928 zurückkehrte, glich einem »geistigen Hexenkessel«. Er liebte diese Stadt, die ihm zur Wahlheimat geworden ist. Ihre Arbeitsamkeit, Großräumigkeit und vor allem geistige Lebendigkeit wirkten anziehend auf ihn, der nie einer weltabgewandten Gelehrsamkeit huldigte. Wie in einem Brennspiegel konnte Gundlach im damaligen Berlin die politischen Kräfteverhältnisse und Entwicklungen verfolgen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, von denen die Weimarer Republik von Anfang an umgetrieben wurde, spitzten sich immer mehr zu. Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929/31 mit dem ungeheuren Elend der Massenarbeitslosigkeit bildete den Nährboden für den politischen Extremismus. Mit größter Sorge registrierte Gundlach das Anwachsen der republikfeindlichen Tendenzen und der »Leute mit Vorbehalt« gegenüber dem »System«. Die Selbstgesundungskräfte der Weimarer Demokratie mußten erlahmen, wenn es nicht gelang, den antidemokratischen Trend zu stoppen.

Seine besondere Aufmerksamkeit richtete er auf die Vorgänge im katholischen Raum. Er war sich der Gefahr bewußt, die von der zwiespältigen Haltung vieler Katholiken zur Weimarer Republik ausging. Mit dem für den Solidarismus zentralen Person-Begriff und mit seinem unerbittlichen Kampf gegen kollektive und totalitäre Mächte geriet Grundlach angesichts der Bestrebungen zu »konkretem Ordnen« und »Integrieren« in den Ruf, ein »abstrakter Individualist« zu sein. Wer aber in diesen turbulenten Zeiten die Orientierung nicht verlieren wollte, der mußte »die Prinzipien klar haben«. Ihn schreckten, wie er in der kurz vor seinem Tode verfaßten autobiographischen Skizze rückblickend feststellt, »jene Kreise, die mit den für katholische Ohren besonders klingenden Begriffen wie ›Gemeinschaft‹, ›Autorität‹, ›Führung‹ arbeiteten. Antiintellektualistischer Emotionalismus in der Jugendbewegung, historizistischer Glaube an eine angeblich durch den Solidarismus unterbrochene ›katholisch-soziale Einheitslinie‹, liturgizistisch-supranaturalistische Entwertung des Naturrechts, seine Leugnung durch den ›konkreten Dezisionismus‹ Carl Schmitts, die platonisch-romantische Ganzheitslehre Othmar Spanns, dies alles unterspülte im katholischen Boden die Fundamente der Weimarer Demokratie und sollte einmal auch Wasser auf die Mühlen der hitlerischen ›nationalen Einigung‹ leiten«.

In Berlin nutzte Gundlach die Gelegenheit zu intensiven Gesprächen und Diskussionen mit den Vertretern der verschiedenen Richtungen im deutschen Katholizismus. Er knüpfte dauerhafte Kontakte zu maßgeblichen Persönlichkeiten in Wissenschaft und Politik. Zu seinen Bekannten und Freunden zählten der Reichsarbeitsminister Heinrich

Brauns, Paul Jostock, der damals im Statistischen Reichsamt tätig war, Fritz Kühr und Heinrich August Berning, die beim Generalsekretariat des Zentrums die Referate für Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie für Kulturfragen verwalteten, Franz Röhr von den Christlichen Gewerkschaften und Wilhelm Fonk von den Handels- und Industriebeiräten der Zentrumspartei, Heinrich Vockel, Heinrich Krone und Helene Weber. Mit den katholischen Sozialwissenschaftlern Götz Briefs, Theodor Brauer und Franz Mueller pflegte er regen Gedankenaustausch. Sein Arbeitszimmer im Kloster zum Guten Hirten wurde zum Treffpunkt vieler Katholiken aller sozialen Schichten, die sich von Gundlach Rat und Klärung offener Fragen erhofften und mit ihm gegen das heraufziehende Unheil ankämpften.

Die bedrückende Situation spornte Gundlach zu rastloser Tätigkeit an. 1928 hielt er auf der Katholisch-sozialen Tagung in Wien den Vortrag »Die christliche Sozialreform in ihrem Gegensatz zu liberalistischen und sozialistischen Lösungsversuchen der sozialen Frage«. Damit wurde er einer breiten Öffentlichkeit bekannt. 1929 wurde er Professor für Sozialethik und Soziologie an der neu errichteten Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main. Neben seiner Mitarbeit im »Volksverein für das katholische Deutschland« veröffentlichte er die ersten Beiträge in der Ordenszeitschrift »Stimmen der Zeit«, in »Das neue Reich« und in den katholischen Tageszeitungen »Germania« und »Westdeutsche Arbeiter-Zeitung«.

III

Besonderes Aufsehen erregte Gundlach mit seinen Artikeln Klasse, Klassenkampf und Klassenstaat in der fünften Auflage des Staatslexikons (1929). Die »Westdeutsche Arbeiter-Zeitung« antwortete empört: »Wir verhehlen keineswegs, daß wir mit den Auffassungen Pater Gundlachs nicht übereinstimmen. Wir bedauern sogar, daß er die Begriffe ›Klasse‹ und ›Klassenkampf‹, die ein bestimmtes Gepräge und einen eindeutigen Inhalt bekommen haben, aufgriff, um ihnen einen neuen Inhalt zu geben, der mit Marxismus nichts zu tun hat. Das ist nicht ungefährlich.« Ähnlich äußerte sich die »Kölnische Volkszeitung«. Die katholische Arbeiterbewegung hatte bislang immer mit den Kategorien Stand, Berufsstand und Standwerdung des Arbeiters operiert und sah sich unversehens in ihrer Abwehr gegen den Marxismus beeinträchtigt. Sehr viel besser begriff der damalige Führer der Splittergruppe »Katholische Sozialisten«, Heinrich Mertens, das Anliegen Gundlachs, wenn er in einem offenen Brief in seinem kurzlebigen Organ »Das Rote Blatt«

erklärte: »Weil Sie *Gegner* des wirklichen und wirksamen Klassenkampfes sind, aber die Zwangsläufigkeit des Klassenkampfes innerhalb der kapitalistischen Ordnung erkennen, respektieren Sie den Klassenkampf als ›Tatsache‹ und versuchen, ihn durch eine willkürliche Sinn*gebung* (statt Sinn*deutung*) von seiner immanenten sozialistischen Tendenz abzulösen.«

In der Tat ging es Gundlach darum, die realen Verhältnisse der damaligen kapitalistischen Klassengesellschaft mit Hilfe der von Marx entwikkelten Kategorien zu sehen, ohne aber die von Marx gegebene Sinndeutung zu übernehmen. Diese ergab sich für ihn vielmehr aus dem Prinzip der christlichen Sozialreform, die im Gegensatz zu liberalistischen und sozialistischen Lösungsversuchen steht. Der Klassenkampf ist gerade nicht das notwendige Prinzip der geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft, sondern unter ganz bestimmten Umständen, nämlich beim Vorhandensein einer klassenmäßigen Schichtung, ein Mittel »zur organischen Gesundung der Gesellschaft«. Das Ziel besteht wiederum nicht in einer uniformen, »klassenlosen« Gesellschaft, sondern in der gegliederten Gesellschaft, weshalb Gundlach nicht weniger Mühe auf die Idee der häufig mißverstandenen »berufsständischen Ordnung« verwandte.

Mit dieser Position hat Gundlach die weitere Diskussion im deutschen Sozialkatholizismus wesentlich mitgeprägt. Vor allem wirkte er auf den »Königswinterer Kreis« ein, der 1930 vom Generaldirektor des »Volksvereins«, Josef van der Velden, ins Leben gerufen wurde und dem neben Gundlach die Sozialwissenschaftler Theodor Brauer, Götz Briefs, Paul Jostock, Oswald von Nell-Breuning SJ und Heinrich Rommen angehörten. Sie sollten Orientierungslinien für die Reorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft erarbeiten, bestehende Meinungsverschiedenheiten ausräumen und einen gesellschaftspolitischen Einheitswillen der deutschen Katholiken formen. Nach dem Bericht von Nell-Breunings war Gundlach »der führende Kopf, der nicht nur in allen sozialphilosophischen, sondern auch in allen gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen die Haltung des Kreises maßgeblich bestimmt hat«.

Als von Nell-Breuning im Herbst 1930 über den Ordensgeneral Wladimir Ledóchowski den päpstlichen Auftrag erhalten hatte, den Entwurf einer Sozialenzyklika vorzubereiten, bildete der Königswinterer Kreis ein ideales Diskussionsforum, ohne daß freilich die Teilnehmer über den Auftrag informiert wurden. Nur Gundlach durfte darin eingeweiht werden und sollte seinen Rat geben. Wie von Nell-Breuning bezeugt, ist »Quadragesimo anno« (1931) »mit Gundlachschem Gedankengut gesättigt«. Sein Anteil erstreckt sich vor allem auf folgende Bereiche: Einmal hat die Enzyklika die in den Artikeln Klasse und Klassenkampf

getroffene Analyse aufgegriffen und sie in die Grundsätze der christlichen Sozialreform einbezogen; zum andern stammt von Gundlach der Name und die Formulierung des Subsidiaritätsprinzips, dem als gesellschaftlichem Strukturprinzip fundamentale Bedeutung zukommt; schließlich bauen die Aussagen über den Sozialismus und dessen Unvereinbarkeit mit dem christlichen Glauben auf den Überlegungen Gundlachs auf, die er ebenfalls in dem betreffenden Artikel im Staatslexikon entwickelte.

IV

Die nationalsozialistische Machtergreifung Ende Januar 1933 und ihre Verharmlosung durch manche Katholiken erfüllten Gundlach mit tiefer Besorgnis. In Artikeln und Rezensionen griff er in den Jahren 1933 und 1934 in den »Stimmen der Zeit« das Regime an und wandte sich gegen die »jetzt im deutschen Katholizismus aufkommende Harmonisierungsliteratur«. Er rückte den Nationalismus in eine Linie mit dem Bolschwismus: »... Die Entgeistigung und religionsabgewandte Säkularisierung des Lebens überbieten noch das bolschewistische Vorbild. Klassengegensätze, Persönlichkeitswerte, unverrückbare Normen des individuellen und gesellschaftlichen Seins werden einfach hinwegkommandiert«. Er wandte sich gegen den »Dynamismus« und »Pragmatismus«, wonach die »Lebendigkeit« und »Wirksamkeit« eines Wertes wie der vielberufenen »nationalstaatlichen Gemeinschaft« über dessen Gültigkeit entscheide. Der Christ sei genötigt, die verschiedenen Gemeinschaftswerte ganz anders in die »Schöpfungsordnung« einzugliedern als durch Absolutsetzung des Wertes »Nationalstaat«. Er verwarf die »Stoßtruppherrschaft« und die Aushöhlung des Prinzips der Volkssouveränität durch das »Führerprinzip«.

Im Dezember 1934 setzte er sich mit dem gesellschaftlichen Standort der inzwischen aufgelösten katholischen Verbände auseinander. Einer der führenden Männer der katholischen Studentenverbände hatte geltend gemacht, die Gewißheit der göttlichen Sendung der Kirche und ihrer Sakramente habe die katholische Studentenschaft in »den Stand der Gelassenheit und freudig bejahenden besinnlichen Mitarbeit« gesetzt. Gundlach wies ihn in die Schranken mit der Bemerkung, daß »jene Gelassenheit der Führung inzwischen Zehntausende katholischer Akademiker geradezu über Nacht vor die Tatsache der Selbstaufgabe der Katholizität durch ihre Verbände« gestellt habe. Er verteidigte den echten Pluralismus im Aufbau des menschlichen Gesellschaftslebens. »Ein Einheits- und Führerprinzip, das uniformierend, vereinerleiend dies alles übersehen und aufsaugen wollte, wäre der Tod echt organi-

schen und fruchtbaren Zusammenlebens der Menschen. Am Ende ständen das Massendasein und die vollkommene Passivität der Geführten... Am Ende stände ferner, was eigentlich noch schlimmer wäre, eine Führungsapparatur, die zwangsläufig, weil von unten kein echtes Leben mehr aufquillt, mit einer ›Aristokratie‹ der sogenannten Gesinnungstüchtigkeit, nicht aber der Leistungstüchtigkeit besetzt wäre. Hier interessiert nicht, wie man im staatlich-gesellschaftlichen Raum mit diesem Gebaren uniformierender Führung, die noch dazu den Individualismus nicht tötet, sondern nur auf Schleichwege abdrängt, fertig wird; aber im Raum des katholisch-religiösen Lebens sollte man das Wagnis einer so geschaffenen ›Einheit‹ gar nicht eingehen.«

Neben den Vorlesungen in St. Georgen, die sich auch mit den kollektivistischen Systemen des Faschismus und des Kommunismus befaßten, hielt Gundlach zusammen mit von Nell-Breuning jeden Samstagnachmittag ein vielbesuchtes freies Kolleg. Man wollte die Theologiestudenten und Priester »nicht ohne Orientierung lassen, als die öffentlichen Dinge mit Papen den verhängnisvollen Weg zu Hitler nahmen. Die katholischen Blindgänger jenes Weges arbeiteten ja vor allem mit philosophischen und theologischen Argumenten für das angeblich echte Gemeinschaftsdenken und gegen den vermeintlichen ›Individualismus‹ der Solidaristen.« Den Nationalsozialisten war diese Tätigkeit Gundlachs ein Dorn im Auge. Der Gauleiter von Hessen, Jakob Sprenger, bezeichnete ihn als untragbar. Die Provinzleitung wollte die Hochschule nicht gefährden und bedeutete ihm, seine Vorlesungen vorläufig einzustellen.

In dieser Situation erreichte Gundlach der Ruf des Generals Ledóchowski, nach Rom zu kommen. Er sollte dort die Leitung eines Aktionszentrums gegen den Kommunismus übernehmen, den man damals für viel gefährlicher hielt als den Nationalsozialismus. Gundlach lehnte ab, weil ein solches Unterfangen »wie eine moralische Unterstützung der Achsenmächte wirken müsse, die Katholiken im Achsenraum verwirren könne und außerhalb dieses Raumes an moralischem Gewicht verlieren würde«. Der General zeigte für diese Haltung Verständnis und berief ihn als Professor für Sozialethik an die von den Jesuiten getragene Päpstliche Universität Gregoriana. Die ersten römischen Jahre – noch bis 1938 lehrte Gundlach abwechselnd je ein Semester in Rom und in Frankfurt – verliefen verhältnismäßig ruhig. Obwohl die anfängliche Zurückhaltung im Vatikan gegenüber dem Nationalsozialismus rasch dem offenen Konflikt zutrieb, wurde Gundlach nicht mit besonderen Aufträgen betraut.

Als er sich in den Märztagen des Jahres 1938 anschickte, wieder nach Rom zurückzufahren, suchte er in Berlin Bischof Graf Preysing auf,

um etwaige Nachrichten mitzunehmen. Auf seine Frage erhielt er die Antwort: »Sagen Sie in Rom, daß ich nur einen Wunsch habe: die österreichischen Bischöfe mögen schweigen.« Sein Unmut richtete sich gegen das Gebaren der österreichischen Bischöfe, vor allem Kardinal Innitzers, dessen »Heil Hitler« beim deutschen Einmarsch in Österreich eine ernste Führungskrise im katholischen Lager ausgelöst hatte. Gundlach sah die Glaubwürdigkeit der Kirche auf dem Spiel, wenn jetzt nicht eingegriffen würde. Dazu bot sich eine günstige Gelegenheit, weil Pius XI. sich entschlossen hatte, den Vatikan-Sender in den Dienst gegen die nationalsozialistische Infiltration zu stellen. Die Vermittlung besorgte Pater Robert Leiber SJ, der für den Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli arbeitete und den seit den Berliner Tagen mit Gundlach eine enge Freundschaft verband. Den Anknüpfungspunkt bildete ein Hetzartikel im »Schwarzen Korps«, in dem unter der Schlagzeile »Der Glaube hat Berge versetzt« die Vorgänge in Österreich als das Ende des politischen Katholizismus triumphierend verkündet wurden. Gundlach verfaßte eine Erklärung über den wahren und falschen politischen Katholizismus, die dann am 1. April 1938 – einen Monat vor dem Hitler-Besuch in Rom – gesendet wurde. Darin hieß es:
»Politischer Katholizismus im echten und wahren Sinne, wenn man das unschöne und sehr mißverständliche Wort gebrauchen will, besagt, daß Bischöfe, Äbte und Gläubige sich dafür einsetzen, daß die Grundsätze des Schöpfers und Erlösers der Welt in allen Bereichen der Schöpfung, so auch in Staat und Gesellschaft, zur Durchführung kommen. Dieser politische Katholizismus ist also eine innerreligiöse, christliche Angelegenheit. Ihn kriminell werten zu wollen, wie dies ›Das Schwarze Korps‹ tut, heißt also, das Wesen des Christentums mißbrauchen... Allerdings gibt es auch einen falschen politischen Katholizismus... (nämlich) eine Art und Weise des Verhaltens der Katholiken..., die lediglich aus übergroßer Vorsicht, Taktik und aus schwächlicher Anpassung an gegebene erwartete Tatsachen besteht... Am größten war und ist der Schaden dann, wenn sogar die berufenen Hüter der göttlichen Sittenordnung von jenem Geiste des falschen politischen Katholizismus erfaßt waren oder sind. Da mag es kommen, und zwar irgendwie befangen unter dem Eindruck der Mächtigen und Erfolgreichen des Tages, daß die Augen solcher Hirten nicht mehr, wie es doch eigentlich ihre Pflicht ist, den Wolf im Schafspelz erkennen... Noch verwerflicher wäre jener falsche politische Katholizismus überkluger Anpassung, wenn er zur selben Zeit die einfachen Gläubigen aller Stände, weil sie mutig für die Grundsätze der Gottesordnung, vor allem des Naturrechts im öffentlichen Leben eintreten, büßen läßt, während sich die Hirten kurzerhand den Erfolgreichen des Tages anschließen.«

Die Sendung löste einen Proteststurm aus. Der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl drohte mit Gegenmaßnahmen. Obwohl Pacelli, wie Gundlach bemerkt, den Inhalt geprüft und gebilligt hatte, schrieb der »Osservatore Romano« am 4. April, der Vatikan übernehme nicht die Verantwortung für den Vortrag, bei dem es sich um eine »Studie« auf »private Initiative« gehandelt habe. An Denunzianten fehlte es freilich nicht. Die Gestapo vermutete bald in Gundlach den Autor der Sendung und wollte ihn bei seiner nächsten Reise nach Frankfurt vornehmen. Aber sein alter Freund Prälat Hermann Josef Schmitt, Generalsekretär des Reichsverbandes der katholischen Arbeitervereine, hatte in Berlin von der drohenden Verhaftung Kenntnis erhalten und konnte ihn rechtzeitig warnen.

Pius XI. hegte schon seit längerem den Plan zu einer Enzyklika gegen die nationalsozialistische Rassenideologie. Das Rundschreiben »Mit brennender Sorge« hatte sich vor allem mit der Unterdrückung des Glaubens und der Kirche unter dem NS-Regime befaßt, aber sozusagen nicht die Wurzeln des Übels freigelegt. Im Sommer 1938 beauftragte deshalb der Papst den amerikanischen Jesuiten John La Farge mit entsprechenden Vorarbeiten. La Farge, der sich für die Überwindung der Rassentrennung in den Vereinigten Staaten einsetzte, hatte 1937 das Buch »Gerechtigkeit zwischen den Rassen« veröffentlicht. Allerdings fühlte sich La Farge dem Auftrag nicht recht gewachsen und bat den General Ledóchowski um Mithelfer. Dieser verwies ihn an den Herausgeber der französischen Zeitschrift »Etudes«, Desbuquois SJ, und an Gundlach, der sich zu dieser Zeit ebenfalls in Paris aufhielt. Im weiteren Verlauf hat Gundlach die Federführung übernommen und einen umfassenden Text erstellt. Die Verurteilung des Rassismus und der Judenverfolgung ist eingebettet in eine tiefschürfende Ursachenanalyse der Zersetzung der modernen Gesellschaft; sodann wird die christliche Auffassung der Gesellschaft in ihrem Gegensatz zu totalitären Systemen entwickelt. Der deutsche Text befindet sich im Nachlaß Gundlachs. Infolge mancher Quertreibereien, aber auch wegen der tödlichen Erkrankung Pius XI. ist daraus keine Enzyklika geworden, die den Namen »Societatis unio« hätte tragen sollen. Sie wäre ohne Zweifel ein Dokument von Rang geworden, auch im Hinblick auf die späteren Anwürfe gegen die angeblich weiche Haltung der Kirche.

V

Die beiden Jahrzehnte unter dem Pontifikat Pius XII. (1939-1958) bildeten den Höhepunkt im Leben und Wirken Pater Gundlachs. Dem Papst

Anton Rauscher

Gustav Gundlach (1892–1963)

Wenn die Kirche die breite Kluft, die sich im 19. Jahrhundert zwischen ihr und der Industriegesellschaft, insbesondere der Arbeiterschaft, aufgetan hatte, verringern und überbrücken konnte, so ist dies zu einem guten Teil der katholischen Soziallehre und der christlich-sozialen Bewegung zuzuschreiben. »Die soziale Bewegung wird entweder katholisch sein – oder so sein, daß die Völker Gott danken werden, wenn sie einmal über sie hinweggegangen ist«. Dieses kühne Wort des Schweizer Nationalrats Decurtins auf dem Mainzer Katholikentag 1892 zeigt, wie sehr die Katholiken nach der Enzyklika »Rerum novarum« Mut gefaßt hatten, durch die Soziallehre der Kirche eine klare Orientierungshilfe zu bekommen, um mit den brennenden Fragen der Zeit fertig zu werden. Niemand konnte freilich vorausahnen, welche krisenhafte Zuspitzung die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse erfahren würden. Wenn die katholische Soziallehre den Herausforderungen gewachsen war, welche die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, die Versklavung der Menschen im kommunistischen Kollektiv, der Zweite Weltkrieg und der Zusammenbruch Europas, der mühsame Wiederaufbau und die Epoche des Kalten Krieges zwischen Ost und West stellten, so hat daran einer ihrer herausragenden Vertreter entscheidenden Anteil: Gustav Gundlach. Er ist mit seinem Gedankengut über die Soziallehre der Kirche wirksam geworden und hat dem sozialen Katholizismus wesentliche Impulse geschenkt.

I

Gundlach wurde am 3. April 1892 zu Geisenheim im Rheingau als Sohn eines Weinhändlers geboren. Nach dem Besuch der Volksschule schickten die Eltern den begabten Jungen auf das Kaiser-Friedrich-Gymnasium nach Frankfurt/Main, wo er eine umfassende humanistische Ausbildung erhielt. Nach dem Abitur wandte sich Gundlach dem Studium der Philosophie zu. Er ging an die Universität Freiburg i. Br. und begegnete dort der »Wertphilosophie« Heinrich Rickerts, der zusammen mit Wilhelm Windelband in Heidelberg die Ideen Kants zu

neuem Leben erweckt hatte. Die Auseinandersetzung mit dem Problem von Sein und Wert, das ihn von da an ständig beschäftigen sollte, wurde für Gundlach wegbestimmend.
Nach fünf Semestern entschloß er sich – zur nicht geringen Überraschung seines Vaters, aber zur Freude seiner tieffrommen Mutter –, in die Gesellschaft Jesu einzutreten, die damals in Deutschland noch verboten war. Die beiden Noviziatsjahre verbrachte er in Tisis in Vorarlberg. Nach Ablegung der ersten Gelübde am Allerheiligenfest des Jahres 1914 begann er das übliche dreijährige Studium der scholastischen Philosophie an der bekannten Ordenshochschule in Valkenburg/Holland. Der Erste Weltkrieg unterbrach die stille Arbeit. Von 1915 bis zum Ende des Krieges tat Grundlach Dienst im Lazarett der Dritten Armee in Vouziers in der Champagne. Das vielfache Leid, mit dem er konfrontiert wurde, bestärkte ihn in seiner realistischen Lebenseinstellung. »Wer den Kampf an der Front mitgemacht und das Elend in den Lazaretten gesehen hat«, bemerkte er später, »ist erkenntnistheoretisch kein Skeptiker mehr, für ihn ist die Realität der Außenwelt eine Evidenz.«
Nach Valkenburg zurückgekehrt, setzte er das unterbrochene Studium fort. Es folgten noch zwei Jahre Philosophie und anschließend von 1920 bis 1924 die Theologie. Am 24. August 1923 wurde er zum Priester geweiht. Im Blick auf seine künftige Aufgabe galt das persönliche Interesse Gundlachs uneingeschränkt der Philosophie. Allerdings war es zwischen ihm und seinen Lehrern zu Spannungen gekommen, weil er sich nicht mit der Fortschreibung des scholastischen Lehrgebäudes begnügen, sondern in neue Bereiche vorstoßen wollte. Daneben dachte Grundlach auch an eine mögliche Beschäftigung mit der protestantischen Theologie – wohl eine atmosphärische Nachwirkung der konfessionsverschiedenen Ehe seiner Eltern. Doch es sollte ganz anders kommen. Wenige Tage vor dem großen Abschlußexamen eröffnete ihm der Provinzial, Pater Bernhard Bley, er sei dazu ausersehen, sich in das Arbeitsgebiet des damals siebzigjährigen Sozialwissenschaftlers Heinrich Pesch SJ (1854-1926) einzuarbeiten. Während seiner Studien hatte sich Gundlach niemals mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen befaßt. Ein erster Blick in das Lebenswerk Peschs, sein fünfbändiges »Lehrbuch der Nationalökonomie«, besonders in die »Grundlegung«, ließen jedoch die inneren Zweifel schwinden. Den Gegenstand der Nationalökonomie bildete für Pesch nicht der »Mechanismus des Tauschverkehrs«, sondern die als gesellschaftlicher Kulturprozeß verstandene Wirtschaft, womit der Bezug zu den wirtschafts- und staatsphilosophischen Prinzipien gegeben war. Hier sah Gundlach die Chance der theologischen und philosophischen Vertiefung des von Pesch entwickelten »Christlichen Solidarismus«. Diese Grundlagenforschung war für die

fiel die Aufgabe zu, die Weltkirche durch die Wirren des Zweiten Weltkrieges mit seinen verheerenden Folgen zu steuern und den Menschen in der Not und geistigen Zerrissenheit Orientierung zu geben, die sie von der Kirche erhofften. Wenn Pius XII. diese Erwartungen nicht enttäuschte und getreu seinem alttestamentlichen Wahlspruch »Opus iustitiae Pax« zum Pontifex der katholischen Soziallehre wurde, so hat Gundlach daran entscheidenden Anteil. Angefangen vom ersten Rundschreiben »Summi Pontificatus« (1939) über die berühmten Weihnachtsbotschaften bis hin zu den zahlreichen großen und kleinen Ansprachen, die sich mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und internationalen Ordnungsfragen befaßten und drei voluminöse Bände füllen, stammen die meisten im Entwurf von ihm.

In seinen Erinnerungen hielt Gundlach fest: »Mit jedem Septemberende dieses langen Pontifikates und noch im Todesjahr, also wenige Wochen vor dem Heimgang, erreichte mich der Auftrag, Thema und Disposition der kommenden Weihnachtsansprache vorzuschlagen und einzusenden. Die Pflicht der Geheimhaltung zwang mich dann zu einsamem Denken, und der Papst konnte nie lange warten. Dann folgte die mühsame Arbeit der Textgestaltung, die man glücklicherweise in der Muttersprache vorlegen durfte, zumal das Urteil des Papstes über mein sonstwie gedrucktes Italienisch sehr ungünstig war, wie ich wußte. Der Hl. Vater goß dann mit seiner kleinen, aber klaren Handschrift auf denselben Textbogen alles in sein Italienisch oder – bei internationalen Anlässen – ins Französische, hielt Rückfragen um Veränderungen oder Einschaltungen, und zwar bis knapp vor dem Auftreten oder der Veröffentlichung, was alle Beteiligten bis zum Setzer nicht zur Ruhe kommen ließ.« Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf den Arbeitsstil Pius XII. Es zeigt auch, daß der Papst keineswegs die ihm vorgelegten Gedanken einfach übernahm, sondern sie prüfte und sich dann zu eigen machte oder auch von ihnen abwich.

Die enge Zusammenarbeit vollzog sich beinahe anonym. Gundlach ist Pius XII. nur ein einziges Mal begegnet, und zwar anläßlich einer Audienz für die Generalkongregation der Jesuiten im Jahre 1957. »Wer für Pius XII. arbeitete«, bemerkte er später, »war mit ihm in den objektiven Dienst der Kirche eingespannt. Die Anerkennung bestand darin, daß man eben weitere Aufträge erhielt.« Die persönliche Distanz hat beiden ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit gesichert. Auch wollte Gundlach dem verbreiteten Gerede über den »deutschen Ring« um den Papst keine Nahrung geben. Die Vermittlung der »Aufträge« besorgte der Privatsekretär des Papstes, Robert Leiber, der wie Gundlach ein kleines Zimmer in der Gregoriana bewohnte.

Was zeichnet das Gedankengut Gundlachs aus, das über Pius XII. die

Entwicklung der Soziallehre der Kirche geprägt hat? Gundlach besaß in hervorragendem Maße die Gabe, aus der Einsicht in letzte Zusammenhänge des Seins die gottgegebenen Prinzipien für die Ordnung der menschlichen Gesellschaft aufzuzeigen. Er begnügte sich nie mit dem äußeren Schein der Dinge, mit momenthafter Phänomenologie dessen, was gerade »ist« und morgen sich schon wieder überlebt hat. Der Appell an die »normative Kraft des Faktischen« galt ihm als Bankerotterklärung des Menschen, der doch seiner göttlichen Bestimmung gemäß Herr der Welt und Herr der Geschichte sein soll. Der Mensch kann dies nur, wenn er sich nicht von Fall zu Fall treiben läßt und sich nicht mit einer »Situationsethik« begnügt, sondern wenn er die in seinem Wesen grundgelegten Werte und Normen als die Richtschnur seines Denkens und Handelns anerkennt. Die Prinzipien waren für Gundlach kein platonischer Ideenhimmel, der zeitlos »über« der konkreten Realität schwebt. Sie waren auch nicht gewonnen mit Hilfe einer pointierend hervorhebenden Abstraktion, die doch nur ein Stück, aber nicht die volle Wahrheit erfassen könnte. Sie waren auch keine statischen Blöcke, die, zu bestimmten Formen oder gar Formeln erstarrt, den Blick für die Dynamik im Wandel der Geschichte versperren. Die Prinzipien sind dem Sein des Menschen ein- und aufgegeben, sind also auf dem Grunde der konkreten Realität wirksam und bestimmen deshalb nicht nur den statischen Zustand, sondern auch die dynamische Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in der Geschichte.

Gundlach wußte sehr wohl zu unterscheiden zwischen dem naturrechtlichen Kern und der geschichtlichen Bedingtheit seiner je konkreten Ausprägung. Er hätte sich nicht damit zufriedengegeben, die Prinzipien rein abstrakt zu ermitteln, um sie dann nach Bedarf auf soziale Tatbestände »anzuwenden«. Zwischen Metaphysik und empirischer Wirklichkeit, zwischen Theorie und Praxis waltet ein notwendiger Zusammenhang. Wer die Gesellschaft ordnen will, der muß das tatsächliche Geschehen kennen. Man hat Gundlach einen »Metaphysiker« genannt, der er ohne Zweifel war, und ihm Abstraktheit vorgeworfen. Wäre dies der Fall gewesen, dann hätten seine Vorträge und Artikel wohl kaum ein so großes Echo hervorgerufen und solche Beachtung bei Gleich- und Andersdenkenden gefunden, dann hätte auch den Ansprachen Pius XII. die Überzeugungskraft gefehlt, wenn sie nicht zu den brennenden Fragen der Zeit gesprochen worden wären. Gundlach hatte einen scharfen Blick für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse und ihre Veränderungen; er hatte auch ein feines Gespür dafür, was sich an geistigen Strömungen anmeldete und breitmachte. Seine prinzipielle Denkweise aber ermöglichte ihm die klare Analyse und Interpretation der Fakten und Vorgänge und ließ ihn mit sicherem Griff Irrwege

und mögliche Fehlentwicklungen schon im Ansatz erkennen. Im übrigen pflegte Gundlach vielfältige Kontakte und erhielt zahlreiche Besuche aus Deutschland, Europa und Übersee, so daß er keineswegs nur auf die Nachrichtenbörse angewiesen war, um »auf dem Laufenden« zu bleiben.

Den Angelpunkt im Denken Gundlachs bildete die menschliche Person als Ursprung und Ziel des gesellschaftlichen Lebens. Er wandte sich gegen alle nominalistischen Auflösungsversuche und gegen moderne Tendenzen, den Menschen zu funktionalisieren und zu manipulieren. Von diesem Standort aus lehnte er alle kollektivistischen Systeme ab, die wie der Kommunismus den Menschen zu einem beliebigen Element des als notwendig ausgegebenen Gesellschaftsprozesses degradieren. Sein Personverständnis war jedoch ebenso unvereinbar mit dem Liberalismus, sei es dem bürgerlichen, sei es dem proletarischen (=Sozialismus) – um einen typischen Begriff Gundlachs zu gebrauchen. Denn Person bedeutete ihm nicht eine leere Freiheit, die sich dann »autonom« aufladen könnte, sondern »Ebenbild Gottes« mit ihrer Selbstzugehörigkeit und Selbstmächtigkeit, mit ihren Werten und unverzichtbaren Rechten, die sie sich weder selbst zuschreibt noch von der Gesellschaft verliehen bekommt, die ihr vielmehr vom Schöpfer gegeben sind. Diese Menschtumswerte, auf deren Verwirklichung die Person angelegt ist, verbinden und einigen die Vielen zur Einheit, zur Gesellschaft. Diese Grundlegung des Solidarismus durch Gundlach meint die ursprüngliche Gemeinhaftung der Personen in der Realisierung der Menschtumswerte und die Rückgebundenheit der Gesellschaft auf die Vervollkommnung der Personen.

Gundlach wurde nicht müde, von den drei Ordnungspfeilern zu handeln: Familie, Privateigentum und Staat. Eine Gesellschaft kann nicht leben und gedeihen, wo die Familie in ihrer Einheit gefährdet, in ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft bedroht und in ihrer erzieherischen Aufgabe von anderen Faktoren wie der »Bildungsgesellschaft« oder dem »Betrieb« ersetzt wird. Eine Gesellschaft wird zum sozialen Mechanismus, wenn das persongebundene Eigentum, seiner Verfügungsmacht entkleidet, zum individuellen Besitzelement herabsinkt und die personale Vorsorge mehr und mehr einem kollektiven Versorgungsdenken Platz macht. Eine Gesellschaft wird zum Spielball von Ideologien, wenn die staatliche Autorität entmachtet und einer »Demokratisierung« der Gesellschaft das Wort geredet wird. Man hat Gundlach vorgehalten, er hänge an der »mittelalterlichen Trias« und unterschätze die neuen Strukturelemente der Industriegesellschaft. Diese Kritik hält einer unbefangenen Prüfung seines Schrifttums nicht stand, und auch die Ansprachen Pius XII. zeigen die Vertrautheit mit den »Sekundärsystemen«

im Bildungs- und Sozialbereich. Aber Gundlach wollte diese immer bezogen wissen auf die Grundstrukturen, deren Schwächung und Zersetzung die Gefahr der Entpersönlichung der Gesellschaft heraufbeschwöre. Leider ist heute in weiten Bereichen das eingetreten, was Gundlach befürchtet hatte.

Die personale Sicht aller gesellschaftlichen Lebensverhältnisse ist der Schlüssel zum Verständnis der Soziallehre Pius XII. und Gundlachs. Sie hat auch zur Neuformulierung der kirchlichen Position in wichtigen Fragen beigetragen, von denen hier drei Aspekte hervorgehoben werden sollen.

Die unablässigen Bemühungen Pius XII. um den Frieden – er hat zwar keine »Friedensenzyklika« wie Johannes XXIII. erlassen, aber doch die Grundlagen der kirchlichen Friedenslehre umfassend dargelegt – sind von dem Gedanken durchdrungen, daß der Friede weder durch das Gleichgewicht der Abschreckung noch durch Verträge gesichert werden könne, sondern nur durch die innere personale Verbundenheit der Menschen über die nationalen, rassischen und ideologischen Grenzen hinweg. Sie läßt sich aber nur erreichen, wenn das Zusammenleben der Menschen, Völker und Staaten auf der Wahrheit und Gerechtigkeit aufbaut. Deshalb stand er der verharmlosenden Formel von der »Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme« so skeptisch gegenüber und forderte »die Koexistenz in der Wahrheit«.

Die personale Sicht hat auch zu einer Revision der Einstellung und Lehre der Kirche gegenüber der Demokratie geführt, die Pius XII. erstmals als die dem Menschen am meisten angemessene Staatsform bezeichnete. Demokratie setze freilich den mündigen und verantwortungsbereiten Staatsbürger voraus. In diesem Zusammenhang muß auch der Wandel im Toleranz-Verständnis gesehen werden. Es verläßt den Boden der bloßen Duldung des »Irrenden« und sieht im »Andersdenkenden« zunächst einmal den Wert-Anspruch des Menschen als Person. Allerdings dürfe Toleranz, wie Gundlach einschärft, nicht aus Wertschwäche, sondern müsse aus Wertüberzeugung erwachsen.

Auch die Kirche selbst wird nun nicht mehr allein als hierarchische Struktur von oben nach unten erkannt, sondern als Personengemeinschaft, geeint in Jesus Christus. Das Wort Pius XII. an die Laien: »Ihr gehört nicht nur zur Kirche, ihr seid die Kirche«, entspricht dem Gundlachschen Ansatz. Deshalb konnte er auch die Kirche als »das Lebensprinzip der menschlichen Gesellschaft« begreifen – Pius XII. machte sich diese Bestimmung in der Ansprache bei der Kardinalskreierung 1946 zu eigen –, ohne deshalb die Eigenständigkeit der irdischen Wirklichkeiten preiszugeben. Die Kirche besitzt eben ein »inneres Mitsein mit der Gesellschaft«. Dies ist auch der Grund, warum sich

Gundlach zeit seines Lebens für die katholischen Verbände eingesetzt hat, weil sie als funktionale Gliederungen die Kirche in der Gesellschaft präsent und die Grundsätze des Evangeliums und der rechten Einsicht geltend machen sollen. Die personale Sicht ließ Gundlach auch die Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips in der Kirche betonen, was noch bei den Konzilsvorbereitungen den Widerspruch Kardinal Ottavianis herausforderte.

VI

Bei all seiner Beanspruchung in Rom verfolgte Gundlach die Vorgänge in seiner Heimat mit gespannter Aufmerksamkeit. Er schaltete sich immer wieder in die Diskussionen im deutschen Sozialkatholizismus ein. Vor allem seine öffentlichen Vorträge fanden weit über den katholischen Raum hinaus Beachtung. Erinnert sei an die Rede auf der Sozialtagung katholischer Männer in Essen 1951 »Die soziale Frage von heute nach der Lehre der katholischen Kirche«. Es ist die Zeit des Wiederaufbaus in der Bundesrepublik und einer leidenschaftlich geführten Diskussion über den künftigen Kurs der Gesellschaftspolitik. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte Anfang 1951 durch Drohung mit dem Generalstreik die Montan-Mitbestimmung erzwungen. Auch im Sozialkatholizismus war die Diskussion um die paritätische Mitbestimmung in den wirtschaftlichen Angelegenheiten der Unternehmen ausgebrochen, seitdem diese Forderung auf dem Bochumer Katholikentag 1949 erhoben worden war. In seiner Rede befaßte sich Gundlach mit einigen »Irrwegen der Sozialpolitik« und wandte sich gegen die These, wonach die bisherige Sozialpolitik lediglich den Charakter einer reinen Betreuungsaktion gegenüber den Arbeitnehmern habe und erst das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht dem Arbeitnehmer Gleichberechtigung verschaffe. Des weiteren warnte er die Katholiken davor zu glauben, sie könnten Sozialpolitik und Kulturpolitik trennen und erstere zusammen mit den Sozialisten betreiben. Denn auch die Sozialpolitik sei »ohne umfassenden geistigen Wurzelgrund unmöglich«.
Eine paritätische Mitbestimmung lehnte er ab: »Die Machtverhältnisse werden sich verlagern zugunsten von Managern und Funktionären, die immer weiter die Wirtschaft von ihrem Quellpunkt persönlicher, im Privateigentumsrecht begründeter Initiative entfernen, und darauf kommt es der katholischen Soziallehre gerade an.« Von seiner personalen Gesellschaftsauffassung her bezog Gundlach die Gegenposition zu Oswald von Nell-Breuning, der am liebsten das Privateigentum als irrelevant aus dieser Frage ausklammern möchte. Auch was die gewerk-

schaftliche Entwicklung angeht, betrachtete Gundlach die von Nell-Breuning favorisierte Einheitsgewerkschaft mit Skepsis, weil er überzeugt war, daß erstens die Wirtschaft kein »neutrales« Gelände ist und zweitens sich ein großer Interessenverband auf die Dauer auch politisch gebärden werde. Er fürchtete, daß die politische Richtung der sogenannten Einheitsgewerkschaft in das sozialistische Lager führen werde und die Christen im DGB personell und in der Sache kaum etwas zu melden hätten.

Von großer Tragweite wurde auch die Münchener Rede Gundlachs auf der Tagung der Katholischen Akademie in Bayern über »Christentum und demokratischer Sozialismus« (1958). Erstmals kam es zu einer öffentlichen Begegnung maßgeblicher Vertreter des Katholizismus und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich damals anschickte, das Godesberger Programm aus der Taufe zu heben. Im katholischen Lager gab es Bestrebungen, die traditionellen Gegensätze zu überbrükken und auf eine Äquidistanz der Kirche zu den politischen Parteien hinzuarbeiten. Zur Überraschung vieler stellte Gundlach in den Mittelpunkt seines Referates die Frage: »Wird sich der Demokratische Sozialismus so vom Marxismus lösen, daß er auch seine unbestreitbar liberal-rationalistische Komponente und nicht nur die marxistische aufgibt? Wird er jene verhängnisvolle Kernspaltung am Sozialen drangeben und in ihm nicht mehr lediglich die denkbar vernünftigste, das ist die produktivste Organisation von Individuen sehen?« Hier zog Gundlach konsequent den Bogen von »Quadragesimo anno« zum demokratischen Sozialismus. Von der katholischen Soziallehre her laute die alles entscheidende Gretchenfrage an den Sozialismus: »Was hältst du von der Kirche?... Wir können nicht im Zustand der liberalen Unentschiedenheit verbleiben, wo, politisch aufs höchste konzentriert, eine gottlose Gesellschaft, der Kult gar der Endlichkeit des Menschen gegen uns angesetzt ist, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen.« Die Frage ist bis heute offengeblieben.

Noch in einer anderen, politisch äußerst heiklen Situation meldete sich Gundlach zu Wort. Mit dem Würzburger Vortrag »Die Lehre Pius XII. vom modernen Krieg« (1959) griff er in die damals lebhaften Auseinandersetzungen zu Fragen der atomaren Bewaffnung ein. Die oppositionelle SPD versuchte mit allen Mitteln, die Adenauersche Politik der Integration der Bundesrepublik in das atlantische Verteidigungsbündnis zu verhindern. Auch unter den Katholiken war der Streit über die sittliche Erlaubtheit des atomaren Verteidigungskrieges ausgebrochen. Von beiden Seiten berief man sich auf Pius XII., der 1958 gestorben war. Gundlach legte die Lehre des Papstes dar und versuchte in der ihm eigenen Art eine Begründung dafür zu geben, warum auch

in der veränderten Lage das Recht der Verteidigung gegen den ungerechten Angreifer bestehen bleibe. Seine Argumentation gipfelte in der Überlegung, daß sogar für den Fall, »wo nur noch eine Manifestation der Majestät Gottes und seiner Ordnung, die wir ihm als Menschen schulden, als Erfolg bliebe, Pflicht und Recht der Verteidigung allerhöchster Güter denkbar« ist.
Während die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« schrieb, sein Auftritt habe »den Anschein einer Mission zur Belehrung und Ermahnung verwirrter Geister in Deutschland von der höchsten Autorität aus«, löste der Vortrag bei Gegnern helle Empörung aus. Aus der heutigen Perspektive wird man sagen dürfen, daß sich die Erlaubtheit auch der atomaren Verteidigungsbereitschaft unter bestimmten Bedingungen im Gundlachschen Sinne durchgesetzt hat. Viel Zündstoff hätte Gundlach entschärfen können, wenn er gleichzeitig die Pflicht zur Erhaltung und Sicherung des Friedens ebenso plastisch herausgearbeitet hätte, wie dies in den großen Ansprachen Pius XII. geschehen war.

VII

Mit dem Tode Pius XII. trat eine Wende im Leben Gundlachs ein. Der Nachfolger Johannes XXIII. vertrat eine neue Linie. An die Stelle der prinzipiellen Denkweise trat eine mehr pastoral orientierte Sicht. Zwar wurde Gundlach zunächst noch beauftragt, zusammen mit einer international zusammengesetzten Gruppe einen Entwurf für die geplante Sozialenzyklika »Mater et Magistra« zu erstellen, der aber keine Billigung fand. Der Papst verließ sich jetzt auf italienische Mitarbeiter, insbesondere Pavan und Ferrari-Toniolo. Nicht so sehr die Enttäuschung darüber, daß er nicht mehr gebraucht wurde, sondern die Sorge um den neuen Kurs weg von der grundsätzlichen Klärung der Fragen hin zu einer »praktisch-pastoralen Wendigkeit« bewegte Gundlach. Er sah die Gefahren der auch in Deutschland um sich greifenden »Entideologisierungswelle« voraus: Wenn heute die Leute »nach der sog. ›Entideologisierung‹ der Politik und des gesellschaftlichen Lebens rufen und damit in erster Linie die ›Soziallehre der Kirche‹ als ›Instrument klerikaler Herrschaft‹ meinen, so weiß man nicht, was bei solchen Kündern einer ›reinen‹, nur der Sache verpflichteten Politik mehr vorherrscht: das kurze Gedächtnis oder die Ahnungslosigkeit, mit der sie Grundsätze schlechthin für ›Ideologie‹ erklären. Sie werden den Ernst und die Wirklichkeitsschwere von Grundsätzen erst wieder merken, wenn der Grund wieder zu wanken droht, auf dem sie mit Hilfe der Christen stehen.«
Im Januar 1961 wurde Gundlach noch als Konsultor in die Theologische

Kommission zur Vorbereitung des Konzils berufen. Doch auch hier waren Ziel und Tenor anders als in jener Kommission, die schon Pius XII. im Jahre 1950 zu demselben Zweck eingesetzt, dann aber wieder aufgelöst hatte.

Zu seinem 70. Geburtstag erhielt Gundlach hohe Ehrungen. Joseph Höffner kam mit einer Gruppe von Freunden und Schülern nach Rom und überreichte ihm die Festschrift »Freiheit und Verantwortung in der modernen Gesellschaft«. Der Bundespräsident verlieh ihm das Große Bundesverdienstkreuz.

Mit seiner Emeritierung an der Gregoriana kehrte Gundlach im Frühjahr 1962 nach Deutschland zurück und übernahm auf Wunsch der deutschen Bischöfe die Leitung der neu gegründeten »Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle« in Mönchengladbach. Schon früher hatten die Bischöfe mehrmals versucht, Gundlach nach Deutschland zu holen. Aber Pius XII. wollte ihn nicht freigeben. Im Wintersemester 1962/63 übte er noch einmal eine Lehrtätigkeit als Gastprofessor an der Universität Münster aus, da infolge der Erhebung Professor Höffners zum Bischof von Münster dessen Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften vakant geworden war. Dort las er über den Sozialismus. Am ungewöhnlichen Interesse der Studenten merkte er, daß seine prinzipielle Denkweise nicht überholt war.

Gustav Gundlach verzehrte sich im Dienst an Kirche und Gesellschaft. Am Morgen des 23. Juni 1963 starb er infolge eines Herzversagens. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof des Franziskus-Krankenhauses in Mönchengladbach. Gundlach war, um mit einer persönlichen Note zu schließen, ein Meister der Diskussion. Seine Schlagfertigkeit trieb den Gegner oft in die Enge. Aber auch im hitzigen Gefecht wußte er zu unterscheiden zwischen der Sache, die es zu vertreten galt, und den beteiligten Menschen. Die unbedingte Treue zur Wahrheit war in ihm mit warmer Menschlichkeit gepaart. Der Grundvollzug sozialen Handelns, das Geben und Nehmen auf dem Fundament gegenseitiger Achtung und Vertrauens, war ihm von Natur aus eigen. Seine Offenheit und Bereitschaft, auf den anderen hinzuhören, seine ungezwungene Geselligkeit, seine Sorge und Anteilnahme an den großen und kleinen, freudigen und leidvollen Geschehnissen im Leben eines Menschen ließen leicht den flüchtigen Kontakt zur dauernden Bindung werden. Jedem, ob Student oder Gelehrter, ob Arbeiter oder Unternehmer, ob Minister oder Angestellter, begegnete er als Mitmensch mit der gleichen Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit. Dies trug dazu bei, daß er neben seiner wissenschaftlichen Autorität in so hohem Maße menschliche Glaubwürdigkeit ausstrahlte.

Rudolf Morsey

Georg Schreiber (1882–1963)

Das katholische Deutschland ist arm an Persönlichkeiten, die gleichermaßen als Gelehrte, Wissenschaftsorganisatoren und Kulturpolitiker gewirkt und eine herausragende Rolle im politischen wie im wissenschaftlichen Bereich ihrer Zeit gespielt haben. Zu ihnen gehört Georg Schreiber: kein Politiker der »ersten Garnitur« – also kein Partei- oder Fraktionsvorsitzender, kein Reichsminister noch auch Mitglied der preußischen Staatsregierung. Hingegen zählte er in den Jahren der Weimarer Republik als prominenter Zentrumsabgeordneter des Reichstags, als unermüdlicher Organisator der Wissenschaft und als bedeutender Gelehrter zur Minderheit derjenigen Wissenschaftler, die sich darum bemühten, die junge demokratische Republik geistig zu fundieren. Sie stieß gerade in den Kreisen des sogenannten „geistigen Deutschlands", aber auch in katholisch-konservativen Kreisen weithin auf distanzierte Zurückhaltung oder grundsätzliche Ablehnung. Wenn damals die Versöhnung von Politik und Kultur, die Integration der »geistigen Arbeiter« in Staat und Gesellschaft, der friedliche Ausgleich von Staat und Kirche und eine eigenständige Kulturpolitik des Reiches erfolgversprechend begonnen wurden, so hat daran der münsterische Kirchenhistoriker und Universitätsprofessor, Prälat und Parlamentarier Georg Schreiber erheblichen Anteil.

I

Er stammte wie so viele andere Wissenschaftler und Politiker seiner Generation aus »kleinen« Verhältnissen, aus der ländlichen Bildungsreserve des deutschen Katholizismus. Der Försterssohn Georg Schreiber, am 5. Januar 1882 im eichsfeldischen Rüdershausen bei Duderstadt geboren, hat keine leichte Jugend gehabt. Sein Vater starb früh. Nach dem Besuch der Rektoratsschule in Duderstadt blieb der angehende Student, der am Gymnasium Josephinum (ab 1896) sein Abitur gemacht hatte, auf die Hilfe Dritter angewiesen. Der damalige Hildesheimer Bischof und spätere Breslauer Oberhirte und Kardinal Adolf Bertram förderte seine wissenschaftliche Laufbahn. Von 1901-1904 studierte

Schreiber katholische Theologie in Münster. Nach einer einjährigen Ausbildung im Hildesheimer Priesterseminar erhielt er im April 1905 die Priesterweihe in seiner Heimatdiözese.
Anschließend konnte er, von seiner kirchlichen Behörde beurlaubt, in Münster und in Berlin sein Studium fortsetzen, und zwar in den Fächern Geschichte und Germanistik. Zu den Lehrern des jungen Theologen gehörten bedeutende Wissenschaftler, darunter Joseph Mausbach und Franz Hitze in Münster, Dietrich Schäfer und Michael Tangl in Berlin. Während dieser Jahre übte Schreiber die Tätigkeit eines Hausgeistlichen bei den Grauen Schwestern des Elisabeth-Stifts in Moabit und später im Josephs-Krankenhaus der Trierer Borromäerinnen in Potsdam aus. Den Abschluß seiner Studien in der Reichshauptstadt bildete 1909 die Promotion zum Dr. phil. mit dem Werk »Kurie und Kloster im 12. Jahrhundert«. Es erschien bereits ein Jahr später in der angesehenen, von dem Bonner Kanonisten Ulrich Stutz herausgegebenen Reihe »Kirchenrechtliche Abhandlungen« und begründete den wissenschaftlichen Ruf des Kirchenhistorikers. Bereits in dieser Arbeit fand sich der Ansatz für jene Verknüpfung von historischen, theologiegeschichtlichen, rechtsgeschichtlichen, volkskundlichen und liturgiewissenschaftlichen Disziplinen, die für Schreibers wissenschaftliches Lebenswerk kennzeichnend wurde. 1913 erwarb er in Freiburg i. Br. den theologischen Doktorgrad mit einer Untersuchung zum Sprachgebrauch des mittelalterlichen Oblationenwesens.
In seiner münsterischen Studienzeit hatte Schreiber die geistesgeschichtliche und nationale Bedeutung der Theologischen Fakultäten erkannt. Für deren Stärkung und Ausbau ist er, auch in Würdigung ihrer Auslandswirkung, seitdem immer wieder eingetreten. Von seiner späteren politischen und parlamentarischen Tätigkeit her gesehen ist es kaum verwunderlich, daß Schreiber, der der Studentenvereinigung »Unitas« angehörte und in deren Zeitschrift seine ersten Artikel über literarische Themen publizierte, sich in Münster als Student aktiv an der Selbstverwaltung der Universität beteiligte. 1902 war er Vorsitzender des Studentenausschusses. Während seiner Berliner Studienzeit kam er in Kontakt zu einer großen Zahl von namhaften Zentrumsabgeordneten des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses. Der bedeutendste unter ihnen war der Württemberger Matthias Erzberger, der spätere Reichsfinanzminister, mit dem Schreiber im Jahre 1920 noch einige Monate lang zusammen der gleichen Fraktion angehören sollte. Mit seinem Fleiß und Organisationstalent beeindruckte Erzberger den jungen Theologen, der seinerseits umgekehrt von dem damals prominentesten Zentrumsparlamentarier häufig zu gemeinsamen Spazier- und Diskutiergängen eingeladen wurde.

II

Zunächst aber gab es noch keinerlei Anzeichen für eine politische Laufbahn Schreibers. Er habilitierte sich nach Abschluß seiner Berliner Studien 1913 in der Theologischen Fakultät der Universität Münster für das Fach mittlere und neuere Kirchengeschichte. In dieser Fakultät lehrten damals zwei der führenden katholischen Theologen Deutschlands: der Sozialpolitiker und Reichstagsabgeordnete des Zentrums Franz Hitze und der Moraltheologe Joseph Mausbach, der 1919 als Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und ihres Verfassungsausschusses zu den Vätern der neuen Reichsverfassung gehören sollte. Engen Kontakt gewann Schreiber zu dem späteren Dompropst in Münster Adolf Donders, dem langjährigen Generalsekretär der Deutschen Katholikentage.

Waren bei Georg Schreiber neben politischen Interessen auch politische Mentoren vorhanden, so bedurfte es doch erst des revolutionären Umsturzes vom November 1918, um die wissenschaftliche Neigung und Arbeit des Professors vorerst in den Hintergrund treten zu lassen. Zunächst war Schreiber 1915 einem Ruf als außerordentlicher Professor für Kirchenrecht an die Philosophisch-Theologische Hochschule in Regensburg gefolgt. Dort weckte das süddeutsche Volkstum sein Interesse für das damals noch wenig ergründete Gebiet der religiösen Volkskunde, das Schreiber später systematisch erforschte. Bereits 1917 war er wieder an die Universität nach Münster zurückgekehrt: als Ordinarius für Kirchengeschichte. Münster blieb seitdem sein Wohnsitz. Sein ungemein reiches und weit verzweigtes wissenschaftliches Lebenswerk wie seine starke politische Ausstrahlung verknüpften sich aufs engste mit seiner westfälischen Wahlheimat.

Im November 1918, wenige Tage nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, trat Georg Schreiber in die politische Arena, damals als Wissenschaftler längst ausgewiesen. In Versammlungen der Westfälischen Zentrumspartei und in Presseartikeln attackierte und kritisierte der münsterische Kirchenhistoriker die von der linkssozialistischen preußischen Revolutionsregierung geplanten umstürzenden und kulturkämpferischen Maßnahmen in den Bereichen von Erziehung und Wissenschaft, Schule und Kirche. Sie waren mit dem Namen des Kultusministers Adolf Hoffmann verbunden, der unter dem Druck einer breiten Protestwelle, insbesondere aus Westdeutschland, bereits Ende 1918 sein Amt verlassen mußte. Im August 1919 gehörte Schreiber zu den Gründern der »Westfälischen Gesellschaft für Volksbildung und Volkshochschulwesen«, deren Vorsitz er übernahm. In diesen Monaten lehnte er verschiedene durch Hitze und Mausbach vermittelte Angebote des Auswärtigen Amtes ab, in den diplomatischen Dienst einzutreten.

Das Jahr 1920 bildete einen Wendepunkt im Leben und Lebenswerk Georg Schreibers. Sein regionaler politischer Einsatz im Winter 1918/19 sicherte ihm die Nachfolge seines Fakultätskollegen Joseph Mausbach im ersten Reichstag der Weimarer Republik, da Mausbach nicht bereit war, nach Abschluß der Verfassungsarbeiten der Deutschen Nationalversammlung in Weimar ein neues Mandat zu übernehmen. Zusammen mit Carl Herold und Adam Stegerwald wurde Schreiber als Zentrumsabgeordneter für den Wahlkreis Westfalen-Nord in den Reichstag gewählt. Ihm gehörte er bis zu dessen Ende 1933 an. Diese Jahre »zwischen Demokratie und Diktatur«, wie Schreiber seine 1949 veröffentlichten Erinnerungen an die Politik und Kultur des Reiches in dieser Zeit betitelt hat, standen für ihn vornehmlich im Zeichen parlamentarischen Wirkens. Rasch gewann der münsterische Universitätslehrer als Mitglied wichtiger Parlamentsausschüsse und als führendes Mitglied zentraler Wissenschaftsorganisationen Einfluß innerhalb und außerhalb seiner Fraktion und Partei. Seine erste Rede im Plenum des Reichstags im November 1920 über die Probleme der von den Franzosen besetzten westdeutschen Gebiete galt dem rheinisch-westfälischen Grenzland, das durch Annexionen gefährdet war – ein Thema, das der münsterische Zentrumsabgeordnete in der Folge wiederholt aufgegriffen hat und das nach 1945 neue Aktualität gewann.

III

Die Grundlage für Schreibers überragende parlamentarische Stellung bildete seine Tätigkeit als Referent des Reichstags für den ebenso umfangreichen wie weit aufgefächerten Etat des Reichsministeriums des Innern. Es unterstützte in immer stärkerem Maße auch wissenschaftliche und kulturelle Vorhaben. Ihre Prüfung, Vertretung und Begründung oblag Schreiber, der sich mit leidenschaftlicher Anteilnahme dieser Belange annahm und zu einem ebenso angesehenen wie gefürchteten Wissenschafts- und Kulturpolitiker entwickelte. Von seinem Einsatz als »Nothelfer der deutschen Wissenschaft« profitierten die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit ihren zahlreichen Instituten, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die Hochschule für Politik in Berlin, die großen Nationalmuseen in München, Nürnberg, Mainz und Dresden, das Reichsarchiv in Potsdam, die Deutsche Bücherei in Leipzig, die Historische Reichskommission, das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart, das Deutsche Archäologische Institut, die Physikalisch-technische Reichsanstalt, die Deutsche Caritas für Akademiker und das Deutsche Studentenwerk. Davon profitierten ferner zahlreiche private Gesell-

schaften und Institutionen aus dem Bereich der Wissenschaft, des kulturellen und künstlerischen Lebens im weitesten Sinne. In diesem Zusammenhang ist in erster Linie die Görres-Gesellschaft zu nennen, die Schreibers Einsatz viel zu verdanken hat. Alle diese Institutionen legten Wert darauf, sich den Rat, aber auch die Gunst des gelehrten, einflußreichen und hilfsbereiten Zentrumsparlamentariers zu erhalten.
Infolgedessen wurde Schreiber bald mit einer Fülle von staatlichen und wissenschaftlichen Ehrungen, Ämtern und Posten bedacht, in zahllose Kuratorien, Beiräte und Kommissionen berufen. Daraus erwuchsen ihm vielfältige Pflichten und Verpflichtungen, die er ebenso eifrig wie gewissenhaft wahrnahm. Sein eiserner Fleiß – er galt als »Arbeitsbiene« des Reichstags –, sein ungewöhnliches Gedächtnis und seine unerschrockene Einsatzfreudigkeit, nicht minder aber seine Zähigkeit, mit der er immer neue Ziele verfolgte und einmal begonnene Aktionen abzuschließen suchte, waren bekannt und auch außerhalb der Berliner Ministerialbürokratie gefürchtet.
Er legte Wert darauf, mit den Koryphäen der deutschen Wissenschaft – von Adolf von Harnack bis Ferdinand Sauerbruch – in Kontakt zu kommen und zu bleiben. Gleichzeitig jedoch beobachtete und förderte er den wissenschaftlichen Nachwuchs in den verschiedensten Disziplinen, wobei er, gleichsam als Probeaufgabe, geistige Hilfeleistung bei seinen zahlreichen Publikationen gern in Anspruch nahm. Schreiber blieb darauf bedacht, daß sich der historisch verständliche Nachholbedarf an katholischen Bewerbern in den Reichsministerien verminderte. Er konnte scharf angreifen und liebte in Rede und Schrift plastische Formulierungen. So bezeichnete er Alfred Rosenberg im Plenum des Reichstags einmal als »Sterndeuter des Nationalsozialismus«. Es ist naheliegend, daß ein so kompromißlos nüchterner und tatkräftig zupackender, aber auch äußeren Ehrungen gegenüber nicht abgeneigter Parlamentarier nicht wenige Gegner und Neider fand.
Die besondere Aufmerksamkeit des westfälischen Zentrumsabgeordneten galt Fragen des Minderheiten- und Volkstumsschutzes (und in diesem Rahmen auch der Missionstätigkeit) sowie der kulturellen Betreuung der Auslandsdeutschen. Zur wissenschaftlichen Erforschung des Auslandsdeutschtums gründete er 1927 in Münster ein eigenes Institut für Auslandskunde und eine eigene Schriftenreihe »Deutschtum und Ausland«. Er prägte den Ausdruck »Auslandskulturpolitik« und initiierte deutsche Kulturwochen in Ungarn und Rumänien, in den baltischen Ländern und in Finnland. Sein besonderes Interesse galt der Pflege der Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen zu Österreich, der Schweiz, Italien und Spanien. Der Brückenschlag von der Politik zur Wissenschaft (und umgekehrt) war für Schreiber charakteristisch.

Er vollzog ihn auch auf anderen Gebieten. So gab er von 1925 bis 1928 ein »Politisches Jahrbuch« seiner Fraktion heraus, in dem er sich um die historische Fundierung der Tagesaktualitäten mühte. Ferner begründete er eine vielbändige Reihe »Schriften zur deutschen Politik«, in der Wissenschaftler und Praktiker zu historisch-politischen Fragen Stellung nahmen.
Daneben veröffentlichte Schreiber ununterbrochen Bücher und Aufsätze. Er begriff die Pflege der Wissenschaften und der Kultur als eine der bedeutendsten Lebensäußerungen des Staates. Seinem fördernden und mitreißenden Einfluß war es mit zu verdanken, wenn die deutsche Wissenschaft in den zwanziger Jahren noch einmal ihre Weltgeltung behaupten konnte. Mit besonderem Eifer bemühte sich Schreiber darum, die seit 1914 zerrissenen Fäden der deutschen Wissenschaft zum Ausland wieder anzuknüpfen. Zu seinem 50. Geburtstag im Jahre 1932 erschien eine umfangreiche Festschrift mit dem seine Arbeit charakterisierenden Titel »Volkstum und Kulturpolitik«. Sie ist infolge der großen Zahl und des Ranges der Mitarbeiter aus allen wissenschaftlichen Disziplinen und aus verschiedenen politischen Lagern ein eindrucksvolles Zeugnis für das Ansehen, das Georg Schreiber zu diesem Zeitpunkt, am Vorabend der deutschen Katastrophe, besaß. Im gleichen Jahr erhielt er die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft.

IV

Ein Kapitel für sich ist der Einsatz Schreibers für Westfalen und das westdeutsche Reichs- und Grenzgebiet. Der münsterische Abgeordnete nahm sich mit Erfolg der Grenzlandpflege in den verschiedensten Formen an, wobei er immer neue Möglichkeiten und Hilfsmaßnahmen ersann. So beschaffte er Geld zur Unterstützung notleidender Theater, zur Renovierung historisch bedeutsamer Gebäude, zur Einrichtung einer Beratungsstelle für Auswanderer in Münster und zur Finanzierung von Ausstellungen, darunter der GESOLEI in Düsseldorf. Er setzte sich für den Bau der Eisenbahnlinie Münster-Dortmund ein. Wiederholt forderte Schreiber im Reichstag ein langfristiges Programm (»Westhilfe«) zum Schutz des westdeutschen Grenzgebiets, das sich angesichts der Entwaffnung und der Entmilitarisierung des Rheinlands auf eine »geistige, kulturelle und wirtschaftliche Selbstbehauptung« einstellen müsse. Seine Initiative war mitentscheidend bei der Errichtung der Medizinischen Fakultät der Universität Münster (1925) und der Westfälischen Verwaltungsakademie im gleichen Jahr.
Bei den Vorverhandlungen für das Konkordat zwischen Preußen und

dem Hl. Stuhl, das 1929 abgeschlossen wurde, gelang es nicht zuletzt dem Eingreifen Schreibers, zu verhindern, daß der oldenburgische Teil der Diözese Münster dem Bistum Osnabrück angegliedert wurde. Dem 1924 von Pius XI. zum Päpstlichen Hausprälaten ernannten Theologen und Wissenschaftler lag die Versöhnung des Katholizismus mit der demokratischen Republik von Weimar besonders am Herzen. Obschon er zu den in der Öffentlichkeit nicht selten kritisierten »Zentrumsprälaten« gehörte, ist das Schlagwort von der »Klerikalisierung« der deutschen Politik nie überzeugender widerlegt worden als durch das politische Wirken und Werk Schreibers.

Mit der »Machtergreifung« Hitlers begann ein neuer Abschnitt auch im Leben des münsterischen Gelehrten. Schreiber gehörte zunächst zu denjenigen Zentrumsabgeordneten, die der NS-Herrschaft nur kurze Dauer einräumten. Er stimmte im Reichstag am 23. März 1933 zusammen mit seiner Fraktion für das von Hitler geforderte Ermächtigungsgesetz. Damit war auch die parlamentarische und kulturpolitische Tätigkeit Georg Schreibers abrupt beendet. Er mußte sich ganz auf wissenschaftliche Forschungs- und Publikationstätigkeit beschränken und verlor 1938 seine beiden Institute für Auslandskunde und Volkskunde in Münster. Nicht wenige, denen er zu Amt und Stellung verholfen hatte, wandten sich von ihm ab. Manche von ihnen meldeten sich 1945 wieder mit der Bitte um einen »Persilschein« für ihre Entnazifizierung. Schreiber wurde 1935 zwangsweise an die Theologisch-philosophische Hochschule im ostpreußischen Braunsberg versetzt.

Auf Grund seiner Bekanntschaft mit dem Reichserziehungsminister Bernhard Rust – einem eichsfelder Landsmann – und des Einsatzes von Karl Haushofer gelang es ihm jedoch, sich mit Hilfe eines ärztlichen Attests der Versetzung zu entziehen und seine vorzeitige Emeritierung zu erreichen. Auf diese Weise konnte er weiterhin wissenschaftlich arbeiten und publizieren, wobei er sein Interesse besonders der religiösen Volkskunde zuwandte. Unmittelbar nach dem 20. Juli 1944 entzog er sich einer drohenden Verhaftung durch die Gestapo dadurch, daß er sich im Bayerischen Wald versteckt hielt und dann in der Abtei Ottobeuren Unterkunft fand.

Im Sommer 1945 begann für den 63jährigen Kirchenhistoriker eine neue Phase kulturpolitischer und wissenschaftlicher Aktivität. Die Emeritierung von 1935 wurde rückgängig gemacht. Schreiber nahm mit ungebrochener Schaffenskraft am geistigen Wiederaufbau zunächst seiner engeren Heimat lebhaften Anteil. Zunächst mußte er sein zerstörtes Haus in Münster aufbauen. In seiner Tätigkeit als erster Rektor der in Trümmern liegenden Universität Münster (1945/46) erwiesen sich Erfahrungen und Beziehungen aus der früheren Abgeordnetenzeit als

vorteilhaft. Schreiber verhinderte eine damals diskutierte Verlegung der münsterischen Hochschule in eine andere, weniger zerstörte Stadt Westfalens. Gegen niederländische Gebietsforderungen im deutschen Westen nahm er öffentlich Stellung und warnte davor, hier eine »blutende Grenze« zu schaffen. Der münsterische Wissenschaftler wollte, entgegen den Vorstellungen der kirchlichen Behörde, erneut eine parlamentarische Tätigkeit ausüben. Bei der Wahl zum ersten Landtag von Nordrhein-Westfalen scheiterte jedoch 1947 sein Versuch, im Wahlkreis Münster-Land ein Mandat für die CDU zu gewinnen. Daraufhin zog sich Schreiber vollständig aus der aktiven Politik zurück.
Um so intensiver beteiligte er sich am Wiederaufbau und an der Neugründung wissenschaftlicher Gesellschaften und Vereine im regionalen und überregionalen Bereich (Historische Kommission Westfalens, Max-Planck-Gesellschaft, Görres-Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen). Schreiber blieb eine einflußreiche Persönlichkeit in zahlreichen Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen. Wie nach dem Ersten Weltkrieg bemühte er sich nach Kräften darum, die abgerissenen Wissenschaftsbeziehungen zum Ausland, zunächst zu Österreich und zur Schweiz, wieder anzuknüpfen. Schreiber war nie ein bequemer Kollege, Mitarbeiter oder wissenschaftlicher »Arbeitgeber«. Im persönlichen Umgang konnte er eine bezwingende Liebenswürdigkeit entfalten. Er sprach in der Regel ohne Manuskript.

V

1951 wurde Schreiber emeritiert. Der Abschied von der Lehrtätigkeit ist ihm zunächst nicht leichtgefallen. In den zwölf Lebensjahren, die ihm noch vergönnt waren, veröffentlichte er eine Fülle wissenschaftlicher Bücher und Aufsätze, darunter auch Erinnerungen aus seiner früheren politischen Tätigkeit. Seine Arbeitskraft und -freude blieb ungebrochen, seine Gedächtniskraft und geistige Beweglichkeit ebenso erstaunlich wie seine Zeiteinteilung und -ausnutzung. 1958 ernannte ihn Pius XII. zum Apostolischen Protonotar. Zahlreiche »runde« Geburtstage und Jubiläen (so das Goldene Priester- und Doktorjubiläum) boten Anlaß zu öffentlichen Würdigungen. Schreiber starb am 24. Februar 1963 nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Lungenentzündung in Münster. Sein Grab fand er auf dem dortigen Zentralfriedhof.
In der Förderung der Wissenschaft in all ihren Zweigen und in der Verbindung von Kultur, Staat und Kirche hat Georg Schreiber seine Aufgabe gesehen. Sein langes und arbeitsreiches Leben war ein unausgesetztes Bemühen um die Rangordnung des Geistigen in der modernen

Gesellschaft. Mit ihm verlor das katholische Deutschland eine überragende und kraftvolle Persönlichkeit, die Wissenschaft einen profilierten Gelehrten, die deutsche Kulturpolitik einen schöpferischen Initiator und Organisator. Sein Ansehen bezeugen zahllose Ehrungen und Auszeichnungen im wissenschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Bereich, darunter vier Ehrendoktorate von deutschen und drei von ausländischen Universitäten, die Auszeichnung mit dem Stern zum Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Großen goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, die Verleihung der Goethe-Medaille, der Harnack-Medaille der Max Planck-Gesellschaft und der Freiherr-vom-Stein-Medaille des Landschaftsverbands von Westfalen.

Schreibers ausgebreitetes wissenschaftliches Werk nahm seinen Ausgang von der kirchlichen Rechtsgeschichte. Für den münsterischen Gelehrten war eine Verknüpfung von historischen, theologiegeschichtlichen, rechtsgeschichtlichen, volkskundlichen und liturgiewissenschaftlichen Disziplinen kennzeichnend. Seit den dreißiger Jahren trat dann in seinen Forschungen die religiöse Volkskunde, die er als Disziplin begründet hat, stärker in das Blickfeld. Schreiber hat nicht schulbildend gewirkt, aber doch zahllose Gelehrte und wissenschaftliche Unternehmen gefördert. Seine schöpferische Unruhe führte ihn zu ständig neuen Forschungsproblemen und zu einer Vielzahl von Publikationen, die nicht immer ohne Kritik blieben. Für seine Bedeutung als Forscher und wissenschaftlicher Anreger großen Stils legt sein außergewöhnlich umfangreiches Werk Zeugnis ab. Es ist im einzelnen keineswegs unumstritten, im ganzen jedoch trotz aller Vielfalt von imponierender Geschlossenheit.

Rudolf Morsey

Konrad Adenauer (1876–1967)

Konrad Adenauer gehört zu den säkularen Gestalten des politischen Katholizismus. Er ist der einzige demokratische Politiker und Staatsmann dieses Jahrhunderts in Deutschland, der weltweites Ansehen fand. Das war keineswegs in seiner Herkunft und Laufbahn angelegt; und erst in hohem Alter, nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes, gelangte der frühere Kölner Oberbürgermeister, der dieses Amt zweimal aus politischen Gründen verloren hatte, zu überregionaler Wirksamkeit. Deren Ziele ergaben sich für ihn als Konsequenz aus der Lehre der unseligen nationalsozialistischen Epoche: Hochachtung vor Wert und Würde des Menschen, Sicherung von Frieden und Freiheit sowie Abwehr des bis nach Mitteleuropa vorgedrungenen Bolschewismus durch den Zusammenschluß jener Teile des freien Europa, die 1945 diesseits des Eisernen Vorhangs verblieben waren. Eine Ära ist nach Adenauer benannt, ein Zeitalter von den politischen Vorstellungen und Erfolgen des ersten Bundeskanzlers, aber auch von seinem Regierungsstil, mitgeprägt worden.

I

Konrad Adenauer wurde am 5. Januar 1876 in Köln geboren. Seine Eltern waren Rheinländer: Der Vater Konrad stammte aus bescheidenen Verhältnissen in Bonn (Sohn eines Bäckermeisters), die Mutter Helene, geb. Scharfenberg, aus der Familie eines kinderreichen Kölner Bankbeamten. Vater Adenauer war als Berufssoldat 1866 im preußisch-österreichischen Krieg verwundet und zum Offizier befördert worden – eine sehr seltene Auszeichnung –, hatte aber dann den Militärdienst quittiert, da die Eltern seiner Braut die für eine »standesgemäße« Heirat erforderliche finanzielle Bürgschaft nicht hätten stellen können. Er arbeitete als Gerichtssekretär zuerst in Kleve, dann in Köln. Dort wurde sein Sohn Konrad geboren, als drittes von fünf Geschwistern, von denen eines früh gestorben ist. Das bescheidene zweistöckige Haus der Eltern in der Balduinstraße war teilweise vermietet.
Konrad Adenauer wuchs in räumlich wie finanziell beengten Verhältnis-

sen eines kleinbürgerlichen Beamtenhaushalts auf. Seine Mutter, eine energische, fromme und fröhliche Rheinländerin, trug durch Heimarbeit dazu bei, das Haushaltsgeld aufzubessern. Konrad Adenauer lernte im Elternhaus Pflichtbewußtsein, Korrektheit und Fleiß, aber auch jenen sachlichen Ehrgeiz zu entwickeln, der darauf gerichtet war, jede Aufgabe so gut wie möglich zu lösen. Schon auf dem Apostel-Gymnasium in Köln, das Adenauer mit guten Zeugnissen durchlief, entwickelte er beharrliche Zähigkeit und geduldige Ausdauer: zwei Eigenschaften, die ihm zeitlebens eigen geblieben sind.

Damit setzte er auch durch, nach dem Abitur (1894) sein Studium beginnen zu können. Er hatte zunächst für kurze Zeit eine Lehrstelle als Bankkaufmann antreten müssen, weil den Eltern die Mittel fehlten, auch den dritten Sohn studieren zu lassen. Das gelang dann mit Hilfe eines bescheidenen Kölner Bürgerstipendiums. Zum Sommersemester 1895 begann Konrad Adenauer das Jurastudium in Freiburg. Er trat der katholischen Studentenverbindung Brisgovia bei (später in Bonn der Alemannia), ohne jedoch ein »Verbindungsstudent« zu werden. Er absolvierte sein Studium der Rechtswissenschaft und zeitweise auch der Volkswirtschaft in der kürzestmöglichen Frist von drei Jahren. Das zweite und dritte Semester verbrachte er in München – wo er häufig die Pinakothek besuchte –, weitere drei Semester in Bonn. Von Süddeutschland aus unternahm er mehrwöchige Ausflüge in die Schweiz, nach Italien und nach Böhmen, großenteils zu Fuß. 1897 bestand Adenauer sein juristisches Referendarexamen mit »gut«, 1901 das Assessor-Examen (in Berlin) mit »ausreichend«, einem Ergebnis, das seinen beruflichen Weg zunächst nicht erleichterte. Aus Gesundheitsgründen vom Militärdienst befreit, hat er den »preußischen Kommiß« nicht am eigenen Leibe kennenlernen müssen. Ob sich (auch) aus diesem Grunde seine bemerkenswerte Unbefangenheit gegenüber hohen Militärs erklärt, sei dahingestellt.

Von festen Wertvorstellungen christlich-humanistischer Prägung durchdrungen, war Adenauer in die Tradition des rheinischen und speziell Kölnischen Zentrums hineingewachsen. Dazu gehörten ein demokratischer Grundzug, Verständnis für die westlichen Nachbarvölker und eine traditionelle Distanz zur Hohenzollern-Monarchie und zu Preußen; sie hatte durch den Kulturkampf und dessen Folgen neuen Auftrieb erhalten. Adenauer teilte die Abneigung seiner Landsleute gegen alles Preußische, Militärische und Gouvernementale. Von Jugend auf war er dem freiheitlichen Geist des nach Westeuropa geöffneten Rheinlands zugewandt und betont »zivilistisch« eingestellt. In einer religiösen Krise nach dem Ende seines Studiums hatte er Halt gefunden in den Schriften des schweizerischen Staatsrechtlers Karl Hilty, der als bekannter freikal-

vinistischer populärphilosophischer Schriftsteller ein »praktisches Christentum« vertrat.
Nach dem Assessor-Examen arbeitete Adenauer zunächst bei der Staatsanwaltschaft in Köln; bereits 1902 wechselte er in das Anwaltsbüro des Kölner Justizrats Hermann Kausen über, der als Vorsitzender der Zentrumsfraktion in der Kölner Stadtverordnetenversammlung erheblichen Einfluß besaß. Von Kausen lernte er, auch komplizierte juristische Sachverhalte in freier Rede knapp und klar darzustellen. 1903 übernahm er eine Stelle als Hilfsrichter beim Landgericht Köln, weil er hoffte, von dort aus leichter ein freiwerdendes Notariat auf dem Lande übernehmen zu können.
1904 heiratete Adenauer Emma Weyer, die Tochter einer angesehenen und begüterten Kölner Familie. Der Ehe entstammten drei Kinder. Durch diese Heirat trat der 28jährige Jurist mit dem Kölner Patriziat in Verbindung. Auf seine Bewerbung hin wurde Adenauer im März 1906, gefördert von Rechtsanwalt Kausen, zum Kölner Beigeordneten gewählt. Damit hatte seine berufliche Laufbahn Richtung und Ziel gefunden. Bereits drei Jahre später stieg er zum Ersten Beigeordneten (Leiter des Finanz- und Personaldezernats) auf und damit zum Vertreter von Oberbürgermeister Max Wallraf. 1911 baute er ein Haus in Köln, das er bis 1933 bewohnte. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs übernahm Adenauer mit dem Ernährungsdezernat auch noch die Verantwortung für die Versorgung der nächst Berlin größten Stadt in Preußen. Obwohl sein Vorschlag, Lebensmittel zu rationieren, von der Regierung zunächst nicht aufgegriffen wurde, gelang es ihm, die Versorgung der Stadt Köln in der Kriegszeit relativ gut sicherzustellen.
Diese Jahre waren für Adenauer doppelt schwer: 1916 starb, nach langer Krankheit, seine Frau, 1917 erlitt er durch die Schuld seines Fahrers in Köln einen schweren Autounfall. Vier Monate mußte er im Krankenhaus verbringen; seitdem blieb er von Kopfschmerzen geplagt. Während eines anschließenden Erholungsaufenthalts in St. Blasien wurde Adenauer als Nachfolger von Wallraf, der als Staatssekretär an die Spitze des Reichsamts des Innern nach Berlin berufen worden war, einstimmig zum Oberbürgermeister von Köln gewählt. Damit war er mit 41 Jahren das jüngste Stadtoberhaupt in Preußen. Wilhelm II. ernannte ihn zum Mitglied des Preußischen Herrenhauses.
Im August 1919 heiratete Adenauer Gussi Zinsser, die um 18 Jahre jüngere Tochter eines ihm benachbarten Dermatologen und Professors der Medizin in Köln. Dieser Ehe entstammten vier Kinder. Das Bild dieses ebenso erfolgreich zupackenden wie vorausdenkenden Kommunalpolitikers und patriarchalisch »regierenden« Familienoberhaupts wäre nicht vollständig ohne den Hinweis auf sein damals wie später gepfleg-

tes »Hobby«: die Beschäftigung mit immer neuen technischen Einfällen, das »Erfinden«. Eine Reihe von Patenten bezeugt das stolze Ergebnis dieser ernstgenommenen Freizeittätigkeit, das sich jedoch zum Kummer des Erfinders in keinem Falle als praktisch und finanziell verwertbar erwies.

II

Von 1917-1933 hat Adenauer die Geschicke der rheinischen Großstadt bestimmt und in dieser Zeit Kölns Stellung als Metropole des deutschen Westens ausgebaut. Mit Geschick, Mut und Klugheit verstand er es, auch nach dem Zusammenbruch der Monarchie im Spätjahr 1918, im Zeichen der Diktatur der Volksbeauftragten (»Räte«), die Zügel der Stadt in seiner Hand zu behalten, Ausschreitungen zu verhindern und den ungestörten Durchzug der rückströmenden Armee zu sichern. Mit dem Einmarsch britischer Truppen Anfang Dezember 1918 begann eine mehrjährige Besatzungszeit, die zahllose Härten für die Bevölkerung zur Folge hatte und die Stadtverwaltung vor schwierige neue Aufgaben stellte.

Durch sein ebenso selbstbewußtes wie korrektes Auftreten und würdiges Verhalten gewann Adenauer rasch ein gutes Verhältnis zu den Spitzen der Besatzungsmacht. Mit deren Hilfe konnte er separatistische Bestrebungen im Raum Köln abwehren. Sein Verhalten in der Frage der »Rheinlandbewegung« wurde von politischen Gegnern, später dann von der NSDAP und SED als »Separatismus« angeprangert. Hingegen ist Adenauer 1918/19 wie 1923 zwar für eine Trennung des Rheinlands von Preußen, aber nicht vom Reich, eingetreten. Er war der prominenteste Verfechter des Gedankens einer Brücken- und Mittlerfunktion des Rheinlands zwischen dem Reich und Westeuropa: ein deutscher Patriot föderalistischer und antipreußischer Grundhaltung, kein Nationalist, kein Separatist.

In der Staatskrise vom November 1923 hat er sich mit seinen Argumenten in Berlin gegen Vorstellungen innerhalb der Reichsregierung Stresemann durchgesetzt, das Rheinland »versacken«, d. h. durch Einstellung der Zahlungen zeitweise vom Reich trennen zu lassen. In der Diskussion der »Rheinlandbewegung« hat Adenauer Argumentationen entwickelt, die seiner Zeit vorauseilten: Ernstnehmen des französischen Sicherheitsbedürfnisses, Verbindung der deutschen mit der französischen und belgischen Schwerindustrie, Ausbau der Stellung des Rheinlands als Brücke zwischen Deutschland und Westeuropa.

Seit 1921 gehörte der Kölner Oberbürgermeister dem neu geschaffenen Preußischen Staatsrat an, zu dessen Vorsitzenden er gewählt (und bis

1933 jährlich wiedergewählt) worden ist. In dieser Eigenschaft weilte Adenauer häufig in Berlin, wo er Einfluß gewann. Es blieb sein Bestreben, Mitglieder der Parlamente und der Reichs- und preußischen Regierung für Belange der Gemeinden im allgemeinen und der Stadt Köln im besonderen zu interessieren. Noch nach Einbruch der Wirtschaftskrise gelang es Adenauer, eine Verlängerung von Krediten für die – wie die meisten Städte – durch den Abzug von Auslandsanleihen in finanzielle Schwierigkeiten geratene Stadt Köln zu erreichen.
Durch seinen Einsatz in der Rheinlandbewegung wie durch seine kommunalpolitische Aktivität wurde Adenauer überregional bekannt. Als Präsident des Münchner Katholikentags von 1922 repräsentierte er, gegen den Münchner Erzbischof Michael Kardinal Faulhaber, die republikanische Mehrheit innerhalb des deutschen Katholizismus. Bei der gleichen Gelegenheit befürwortete er eine politische Zusammenarbeit zwischen katholischen und evangelischen Christen: im Sinne der Kölner Zentrumslinie (Julius Bachem) und des von Adam Stegerwald 1921 vertretenen Essener Programms.
Adenauers Ruf als einer der »großen« Oberbürgermeister führte dazu, daß er wiederholt als Kandidat für das Amt des Reichskanzlers genannt wurde. In Regierungskrisen 1921 und 1926 rief ihn die Zentrumsfraktion des Reichstags nach Berlin. Adenauer stellte jedoch, was damals ungewöhnlich war, für die Übernahme des Kanzleramts Bedingungen in bezug auf die Bildung einer tragfähigen Regierungsmehrheit, die zum Scheitern seiner Kandidatur führten. Ob es ihm angesichts des Verfassungssystems von Weimar und der Parteien- und Fraktionszersplitterung als Reichskanzler gelungen wäre, die Republik zu stabilisieren, kann man bezweifeln. Bereits seit 1920 fehlte den demokratischen Parteien die Mehrheit im Reichstag.
Mit den Namen des Kölner Oberbürgermeisters verbinden sich zahlreiche, teilweise sehr aufwendige und kostspielige städtische Projekte, die durch ihre Massierung und Realisierung innerhalb weniger Jahre überregionale Aufmerksamkeit und Anerkennung fanden. Adenauer schuf einen weiträumigen Grüngürtel aus ehemaligem Festungsgelände gegen den erbitterten Widerstand betroffener Grundbesitzer, bemühte sich erfolgreich um die Errichtung der Universität gegen den Widerstand der Berliner Ministerialbürokratie und der Universität Bonn, erreichte weitere Eingemeindungen und fand übernationale Anerkennung mit der Internationalen Presseausstellung (PRESSA) von 1928. Andere Projekte, die sich mit seinem Namen verbinden, seien nur noch stichwortartig genannt: Brückenbau, Ausbau des Messegeländes und des Hafens, Anlage von Sportstadien, Bau von Krankenhäusern, Modernisierung der Energieversorgung.

Bei der administrativen Vorbereitung, parlamentarischen Durchsetzung und Finanzierung dieser Großprojekte war der Oberbürgermeister die treibende Kraft. Er entwickelte ungewöhnliche Initiative und Aktivität und überraschte ebenso mit überzeugender Beredsamkeit wie mit listiger Schlauheit. Mit einer berechnenden und nicht selten vordergründig-verkürzenden Argumentation erreichte Adenauer stets sachliche Zustimmung, nicht immer aber auch eine vergleichbare persönliche Anerkennung, zumal der Betroffenen. Nach dem Ende der zwölfjährigen Amtszeit im Dezember 1929 erfolgte seine Wiederwahl als Oberbürgermeister mit nur einer Stimme Mehrheit (gegen die Stimmen von KPD, SPD und NSDAP). Sein Führungs- und Repräsentationsstil wurde vielfach ebenso kritisiert wie die respektable Höhe seines Gehalts. Unbestritten blieben jedoch Fähigkeiten und Erfolg dieses bekanntesten westdeutschen Kommunalpolitikers, der den Vorstandsgremien des Deutschen und des Preußischen Städtetags ebenso angehörte wie allen Führungsgremien der rheinischen Provinzialverwaltung und zahlreichen Aufsichtsräten westdeutscher Unternehmungen.

In der Leitung der Kölner Stadtverordnetenversammlung, die fast hundert Abgeordnete zählte, wie im Vorsitz des Preußischen Staatsrats bewies Adenauer Eigenschaften, die für seinen politischen Aufstieg nach 1945 kennzeichnend werden sollten: sichere Führung eines parlamentarischen Gremiums, Ausschöpfung der Geschäftsordnung zugunsten des Vorsitzenden, aber auch die Fähigkeit, in turbulenten Versammlungen und bei schwierigen Materien und Abstimmungen Ruhe und Übersicht zu behalten. Stets beherrschte er souverän die anstehenden Sachfragen. Auf die prompte Ausführung von Beschlüssen legte der Oberbürgermeister großen Wert. Er verstand es, komplizierte Sachverhalte auf ihren jeweiligen politischen bzw. kommunalpolitischen Kern zu reduzieren und von daher zu entscheiden.

In der Zeit der Weimarer Republik hat sich der Oberbürgermeister aus eigenem Antrieb von einer politischen Rolle im Zentrum der Republik zurückgehalten und sich auf seine Tätigkeit in Köln konzentriert. Wenn Adenauer eine Eigenschaft auszeichnete, dann die eines ausgeprägten politischen Rationalismus, eine »beinahe rechnerische Nüchternheit« des Denkens und der Beurteilung, wie sie in der stark emotionalisierten Zeit der Weimarer Republik selten anzutreffen war (E. Pikart).

III

Das Aufkommen des Nationalsozialismus hat Adenauer mit Besorgnis verfolgt und Reichskanzler Heinrich Brüning mehrfach, aber vergeblich geraten, durch Mittel zur Arbeitsbeschaffung die steigende Zahl der Arbeitslosen zu vermindern und dadurch politische Gefahren zu bannen. Sein Diktum »Brüning rettet (mit seiner deflationistischen Finanzpolitik) die Währung, aber ruiniert die Wirtschaft« bewies politische Prophetie. Für die Nationalsozialisten in Köln, die bis zum März 1933 nur vier von insgesamt 95 Stadtverordneten stellten und damit keine lokale Gefahr bedeuteten, war Adenauer der gefährlichste und prominenteste Gegner. Er verkörperte für sie das Weimarer »System« und die ihnen verhaßte republikanische Bastion in Preußen.

Dessen »Gleichschaltung« nach Hitlers »Machtergreifung« Ende Januar 1933 zu verhindern, ist Adenauer nicht gelungen. Gegen sein Votum als Präsident des Preußischen Staatsrats am 6. Februar 1933 in Berlin wurde der Preußische Landtag aufgelöst. Der Wahlkampf zu dessen Neuwahl sowie der des Reichstags und der kommunalen Parlamente stand in Köln unter der NS-Parole »Fort mit Adenauer!« und »Adenauer – an die Mauer!« Durch den Ausgang der Wahl vom 12. März 1933 stellte die NSDAP in Köln die stärkste Fraktion. Am folgenden Tage wurde der Oberbürgermeister seines Postens zwangsweise enthoben und verbrecherischer Delikte (Korruption, »Landesverrat«, gesetzwidriger Amtsführung usw.) angeklagt. Von Göring am 17. Juli 1933 förmlich aus seinem Amt entlassen, endete ein gegen Adenauer eingeleitetes Dienststrafverfahren in 10 Anklagepunkten im Juni 1934 ohne Ergebnis. Er wurde jedoch weder rehabilitiert noch auch in den Ruhestand (mit entsprechender Pensionsregelung) versetzt.

Adenauer blieb weiterhin geächtet und bedroht. Am 12. März 1933 hatte er Köln verlassen und sich zunächst in Berlin – wo er bei Göring vergeblich gegen Übergriffe staatlicher Stellen protestierte – aufgehalten. Von Ende April 1933 an fand er für ein Jahr Unterkunft in der Abtei Maria Laach. Anschließend übersiedelte Adenauer mit seiner Familie nach Berlin-Neubabelsberg und im Mai 1935 nach Rhöndorf. Im August 1935 wurde er aus dem Regierungsbezirk Köln ausgewiesen und lebte ein Jahr lang allein in Unkel. Im Zusammenhang des Röhm-»Putsches« Ende Juni 1934 drei Tage lang in Berlin verhaftet, blieb Adenauer auch künftig überwacht und bespitzelt. Im Spätsommer 1937 gelang es ihm, nach mehrjährigen Verhandlungen mit der neuen Kölner Stadtverwaltung einen Vergleich zu erreichen, der ihm einen Teil seiner bisher rechtswidrig einbehaltenen finanziellen Ansprüche sicherte. Dafür hatte der frühere Oberbürgermeister sich bereitfinden

müssen, sein Haus in Köln unter Wert an die Stadt zu verkaufen. Mit dem Erlös dieses Vergleichs baute er auf einem neu gekauften Grundstück in Rhöndorf ein Haus, in dem er seitdem wohnte.
Adenauer hat jeden Kontakt zu Gruppen der Widerstandsbewegung abgelehnt. In der ihm eigenen nüchternen Einschätzung von Gegebenheiten und Kräfteverhältnissen ging er davon aus, daß das Hitler-Regime von innen nicht aufgebrochen werden könne und bis zum bitteren Ende durchgestanden werden müsse. Nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Adenauer im August 1944 verhaftet. Er war drei Monate lang in Köln-Deutz und – nach seiner Flucht aus dem Krankenhaus Köln-Hohenlind erneut verhaftet – im Gefängnis zu Brauweiler (zeitweise zusammen mit seiner Frau) eingekerkert.

IV

Das Kriegsende erlebte Adenauer in Rhöndorf, wo er von der amerikanischen Militärregierung als »Nummer eins« einer »Weißen Liste« von unbelasteten Politikern zum Oberbürgermeister von Köln ernannt wurde: Angebot wie Übernahme dieses Amtes betrachtete Adenauer als selbstverständlich. Mit ungebrochener Energie und Zähigkeit ging er an den Wiederaufbau der Trümmerwüste. Sein Verhältnis zur amerikanischen Besatzungsmacht war gut, das zur britischen Militärregierung, die Ende Juni Köln übernahm, von Anfang an gespannt. Dabei spielten unterschiedliche Ansichten über die Behandlung von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, deren genereller Bestrafung sich Adenauer widersetzte, ebenso eine Rolle wie über Prioritäten des äußeren wie inneren Wiederaufbaus, etwa die Wiedereröffnung von Konfessionsschulen. Am 6. Oktober 1945 wurde der Oberbürgermeister durch den regionalen britischen Militärbefehlshaber General John Barraclough entlassen. Dieser Schritt, in dessen Vorgeschichte eine Denunziation Adenauers durch den Kölner SPD-Vorsitzenden Robert Görlinger gehört, wurde u. a. mit der »Unfähigkeit« des Oberbürgermeisters begründet.
Genau wie zehn Jahre zuvor durfte Adenauer Köln nicht betreten. Da es ihm ferner nicht erlaubt war, sich politisch zu betätigen, legte er sein Amt als Vorstandsmitglied der neugegründeten Kölner CDU nieder. Dazu war er Anfang September 1945 gewählt worden, nachdem er sich zunächst gegenüber der Gründung einer christlichen Volkspartei reserviert verhalten hatte. Im Dezember 1945 hoben die Machthaber das Verbot politischer Betätigung auf. Daraufhin stürzte sich der siebzigjährige Adenauer – anders kann man es nicht nennen – in eine bei ihm bisher ungewohnte parteipolitische Aktivität für die CDU. Inner-

halb weniger Monate war er im Besitz sämtlicher Führungsämter: Vorsitzender der (nord-)rheinischen CDU, Vorsitzender der CDU der britischen Zone, Mitglied des Hamburger Zonenbeirats und des ersten ernannten sowie des ersten gewählten (1947) Landtags von Nordrhein-Westfalen, in dem er den Vorsitz seiner Fraktion erhielt.
Als Mitverfasser des ersten CDU-Programms für die britische Zone (März 1946) und als unermüdlicher Organisator gewann Adenauer entscheidenden Anteil am Aufstieg der CDU zur stärksten Partei. Er blieb darauf bedacht, sie für alle Volksschichten wählbar zu halten und jeden »christlichen Sozialismus« zu verhindern, wie er auch von der Berliner CDU vertreten wurde. Gegen deren Exponenten Andreas Hermes und Jakob Kaiser vermochte sich Adenauer 1946/47 ebenso durchzusetzen wie gegen Konkurrenten innerhalb des eigenen Zonenverbands.
In Anknüpfung an seine Konzeption aus der Zeit der Weimarer Republik vertrat Adenauer die Notwendigkeit einer westeuropäischen Union, in deren Rahmen er den Westzonen Deutschlands eine entscheidende Rolle zuwies. Mit der Wahl zum Vorsitzenden des Parlamentarischen Rats am 1. September 1948 rückte der rheinische CDU-Politiker in eine Schlüsselrolle. Von diesem Amt aus geriet er in Kontakt zu den Militärgouverneuren und konnte seinen Vorstellungen von der Rolle Westdeutschlands im Rahmen der freien Welt stärkere Resonanz verschaffen. Der 73jährige Adenauer, dessen zweite Frau wenige Monate vorher nach langer Krankheit gestorben war, hat an der Gestaltung wie am Zustandekommen des Grundgesetzes wesentlichen Anteil. Er gewann eine Plattform, von der aus er ein Jahr später seinen politischen Führungsanspruch in der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland anmelden und gegen innerparteiliche Konkurrenten durchsetzen konnte.

V

Damit war gleichzeitig die von Adenauer erstrebte Entscheidung für eine Koalition ohne die Sozialdemokratie gefallen. Seine Wahl zum ersten Bundeskanzler am 15. September 1949 leitete die Ära einer von der CDU/CSU geführten Abfolge von Regierungskoalitionen ein, die unter Führung Adenauers vierzehn Jahre lang die Geschicke der Bundesrepublik bestimmten.
1945 wie 1949 besaß der CDU-Politiker fest umrissene politische Vorstellungen. In ihrem Kern bereits nach 1918/19 entwickelt, hatte Adenauer deren Gültigkeit und Aktualität durch die Erfahrungen des Hitler-Regimes und den Ausgang des Krieges nur bestätigt gefunden. Er

zog die radikalsten Konsequenzen aus der deutschen Niederlage, der neuen weltpolitischen Konstellation und damit der faktischen Zweiteilung Europas und Deutschlands. Daraus leitete er als Ziel ab, den Bolschewismus durch einen Zusammenschluß des freien Europa an weiterem Vordringen zu hindern. Adenauer hielt es auch als Lehre der Geschichte für notwendig, den vor 1933 zwischen Ost und West hin- und hergerissenen Deutschen die außenpolitische Entscheidungsfreiheit abzunehmen. Auf diese Weise sollte der Rückfall sowohl in die frühere »Schaukelpolitik« als auch in nationalstaatliche Restauration und nationale Ambitionen verhindert werden.

Der rheinische CDU-Politiker wollte die 46 Millionen Deutschen westlich des Eisernen Vorhangs so rasch wie möglich aus Ohnmacht und Isolierung herausgeführt und so eng wie möglich mit Westeuropa verbunden wissen, insbesondere durch »organische« Verflechtung der Schwerindustrie. Damit sollte gleichzeitig das von Adenauer bereits 1919 ernstgenommene Sicherheitsverlangen der Nachbarvölker befriedigt, eine Aussöhnung vor allem mit Frankreich in die Wege geleitet und schließlich ein Verzicht der Anliegerstaaten auf Annexionen erreicht werden. Angesichts der Machtverhältnisse hielt Adenauer zeitlebens eine Wiederherstellung der deutschen Einheit ohne sowjetische Kontrolle über Gesamtdeutschland für irreal.

Die westlichen Siegermächte hatten durch die Zerschlagung Preußens und die Neubildung von Ländern die innerdeutschen Voraussetzungen geschaffen, die notwendig waren, um derartige Konzeptionen verwirklichen zu können. Denn jetzt erst gewann das von der Schwerkraft preußischer Tradition gelöste Rheinland eine Brücken- und Mittlerfunktion und konnte damit das Fundament für eine stärkere Westorientierung des größten Teiles von Deutschland bilden. Adenauer ging früh davon aus, daß der Bundesrepublik nicht nur wegen des möglichen raschen wirtschaftlichen Wiederaufbaus auch wieder eine politische Rolle zufallen würde.

Als Bundeskanzler (und von 1951-1954 auch als Außenminister) sah Adenauer die einzigartige Möglichkeit, die bereits erwähnten älteren Konzeptionen einer Westbindung des größten Teiles von Deutschland realisieren und damit für drei Viertel der deutschen Bevölkerung eine politisch attraktive Entwicklung einleiten zu können. Deren europäische und antibolschewistische Grundhaltung wurde von der überwiegenden Mehrheit geteilt. Dabei verkörperte der Gedanke einer europäischen Integration zugleich das Symbol historischen Fortschritts gegegenüber den älteren Nationalstaaten. Die mit diesem außenpolitischen Aspekt verknüpfte Neuorientierung des politischen Weltbilds erwies sich als ein nicht zu unterschätzendes innenpolitisches Bindeglied.

Bei seiner Politik der Westintegration, die gleichzeitig die Sicherheit und Freiheit der Bundesrepublik verbürgte, kamen dem Bundeskanzler die Kettenerfolge der ersten Jahre seiner Regierungstätigkeit zugute: 1949 Petersberger Abkommen (Reduzierung des Demontageprogramms, Errichtung deutscher Konsulate), 1950 Beitritt zum Europarat und zur Montanunion, 1951 Erlöschen des Ruhrstatuts, 1953 Abschluß des Vertrags mit Israel, 1954 Deutschlandvertrag (Aufhebung des Besatzungsstatuts), Wiederherstellung eines völkerrechtlichen Vertragssystems, Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zu anderen internationalen Gremien.

Innenpolitische Gesetzgebungswerke und Erfolge der fünfziger Jahre seien ebenfalls nur stichwortartig genannt: Arbeitsbeschaffung, Wohnungsbau, Eingliederung der Heimatvertriebenen, Lastenausgleich, Wiederbewaffnung, Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Grüner Plan, Rentenreform, Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, Privatisierung von Bundesvermögen, Bundessozialhilfegesetz.

Den ersten und schwersten Rückschlag der auf die Westintegration konzentrierten Außen- und Sicherheitspolitik bedeutete 1954 das von der französischen Nationalversammlung herbeigeführte Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Zwar verschaffte die daraufhin erfolgte Aufnahme in die NATO und in die Westeuropäische Union 1955 der Bundesrepublik militärische Sicherheit und politische Gleichberechtigung durch die wiedererlangte Souveränität. Zwar gab das Zustandekommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 einen neuen europäischen Anstoß von Wirtschaftsinteressen her. Dennoch erstarkte nach dem Rückschlag von 1954 das Nationalgefühl. Verbale Bekenntnisse zur Wiedervereinigung belasteten zunehmend die innenpolitische Szenerie.

Die von der Westintegration der Bundesrepublik und deren Freiheitsraum und Wirtschaftsaufschwung (»Wirtschaftswunder«) erhoffte Magnetwirkung bildete keinen Hebel für die Wiedervereinigung: Sie konnte die Sowjetunion nicht dazu veranlassen, freien Wahlen in ganz Deutschland zuzustimmen. Die Wiederherstellung der Einheit rückte in immer weitere Ferne. Diese Entwicklung stand in Zusammenhang mit der inzwischen veränderten Weltlage. Nach dem Ende des Kalten Krieges und nach dem Verlust des amerikanischen Atomwaffen-Monopols kam es seit 1956 zu Verhandlungen zwischen den »Supermächten« über internationale Rüstungskontrolle. Bei den Westmächten gewann die sowjetische Ansicht an Boden, die Sicherheits- und Deutschlandfrage gleichzeitig und nebeneinander zu behandeln, d. h. nicht mehr im Sinne

des Deutschlandvertrags darauf zu bestehen, Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung zu erzielen, bevor über die Lösung anderer Probleme verhandelt werden könne.
Adenauer befürchtete ein Wiederaufleben der Anti-Hitler-Kriegskoalition (»Alpdruck von Potsdam«). Er mußte den Kurs seiner Außenpolitik ändern. Er drängte nicht mehr darauf, bei jeder Ost-West-Verhandlung über die Deutschlandfrage zu diskutieren. Auf diese Weise wollte er – nicht zuletzt wegen der Situation von Berlin – die Viermächteverantwortung für ganz Deutschland aufrechterhalten und verhindern, daß der Status quo, etwa in einem Friedensvertrag, völkerrechtlich sanktioniert werden würde.
Diesem Ziel diente seit 1958 auch der Versuch, neue Wege in der Ostpolitik einzuschlagen. Sie hatte trotz der seit 1955 bestehenden diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion (Adenauers Reise nach Moskau, Befreiung der Kriegsgefangenen) keine Bedeutung gewonnen. Zur Lösung der deutschen Frage suchte der Bundeskanzler nunmehr direkten Kontakt mit Moskau, ohne deswegen die Freiheitsbedrohung durch die Sowjetunion geringer zu veranschlagen. Er war auch künftig nicht bereit, eine Wiedervereinigung, die er weiterhin als das zentrale Problem der deutschen Politik ansah, um den Preis der Freiheit für Gesamtdeutschland anzustreben (wie sie Stalin 1952 mit seinem Angebot eines »neutralisierten« Deutschlands offeriert hatte). Adenauer hoffte auf ein Entgegenkommen Moskaus als Folge innerer Schwierigkeiten in der Sowjetunion, als Ergebnis von Selbständigkeitsbestrebungen in den Satellitenstaaten und als Konsequenz eines Konflikts mit Rotchina. Er dachte stets in langen Fristen.
Seinen Kurswechsel in der Deutschland- und Ostpolitik durch zeitweises Zurückstellen der Wiedervereinigung hat der Bundeskanzler im Frühjahr 1958 mit dem Angebot eines »österreichischen Status« für Mitteldeutschland (mit mehr Freiheit für die Bevölkerung in der DDR) eingeleitet. Diese Politik wurde jedoch durch das Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom November 1958 und 1961 durch den Bau der Berliner Mauer und den Schießbefehl Ulbrichts blockiert. Damit war jede Aussicht auf eine Wiedervereinigung verbaut, allerdings auch die Unmenschlichkeit eines totalitären Regimes demonstriert worden. Auch voraufgegangene wie spätere Angebote, erst nach zehnjährigem Stillhalten (»Burgfrieden«) der Bundesrepublik und der Sowjetunion durch Wahlen über die Existenz eines zweiten deutschen Staates und über eine Herauslösung derjenigen Teile Gesamtdeutschlands aus den übergreifenden Militärblöcken zu entscheiden, die sich dafür aussprechen sollten, blieben erfolglos. Sie vermochten der Sowjetunion keinen entsprechenden »Ersatz« für die Preisgabe ihres DDR-Satelliten zu bieten.

Angesichts dieser Situation bildete der deutsch-französische Vertrag vom Januar 1963 zwar die Krönung der Westpolitik des ersten Bundeskanzlers, allerdings nicht mehr den Ausgangspunkt und Anstoß zu weitergehender politischer Einigung Westeuropas. Im Rückblick erklärte Adenauer (in seinen »Erinnerungen«), die drei großen Ziele seiner Politik seien gewesen: Freiheit, Frieden, Einheit. Etwas konkreter formulierte er bei anderer Gelegenheit, 1949 habe er drei große Aufgaben vor sich gesehen: Wiedervereinigung Deutschlands, Aussöhnung mit Frankreich und mit Israel, wobei ohne das Gelingen der beiden letztgenannten die Wiedervereinigung kaum möglich sein werde. Gemessen an dieser Aufgabenstellung konnte der Bundeskanzler nur einen Teil seiner Zielsetzung erreichen. Das gilt insbesondere dann, wenn man seine eigene Maxime – wiederum aus den »Erinnerungen«, seinem politischen Testament – zugrunde legt: »Der letzte Maßstab jeder Politik ist der Erfolg.« In diesem Sinne blieb auch das Werk Adenauers (wie das jeden Staatsmanns) unvollendet und bruchstückhaft.
Auf der anderen Seite hat die von ihm eingeleitete Politik seit nunmehr 26 Jahren verhindern können, daß in der Bundesrepublik – wie in Ostberlin 1953, in Posen und Budapest 1956, in Prag 1968 – Panzer der Roten Armee das Recht auf politische Selbstbestimmung im Keim erstickten.

VII

In seiner Regierungsführung und Handhabung der Richtlinienkompetenz war Adenauer, entgegen einer verbreiteten Legende, kein Mann einsamer Entschlüsse. Wohl vermochte er zu Beginn seiner Amtszeit, im Zeichen des Besatzungsstatuts, alle außenpolitische Aktivität in dem von parteipolitischen Einflüssen weitgehend abgeschirmten Bundeskanzleramt zu konzentrieren und sich den entscheidenden Zugang zu den »Machthabern« zu reservieren. Das waren damals die drei Hohen Kommissare auf dem Petersberg, denen gegenüber der Bundeskanzler rasch eine gleichberechtigte Verhandlungsposition gewann.
Adenauers politische Entscheidungen bildeten das Resultat gründlicher Vorarbeiten und eines komplizierten Integrationsprozesses. Der Bundeskanzler wußte, was er wollte, wenn er in eine Sitzung ging, und er verstand es, Zustimmung zu finden und Widersacher zu isolieren. Er brauchte (und schuf) klar getrennte Fronten und politischen Widerspruch. Der Wahlkampf war ihm Lebenselixier. Adenauer vermochte die personale Relevanz sachlicher Gegebenheiten einzuschätzen (H. Buchheim) und war in seiner Personalpolitik frei von Sentimentalität.

Ungeachtet der ihm zur Verfügung stehenden Überraschungseffekte und taktischen Finessen blieb er, schon in den zwanziger Jahren, stets darum bemüht, bei politischen Weichenstellungen eine Mehrheit des jeweils zuständigen »Entscheidungszentrums« hinter sich zu haben.
War das, nicht selten nach heftigen Auseinandersetzungen, der Fall, dann zögerte Adenauer nicht, von seiner verfassungsrechtlich begründeten Richtlinienkompetenz ausgiebig Gebrauch zu machen. In seinem ausgeprägten, auch weltanschaulich begründeten Verantwortungsgefühl ging er davon aus, durch Unterlassen politischen Handelns genauso »schuldig« werden zu können wie durch Handeln. Eine entscheidende Rolle bei der Regierungsführung und Menschenbehandlung spielte die persönliche Autorität und Souveränität des Bundeskanzlers, dessen Ruhe und Selbstbeherrschung beispielhaft waren. Er delegierte keinen Machtanteil und ließ keine Entscheidung aus der Hand gleiten, vermochte sich jedoch von allen Detailarbeiten freizuhalten, weil er ein Gespür für die politisch relevanten Zusammenhänge besaß und die Kunst des Ausharren-Könnens besaß, andrerseits aber in der Lage war, nach kurzer Überlegung präzis zu entscheiden. Adenauer war von jeher ein rascher und gründlicher Aktenarbeiter.
Er verstand es, noch so kompliziert erscheinende Sachprobleme auf ihren Kern reduzieren und von daher in ihren politischen Möglichkeiten und Auswirkungen beurteilen zu können. Der Oberbürgermeister wie der Bundeskanzler ließ sich nicht durch Expertenvorträge beeindrucken. Hingegen hat er in seinem instrumentalen Verständnis von Institutionen nicht selten, gleichsam als Kehrseite dieser Medaille, dem Druck von Interessenverbänden nachgegeben und Ressortentscheidungen präjudiziert. Adenauer besaß ein latentes Mißtrauen gegen die Bürokratie wegen ihrer Schwerfälligkeit und ihres fehlenden politischen Fingerspitzengefühls, wußte aber deren Wissen zu nutzen und deren Arbeitskraft zu strapazieren.
Die erwähnte Verschlechterung der außen- und sicherheitspolitischen Situation der Bundesrepublik Deutschland seit Ende der fünfziger Jahre (amerikanisch-sowjetische Annäherung, Berlin-Ultimatum der Sowjetunion, Risse im NATO-Bündnis durch Frankreichs Alleingänge und die Führungsschwäche der USA) blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die innenpolitische Szenerie. Sie war gekennzeichnet durch eine Umarmungstaktik der SPD, die auf der Grundlage eines neuen Parteiprogramms (1958) auf die deutschland- und außenpolitische Linie der CDU/CSU-Mehrheit einschwenkte und sich auch für bürgerliche Gruppen als wählbar präsentierte.
Adenauer geriet innenpolitisch in die Defensive. Sein Entschluß, 1959 seine Kandidatur für die Wahl zum Bundespräsidenten zurückzuziehen,

führte zu einem Vertrauensschwund, auch wenn sich seine Gründe dafür, insbesondere die politische Einschätzung seines potentiellen Nachfolgers im Amt des Bundeskanzlers, als richtig erweisen sollten. Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, auf den hin Adenauer nicht sofort in die bedrohte Stadt reiste, sondern in den Bundestagswahlkampf, war ein Grund mit für den Stimmenrückgang der CDU vier Wochen später. Der inzwischen 83jährige, wegen seiner Vitalität und Elastizität aber weiterhin vielbeneidete Kanzler schien seine ungewöhnliche Reaktionsfähigkeit eingebüßt zu haben.

In Konsequenz des Wahlausgangs erwies es sich außergewöhnlich schwierig, ein neues, das vierte Kabinett Adenauer zu bilden. Der Bundeskanzler mußte auf Drängen des FDP-Koalitionspartners ein vorzeitiges Ausscheiden aus seinem Amt zugestehen. Er trat am 15. Oktober 1963, in der Mitte der Legislaturperiode des vierten Bundestags, zurück, nachdem er ein Jahr zuvor im Gefolge der »Spiegel-Krise« noch eine Umbildung der Regierung hatte vornehmen müssen. Adenauer, mit in- und ausländischen Ehrungen und Auszeichnungen überhäuft wie kein deutscher Staatsmann vor ihm, gehörte weiterhin dem Bundestag an. Er wechselte 1966 vom Amt des Vorsitzenden der CDU (seit 1950), das Ludwig Erhard zufiel, in das des Ehrenvorsitzenden über. Der Exkanzler blieb ein wacher Beobachter und häufig unbequemer Mahner seiner Partei. Die Bundesregierung Erhard-Schröder warnte er davor, das deutsch-französische Verhältnis zugunsten einer atlantischen Partnerschaft zu vernachlässigen.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt begann Adenauer mit der Arbeit an seinen »Erinnerungen«, von denen drei Bände (für die Zeit von 1945-1959) 1965/67 erschienen, während ein vierter Band nach seinem Tode nur als Fragment publiziert werden konnte. Strapaziöse Auslandsreisen (in Fortsetzung seiner 78 ausländischen Staatsbesuche als Bundeskanzler), darunter eine nach Israel, verband Adenauer immer wieder mit der Mahnung, die westeuropäische Integration zu stärken und in der Wachsamkeit gegenüber dem Totalitarismus nicht nachzulassen. Kurz vor seinem Tode äußerte sich der Exkanzler ungewöhnlich pessimistisch über die Gefahr ungenügender Resistenz in der Bundesrepublik gegenüber der unverändert weltrevolutionären Zielsetzung der Sowjetunion.

VIII

Adenauer starb nach dreiwöchiger Krankheit am 19. April 1967 in Rhöndorf. Zum Staatsbegräbnis des ersten Bundeskanzlers, der bei seinem Amtsantritt nur den wenigsten Deutschen bekannt gewesen war,

kamen 28 Staats- und Regierungschefs und 91 Sonderdelegationen nach Bonn. Adenauers Grab auf dem Friedhof in Rhöndorf ist seitdem das Ziel Hunderttausender von Besuchern aus aller Welt, ebenso wie sein Haus in Rhöndorf, das als »Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus« eine würdige Gedenkstätte dieses großen christlichen Demokraten bildet.

Konrad Adenauer hat 1951, anläßlich der Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Köln am 4. Januar erklärt: »Was ich bin, das ist gewachsen auf diesem Boden und geformt worden von seiner Umgebung und dieser Atmosphäre.« Der spätere Bundeskanzler gehörte aber weder zu den »Abendländern« noch zu den »Rheinbündlern«. Er gelangte erst nach einem ungewöhnlich langen Anlauf zur Parteipolitik und zu staatsmännischer Wirksamkeit. Trotz seines hohen Alters sah er in einer Überwindung des Nationalismus und in der politischen Integration des westlichen, durch den Kriegsausgang geteilten Deutschlands den historischen Fortschritt verkörpert. 1949 war Adenauer, wie stets aus eigenem Antrieb, zur Stelle, als es galt, die Weichen für die politische Zukunft Deutschlands zu stellen.

Adenauer hat den von ihm erstrebten politischen Zusammenschluß Westeuropas, in dem er gleichzeitig den Hauptgaranten für eine dauernde Bindung der USA an Europa sah, nicht erlebt. Auch war es ihm nicht vergönnt, den Landsleuten jenseits des Eisernen Vorhangs mehr Freiheit zu verschaffen: eine Aufgabe, die er seit Ende der fünfziger Jahre angesichts der Machtverhältnisse für aussichtsreicher gehalten hatte als die äußere Wiederherstellung der Einheit. Dessen ungeachtet hat der erste Regierungschef entscheidend dazu beigetragen, der Bundesrepublik zu politischer Stabilität und wirtschaftlicher Blüte und zu einer gleichberechtigten Stellung im Kreis der Völker der freien Welt zu verhelfen. Konrad Adenauer zählt zu den großen Deutschen und zu den Friedensstiftern unserer Zeit.

Sr. J. Dominica Ballof

Christine Teusch (1888–1968)

Es war das besondere Lebensschicksal von Christine Teusch, daß sie in einer Zeit krisenhafter Übergänge lebte und so in manchen Gremien mitwirkte, die einen steilen Aufstieg nahmen, jedoch auch einen ebenso plötzlichen Abbruch erlebten. Aber in immer neuer Bereitschaft nahm Christine Teusch Angebote an, wenn sie ihre Fähigkeiten in den Dienst der Menschen, vor allem der Geschädigten und Vergessenen, stellen konnte.

Beim Ausscheiden aus dem Amt als Kultusminister von Nordrhein-Westfalen wurde ihr 1954 vom damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss das dankbare und ehrende Zeugnis ausgestellt, daß ihr »die Dinge im Bereich des Sozialen und des Kulturellen immer in gleichem Maß am Herzen lagen«. Damit sind die Schwerpunkte ihres reichen politischen und parlamentarischen Schaffens manifestiert.

Diese Frau ist in den verschiedensten Bereichen des politischen Lebens mit schöpferischer Kraft und ungestümem Eifer aufgetreten und widerlegte das Vorurteil, daß Politik nur Männersache sei. Mit reichen Geistesgaben und guter Menschenkenntnis beschenkt, vermochte sie Situationen zu erfassen und Probleme anzugehen. Ihr »Kölscher« Humor war ein glücklicher Charakterzug. Das Auftreten von Christine Teusch war sicher, ihre blitzenden Augen sagten viel. Im Äußern war sie betont einfach. Sie kleidete sich nicht modisch. Ihren breitkrempigen Hut legte sie selten ab. In ihrem privaten Leben war sie umsorgt und – wenn nötig – auch abgeschirmt von ihrer Zwillingsschwester Käthe, dem »guten Geist hinter den Kulissen«.

I

Christine und Käthe waren am 11. Oktober 1888 in Köln-Ehrenfeld als Töchter einer angesehenen Kaufmannsfamilie geboren. Sie besaßen noch einen Bruder, der als Arzt in Freiburg lebt. Die Geschwister haben Christine überlebt. Den Vater verloren die Kinder schon Weihnachten 1902 durch ein Brandunglück in Paris. So blieb die ganze Sorge für die Erziehung in den Händen der Mutter. Christine besuchte das

Lyzeum der Schwestern vom armen Kinde Jesus in Köln-Ehrenfeld und später die Königin Luisen-Schule in Köln mit dem Abschluß des Examens als Oberschullehrerin. Von 1910 bis 1913 unterrichtete sie an der Studienanstalt Marienberg in Neuss, dann trat sie in den Schuldienst der Stadt Köln ein. 1913 legte sie die Rektorprüfung ab.
In der Not des Ersten Weltkrieges fühlte Christine Teusch sich aufgerufen, über die unterrichtliche Tätigkeit hinaus ihre Hilfe im öffentlichen Fürsorgedienst anzubieten. Sie nahm 1917 ein Angebot der Kriegsverwaltung an und betreute in Essen 50000 Munitionsarbeiterinnen beim 7. Armeekorps. Sie erhielt den Rang eines Oberleutnants. Bei dieser Arbeit ging ihr die große Not der arbeitenden Frauen und Mädchen auf. Sie erkannte die Notwendigkeit einer intensiven Frauenfürsorge. So kämpfte sie um Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterinnen, um Beschränkung der Arbeitszeit und um bessere menschliche Betreuung.
Ihre sozialpolitische Tätigkeit wurde durch ein Angebot von Adam Stegerwald gewürdigt, bei der Zentrale des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften ein Frauendezernat einzurichten. Christine Teusch nahm das Angebot an und wurde Anfang 1918 Gründerin und erste Leiterin (Verbandssekretärin) des Frauendezernates (bis 1920). Diese Berufung wurde für ihre künftige Tätigkeit entscheidend. Nach dem Krieg nahm sie ihren Schuldienst nicht wieder auf, sondern widmete sich vordringlich der Sozialpolitik.

II

Nachdem im November 1918 die Frauen das Wahlrecht erhalten hatten, wurde Christine Teusch 1919 mit 31 Jahren im Wahlkreis Köln-Aachen als Abgeordnete der Zentrumspartei in die Weimarer Nationalversammlung gewählt. Sie nahm teil an der Beratung und Verabschiedung der Verfassung von Weimar, aber auch der des Friedensvertrages von Versailles. Frau Teusch gehörte in Weimar dem Sozialpolitischen Ausschuß an, zusammen mit Luise Schroeder (SPD) – der späteren Oberbürgermeisterin von Berlin –, mit der sie bald eine persönliche Freundschaft verband.
Ihre »Jungfernrede« in der Nationalversammlung hielt Christine Teusch am 15. Juli 1919 über die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten von Mann und Frau. Sie betonte die Gleichwertigkeit der Geschlechter. Dem Extrem der Gleichmacherei abhold, entwickelte sie mit Nachdruck die staatsbürgerliche Verantwortlichkeit der Frau: »Übergenug Aufgaben sind uns im Rahmen der Gebiete gestellt, die wir vornehmlich

als Frauen in der heutigen Volksgemeinschaft zu bearbeiten haben..., die da sind: Mütter des Volksnachwuchses zu sein, die Hüterinnen der Volkssitte, die Erzieherinnen der Volksjugend, die Arbeiterinnen in der Volkswirtschaft, die Helferinnen in der Volkswohlfahrt, die Mitträgerinnen der Volksbildung und die Mitschöpferinnen der Grundlagen einer völkischen Ordnung in Gesetz und Verfassung.« Christine Teusch vertrat von Anfang an, auch in ihrer eigenen Fraktion, ihre Überzeugungen in der Auseinandersetzung mit denen, die damals recht deutlich ihre Weiberfeindlichkeit zeigten.

Die junge Parlamentarierin gewann rasch solches Ansehen, daß sie im Juni 1920 in den Reichstag gewählt wurde. Sie erhielt im Wahlkreis Köln-Aachen die meisten Stimmen als Zentrumsabgeordnete. Die Gunst der Christlichen Gewerkschaften war dabei mitentscheidend. Von ihrer Fraktion wurde sie 1925 als Mitglied in das Präsidium des Reichstages entsandt, wo sie als Schriftführerin wirkte.

Frau Teusch entwickelte sich zu einer der prägnantesten Gestalten der deutschen Sozialpolitik. Sie besaß den klaren Blick für die rechte Stunde, wann der Schritt zu tun war, mit dem der Weg zu einer echten Weiterentwicklung begann. Schon 1917/18 hatte sie die Notwendigkeit erkannt, die Arbeiterschaft, die bisher von der Mitgestaltung des Staatsgeschehens ausgeschlossen war, zur Mitarbeit und Mitträgerschaft heranzuziehen. Fürsorge und Anerkennung waren die Mittel menschlicher Hilfe auf dieses Ziel hin. Christine Teusch empfahl Maßnahmen zur Hebung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Zugleich wirkte sie entscheidend daran mit, Nachkriegsnöte zu beseitigen. Mit Eifer nahm sie Einfluß auf die Gesetzgebung für den Mutterschutz, für das Familienleben und die Berufsausbildung. Es ging ihr um den ganzen Menschen in seiner leiblichen, geistigen und seelischen Konstitution. Die kinderreichen Familien, die Kleinrentner, die Armen, die Krüppel erfuhren ihre besondere Fürsorge. Sie drängte sich geradezu in Aufgabenbereiche, die sie als Zeitforderungen erkannte.

Mit Heinrich Brauns, Otto Gerig, Thomas Esser, Adam Stegerwald und anderen Fraktionskollegen setzte sie tatkräftig die Verabschiedung verschiedener sozialpolitischer Gesetze durch, u. a. das Knappschaftsgesetz und zahlreiche Novellen zur Reichsversicherungsordnung.

In ihrem sozialen Verantwortungsbewußtsein liegt auch der Antrieb für ihr Wirken im katholischen Mädchenschutzverein, dessen Sorge der Bahnhofsmission, der Stellenvermittlung, dem Heimwesen und anderen Fürsorgebereichen galt. Frau Teusch leitete diesen Verein von 1923–1965. Von dieser Stelle aus gründete sie das Meinwerk-Institut, das als fachpädagogische Bildungsstätte noch heute besteht. Der gleiche soziale Eifer war auch Grund für ihre langjährige Verbindung mit dem

Deutschen Caritasverband. Um ihrer sozialpolitischen Tätigkeit willen schlug sie 1922 das Angebot Adenauers aus, einen Rektorposten in Köln zu übernehmen, ebenso wie sie es 1928 ablehnte, Schulrätin zu werden.

Die Sozialpolitik des Zentrums, an der sie entscheidend mitarbeitete, interpretierte Christine Teusch 1927 folgendermaßen: Sozialpolitische Maßnahmen bezweckten, »den an materiellen Gütern Armen Hilfe und Unterstützung zu gewähren und den im wirtschaftlichen Kampfe Schwachen Menschenwürde und Recht zu geben«. Im christlichen Sinne erstrebe Sozialpolitik eine friedliche Lösung: »Soziale Revolutionen lehnen wir ab«. Sozialpolitische Maßnahmen seien Gesetzgebung, Verwaltung, Fürsorge und Wohlfahrt, Rechtsprechung und Selbsthilfe. Die Zentrumspartei habe sich dieser Aufgabe laufend angenommen, entgegen der Auffassung, die Hilfe sei nur in Gelegenheitsmaßnahmen zustande gekommen. Die geistigen Grundlagen für die sozialpolitischen Forderungen und Leistungen des Zentrums seien die christlichen Grundsätze der Gerechtigkeit und Liebe.

Sie zitiert: »Nicht Umsturz der bestehenden Ordnung kann Heilung des kranken Erwerbs- und Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftslebens bringen, sondern allein die Wiederherstellung des Christentums. ... Bei der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung, bei der Neuregelung des Innungswesens und den Bemühungen um Einführung des gewerblichen Befähigungsnachweises ... haben wir den Vortritt genommen oder eine ausschlaggebende Mitwirkung geübt. Wir werden unbeirrt auf diesem Wege weiterwandeln und, was wir gestern nicht erreichen konnten, morgen zu erstreben nicht erlahmen... Unser Grundsatz, daß die idealen Interessen der Reichsgemeinschaft allen materiellen Interessen der Angehörigen des Reiches vorgehen, wird uns vor Irrungen und Unrecht bewahren.«

So suchte Christine Teusch mit allen Kräften die Ideale ihrer Partei zu verwirklichen. Ihr Aufruf an die Jugend, sich aus christlicher Verantwortung politisch zu betätigen, fand Anklang. Man verstand, daß Politik für Christine Teusch »angewandte Weltanschauung« war. Ihre politischen Entscheidungen zielten darauf ab, Menschen helfen zu können. Sie erklärte zum politischen Einsatz der Frau: »Politisch ist der Mensch, wenn er sich für die Belange der Gemeinschaft seines Volkes, seines Landes sorgt und müht... Als Mutter unserer Kinder, als Helferin unserer Männer und als Hüterin von Liebe und Wahrheit muß jede deutsche Frau zu einem ernsten, verantwortungsbewußten politischen Handeln bereit sein. In ihrem Handeln gibt sie Raum einer Politik aus christlicher Verantwortung und einer Politik der inneren und äußeren Freiheit des Menschen.«

Die Sozial- und Kulturpolitik des Zentrums waren Christine Teusch Herzenssache. Im Sinne ihrer Fraktion beteiligte sie sich 1920 an der Reichsschulkonferenz und später an den Entwürfen für ein geplantes Reichsschulgesetz. Sie betonte die Notwendigkeit einer Neugestaltung des gesamten pädagogischen Lebensbereiches unter den Leitideen des Elternrechts und der Gewissensfreiheit. Ihr politischer Sinn war immer auf eine gesunde Evolution gerichtet. Mit den Abgeordneten Joseph Joos und Joseph Wirth versuchte sie, die deutschen Katholiken auf den Boden der Republik zu bringen. Als Vorkämpferin freiheitlicher Lebensordnung wurde sie von den christlichen Politikern und Gewerkschaftlern hochgeschätzt. Man sandte sie nach Genf zum Völkerbund. So hat sie manchesmal als einzige Frau unter Männern deutsche Politik mitbestimmt.

III

Das Frühjahr 1933 bedeutete für Christine Teusch ein vorläufiges Ende ihrer politischen Tätigkeit. Am 23. März 1933 stimmte sie zwar mit ihrer Fraktion dem von der Regierung Hitler geforderten »Ermächtigungsgesetz« zu. In der voraufgegangenen Sitzung der Fraktion hatte sie jedoch zu der Minderheit der Zentrumsabgeordneten gehört, die (unter Führung Heinrich Brünings) entschlossen waren, gegen das Gesetz zu votieren und die sich dann mit Rücksicht auf die Mehrheit und die gefährdete Einheit der Partei umstimmen ließen.
Mit der Auflösung der Zentrumspartei am 5. Juli 1933 und der Auflösung des letzten, am 5. März 1933 gewählten Reichstags verlor Frau Teusch ihr Abgeordnetenmandat. Sie ging zunächst wieder in den Schuldienst und arbeitete weiter im Mädchenschutzverein. Sie litt unter den Bedrückungen der Diktatur. In ihrem Bereich versuchte sie, nach Kräften die menschlichen und christlichen Werte im Volk zu retten, weil sie sich mitverantwortlich fühlte für die Erziehung der Jugend. Sie scheute sich nicht, mit aller Schärfe gegen die Übergriffe von Staat und Partei Stellung zu nehmen. Deswegen war sie ständigen Schikanen ausgesetzt; seit 1933 folgten Vernehmungen und Haussuchungen.
Als sie 1934 von zwei Gestapobeamten aus dem Unterricht geholt wurde, gab sie den Kindern zuvor noch Hausaufgaben und entließ sie mit dem Schulgebet. Danach kam die Strafversetzung nach Worringen. Aber ihre Schulrätin Dr. Therese Pöhler versetzte sie wieder nach Köln zurück. Die Belästigungen gingen weiter, ihre Gesundheit litt sehr. 1936 mußte Frau Teusch zur Kur nach Münster am Stein. Im gleichen Jahr wurde sie in den Ruhestand versetzt. Man quälte sie weiter mit

brutalen Vernehmungen. Wegen ihrer Unerschrockenheit und Gradlinigkeit war sie dem Regime im Wege. Ängstliche Leute hielten sich von ihr fern. Mit Entsetzen erlebte sie 1938 die »Kristallnacht«.
Mit dem 20. Juli 1944 steigerte sich die Zeit der Bedrängnis. Zusammen mit ihrer Zwillingsschwester zog sie nach Neheim-Hüsten, wo sie – beide krank – von den Franziskanerinnen gepflegt und dem Zugriff der Gestapo entzogen wurden. Frau Teusch war in ständiger Gefahr, verhaftet zu werden. Die Gestapo hatte Befehl, sie als politischen Häftling abzutransportieren und sie, wie es hieß, vor dem Einrücken der Feindmächte »so oder so umzulegen«. Bei der »Gewitteraktion« 1945 sollte sie mit vielen anderen im Rombergpark in Dortmund ermordet werden. Davor wurde sie durch den Einmarsch der Amerikaner bewahrt. Oberst Desmond empfing sie freundlich mit den Worten: »You are the great friend of great Brüning«. Oberbürgermeister Adenauer holte sie nach Köln zurück. Sogleich begann wieder ihre politische Tätigkeit.

IV

Wie alle führenden Zentrumspolitiker der Weimarer Zeit ging auch Christine Teusch davon aus, daß die Zeit des konfessionell bestimmten Zentrums vorüber war. Sie schloß sich in Köln der neugegründeten CDU an und gehörte zu den ersten Vorstandsmitgliedern der rheinischen CDU. »Die Welt« schrieb später: »Die streitbare Politikerin befand sich unter den Männern der ersten Stunde.« Christine Teusch wurde in der Heimatstadt in die Stadtverordneten-Versammlung berufen, die am 1. Oktober 1945 zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat. Bald darauf war sie Mitglied des Vorstandes der CDU in der britischen Zone, 1945/46 des Beratenden Provinzialrates für Nordrhein.
Im Rat der Stadt Köln beteiligte sie sich vor allem an den Bemühungen zur Behebung der wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Not. Sie zeigte Wege, die man gehen könne, um genügend Schulen für die vielen Kinder zu erstellen. Ihr besonderes Anliegen galt der rechten Auswahl der Lehrer und Schulleiter, denn sie war überzeugt, daß ein geordnetes Schulleben aus christlicher Verantwortung die notwendige Grundlage für das Wiederaufleben des deutschen Volkes sei.
Den Charakter der verschiedenen Schulen wollte sie nach demokratischen Gesichtspunkten entschieden wissen. Dabei galt ihr das Elternrecht als Grundprinzip. Sie folgerte daraus: »Wir fordern deshalb nicht allein die katholische und die evangelische Bekenntnisschule, sondern, wenn es das Elternrecht verlangt, auch die Gemeinschaftsschule.« Da

sie den Wert der religiösen Erziehung über alle anderen Werte hochschätzte, forderte sie, daß der Religionsunterricht in den Schulen ordentliches Lehrfach bleibe, nicht nur in den Konfessionsschulen, sondern auch in der Gemeinschaftsschule. Sie wehrte sich gegen die Diffamierung der Gemeinschaftsschule, die sie besonders bei kirchlichen Stellen bedauerte. Auch der Wiederaufbau der Berufs- und Fachschulen lag ihr am Herzen. Ihre besondere Sorge galt dabei den Mädchen. Sie bat den Kölner Stadtrat eindringlich, die Erwachsenenbildung zu fördern, in den Volksbüchereien etwas rascher und mehr Bücher des »neuen guten Geistes« einzustellen.
In ihrem sozialpädagogischen Eifer legte sie großen Wert auf die Einrichtung und Förderung der Abendgymnasien. Auch die Sorge um die musische Bildung der Bürger bewegte sie. Sie wies auf künstlerische Veranstaltungen in Theater, Konzert und Ausstellung hin, und »nicht zuletzt« wollte sie »neben der Millowitschbühne auch die Kölner Puppenspiele und das Hänneschen bald wieder zum Leben bringen«. Sie stellte an die Stadtverwaltung den Antrag, die neue Universität nach dem großen Kölner Lehrer, dem hl. Albertus Magnus, zu benennen: »Denn mit diesem Namen wird ein Geist lebendig, wie wir ihn wollen, ein Geist bester Kölner Tradition, ein Geist echter deutscher und christlich abendländischer Kultur.«

V

Es war keine Überraschung, daß Christine Teusch 1946 dem ersten ernannten Landtag von Nordrhein-Westfalen angehörte. 1947 wurde sie als Abgeordnete in das Landesparlament gewählt. Sie erhielt den Vorsitz im Kulturausschuß. So waren es wieder die Bildungsprobleme, die ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Mit großem Eifer beteiligte sie sich an den schulpolitischen Auseinandersetzungen, die keineswegs ohne Kampf verliefen.
Frau Teusch trug ihre Grundsätze mit Sicherheit vor, wobei es ihr besonders darauf ankam, daß alle Volksteile zu ihrem Recht kamen. Hier zeichneten sich die Konturen für die demokratische und freiheitliche Verfassung des Schulwesens ab, wie sie dann unter der maßgeblichen Initiative von Frau Teusch in ihrer Amtszeit als Kultusminister ihre gesetzliche Ausformung erfuhr. Innerschulische Leitbegriffe blieben ihr nach wie vor das Elternrecht und der Religionsunterricht. Im Landtag wirkte sie in enger Zusammenarbeit mit Josef Hofmann, der später ihr Nachfolger im Vorsitz des Kulturausschusses wurde.
Ihre Bewährung in der Kulturpolitik hatte für Christine Teusch die

Folge, daß Ministerpräsident Karl Arnold sie im Dezember 1947 zum Kultusminister für das Land Nordrhein-Westfalen berief. Sie war die erste Frau in einem Ministeramt in Deutschland. Als erfahrene Parlamentarierin mit reichen Erfahrungen in der Kulturpolitik war sie der Aufgabe voll gewachsen. Nun hatte sie die Aussicht, noch sicherer und entschiedener auf ihre Ziele hinarbeiten zu können. Ihre Amtszeit dauerte bis 1954. Ihr Hauptvorhaben war die Beseitigung nicht nur der materiellen Kriegsschäden, sondern vor allem der geistigen und moralischen Trümmer des Nationalsozialismus.

Bei ihrem Amtsantritt stand sie vor einem zerrütteten Bildungswesen. Das Schulleben war total zerstört. Die Meinungen, was zu tun sei, gingen auseinander. Frau Teusch nahm mit Gottvertrauen und der ihr eigenen Sicherheit Amtsführung und Entscheidung in die Hand, nach einer Wendung von Josef Hofmann »so, als ob sie es immer getan hätte«. Sie blieb fest in ihren Grundsätzen, immer im Sinne und zum Wohle des Volkes zu entscheiden. Da konnte sie zuweilen unerbittlich sein. Bischof Tenhumberg von Münster unterstrich in seinem Nachruf ihre innere Unabhängigkeit mit der Aussage, daß ihre Frömmigkeit sie nicht hinderte, »bei allem Respekt vor dem priesterlichen Amt auch hohen Prälaten gelegentlich deutlich ihre Meinung zu sagen«.

Die erste Amtshandlung größeren Stils war für Frau Teusch die Teilnahme an der Kultusministerkonferenz 1947 in Stuttgart-Hohenheim. Dort fiel sie auf durch die Sicherheit und Klarheit ihrer pädagogischen Konzeption und Diktion. Sie gewann mit den Ministern Adolf Grimme und Alois Hundhammer eine führende Position. Bei dieser Gelegenheit setzte sie sich für die Bildungsarbeit an den breiten Schichten des Volkes, vor allem in Hinsicht auf die Hebung der Volksschule ein. Sie wünschte eine organisch gewachsene Schulreform mit gründlicher sachverständiger Vorarbeit.

Um dieses Zieles willen berief sie eine Landesschulkonferenz ein mit Vertretern der Schulbehörden, der Kirchen und der verschiedenen Berufsinstitute. In 40 Sitzungen wurde über ein neues Schulgesetz beraten. Zu der geplanten Schulreform aber erklärte sie 1947, daß keine endgültige Entscheidung getroffen werden könne, bevor nicht die Landesverfassung verabschiedet sei. Mit der Annahme wichtiger Gesetze schrieb Frau Teusch ihren Namen in die Kulturgeschichte ihres Landes ein. Über die Folge der gesetzgeberischen Arbeit lesen wir in ihren eigenen zusammenfassenden Aufzeichnungen:

»26. 6. 1950 Verabschiedung der Verfassung Nordrhein-Westfalen, Entwurf und Beratung des 3. Abschnittes (Schule, Kunst, Religion und Religionsgemeinschaften), Sicherung des Elternrechts, des Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach, der Privatschule und ihrer Bezu-

schussung, der hochschulmäßigen Lehrerbildung, der bestehenden Kirchenverträge. 1952 kam es zur Verabschiedung des Ersten Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens (Sicherung des Elternrechtes im Antragsverfahren für die Volksschule, in der Förderung des Privatschulwesens, in der Sicherung des Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach). 1954 kam der Erlaß des Volkshochschulgesetzes heraus mit rechtlicher Sicherung und finanzieller Förderung aller Einrichtungen der Erwachsenenbildung in öffentlicher und privater Trägerschaft.«

Diese Notizen enthalten das Programm ihrer vordringlichsten kulturpolitischen Anstrengungen. Es begann mit der Sorge um die Schulen. 80% aller Schulklassen waren zur Zeit ihres Amtsantritts zerstört. Sie vermochte die Zahl auf 10% zu reduzieren. Im Lande wurden 1500 neue Schulgebäude errichtet, die Klassenfrequenzen verringert. Ihr besonderes Verdienst waren die Bemühungen um das Berufsschulwesen. Ebenso genoß die Frauenschule ihre besondere Aufmerksamkeit, denn sie galt als Vorbereitung für die Lehrerinnnenbildung, die ihr am Herzen lag. Sie bemühte sich darum, daß die konfessionelle Lehrerbildung Regel wurde. Mit demselben Nachdruck kämpfte sie für die volle Berechtigung der Privatschulen, »Ersatzschulen« genannt. Aus Gründen der Anerkennung der schulischen Leistungen dieser Institute, aber auch, weil ein gerechter Anspruch auf Wiedergutmachung bestand, veranlaßte sie die gesetzliche Sicherung der privaten Schulen.

Immer war es dieselbe Linie, die sie seit Beginn ihrer politischen Tätigkeit unbeirrt verfolgte. Es gelang ihr jedoch nicht, die sechsjährige Grundschule durchzusetzen, wie es ihr in weltanschaulicher Sicht wertvoll erschienen wäre.

Auch die Neugestaltung der höheren Schulen war ihr ein wichtiges Anliegen. Durch Ministerialerlaß von 1950 ermöglichte sie eine Lockerung des Sprachenbeginns in der Sexta. Sie stellte die Wahl frei zwischen Latein und Englisch. Damit durchbrach sie die humanistische Konzeption Josef Schnippenkötters und erfuhr den Widerspruch der meisten Philologen und auch kirchlicher Stellen, die für alle Gymnasien den Beginn mit Latein beibehalten wollten. Es bleibt das Verdienst von Frau Teusch, mit dieser Änderung dem Prinzip der »Durchlässigkeit« eine erste Chance gegeben zu haben.

Dem Zugang zur Universität schuf sie eine breitere Möglichkeit mit der Schaffung des »Zweiten Bildungsweges«. Sie war beteiligt am Neuaufbau der hilfreichen »Studienstiftung des Deutschen Volkes«. Bei der Gründung der »Forschungsgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft« stand sie ebenfalls Pate, wie sie auch den »Deutschen Akademischen Austauschdienst« förderte. Aus ihrer Hochachtung vor dem Bildungswert der Kunst ergab sich eine betonte Förderung der Denkmal-

und Kunstpflege. Mit dem Ministerpräsidenten Arnold führte sie den Kunstpreis für Nordrhein-Westfalen ein.
Das politische Interesse von Christine Teusch reichte über die Grenzen ihres Heimatlandes hinaus. Sie wurde mit der ersten deutschen Delegation nach Den Haag entsandt, wo der Europa-Rat gegründet wurde. Sie vertrat den Europäischen Exekutivrat als dessen Vorsitzende in Straßburg, sie war Mitbegründerin des Europa-Kollegs in Brügge und Vorsitzende des Deutschen Nationalkomitees für den Europäischen Schultag. Lange Jahre gehörte Christine Teusch zum Präsidium des Vereins Katholischer Deutscher Lehrerinnen und zum Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung, auch zum Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks.
In Anerkennung ihrer Verdienste um Wissenschaft und Lehre wurden Christine Teusch viele Ehrungen zuteil. Sie wurde Ehrensenatorin der Universitäten Bonn und Münster und der Technischen Hochschule Aachen, Ehrendoktor der medizinischen Fakultäten Köln und Düsseldorf. Zum 60. Geburtstag wurde ihr von Bundespräsident Heuss das »Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband« verliehen.
Wie schwer das Amt aber lastete, formulierte sie in folgendem Ausspruch: »Minister sein, ist schwer. In Deutschland Kultusminister sein, ist noch schwerer. Aber als Frau Kultusminister sein, ist am allerschwersten.« Dennoch gewann sie selbst ihren Widerpartnern große Hochachtung ab. Viele männliche Kollegen erkannten, daß auch eine Frau im öffentlichen Leben wesentliche Impulse zu geben vermag. Noch am Grabe rühmte Ministerpräsident Heinz Kühn – einer ihrer härtesten Gegner – ihre Grundsatztreue und unerschrockene Ehrlichkeit.
Christine Teusch hat sich großes Ansehen errungen. Böse Zungen wollten damals wissen, sie sei der »einzige Mann« im Kabinett. Ganz so verhielt es sich nicht. Sie hatte den Ruf, daß sie bei ihrem unerbittlich sachgerechten Streben doch eine »gütige Landesmutter« sei.
Die Amtsführung als Kultusminister war durch innere und äußere Hemmnisse erschwert. Innenpolitisch war die Lage äußerst bewegt und teilweise zerstritten. Von außen her lastete zunächst die Kontrolle der Besatzungsmacht auf den Behörden. Die britische Kontrollkommission behielt sich z. B. vor, über die Aufnahme in die Hochschulen zu entscheiden. Frau Teusch klagte einmal, daß die Landesregierung »nichts aus eigenem Recht« machen könne. Neben den kulturpolitischen Aufgaben behielt sie die sozialpolitischen Ziele im Auge. Immer erkannte sie, wo Hilfe nottat. Es war ihre eigene Entscheidung, daß sie den nach den USA emigrierten früheren Reichskanzler Heinrich Brüning 1951 auf eine Professur nach Köln berief. In der Wahrnehmung ihrer Amtsgeschäfte war sie unbeirrbar.

VI

Auch als Christine Teusch mit 66 Jahren bei der Bildung des dritten Kabinetts Arnold 1954 nicht wieder – was ihr schmerzlich war – als Kultusminister bestätigt worden war, blieb die Kulturpolitik ihr waches Anliegen. Es folgten noch Jahre reicher politischer Tätigkeit. Sie war weiterhin (bis 1966) Landtagsabgeordnete mit überragender Aktivität. Dazu sagte Josef Hofmann 1954 im »Echo der Zeit«: »So war für Christine Teusch das Ausscheiden aus ihrem Amt nicht das Ende eines fast 40jährigen Wirkens im öffentlichen Leben, sondern nur ein neuer Beginn ihrer parlamentarischen Tätigkeit ... Ihr sind die kultur- und kirchenpolitischen Artikel in der Landesverfassung ebenso zu danken wie das Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen ... Man übertreibt nicht, wenn man feststellt, daß es kaum eine größere wissenschaftliche Neugründung in Deutschland gibt, von deren Entstehen oder Weiterentwicklung ihre Person wegzudenken wäre.«

Als beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1965 ein Kulturbeirat gegründet wurde, stand Frau Teusch als Vorstandsmitglied dem Vorsitzenden Hubert Hermans bei der Organisation und Berufung der Mitglieder zur Seite. Wieder zeichnete sie sich durch umfassende Sachkenntnis aus. In den Protokollen der Sitzungen finden wir manche grundsätzliche Aussagen über das Verhältnis von Katholizismus und Politik. So etwa brachte sie ihre Auffassung vom Staatsgedanken zum Ausdruck: »Man vermißt im deutschen Katholizismus eine eindeutige Haltung gegenüber dem Staat als Schulträger. Hier sind noch Aversionen und viele Reminiszenzen aus dem Kulturkampf und anderen Geisteshaltungen, so daß wir uns fragen müssen, ob unser Verhältnis zum Staat als Kulturträger in Ordnung ist. Wenn der Staat ein Ordnungsprinzip ist, muß er als solches auch bejaht werden.«

Ein andermal legte sie ihre grundsätzliche Auffassung über das Elternrecht vor: »Elternsein ist kein Beruf, sondern die Verantwortung dieses Vaters, dieser Mutter für das Kind in jener Schule ... Elternrecht ist das verantwortungsbewußte Einstehen von Vater und Mutter für das Kind im gesamten Erziehungs- und Bildungswesen.« Daher empfahl sie die gesetzlich grundgelegte Bildung von Schulpflegschaften, in denen Eltern und Lehrer die Schulgemeinde bilden, unter deren Führung die Kinder aufwachsen. Nach Frau Teuschs Willen sollen es Pflegschaften für die einzelne Schule sein, nicht überregionale Räte. Ihrer Absicht entgegen hat man ihre Auffassung über das Elternrecht als Propaganda für die Erhebung der Konfessionsschule zur Staatsschule ausgelegt. Das war niemals ihr Wille, da sie gerade in ihrer demokratischen Einstellung allen das Recht der freien Wahl zugestand.

Die systematische Mitarbeit im Kulturbeirat war wohl die letzte Bindung, die Christine Teusch sich auferlegte. Trotz mehrfacher Erkrankung nahm sie ihre Tätigkeit wieder auf, sobald es nur möglich war – bis zu ihrer letzten schweren Erkrankung im Herbst 1968, als sie das 80. Lebensjahr vollendete. Sie starb am 24. Oktober 1968.

VII

Was diese Frau unserem Volke bedeutet hat, ist in dem Glückwunschschreiben ausgesagt, mit dem ihr Bundespräsident Heinrich Lübke 1963 zum 75. Geburtstag gratulierte und dabei an die Zeit gemeinsamer Zusammenarbeit im nordrhein-westfälischen Kabinett unter Ministerpräsident Karl Arnold erinnnerte: »Wir mußten damals gemeinsam versuchen, den Menschen aus der bedrückenden Not der ersten Nachkriegsjahre einen Weg zu weisen in eine Zukunft, in der sie wieder als freie Bürger über ihr eigenes und über das Schicksal des Staates bestimmen sollten. Ich habe immer Ihre mutige Haltung, Ihr umfassendes Wissen und die Hingabe bewundert, mit der Sie sich Ihren Aufgaben widmeten. Dabei kam Ihnen Ihre reiche Erfahrung zustatten, die Sie aus Ihrer Lehrertätigkeit, aus der jahrzehntelangen Sozialarbeit und aus Ihrer parlamentarischen Tätigkeit der Weimarer Republik mitbrachten. Sie gehören zu den Frauengestalten, die wie Elly Heuss-Knapp, Helene Weber und Gerta Krabbel das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland entscheidend mitgeprägt haben. Dafür möchte ich Ihnen heute im Namen unseres ganzen Volkes Dank und Anerkennung aussprechen.«
In einer Erinnerungssendung des Westdeutschen Rundfunks zum 85. Geburtstag von Christine Teusch wurde sie charakterisiert als der »Typ der konservativ, aber sozial denkenden Verstandesfrau mit unbeirrbarem Pflichtbewußtsein und ungebrochener Arbeitskraft, eine katholische Preußin aus dem katholischen Köln«. Sie selbst hat 1963 einmal davon gesprochen, daß jede Politik eine pädagogische Aufgabe sei und daß ihr Leben ein »Wirken und Besorgtsein für andere« gewesen sei.

Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

BERNHARD LETTERHAUS

Quellen

Teile des politischen Nachlasses von Letterhaus befinden sich im Archiv der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, dessen Bestände von der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn verwaltet werden. Letterhaus' Reden sind gedruckt in den Stenographischen Protokollen des Preußischen Landtages 1928-1933, im Festblatt zur 69. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, Münster 1930, sowie bei J. *Gickler,* Die katholische Arbeiterinternationale und Bericht über den ersten Internationalen Kongreß der katholischen Arbeitervereine in Köln vom 13. bis 15. Juli 1928, M. Gladbach 1928. Einzelne Artikel und Reden wurden in der »Westdeutschen Arbeiter-Zeitung« veröffentlicht.

Schriften

Größenordnungen in Volk und Wirtschaft (mit F. *Röhr*). Berlin 1928. – Die katholischen Arbeiter und der Sozialismus unserer Tage. Köln 1930. – Die katholische Arbeiter-Bewegung Westdeutschlands. Bericht über die Tätigkeit und Entwicklung des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands von 1925 bis 1931. Hg. von der Verbandszentrale der kath. Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands. Köln 1931. – Zur Frage der sozialen Gliederung des katholischen Volksteils in Deutschland. Köln 1934.

Literatur

J. *Joos,* Am Räderwerk der Zeit. Augsburg o. J. (1950). – J. *Joos,* So sah ich sie. Augsburg 1958, S. 47ff. – H. A. *Mertens* (Bearb.), Bernhard Letterhaus, hg. durch das Arbeiter-Bildungsheim Gottfried Könzgen, Annaberg. Haltern o. J. – F. *Kloidt,* Verräter oder Martyrer? Düsseldorf 1962, S. 57ff. – E. *Kock,* Bernhard Letterhaus, in: Arbeit und Opfer, hg. durch die Kettelerhaus GmbH. Köln. Köln 1972, S. 17ff.

EDITH STEIN

Schriften

Gesammelte Werke. Bd. I: Kreuzeswissenschaft. Eine Studie über Joannes a Cruce. Löwen, Freiburg ²1954; Bd. II: Endliches und Ewiges Sein. 1950; Bd. III/IV; Des hl. Thomas von Aquino Untersuchungen über die Wahrheit, 2 Teile. 1952/55; Bd. V: Die Frau. Ihre Aufgabe nach Natur und Gnade. Beiträge zur Mädchen- und Frauenbildung bis 1932. 1959; Bd. VI: Welt und Person (philosophische Aufsätze). 1962; Bd. VII: Aus dem Leben einer jüdischen Familie (Autobiographie 1. Teil). 1965. – Zum Problem der Einfühlung. Halle 1917. – Beiträge zur philosophischen Begründung der Psychologie

und der Geisteswissenschaften. Halle 1922, Tübingen 1970. – Eine Untersuchung über den Staat. Halle 1925, Tübingen 1970. – Husserls Phänomenologie und die Philosophie des hl. Thomas von Aquino. Halle 1929, Tübingen 1974. – Das Weihnachtsgeheimnis. ^{3}1950. – Der Intellekt und die Intellektuellen. 1931. – Das Gebet der Kirche. 1936, 1962. – Wege der Gotteserkenntnis. 1946. – Frauenbildung und Frauenberufe. München ^{4}1956. – Briefe an Hedwig Conrad-Martius. München 1960. – Worte und Briefe. München 1965. – Briefauslese 1917-1942 mit einem Dokumentenanhang zu ihrem Tode. Freiburg i. Br. 1967.

Literatur

Teresia Renata de Spiritu Sancto OCD, Edith Stein. Freiburg i. Br. ^{8}1962. – *Maria Baptista a Spiritu Sancto* OCD, Edith Stein. Kaldenkirchen 1962. – H. *Graef*, Leben unter dem Kreuz. Frankfurt ^{4}1963. – M. *Bienias*, Begegnungen mit Edith Stein. Leipzig ^{2}1965. – M. *Bienias*, Edith Stein, in: Schlesier des 15. bis 20. Jahrhunderts, hg. von H. *Neubach* und Ludwig *Petry*. Würzburg 1968, S. 247ff. – R. M. W. *Kempner*, Edith Stein und Anne Frank. Freiburg i. Br. 1968. – A. *Höfliger*, Das Universalienproblem in Edith Steins Werk »Endliches und Ewiges Sein«. Fribourg 1968. – W. *Herbstrith* (Teresia a Matre Dei OCD), Edith Stein, in: Große Gestalten christlicher Spiritualität. Würzburg 1969. – W. *Herbstrith* (Teresia a Matre Dei OCD), Edith Stein, in: Große Deutsche aus Schlesien. München 1969. – W. *Herbstrith* (Teresia a Matre Dei OCD), Edith Stein. Meitingen-Freising 1972. – W. *Herbstrith* (Teresia a Matre Dei OCD), Das wahre Gesicht Edith Steins. Bergen-Enkheim ^{2}1973 (amerikanische Ausgabe 1974).

CLEMENS AUGUST KARDINAL VON GALEN

Quellen

Ein Teilnachlaß Galens befindet sich im Diözesanarchiv Münster (Kardinal von Galen-Stiftung). Seine bischöflichen Verlautbarungen sind im »Kirchlichen Amtsblatt des Bistums Münster« veröffentlicht (allerdings keineswegs vollständig). Teile seiner Korrespondenz und seiner Hirtenbriefe sind abgedruckt in der Edition: »Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945« (Bd. I: 1933-1934; Mainz 1968; Bd. II: 1934-1936; ebd. 1976), bearbeitet von B. *Stasiewski*, sowie in biographischen Würdigungen.

Schriften

Wahlrecht – Wahlpflicht, in: Allgemeine Rundschau 15 (1918) S. 339ff. – Die Zusammensetzung des Preußischen Herrenhauses, in: Historisch-Politische Blätter 161 (1918) S. 904ff. – Wo liegt die Schuld über Deutschlands Niederbruch und Aufbau, ebd. 164 (1919) S. 221ff., 293ff. – Katholische Wirtschaftsordnung, in: Katholische Politik. Eine Sammlung von Vorträgen, gehalten bei Zusammenkünften des rheinisch-westfälischen Adels, H. 1. Köln 1924, S. 21ff. – Die Pest des Laizismus und ihre Erscheinungsformen. Münster 1932.

Literatur

K. *Speckner*, Die Wächter der Kirche. München 1934, S. 177ff. – J. *Leufkens*, Clemens August Kardinal von Galen. Münster 1946. – G. *Hasenkamp*, Heimkehr und Heimgang des Kardinals. Münster 1946. – M. *Bierbaum*, Die letzte Romfahrt des Kardinals von Galen. Münster 1946. – M. *Bierbaum*, Kardinal von Galen. Münster 1947. 7. Aufl.: Das

Leben des Kardinals v. Galen. Münster 1974. – L. *Deimel,* Clemens August Graf von Galen, Bischof von Münster. Münster 1948. – (Mehrere Autoren über den Kardinal) in: Paulus und Liudger. Ein Jahrbuch aus dem Bistum Münster (I) 1947, S. 17ff. – F. *Rensing,* Klemens August Graf von Galen als Kuratus von St. Clemens und Kolpingspräses in Berlin, ebd. (II) 1948, S. 28ff. – H. *Portmann,* Der Bischof von Münster. Münster 1948. 13. Aufl.: Kardinal von Galen. Münster 1975. – H. *Portmann,* Dokumente um den Bischof von Münster. Münster 1948. – R. *Amelunxen,* Kleines Panoptikum. Essen 1957, S. 85ff. – W. *Vernekohl,* Begegnungen. Münster 1959, S. 179ff. – R. *Morsey,* Clemens August Kardinal von Galen, in: Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften 7/8 (1966/67), S. 367ff. (auch separat: Münster 1967). – R. *Morsey,* Ein Anwalt der Menschenwürde, in: Publik (Frankfurt a. M.) vom 12. März 1971. – H. *Hürten,* Kardinal von Galen zum 25. Todestag, in: Unsere Seelsorge (Münster) 21 (1971) S. 15ff.

FRIEDRICH MUCKERMANN

Quellen

Teile des Nachlasses Muckermanns befinden sich im Archiv der Niederdeutschen Jesuitenprovinz in Köln, darunter Aufzeichnungen aus der Zeit seiner Emigration (1941-1943) und seine Radio-Predigten, die er 1939/40 im Pariser Rundfunk gesprochen hat. Die ungewöhnlich große Zahl der (oft nicht unter seinem Namen veröffentlichten) Aufsätze und Artikel in zahllosen Zeitschriften und Zeitungen des In- und Auslands ist nicht zu erfassen. Regelmäßig erschienen Beiträge in der von ihm 1923-1937 herausgegebenen Zeitschrift »Der Gral«, in der von ihm herausgegebenen »Katholischen Korrespondenz« (seit 1924) und anderen Pressekorrespondenzen sowie nach 1934 in der von ihm in den Niederlanden übernommenen Zeitschrift »Der deutsche Weg« (bis 1938). Ein Aktenbündel Muckermann im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn bezieht sich auf die Jahre 1936-1938 und enthält auch Materialien über seine Ausbürgerung.

Schriften (Auswahl)

Das geistige Europa. Ein internationales Jahrbuch der Kultur. 2 Bde. Paderborn 1925/26 (hg. mit H. *van de Mark* = Hein *Hoeben*). – Katholische Aktion (mit einem Geleitwort von Nuntius Eugenio *Pacelli*). München 1928. – Goethe. Bonn 1931. – Der Mönch tritt über die Schwelle. Berlin 1932. – Vom Rätsel der Zeit. München 1933. – Heiliger Frühling. Münster 1935. – Revolution der Herzen. Colmar 1937. – Es spricht die spanische Seele. Neue Dokumente zur spanischen Frage. Porto Alegre 1937. – [unter Pseud.: A. *Martinus*] An den Quellen der Wahrheit. Betrachtungen zu den Sonntagsevangelien, hg. von O. *Müller*. Köln 1940. – Wladimir Solowjew. Olten 1945. – Der deutsche Weg. Aus der Widerstandsbewegung der deutschen Katholiken von 1930-1945. Zürich 1945, ^{3}1946 (1946 in holländischer, 1947 in italienischer Übersetzung). – Der Mensch im Zeitalter der Technik. Luzern 1943. – Frohe Botschaft in die Zeit, hg. von M. Th. *Muckermann*. Einsiedeln 1948. – Im Kampf zwischen zwei Epochen. Lebenserinnerungen, bearb. und eingeleitet von N. *Junk*. Mainz 1973.

Literatur

N. *Herbermann,* In memoriam Pater Friedrich Muckermann. Celle 1948. – Friedrich Muckermann. Ein Apostel unserer Zeit, hg. von N. *Herbermann* (mit Beiträgen von O. *Forst de Battaglia,* W. *Vernekohl,* H. *Hoeben,* N. *Herbermann,* P. *Bauer,* J. *Steinhage,* H. *Engelfried,* O. *Overhof,* W. *Szylkarski,* R. *Gutzwiller,* F. *Wagner,* G. *Schmitt,* R. *Amelunxen,* C. *v. Oer*).

Paderborn 1953. – W. *Vernekohl*, Begegnungen. Münster 1959, S. 191 ff. – H. *Rinke*, Friedrich Muckermanns Leben und Werk, in: Publik (Frankfurt a. M.) vom 9., 16. und 23. April 1971. – [N. *Junk*], Dokument zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit des P. Friedrich Muckermann, in: Aus der Provinz (Nachrichtenblatt der Niederdeutschen Jesuitenprovinz Köln) Nr. 7 (1972) S. 116ff. – [N. *Junk*], P. Friedrich Muckermanns Flucht aus Frankreich in die Schweiz, ebd. Nr. 8 (1974) S. 92ff.

ILDEFONS HERWEGEN

Quellen

Nach zweimaliger Vernichtung großer Teile seiner Papiere durch Herwegen selbst ist im Archiv der Abtei Maria Laach nur ein Rest-Nachlaß erhalten geblieben. Weitere Briefe sind noch über andere Klöster zerstreut. Den Briefwechsel mit Peter Wust hat W. *Vernekohl* veröffentlicht, in: P. Wust, Briefe und Aufsätze, Münster ²1959, S. 186ff., und in dessen Gesammelten Werken, Bd. 7. Münster 1966, S. 434ff.

Schriften

Bibliographie, zusammengestellt von St. *Hilpisch*, in: Abt Ildefons Herwegen zum Gedächtnis. Freiburg i. Br. 1948, S. 39ff. (unvollst.). – Der heilige Benedikt. Düsseldorf 1917. – Alte Quellen neuer Kraft. Düsseldorf 1920. – Lumen Christi. München 1924. – Kirche und Mysterium, in: Mysterium. Gesammelte Arbeiten Laacher Mönche. Münster 1926, S. 1ff. – Vom christlichen Sein und Leben. Berlin 1931. – Antike, Germanentum und Christentum. Salzburg 1932. – Deutsches Heldentum in christlicher Verklärung, in: Deutsches Volk 1 (1933) S. 121ff. – Väterspruch und Mönchsregel. Münster 1937. – Sinn und Geist der Benediktinerregel. Einsiedeln, Köln 1944.

Herwegen gab u. a. folgende Reihen heraus: Beiträge zur Geschichte des alten Mönchtums und des Benediktinerordens (22 Bände, Münster 1912-1941); Ecclesia orans. Zur Einführung in den Geist der Liturgie (22 Bände, Freiburg i. Br. 1918-1939).

Literatur

F. X. *Münch*, Abt Ildefons Herwegen von Maria Laach, in: Hochland 10 (1913) S. 755ff. – H. *Platz*, Erste Begegnung mit Maria Laach, in: Liturgisches Leben 1 (1934) S. 276ff. – Th. *Kampmann*, Abt Ildefons Herwegen, in: Hochland 39 (1946/47) S. 469ff. (auch in: Th. *Kampmann*, Gelebter Glaube. Warendorf 1957, S. 7ff.). – W. *Kahles*, Abt Ildefons Herwegen, in: Abt Ildefons Herwegen zum Gedächtnis, S. 7ff. – St. *Hilpisch*, Abt Ildefons Herwegen als Persönlichkeit, ebd., S. 33ff. – J. *Joos*, So sah ich sie. Augsburg 1958, S. 104f. – E. *von Severus*, Un maitre de vie monastique en Allemagne, in: Revue Mabillon 51 (1961) S. 249ff. – H. *Rinke*, Reformer aus der Kraft der Tradition. Zum 25. Todestag, in: Publik (Frankfurt a. M.) vom 3. September 1971. – Th. *Michels*, Ein neues Bewußtsein. Herwegen, in: Christ in der Gegenwart Nr. 47 vom 24. November 1974, S. 375. – E. *von Severus*, Abt Ildefons Herwegen, in: Erbe und Auftrag 50 (1974) S. 423ff. – E. *von Severus*, Tradition und Fortschritt im Denken des Abtes Ildefons Herwegen, in: Festschrift für W. Zeller. Marburg 1975.

FRANZ VON PAPEN

Quellen

Ein Nachlaß Papens für die Zeit bis 1945 existiert nicht. Reden aus seiner Tätigkeit als Zentrumsabgeordneter sind in den Stenographischen Berichten des Preußischen Land-

tags abgedruckt, Artikel in der Berliner »Germania«. Die Akten aus seiner Amtszeit als Vizekanzler (1933/34) befinden sich im Bundesarchiv in Koblenz, Schriftwechsel aus seiner Tätigkeit als Gesandter und Botschafter in Wien und Ankara im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn. Papens Korrespondenz im Zusammenhang der Verhandlungen um den Abschluß eines Reichskonkordats ist veröffentlicht in: Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933, bearbeitet von A. *Kupper*. Mainz 1969. Die 1945 gegen ihn erhobenen Anklagen und seine Verteidigung sind gedruckt in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 1945/46. 42 Bde. Nürnberg 1947/49, bes. Bd. 16, S. 262ff. und Bd. 19, S. 139ff.

Schriften

Die Parteien, in: Die Einheit der nationalen Politik, hrsg. von A. *Bozi* und A. *Niemann*. Stuttgart 1925, S. 221ff. – Die deutschen Katholiken und die Siedlungsfrage, in: Jahrbuch des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsmissionen 1 (1926) S. 96ff. – Die Stunde für den Staatsmann und die »ecclesia militans« ist da! In: Schönere Zukunft 6 (1930/31) S. 965f., 994f. – Zum Reichskonkordat, in: Der katholische Gedanke 6 (1933) S. 331ff. – An die deutschen Studenten. Rede, gehalten am 21. Februar 1933. Berlin 1933. – Rede auf dem Münchener Gesellentag 1933, in: Gott, Volk, Reich. Das Buch vom ersten Deutschen Gesellentag in München 1933. Köln 1933, S. 54ff. – Appell an das deutsche Gewissen. Reden zur nationalen Revolution. Oldenburg 1933. – Die Unternehmerpersönlichkeit im neuen Staat. Rede am 9. Oktober 1933. Berlin 1933. Der 12. November 1933 und die deutschen Katholiken. Münster 1934. – Memoirs. London 1952. Dt. Ausgabe: Der Wahrheit eine Gasse. München 1952. – Vom Scheitern einer Demokratie 1930-1933. Mainz 1968.

Literatur

W. *Schotte*, Der neue Staat (mit einem Vorwort von F. *von Papen*). Berlin 1932. – W. *Schotte*, Das Kabinett Papen, Schleicher, Gayl. Leipzig 1932. – G. *Buchheit*, Franz von Papen. Breslau 1933. – H. *Schnee*, Franz von Papen. Paderborn 1934. – H. W. *Blood-Ryan*, Franz von Papen. London 1939. – T. *Koeves*, Satan in the Top Hat. New York 1941. – L. *Graf Schwerin von Krosigk*, Es geschah in Deutschland. Stuttgart 1951, S. 140ff. – K. D. *Bracher*, Die Auflösung der Weimarer Republik. Stuttgart 1955, ^{5}1971. – R. *Amelunxen*, Kleines Panoptikum. Essen 1957, S. 133ff. – R. *Morsey*, Zur Geschichte des »Preußenschlags« vom 20. Juli 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9 (1961) S. 430ff. – Th. *Eschenburg*, Die improvisierte Demokratie. München 1963, S. 270ff. – J. C. *Fest*, Das Gesicht des Dritten Reiches. München 1963, S. 209ff. – E. *Deuerlein*, Deutsche Kanzler von Bismarck bis Hitler. München 1968, S. 425ff. – F. G. *von Tschirschky*, Erinnerungen eines Hochverräters. Stuttgart 1972. – L. *Volk*, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Mainz 1972.

KONRAD KARDINAL VON PREYSING

Quellen

Ein geschlossener Nachlaß Kardinal Preysings existiert nicht. Den nach 1945 angefallenen Schriftwechsel verwahrt das Ordinariat Berlin-West. Hirtenbriefe und amtliche Verlautbarungen aus der Eichstätter Bischofszeit sind publiziert im Pastoralblatt des Bistums Eichstätt 1932-1935. Hirtenbriefe, Kanzelverkündigungen und Eingaben aus der NS-Zeit enthält die Sammlung: Dokumente aus dem Kampf der katholischen Kirche im Bistum Berlin gegen den Nationalsozialismus, hg. vom Bischöflichen Ordinariat Berlin. Berlin 1946.

Hirtenbriefe aus der Nachkriegszeit sind gedruckt in der Sammlung: Hirtenwort in ernster Zeit. Kundgebungen des Bischofs von Berlin Konrad Kardinal von Preysing in den Jahren 1945 bis 1947. Berlin 1947.

Teile von Preysings Korrespondenz werden wiedergegeben oder benutzt in W. *Adolph*, Kardinal Preysing und zwei Diktaturen. Sein Widerstand gegen die totalitäre Macht. Berlin 1971. Zahlreiche Eingaben an Regierungsstellen, die Preysing als Pressereferent der Fuldaer Bischofskonferenz verfaßte, finden sich in der Dokumentation von K. A. *Altmeyer*, Katholische Presse unter NS-Diktatur. Berlin 1962. Schreiben Preysings bringen u. a. folgende Quelleneditionen: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945. Davon bereits erschienen Bd. I: 1933-1934, bearbeitet von B. *Stasiewski*. Mainz 1968. Bd. II: 1934-1936. Mainz 1976; Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933, bearbeitet von L. *Volk*. Mainz 1969; Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917-1945. Davon bereits erschienen: Bd. I: 1917-1934, bearbeitet von L. *Volk*. Mainz 1975.

Schriften

Der Leserkreis der Philosophoumena Hippolyts, in: Zeitschrift für katholische Theologie 38 (1914) S. 421ff. – Kardinal Bettinger, nach persönlichen Erinnerungen. Regensburg 1918. – Des hl. Hippolytus von Rom Widerlegung aller Häresien. München 1922. – Gesellschaftssitten und Sittengesetz. München 1927.

Literatur

K. *Speckner*, Die Wächter der Kirche. München 1934, S. 72ff. – B. *Schwerdtfeger*, Konrad Kardinal von Preysing. Berlin 1950. – W. *Adolph*, Hirtenamt und Hitler-Diktatur. Berlin 1965. – L. *Volk*, Der bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930-1934. Mainz ²1966. – L. *Volk*, Die Fuldaer Bischofskonferenz von der Enzyklika »Mit brennender Sorge« bis zum Ende der NS-Herrschaft, in: Stimmen der Zeit 178 (1966) S. 241ff. – L. *Volk*, Die Fuldaer Bischofskonferenz von Hitlers Machtergreifung bis zur Enzyklika »Mit brennender Sorge«, ebd. 183 (1969) S. 10ff. – L. *Volk*, Die Enzyklika »Mit brennender Sorge«, ebd. 183 (1969) S. 174ff.

MICHAEL KARDINAL VON FAULHABER

Quellen

Faulhabers Handakten verwahren das Diözesanarchiv Speyer und das Kardinal-Faulhaber-Archiv im Erzbischöflichen Archiv in München. Aus letzterem schöpft die zweibändige Aktenedition über den Zeitraum von 1917-1945 mit Schwerpunkt auf Faulhabers überdiözesaner Wirksamkeit. Davon bereits erschienen: Bd. I: 1917-1934, bearbeitet von L. *Volk*, Mainz 1975. Korrespondenz des Münchener Kardinals enthalten die folgenden Quellenbände: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945. Davon bereits erschienen, in der Bearbeitung von B. *Stasiewski*, Bd. I: 1933-1934. Mainz 1968. Bd. II: 1934-1936. Mainz 1976; Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933, bearbeitet von L. *Volk*, Mainz 1969. Faulhabers Berichterstattung an das Staatssekretariat ist verwertet im Notenwechsel zwischen dem Hl. Stuhl und der Deutschen Reichsregierung, bearbeitet von D. *Albrecht*. 2 Bde. Mainz 1965/69. Vorträge, Predigten und Hirtenbriefe Faulhabers wurden teils in den unten genannten Sammelbänden vorgelegt, teils in Zeitungen und Zeitschriften oder als Einzeldrucke veröffentlicht, teils hektographiert verbreitet.

Schriften (Auswahl der wichtigsten Predigtsammlungen)

Zeitfragen und Zeitaufgaben. Freiburg i. Br. 1914; [8]1935. – Der Krieg im Lichte des Evangeliums, München 1915. – Waffen des Lichtes. Freiburg i. Br. 1915; [51]1918. – Die Canisius-Predigten in St. Michael in München vom 18.-25. Oktober 1925. München 1925. – Rufende Stimmen in der Wüste der Gegenwart. Freiburg 1931; [21]1932. – Zeitrufe – Gottesrufe. Freiburg i. Br. 1932; [21]1933. – Judentum – Christentum – Germanentum. München 1934.

Literatur

G. *Moenius*, Kardinal Faulhaber. Wien/Leipzig 1933. – K. *Speckner*, Die Wächter der Kirche. München 1934, S. 15ff. – M. *Hartig* (Hg.), Erntegarben, gesammelt und dargeboten von Priestern der Erzdiözese München und Freising zur Feier des 25jährigen Bischofsjubiläums Sr. Eminenz des Hochwürdigsten Herrn Kardinals und Erzbischofs Dr. Michael Faulhaber. München 1936. – J. *Weißthanner*, Michael Kardinal Faulhaber 80 Jahre. München 1949. – H. *Lang*, Michael von Faulhaber, in: Lebensläufe aus Franken, Bd. 6. Würzburg 1960, S. 158ff. – K. *Forster*, Vom Wirken Michael Kardinal Faulhabers in München, in: Der Mönch im Wappen. München 1960, S. 495ff. – L. *Volk*, Der bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930-1934. Mainz [21]1966. – L. *Volk*, Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: Stimmen der Zeit 177 (1966) S. 173ff. – V. *Conzemius*, Faulhaber, in: Dictionnaire d'Histoire et Géographie Ecclésiastiques. Tome 16me. Paris 1967, Sp. 692ff. – G. *Schwaiger*, Kardinal Michael von Faulhaber, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 80 (1969) S. 359ff. – L. *Volk*, Die Fuldaer Bischofskonferenz von der Enzyklika »Mit brennender Sorge« bis zum Ende der NS-Herrschaft, in: Stimmen der Zeit 178 (1966) S. 241ff. – L. *Volk*, Die Fuldaer Bischofskonferenz von Hitlers Machtergreifung bis zur Enzyklika »Mit brennender Sorge«, ebd. 183 (1969) S. 10ff. – L. *Volk*, Kirchenfürst zwischen Wittelsbach und Braunau, in: Publik (Frankfurt a. M.) vom 28. Februar 1969.

WALDEMAR GURIAN

Schriften

Die politischen und sozialen Ideen des französischen Katholizismus 1789/1914. M. Gladbach 1928. – Der katholische Publizist. Augsburg 1931. – Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre. Freiburg i. Br. 1931. – Der integrale Nationalismus in Frankreich. Charles Maurras und die Action Française. Frankfurt a. M. 1931. – Um des Reiches Zukunft. Nationale Wiedergeburt oder politische Reaktion? Freiburg i. Br. 1932 (erschienen unter dem Pseudonym Walter *Gerhart*). – St. Ambrosius und die deutschen Bischöfe. Luzern 1934 (erschienen unter dem Pseudonym Stefan *Kirchmann*). – Deutsche Briefe (gemeinsam mit Otto M. *Knab*). Luzern 1934-1938. Ediert unter dem Titel: Deutsche Briefe 1934-1938. Ein Blatt der katholischen Emigration, bearb. von Heinz *Hürten*. Mainz 1969. – Bolschewismus als Weltgefahr. Luzern 1936. – Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich. Luzern 1936 (gemeinsam mit K. *Thieme*). – Marxismus am Ende? Schicksal einer Bewegung. Einsiedeln und Köln 1936 (erschienen unter dem Pseudonym Lorenz *Brunner*). – On the Study of International Relations, in: Review of Politics 8 (1946). – Lamennais, ebd. 9 (1947). – Totalitarianism as Political Religion, in: C. J. *Friedrich* (Ed.), Proceedings of the Conference held at the American Academy of Arts and Sciences, March 1953. Cambridge/Mass. 1954. – The Catholic Church in World Affairs. Notre Dame/Ind. 1954. (Sammelband, hg. zusammen mit M. A. *Fitzsimons*).

Literatur

G. *Smolka,* Waldemar Gurian, in: Hochland 48 (1954/55). S. 183ff. – G. *Smolka,* Waldemar Gurian, in: Historisches Jahrbuch 75 (1956) S. 519ff. – Eine Würdigung der Persönlichkeit und Leistung von Waldemar Gurian brachte die Gedenkausgabe der von ihm gegründeten Zeitschrift *Review of Politics* 17, 1955 (The Gurian Memorial Issue). – J. *Radkau,* Die deutsche Emigration in den USA. Düsseldorf 1971. – H. *Hürten,* Waldemar Gurian. Ein Zeuge der Krise unserer Welt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mainz 1972 (mit Bibliographie).

KARL ARNOLD

Quellen

Der Nachlaß Arnolds befindet sich im Besitz der Familie. Das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf verwahrt die amtlichen Akten aus Arnolds Tätigkeit als Ministerpräsident. Dort befinden sich auch einschlägige Bestände der CDU des Rheinlands. Reden Arnolds sind gedruckt in den Stenographischen Berichten über die Sitzungen des Landtags von Nordrhein-Westfalen und in den Protokollen der Bundesparteitage der CDU (1951-1957). Ein Verzeichnis seiner gedruckten Reden enthält die im folgenden Abschnitt genannte biographische Skizze von A. *Baumhauer.*

Literatur

Festschrift zu Ehren des Herrn Ministerpräsidenten Karl Arnold anläßlich des fünfjährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft für Forschung am 4. Mai 1955. Köln 1955. – Karl Arnold, Grundlegung christlich-demokratischer Politik in Deutschland, hg. von R. *Barzel.* Bonn 1960. – A. *Hagen,* Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus. Bd. 4. Stuttgart 1963, S. 302ff. – A. *Baumhauer,* Karl Arnold, in: Christliche Demokraten der ersten Stunde, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1966, S. 27ff. – W. *Först,* Die Ära Arnold, in: Politik und Landschaft, hg. von W. *Först.* Köln 1969, S. 217ff. – P. *Hüttenberger,* Arnold, Nordrhein-Westfalen und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 33 (1969) S. 155ff. – W. *Först,* Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1: 1945-1949. Köln 1970. – F. *Keinemann,* Von Arnold zu Steinhoff und Meyers. Münster 1973. – P. *Hüttenberger,* Nordrhein-Westfalen und die Enstehung seiner parlamentarischen Demokratie. Siegburg 1973. – W. *Först,* Karl Arnold, in: Vorbilder für Deutsche, hg. von P. *Glotz* und W. R. *Langenbucher.* München 1974, S. 264ff.

JAKOB KAISER

Quellen

Der Nachlaß Kaisers befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz. Reden sind gedruckt in den Verhandlungsniederschriften der Kongresse der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (10. Kongreß in Essen, 1920; 11. Kongreß in Dortmund, 1926; 13. Kongreß in Düsseldorf, 1932); im Bericht des 4. Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei zu Kassel 1925; eine Auswahl in einem Dokumentenanhang bei E. *Kosthorst,* Jakob Kaiser.

Der Arbeiterführer, Stuttgart ²1970; in den Sitzungsprotokollen des Deutschen Bundestages 1949-1957; in den Niederschriften der Parteitage der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands 1950-1966 (1.-6. Parteitag), der Parteitage der CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU) 1950-1957 (1.-5. Parteitag).

Schriften

Stellungnahmen und Aufsätze finden sich in der Monatsschrift der christlich-nationalen Arbeiterschaft »Deutsche Arbeit« (Jg. 9/1924, Jg. 10/1925) sowie im »Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands« (Nr. 14/1932, Nr. 15/1933).

Literatur

K. *Bölling*, Die zweite Republik. Köln, Berlin 1963. – H.-P. *Schwarz*, Vom Reich zur Bundesrepublik. Neuwied, Berlin 1966. – E. *Kosthorst*, Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer. Stuttgart ²1970. – E. *Nebgen*, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer. Stuttgart ²1970. – W. *Conze*, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949. Stuttgart 1969. – E. *Kosthorst*, Jakob Kaiser. Minister für gesamtdeutsche Fragen 1949-1957. Stuttgart 1972. – G. *Rüss*, Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949-1970. München 1973. – B. *Uhl*, Die Idee des Christlichen Sozialismus in Deutschland 1945-1947. Mainz 1975.

GUSTAV GUNDLACH

Quellen

Der Nachlaß Gundlachs befindet sich im Franziskus-Krankenhaus in Mönchengladbach, die unveröffentlichte autobiographische Skizze »Meine Bestimmung zur Sozialwissenschaft« (Rom, 23. Februar 1962) im Archiv der Ostdeutschen Provinz des Jesuitenordens in Westberlin.

Schriften

Gesamtausgabe: G. *Gundlach*, Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft, hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach, 2 Bde. Köln 1964.

Literatur

J. *Höffner* (Hrsg.), Freiheit und Verantwortung in der modernen Gesellschaft. Festschrift zum 70. Geburtstag von Gustav Gundlach (Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften, Bd. 3). Münster 1963; darin: J. *Höffner*, Gustav Gundlach. Biographische Skizze, S. 7-13; A. *Rauscher*, Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft. In memoriam P. Gustav Gundlach S. J., in: Ordo socialis 11 (1963) S. 272ff. – O. *von Nell-Breuning*, Gustav Gundlach, in: Stimmen der Zeit 172 (1962/63) S. 387f. – J. *Schmitz van Vorst*, Hinter den Türen des Vatikans. Die Rolle des deutschen Jesuitenpaters Gustav Gundlach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Februar 1965. – J. *Schwarte*, Gustav Gundlach S. J. (1892-1963). Repräsentant und Interpret der katholischen Soziallehre während der Pontifikate Pius' XI. und Pius' XII. Paderborn 1975.

GEORG SCHREIBER

Quellen

Ein Nachlaß Schreibers ist bisher nicht zugänglich. Seine Reden als Zentrumsabgeordneter des Reichstags (1920-1933) sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Deutschen Reichstags und des Haushaltsausschusses, ebenfalls seine Stellungnahmen in der Reichstagsfraktion: Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926-1933, bearbeitet von R. *Morsey*. Mainz 1969. Ansprachen auf Katholikentagen, Kongressen und Verbandstagungen sind in einschlägigen Protokollen bzw. in der Presse veröffentlicht worden. Schreiber hat eine große Zahl von Aufsätzen und Artikeln zu politischen und kulturellen, wissenschaftlichen und regionalen Fragen in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht und zahlreiche und teilweise vielbändige Schriftenreihen herausgegeben. Vier Festschriften sind ihm gewidmet. Seine Bibliographie enthält die Festschrift: Zwischen Wissenschaft und Politik, hg. von J. *Spörl* (erschienen als Bd. 72 des Historischen Jahrbuchs), Anhang S. 1-84, bearbeitet von R. *Morsey*. Dieses Schriftenverzeichnis ist, ergänzt und erweitert, 1958 separat erschienen (Münster), als Manuskript gedruckt.

Werke

Kurie und Kloster im 12. Jahrhundert. 2 Bde. Stuttgart 1910 (Neudruck 1965). – Untersuchungen zum Sprachgebrauch des mittelalterlichen Oblationenwesens. Freiburg i. Br. 1913. – Mutter und Kind in der Kultur der Kirche. Freiburg i. Br. 1918. – Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Leipzig 1923. – Auslandsdeutschtum und Katholizismus. Münster 1927. ^{5}1930. – Nationale und internationale Volkskunde. Düsseldorf 1930. – Brüning, Hitler, Schleicher. Köln $^{1\text{-}16}$1932. – Deutschland und Spanien. Düsseldorf 1936. – Hochschule und Volkstum in der neuen Zeit. Recklinghausen 1945, ^{3}1946. – Gemeinschaften des Mittelalters. Münster 1948. – Zwischen Demokratie und Diktatur. Münster 1949. – Deutsche Wissenschaftspolitik von Bismarck bis zum Atomwissenschaftler Otto Hahn. Köln 1954. – Deutschland und Österreich. Köln 1956. – Irland im deutschen und abendländischen Sakralraum. Köln 1956. – Die Vierzehn Nothelfer in Volksfrömmigkeit und Sakralkultur. Innsbruck 1959. – Der Bergbau in Geschichte, Ethos und Sakralkultur. Köln 1962.

Literatur

J. *Spörl* und J. P. *Steffes*, Zwischen Politik und Wissenschaft, in: Historisches Jahrbuch 72 (1953) S. IX ff. – R. *Morsey*, Aus westfälischer Wissenschaft und Politik. Landschaftliches und Universales im Lebenswerk von Georg Schreiber, in: Westfälische Forschungen 10 (1957) S. 6 ff. – N. *Grass*, Prälat Georg Schreiber und Tirol, in: Der Schlern (Bozen) 37 (1962) S. 342 ff. – N. *Grass*, Georg Schreiber †. Begegnungen des Kanonisten mit Ulrich Stutz, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Band 80, Kanonistische Abteilung 1963, S. 600 ff. – R. *Morsey*, Georg Schreiber, in: Politik und Landschaft, hg. von W. *Först*. Köln 1969, S. 155 ff. – E. *Hegel* und J. *Spörl*, Georg Schreiber zum Gedächtnis, in: Historisches Jahrbuch 93 (1964) S. 246 ff.

CHRISTINE TEUSCH

Quellen

Je ein Teilnachlaß Teusch befindet sich im Historischen Archiv der Stadt Köln und im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Reden liegen gedruckt vor in den Stenographischen

Berichten der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, des Deutschen Reichstags und des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Ferner sind ihre Äußerungen in den Sitzungen der Reichstagsfraktion des Zentrums gedruckt: Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926-1933, bearbeitet von R. *Morsey*. Mainz 1969. – Christine *Teusch:* Ein Gespräch mit Walter Först. Ms. einer Sendung des WDR vom 11. Oktober 1963.

Schriften

Sozialpolitik, in: Politisches Jahrbuch 1925, hg. von G. *Schreiber* (I). M.Gladbach 1925, S. 279ff. – Soziale Fürsorge (II), 1926. Ebd. 1926, S. 267ff. – Die Sozialpolitik des Zentrums (III), 1927/28. Ebd. 1928, S. 462ff. – Die Parlamentarierin [Helene Weber], in: Ernte eines Lebens. Blätter der Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h. c. Helene Weber, hg. vom Katholischen Deutschen Frauenbund. Köln (1961), S. 77ff.

Literatur

[*Verus*], Ch. Teusch, in: Deutsche Handels-Warte 12 (1924) S. 157ff. – R. *Amelunxen,* Kleines Panoptikum. Essen 1957. S. 23ff. – R. *Morsey,* Die Deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hg. von E. *Matthias* und R. *Morsey*. Düsseldorf 1960, S. 281ff. – B. *Bergmann,* Lebensbogen einer Ministerin, in: Echo der Zeit (Recklinghausen) vom 13. Oktober 1963. – R. *Morsey,* Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923. Düsseldorf 1966. – H. *Landahl,* In memoriam Dr. h. c. Christine Teusch. Rede. Bonn 1969. – W. *Först,* Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1: 1945-1949. Köln 1970. – L. *Bardenhewer,* Christine Teusch, in: Die Antwort der Frau in der sich ändernden Welt. Münster 1969. – P. *Hüttenberger,* Christine Teusch, in: Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, hg. von W. *Först*. Köln 1972, S. 159ff. – P. *Hüttenberger,* Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie. Siegburg 1973.

KONRAD ADENAUER

Quellen

Der Nachlaß Adenauers befindet sich in der Stiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus in Rhöndorf. Die Akten aus der Zeit seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister verwahrt das Historische Archiv der Stadt Köln, aus der Zeit seiner Tätigkeit als Bundeskanzler teilweise das Bundesarchiv in Koblenz und teilweise noch das Bundeskanzleramt. Gedruckt sind die Reden Adenauers als Oberbürgermeister in den Protokollen der Verhandlungen der Kölner Stadtverordneten-Versammlung sowie seine Stellungnahmen im Preußischen Staatsrat in dessen Protokollen 1921-1933, ferner seine Äußerungen bei den Jahresversammlungen des Deutschen und Preußischen Städtetags. Das gleiche gilt für seine Reden im Landtag von Nordrhein-Westfalen (1946-1948), die in dessen Protokollen vorliegen. Zahlreiche Reden, Interviews und Erklärungen aus der Zeit als Bundeskanzler sind im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung veröffentlicht, seine Äußerungen auf den Parteitagen der CDU 1950-1966 in den Parteitagsprotokollen. Eine Auswahl aus Adenauers Reden im Bundestag, die in dessen Stenographischen Berichten gedruckt vorliegen, hat J. *Selbach* herausgegeben (Bonn 1967), eine Auswahl von Reden 1917-1967 H.-P. *Schwarz* (Stuttgart 1975). – Kanzlerworte, hg. von der Studiengesellschaft für Politik e.V. Bonn. Essen 1956. – Adenauer. Maximen für die Gegenwart, hg. von K. O. *Skibowski*. Stuttgart 1974.

Schriften

Ein Verzeichnis von Adenauers Reden, Artikeln und Aufsätzen bis 1933 enthält die von W. *Lensing* zusammengestellte Bibliographie in: Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, hg. von H. *Stehkämper*. Köln 1975. – Erinnerungen. 4 Bde. Stuttgart 1965/68.

Literatur

P. *Weymar*, Konrad Adenauer. München 1955. – W. *McBride* und H.-W. *Graf von Finckenstein*, Adenauer. Starnberg 1965. – R. *Strobel*, Adenauer und der Weg Deutschlands, Luzern 1965. – K. D. *Erdmann*, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966. – Konrad Adenauer. Würdigung und Abschied. Stuttgart 1967. – E. *Gerstenmaier*, Konrad Adenauer. Ehrung und Gedenken. Stuttgart 1967. – H. *Stehkämper*, Adenauer und Reichskanzleramt während der Weimarer Zeit, in: Aus kölnischer und rheinischer Geschichte, hg. von H. *Blum*. Köln 1969, S. 215ff. – A. *Poppinga*, Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer. Stuttgart 1970. – T. *Prittie*, Konrad Adenauer. Stuttgart 1971. – R. *Morsey*, Brüning und Adenauer. Düsseldorf ²1972. – Konrad Adenauer. Ziele und Wege, hg. von der Konrad Adenauer-Stiftung. Mainz 1972. (Darin: H. *Buchheim*, K. *Gotto*, R. *Morsey*). – K. *Dreher*, Der Weg zum Kanzler. Düsseldorf 1973. – H. *Osterheld*, Konrad Adenauer. Bonn 1973. – A. *Poppinga*, Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis. Stuttgart 1975 (mit Bibliographie). – Adenauer-Studien, hg. von R. *Morsey* und K. *Repgen*. Mainz 1972ff. (Bisher 3 Bde. mit Beiträgen von K. *Gotto*, H. *Krone*, H. G. *Lehmann*, H. *Maier*, R. *Morsey*, E. *Pikart*, H.-P. *Schwarz*, J. *Schwarz*, W. *Stump*, W. *Wagner*, W. *Weidenfeld*). – Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, hg. von R. *Löwenthal* und H.-P. *Schwarz*. Stuttgart 1974.

Personenregister

Kursiv gesetzte Ziffern verweisen auf jeweilige biographische Würdigung.

A
Adenauer, Emma 188
Adenauer, Gussi 188, 193f
Adenauer, Helene 186f
Adenauer, Konrad (Vater) 186
Adenauer, Konrad 6, 8, 65, 72, 106, 129ff, 134, 136ff, 141ff, 154ff, 174, *186-201,* 205, 207
Adolph, Walter 94f, 99
Albertus Magnus, hl. 208
Altmeier, Peter 135, 137
Ambrosius, hl. 120
Amelunxen, Rudolf 40f, 49, 126, 129, 131
Aristoteles 27, 31, 34
Arnold, Johann Baptist 126
Arnold, Karl 8, 10, *125-142,* 209, 211ff
Arnold, Liesel 127
Augustinus, hl. 31

B
Bachem, Julius 190
Banasch, Georg 94
Bares, Nikolaus 94
Barraclough, John 193
Benedikt von Nursia, hl. 66, 73
Bergen, Diego von 168
Berger, Hans 22
Berning, Heinrich August 161
Berning, Wilhelm 96
Bertram, Adolf 42, 94ff, 101, 111, 177
Bethmann Hollweg, Theobald von 76
Bettinger, Franz von 90f, 103ff
Bishop, Alexander 133
Blank, Theo 142
Bley, Bernhard 160
Blücher, Franz 155
Blumenthal, Baron Wilhelm von 56
Böckler, Hans 139
Böll, Heinrich 71
Bose, Herbert Frhr. von 84
Brauer, Theodor 163f
Braun, Otto 80
Brauns, Heinrich 146, 163, 204
Brentano, Heinrich von 155
Briefs, Götz 163f
Brüning, Heinrich 6, 11, 15ff, 19, 66, 78ff, 147, 149, 192, 206f, 211
Buchheim, Hans 198
Buchholz, Peter 24

C
Casel, Odo 67
Cathrein, Viktor 161
Chesterton, Gilbert Keith 62
Chruschtschow, Nikita 197
Conrad-Martius, Hedwig 30
Cramer, Walter 24

D
Decurtins, Kaspar 159
Delp, Alfred 21, 24, 150
Demmig, Charlotte 56
Dempf, Alois 71
Desbuquois, Jesuit 168
Descartes, René 27
Desmond, US-Oberst 207
Detmold, Ernst 55
Dionysius der Areopagit 31
Dirks, Walter 69
Döring, Wolfgang 141
Dollfuß, Engelbert 84
Donders, Adolf 179
Dostojewski, Fedor M. 52, 63
Droste zu Vischering, Clemens August Frhr. von 38
Dulles, John Foster 155, 157
Duns Scotus, Johannes 31

E
Ehard, Hans 125, 136f
Ehrhard, Albert 102
Eichert, Franz 57
Eisner, Kurt 105
Erhard, Ludwig 200
Erzberger, Matthias 126f, 178
Esser, Thomas 204

F
Faber, Frederick William 90
Falkenhayn, Erich von 76f
Faulhaber, Margarete 101
Faulhaber, Michael (Vater) 101
Faulhaber, Michael von 91, *101-113*, 190
Feder, Gottfried 16
Ferrari-Toniolo, Jesuit 175
Fest, Joachim C. 87
Fonk, Wilhelm 163
Freisler, Roland 22
Frick, Wilhelm 82
Frings, Josef 36, 46, 74, 88
Fritsch, Werner Frhr. von 77

G
Galen, Clemens August Graf von 6f, *37-47*, 58, 62, 88, 92, 95, 98, 100
Galen, Elisabeth Gräfin von 38
Galen, Ferdinand Heribert Graf von 38
Galen, Franz Graf von 39
Galen, Friedrich Graf von 38
Galen, Maximilian Graf von 38
Gaulle, Charles de 155
Gerig, Otto 204
Globke, Hans 5
Gockeln, Josef 127, 131
Goebbels, Joseph 15, 43, 94, 98
Goerdeler, Carl Friedrich 21f, 150f
Göring, Hermann 40, 82, 192
Görlinger, Robert 193
Görres, Joseph 62
Goethe, Johann Wolfgang von 52, 58ff, 63
Grimme, Adolf 209
Gröber, Conrad 42
Grosche, Robert 68, 71
Groß, Nikolaus 12, 21, 23f, 128, 150
Guardini, Romano 64, 67f, 115, 124
Gundlach, Gustav 8, *159-176*
Gurian, Waldemar 7f, 60, 72, *114-124*

H
Habermann, Max 149
Hachmann, Josef 55
Haecker, Theodor 5
Hammenstede, Albert 72
Hammerstein-Equord, Kurt Frhr. von 77
Harnack, Adolf von 181
Haushofer, Karl 183
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 145
Heidegger, Martin 31
Hensel, Walther 129
Herbermann, Nanda 50, 55f, 59
Hermans, Hubert 212
Hermes, Andreas 5, 151, 194
Herold, Carl 180
Hertling, Georg Graf von 103
Herwegen, Ildefons 7f, *64-74*
Heufers, Heinrich 39, 94
Heuss, Theodor 202, 211
Heuss-Knapp, Elly 213
Heydrich, Reinhard 109
Hilty, Karl 187
Himmler, Heinrich 109
Hindenburg, Paul von 16, 40, 77ff
Hippolytos, hl. 90
Hitler, Adolf 11, 15, 18, 22, 41, 43, 60f, 70, 75, 79, 82ff, 88, 91ff, 96f, 99f, 108ff, 118f, 122, 127, 149, 166f, 183, 194, 206
Hitze, Franz 178f
Hoeben, Hein 51
Höffner, Joseph 176
Hoffmann, Adolf 179
Hoffmann, Johannes 105
Hofmann, Josef 208f, 212
Hofmann, Michael 89

Hugenberg, Alfred 15, 18, 82
Hundhammer, Alois 209
Husen, Paulus van 45
Husserl, Edmund 27ff, 34

I
Ignatius von Antiochien, hl. 35
Imbusch, Heinrich 148
Innitzer, Theodor 96, 110, 167

J
Johannes XXIII. 85f, 172, 175
Johannes vom Kreuz, hl. 34f
Joos, Joseph 14, 18, 23, 70f, 206
Jostock, Paul 163f
Jung, Edgar 71f, 83
Junk, Nikolaus 61

K
Kaas, Ludwig 78
Kahle, Wilhelm 59
Kahles, Wilhelm 66, 68, 73
Kaisen, Wilhelm 125
Kaiser, Jakob 8, 10, 21f, 127, 129, *143-158*, 194
Kaller, Maximilian 5
Kampmann, Theoderich 64, 74
Karrer, Otto 119
Katzenberger, Hermann 135
Kausen, Hermann 188
Kerkerinck zur Borg, Engelbert Frhr. von 77
Kerr, Alfred 52
Kerrl, Hans 93f
Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. von 38, 84
Klausener, Erich 72, 119
Klöckner, Florian 78
Knab, Otto Michael 121
Körner, Heinrich 21
Kolb, Walter 128
Kolping, Adolf 145
Kopf, Hinrich Wilhelm 125
Krabbel, Gerta 213
Kralik, Richard von 57
Kroll, Hans 125, 134f
Krone, Heinrich 163
Kroos, Franz 48, 56
Kroos, Heinz 56
Kühn, Heinz 211
Kühr, Fritz 163

L
La Farge, John 168
Lamennais, Félicité Robert de 116
Lammers, Hans-Heinrich 42
Landmesser, Franz Xaver 69
Lang, Hubert 112
Ledóchowski, Wladimir 164, 166, 168
Legge, Petrus 94
Lehr, Robert 127f
Leiber, Robert 167, 169
Lemmer, Ernst 151
Lenin, Wladimir J. 63
Leo XIII. 63
Lessing, Gotthold Ephraim 52
Letterhaus, Bernhard 8f, *11-24*, 128, 150
Letterhaus, Grete 13, 23
Leuschner, Wilhelm 21, 149f
Ley, Robert 19, 149
Lichtenberg, Bernhard 97
Liebknecht, Karl 11f
Liliencron, Detlev von 48
Liudger, hl. 38
Ludwig III., König von Bayern 103f
Lübke, Heinrich 5, 158, 213
Luther, Hans 140

M
Maier, Reinhold 125
Mann, Thomas 46
Mannheim, Karl 114
Maring, Albert 53
Martin, Johannes Aegidius 145
Marx, Karl 164
Marx, Wilhelm 78
Mausbach, Joseph 178ff
Mayer, Rupert 110
Mertens, Heinrich 163
Middelhauve, Friedrich 141
Moenius, Georg 108

Moltke, Helmuth von 100
Moltke, Helmut James Graf von 24, 97
Mommsen, Hans 150
Morsey, Rudolf 70f
Muckermann, Anna 48
Muckermann, Friedrich 7, *48-63*, 64
Muckermann, Hermann 49, 59
Muckermann, Hermann Johann 48
Muckermann, Ludwig 49
Muckermann, Maria Theresia 49, 54
Muckermann, Richard 49
Mueller, Franz 163
Müller, Otto 12, 19, 150
Müller-Franken, Hermann 15
Münch, Franz Xaver 65ff
Muth, Carl 64

N
Nebgen, Elfriede 149, 151
Nell-Breuning, Oswald von 164, 166, 173f
Neuß, Wilhelm 41
Newman, Henry 30
Nigg, Walter 73

O
Oer, Clemens Frhr. von 49
Olbricht, Friedrich 72f
Orsenigo, Cesare 40, 93, 97
Ottaviani, Alfredo 173
Otte, Bernhard 148

P
Pacelli, Eugenio s. Pius XII.
Papen, Franz von 6f, 16ff, 38ff, 64, 70f, *75-87*, 118, 166
Papen, Marthe von 76
Paul VI. 47
Paulus, hl. 63
Pavan, Jesuit 175
Pesch, Heinrich 160f
Pikart, Eberhard 191
Pinsk, Johannes 68
Pius XI. 41, 63, 85, 95, 109f, 116, 164, 167f, 183
Pius XII. 43f, 46f, 54, 86, 88, 91ff, 97, 99f, 104f, 108, 167ff, 174ff, 184
Plato 27, 31
Platz, Hermann 65ff
Pöhler, Therese 206
Poggenburg, Johannes 37
Polgar, Alfred 52
Preysing, Albert Graf von 89
Preysing, Hedwig Gräfin von 88f
Preysing, Joseph Graf von 89
Preysing, Kaspar Graf von 88
Preysing, Konrad Graf von 6, 8, 42, 44, 46, *88-100*, 111, 166f
Probst, Adalbert 119
Proudhon, Pierre-Joseph 161
Przywara, Erich 30

R
Rabenau, Friedrich von 72f
Radek, Karl 50
Reinach, Adolf 28
Reinach, Frau 28
Rickert, Heinrich 159
Ritter, Emil 72, 105
Ritter zu Groenesteyn, Otto Frhr. von 105
Röhm, Ernst 93, 192
Röhr, Franz 13, 163
Röver, Karl 41
Rommen, Heinrich 164
Roselieb, Hans 52
Rosenberg, Alfred 41, 181
Rust, Bernhard 93, 183

S
Sauerbruch, Ferdinand 181
Schäfer, Dietrich 178
Schäffer, Fritz 5
Scheel, Walter 141
Scheler, Max 27f, 31, 115
Schenk von Stauffenberg s. Stauffenberg, Claus
Schlageter, Albert Leo 70
Schlegel, Friedrich von 52
Schleicher, Kurt von 18, 77ff, 148
Schmitt, Albert 40

Schmitt, Carl 71, 115, 162
Schmitt, Hermann Joseph 18, 168
Schmitz, Josef 55
Schmoller, Gustav 161
Schnabel, Franz 71
Schneider, Reinhold 60
Schnippenkötter, Josef 210
Schreiber, Georg 8, *177-185*
Schreiber, Walther 151
Schröder, Gerhard 200
Schröder, Kurt Frhr. von 82
Schroeder, Luise 203
Schrörs, Heinrich 65
Schulte, Aloys 65
Schulte, Josef 41, 101
Schulte, Wilhelm 52
Schumacher, Kurt 129, 143, 154
Schuman, Robert 64, 134
Schuschnigg, Kurt von 61, 84
Schwarz, Hans-Peter 151, 153
Schwerin von Krosigk Lutz Graf 81
Seeckt, Hans von 77
Severus, Emmanuel von 64, 69ff
Sinowjew, Grigorij 18
Solowjew, Wladimir 50, 52, 63
Sombart, Werner 161
Sonnenschein, Carl 64
Spaak, Paul Henri 133
Spael, Wilhelm 72
Spann, Othmar 162
Speckner, Karl 41
Spiecker, Carl 135
Sprenger, Jakob 166
Sproll, Joannes Baptista 96
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 98, 151, 193
Stegerwald, Adam 127, 146ff, 180, 190, 203f
Stein, Edith 8f, *25-36*
Stein, Franz Joseph von 102
Stein, Rosa 34f
Steinhoff, Fritz 141
Strauß, Franz Josef 142
Stresemann, Gustav 189
Stutz, Ulrich 65, 178

T
Tangl, Michael 178
Teilhard de Chardin, Pierre 58
Tenhumberg, Heinrich 209
Teresa von Avila, hl. 30, 35
Teusch, Christine 8, *202-213*
Teusch, Käthe 202, 207
Thälmann, Ernst 15
Theodosius, Kaiser 120
Thieme, Karl 121
Thomas von Aquin, hl. 30f, 33ff
Trotzkij, Leo 63
Tschirschky, Fritz Günther von 86

U
Uhl, Bernhard 150
Ulbricht, Walter 197

V
Velden, Josef van der 164
Vockel, Heinrich 163
Volk, Ludwig 42
Voltaire, Françoise Marie 61

W
Wagner, Adolf 110
Wagner, Adolph 161
Wallraf, Max 188
Weber, Helene 5, 163, 213
Weitz, Heinrich 138
Weizsäcker, Ernst Frhr. von 47
Welty, Eberhard 150
Weyer, Willi 141
Wick, Karl 62
Wiedfeld, Wilhelm 22
Wilhelm II., deutscher Kaiser 69, 188
Willibald, hl. 91
Windelband, Wilhelm 159
Winzen, Damasus 70
Wirmer, Josef 21, 150
Wirth, Joseph 61, 206
Wust, Peter 64, 68, 71

Z
Zons, Franz 52





























